

CARSTEN HERZOG UND BERND MÜLLER

**Umstrukturierungen  
im sozialen Bereich im Spiegel  
des Neoliberalismus.  
Versuch einer kritischen Skizzierung  
am Beispiel der Situation  
behinderter Menschen**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 2002

Carsten Herzog und Bernd Müller  
Umstrukturierungen im sozialen Bereich im Spiegel des Neoliberalismus.  
Versuch einer kritischen Skizzierung am Beispiel  
der Situation behinderter Menschen



CARSTEN HERZOG UND BERND MÜLLER

**Umstrukturierungen  
im sozialen Bereich im Spiegel  
des Neoliberalismus.  
Versuch einer kritischen Skizzierung  
am Beispiel der Situation  
behinderter Menschen**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 2002

HOCHSCHULSCHRIFTEN  
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. BAND 3

ISBN 3-89-819-135-451

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2002  
Harkortstr. 10  
D-04107 Leipzig

Korrektur und Redaktion: Franz Weidling  
Redaktion und Satz: Olaf Kirchner  
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH  
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

# Inhalt

Einleitung .....	9
I. Tätigkeits- und persönlichkeits-theoretische Überlegungen zur Entwicklung des Menschen, seiner psychischen Prozesse und deren Beeinträchtigung .....	15
1. Grundlegende Überlegungen zu einer marxistischen Theorie der Persönlichkeit .....	17
1.1. Implikationen der sechsten These über Feuerbach .....	20
1.2. Das Paradoxon der allgemeinen Theorie vom Individuellen .....	24
2. Psychologische Begriffe zur Klärung des Persönlichkeitsproblems .....	27
2.1. Phylogenetische Aspekte der Tätigkeit .....	28
2.2. Tätigkeit und Persönlichkeit .....	37
2.3. Arbeit .....	39
2.4. Die Makrostruktur der Tätigkeit .....	44
2.5. Sinn und Bedeutung .....	45
3. Entwicklung der Persönlichkeit .....	51
3.1. Das Bedürfnis .....	52
3.2. Motive und Emotionen .....	53
3.3. Die erste Geburt der Persönlichkeit .....	57
3.4. Die zweite Geburt der Persönlichkeit .....	60
3.5. Die Parameter der Persönlichkeit .....	61
4. Isolation .....	64
5. Behinderung und Menschenbild .....	72
6. Zusammenfassung.....	82

II. Neoliberalismus und Gesellschaft .....	85
1. Kritische Stimmen und Aussagen zum neoliberalen Zeitgeist .....	86
2. Reorganisation des Kapital- und Staatsverhältnisses zwecks Rückgewinnung eines hohen Wirtschaftswachstums – Das »Fordismus«-Konzept .....	91
2.1. Das »Fordismus«-Konzept .....	92
2.2. Die fordistische Phase .....	97
2.3. Die Krise des Fordismus .....	104
3. Exkurs: Aufstieg und Krise des bundesdeutschen Sozialstaats – eine Skizze .....	107
4. Postfordistische Reorganisation der BRD .....	116
4.1. Postfordistisches/neoliberales Akkumulationsmodell ...	116
4.2. Neues Konsummodell .....	119
4.3. Fazit .....	123
5. Exkurs: Von der liberalen zur neoliberalen Ideologie .....	124
5.1. Fazit .....	132
6. Grundprämissen des Neoliberalismus .....	132
6.1. Ökonomische Prämissen des Neoliberalismus .....	133
6.2. Prämissen einer neoliberalen Konzeption von Gesellschaft – Der Politik-, Staats- und Gesellschaftsbegriff Friedrich August von Hayeks ....	140
7. Politische und soziale Reorganisation der Gesellschaft der BRD .....	150
7.1. Reorganisationskonzept: Deregulierung der Arbeitsmärkte .....	152
7.2. Reorganisationskonzept: Sicherung des »Standorts Deutschland« durch Senkung der Arbeitskosten und Unternehmenssteuern .....	160
7.3. Reorganisationskonzept: Der Abbau sozialer Leistungen ist ein Sachzwang in Zeiten ökonomischer Regression .....	171

8. Schlußbemerkung .....	178
III. Umstrukturierungen des sozialen Bereichs – Vollzug der Kapitallogik an behinderten Menschen? .....	183
1. Vollzug der Kapitallogik an behinderten Menschen? – Die Nivellierung der §§93ff. BSHG .....	185
1.1. Neuformulierung der §§93ff. BSHG .....	185
1.2. Konkrete rechtliche Situation behinderter Menschen nach der Neuformulierung der §§93ff. BSHG .....	189
1.3. Gefahren und Konsequenzen für die Lebensbereiche behinderter Menschen, die sich aus der Neuformulierung der §§93ff. BSHG ergeben .....	191
2. Der Sparkurs der Bundesregierung .....	201
2.1. Sparpaket und Schröder-Blair-Papier .....	202
2.2. Kritik .....	204
3. Von der Entwertung zur Verwertung – Von der Kosten-Nutzen-Logik der Sozialpolitik bis zu Selektion und Forschung am Menschen .....	209
3.1. Rehabilitation von Arbeitskraft .....	210
3.2. Die Verwertung des Menschen .....	213
4. Exkurs: Von der Notwendigkeit politischen Handelns – Der Fall Peter Joseph Briefs .....	219
4.1. Zu Peter Joseph Briefs .....	220
IV. Schlußwort .....	231
V. Anhang .....	241
1. Quellen- und Literaturverzeichnis .....	241
2. Abkürzungsverzeichnis .....	255

8 Inhalt

3. Personenregister .....	257
4. Register geographischer Bezeichnungen .....	265

## Einleitung<sup>1</sup>

Gegenwärtig ist eine drastische Entwicklung in Richtung einer Restriktionspolitik im Sozialbereich feststellbar. Mit der Neuformulierung der §§93ff. Bundessozialhilfegesetz (BSHG), die ab 1. Januar 1999 in Kraft traten, wurde der Wettbewerb in das Sozialwesen eingeführt und der Abschied vom Bedarfsdeckungsprinzip vollzogen. Dies ist als ein Versuch der Ausgrenzung auf Hilfe angewiesener Menschen aus der Eingliederungshilfe zu werten, als eine massive Bedrohung und Verschlechterung der Lebenssituation behinderter Menschen, daß heißt ihrer Autonomie und gesellschaftlichen Teilhabe. Die in der Gesetzesnovellierung geforderte Vereinbarung über Qualitätssicherung im sozialen Bereich erfolgt dabei vor dem Hintergrund eines härteren Sparkurses im Sektor der sozialen Dienstleistungen. Durch diese Neufassung der §§93ff. BSHG wird somit die Gefahr noch tieferer Einschnitte in den Bereich der Behindertenhilfe größer, da die Tendenz droht, *Qualität* zunehmend mit *Wirtschaftlichkeit* gleichzusetzen bzw. darauf zu reduzieren. Das Ergebnis ist u. a. eine zunehmend auf Ausgrenzung und Behindertenfeindlichkeit abzielende Politik.

Die Gefahr der Ausgrenzung durch das neue Gesetz scheint uns angesichts weltweit sich abzeichnender neoliberaler Umwälzungen, die den größten Teil der Menschheit bedrohen, allen voran denjenigen, die über »Arbeitskraft minderer Güte« verfügen, also sogenannte behinderte Menschen, mehr als gegeben.

---

1 Wir verwenden im Interesse einer besseren Lesbarkeit den generativen Sprachgebrauch. Ebenfalls benutzen wir grundsätzlich die Wir-Form, sowohl in den eigenständig als auch in den gemeinsam ausgearbeiteten Abschnitten, um eine einheitliche Form zu erhalten. Des weiteren gebrauchen wir die Formulierung »behinderte Menschen« oder »geistig behinderte Menschen« (im weiteren ohne Anführungszeichen). In diesem Zusammenhang verstehen wir Behinderung als eine Kategorie, die über das Wesen des Menschen nichts aussagt und deshalb von uns nicht substantiell benutzt wird, sondern als Verhältniskategorie. Im Verhältnis »Mensch – Gesellschaft« kommt sie dort zum Tragen, wo ein Mensch gesellschaftlichen Minimalvorstellungen, die aus Produktionsverhältnissen und Produktivkräften im Sinne einer Herrschaftslogik resultieren, nicht gerecht wird und zur Arbeitskraft minderer Güte degradiert wird (siehe Kapitel I.5. in dieser Arbeit).

So zeichnen Hans-Peter Martin und Harald Schumann das Bild einer künftigen 20:80-Gesellschaft, in der 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen, »um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten«,<sup>2</sup> während die übrigen 80 Prozent der Bevölkerung mit »einer Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung [...] bei Laune gehalten«<sup>3</sup> werden sollen. Jeremy Rifkin, Vorsitzender der *Foundation of Economic Trends*, vermutet sogar, daß im Jahr 2020 nur noch zwei Prozent der Industriearbeiter erforderlich sind, um alle anfallende Arbeit zu erledigen.<sup>4</sup> Der Grundsatz des Neoliberalismus, der diese Entwicklung einrahmt, sei, so der ehemalige Präsidenschaftsberater John Kenneth Galbraith, mit dem »Roßäpfeltheorem« beschreibbar, wonach Pferde gefüttert würden, damit die Spatzen etwas zu essen abbekommen.<sup>5</sup> Die von Pierre Bourdieu<sup>6</sup> eindringlich geschilderten Folgen des Neoliberalismus, beispielhaft an Lebensgeschichten von Menschen verdeutlicht, die eine untere Stellung in einem scheinbar »prestigereichen und privilegierten Universum« einnehmen, verdichteten unsere Wahrnehmung von einer sich sozial polarisierenden Gesellschaft, deren Verlauf scheinbar *zwangsläufig* scheint und »Sachzwängen« erlegen ist.

Vor diesem Hintergrund scheint es uns angesichts der Neuformulierung der §§93ff. BSHG notwendig zu untersuchen, ob die damit gestellte Frage nach der *Qualität* sozialer Leistungen just nicht zu einem Zeitpunkt aufgeworfen wird, wo diese allein dem Zweck der *Kostenreduzierung* im Bereich sozialer Dienstleistungen dient und *nicht* dem Interesse angemessener Lebensqualität für behinderte Menschen, womit langfristig *Entwertung* und *Ausgrenzung* behinderter Menschen billigend in Kauf genommen würden.

---

2 Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfälle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Hamburg 1998. S. 12f.

3 Diese These wurde im Rahmen eines Treffens der Gorbatschow-Stiftung vom 27. September bis 1. Oktober 1995 in San Francisco aufgestellt, an der 500 führende Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler teilnahmen (siehe Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfälle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Hamburg 1998).

4 Jürgen Meier: Sozial sein müssen wir schon selbst! In: Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen. Hrsg. von Jürgen Blume et al. Neumünster 1997. S. 224.

5 Elma Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996. S. 197.

6 Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997.

Angesichts des komplexen Zusammenhangs von Behindertenpädagogik und sozioökonomischen Prozessen erscheint uns neben der notwendigen fachlichen *Kompetenz* ein zusätzliches, übergeordnetes Grundlagenwissen im sozioökonomischen Bereich, der den Hintergrund für Integrations- wie Ausgrenzungsprozesse bildet, sowie im angrenzenden juristischen Bereich, der diese Prozesse rechtlich regelt, vonnöten. So zeigt es sich bspw., daß im Zuge neoliberaler Umwälzungsprozesse in Politik und Ökonomie das BSHG in seinen neu gefaßten §§93ff. den Wettbewerb in den Bereich der Behindertenhilfe einführt.

Die Kenntnis dieser Zusammenhänge erscheint uns eine wesentliche Grundlage dafür zu sein, um Spielräume für ein *behindertepädagogisches Handlungsfeld aufzuzeigen*, welches aber zugleich stets gefährdet ist. Denn wer soziale Beziehungen ermöglichen will, muß dies in einem Staat tun, dessen oberstes Primat die Schaffung von Bedingungen ist, die den schier grenzenlos erscheinenden Verwertungsbedingungen des Kapitals entsprechen. Darum müssen sozialen Bestandteile, die sich einem Verwertungszugriff im Sinne einer Profitsteigerung entziehen, dem Staat *abgerungen* werden, und eben dies setzt mindestens eine Beurteilungskompetenz der jeweiligen Handlungsmöglichkeiten voraus.

Jedoch sind die polit-ökonomische Umwälzungsdynamik und die mit ihr verbundenen Rechtfertigungsmuster bezüglich des Sektors der Behindertenhilfe in neuerer Zeit in der Literatur wenig ausgearbeitet.<sup>7</sup>

Dies wäre um so notwendiger, da es sich, so unsere weiter zu belebende Arbeitsthese, bei den gegenwärtigen sozioökonomischen Umwälzungen keineswegs um zufällige, sondern um strukturelle Veränderungen handelt.

Wir gehen von der *Grundthese* aus, daß wir uns derzeit angesichts der politik-ökonomisch stattfindenden Restrukturierungen in einer Phase der radikalen Entwertung des Menschen und des Politischen befinden, die durch neoliberale Argumentationsmuster in der Sozial- und Wirtschaftspolitik gerechtfertigt wird.

Unter den heute vorherrschenden und allseits akzeptierten neoliberalen Paradigmen finden sich Konkurrenz und Auslese, Leistungsprinzip und Eigentumsvermehrung, ihre Äußerungsformen sind u. a. Sozialabbau, Leistungsideologie, Förderung der Elite.

---

7 Eine Ausnahme bildet die Aufsatzsammlung Wolfgang Jantzen: Die Zeit ist aus den Fugen. Marburg 1998.

Immer stärker und offener reduziert sich die Politik auf ein Mittel der Konkurrenzgesellschaft und der Wachstumsvergrößerung, sie unterwirft alles diesem als unerbittlichen Sachzwang wahrgenommenen Prinzip der »Standortkonkurrenz« auf dem Weltmarkt.

Dies entspricht sogar einer Abkehr von sozialdemokratischen Leitbildern der sechziger und siebziger Jahre, wonach getreu dem damaligen fordistischen Regulierungsmodell breiten Bevölkerungsschichten materielle Zuwendungen zukamen und der Sozialstaat ausgebaut wurde, während Risiken des Marktsystems vermittels einer keynesianischen Wirtschaftspolitik kompensiert werden sollten.

Außerdem besteht bei Versagen der Politik, d. h. die Methoden der Wachstumssicherung erfolgreich anzuwenden, die Möglichkeit der Abschaffung demokratischer Grundrechte, da sie der Reorganisation der Gesellschaft und der Ökonomie zwecks Sicherung der privaten Kapitalvermehrung im Wege stehen können. Dies läuft u. a. auf das Erzwingen von Kostenreduzierungen im Sozialbereich bzw. in der Reproduktion der Arbeiter und der Nichtarbeitenden hinaus, was bis hin zur Vernichtung der »Leistungsunfähigen« führen und/oder deren billige »Lagerhaltung« (in Heimen bzw. Großeinrichtungen) beinhalten kann.

Es geht uns in dieser Arbeit darum, den gesamtgesellschaftlichen Blick in die Behindertenpädagogik einzubeziehen, um auf diese Weise – in einem an die vorliegende Arbeit möglicherweise anschließenden Schritt – die Analyse von Spielräumen der Behindertenpädagogik zu ermöglichen, um die eigene pädagogische Handlungsfähigkeit im Rahmen einer Sozialpolitik im Zeichen verschärfter Marktkonkurrenz wieder herzustellen. In diesem Sinne spannt sich der Bogen von der Behindertenpädagogik zum Neoliberalismus insoweit, als pädagogisches Handeln als Handeln unter politischen und ökonomischen Verhältnissen, die letztendlich auch eine Praxis der Aussonderung hervorbringen, verstanden wird.

Unsere Arbeit haben wir wie folgt aufgebaut:

Im *ersten Kapitel* wollen wir aufzeigen, welches behindertenpädagogische Leitbild u. E. Grundlage für eine fortschrittliche behindertenpädagogische Praxis sein sollte.

Im *zweiten Kapitel* wird die bislang vernachlässigte Sichtweise der polit-ökonomischen Umwälzungsdynamik anhand des aus der französischen Regulationstheorie entstandenen »Fordismus«-Konzeptes dargestellt. Ebenso erläutern wir Rechtfertigungsmuster des Neoliberalismus und ihren tendenziell totalitären und behindertenfeindlichen Charakter. Schließlich soll die Umwälzungsdynamik anhand der postfordistischen

bzw. neoliberalen Umstrukturierungen in der gegenwärtigen bundesdeutschen Politik und die daraus bereits entstandenen sozialen Einschnitte und polarisierenden Reichtumsverhältnisse dargestellt werden.

Aufgrund der dargestellten Umstrukturierungen und Antriebsverhältnisse sowie einer gesellschaftlich wachsenden Asymmetrie von Arm und Reich bzw. von privilegiert und nichtprivilegiert in der BRD wird deutlich, daß der Sektor der Behindertenhilfe ebenfalls von der neoliberal orientierten Politik und Vergesellschaftung quasi »überrollt« wird. Woraus sich ergibt, daß die Ausgrenzung behinderter Menschen sich als diesen Umwälzungen inhärenter Prozeß darstellt.

Diesen Zusammenhang stellen wir in einem *dritten Kapitel* heraus. Anhand einer Darlegung der konkreten Sparmaßnahmen der rot-grünen Bundesregierung und der ihr unterlegten Aussagen von Tony Blair und Gerhard Schröder zur Sozialpolitik in ihrer gemeinsamen Schrift von 1999<sup>8</sup> wird ersichtlich, inwieweit die gegenwärtigen Vorstellungen von der Rolle der Sozialpolitik der neoliberalen Angebotstheorie unterworfen sind. Die Auswirkungen dieser Politik auf den Bereich der Behindertenhilfe referieren wir anhand einer Auseinandersetzung über die Neuformulierung der §§93 ff. Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Dabei stellt sich heraus, daß mit der Nivellierung dieser Paragraphen die Gefahr einer zunehmenden Abschiebung von behinderten Menschen aus der Eingliederungshilfe in die Pflege sowie die Begrenzung von notwendigen Leistungen für Hilfeempfänger verbunden ist.

Weitere Entwicklungen im Bereich des Sozialwesens, die für Menschen mit Behinderungen besondere Auswirkungen haben, wie die Entwicklung von Konzepten zur Forschung an nichteinwilligungsfähigen Demenzkranken und die praktizierten humangenetischen Forschungen an geistig behinderten Bewohnern einer Einrichtung in Eisingen seit den achtziger Jahren sowie die besonders von Teilen der medizinisch-technischen Industrie gewünschte Aufweichung der Organtransplantationsgesetzgebung weisen darauf hin, daß in der Zukunft noch tiefgreifendere Einschnitte in das Sozialsystem zu erwarten sind.

Die Kapitel I. bis I.2.5., I.4. bis I.5., II.6. bis II.6.2.2., II.7.3. bis II.7.3.3. und III.3. bis III.3.2. hat Carsten Herzog erstellt. Die Kapitel

---

8 Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. In: <http://www.spd.de/politik/perspektiven>. Bonn. Juni 1999 (im weiteren Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten ...).

I.3. bis I.3.5., II. bis II.5., II.7. bis II.7.2.2., III. bis III.1.3. und III.4. wurden von Bernd Müller verfaßt. Die Einleitung sowie die Kapitel I.6., II.8., III.3. bis III.2.2. sowie das Schlußwort sind Ergebnisse gemeinsamer Arbeit. Die Gutachter waren Prof. Dr. Wolfgang Jantzen und Prof. Dr. Georg Feuser.

# **Tätigkeits- und persönlichkeits-theoretische Überlegungen zur Entwicklung des Menschen, seiner psychischen Prozesse und deren Beeinträchtigung**

In diesem ersten Teil wird es uns u. a. darum gehen, einen Begriff von menschlicher Entwicklung zu erarbeiten, der ein humanes Leit- und Menschenbild begründen kann, auf dessen Basis ein an den Entwicklungsmöglichkeiten und dem Leben ansetzender Umgang mit behinderten Menschen in der behindertenpädagogischen Praxis möglich ist. Dabei werden wir auf theoretische Ansätze zurückgreifen, die sich mit der Persönlichkeit und ihrer Entwicklung befassen.

Den Begriff der Persönlichkeit werden wir in unseren Ausführungen nicht als Normbegriff verwenden, der einer bestimmten Person zugesprochen oder aberkannt wird, sondern als *Entwicklungsbegriff*. In diesem Sinne stellen Bewußtsein und Persönlichkeit zwar die höchste Form der Bewegung der Materie dar,<sup>1</sup> bedürfen aber bestimmter Vermittlungsprozesse, um erreicht werden zu können, wobei einem Menschen grundsätzlich nicht die Möglichkeit abgesprochen werden kann und darf, sich zu einer Persönlichkeit zu entwickeln.

Des weiteren werden wir versuchen, ein Verständnis von Behinderung zu erarbeiten. Dies klingt zunächst einfacher als es ist, denn es existieren eine große Anzahl unterschiedlichster Definitionen von Behinderung und deren Ursachen. Häufig abstrahieren diese jedoch von den wirklichen Ursachen und Mechanismen, die zu einer Einschränkung führen und reduzieren die Entstehung einer geistigen Behinderung auf genetische Einflüsse oder ähnliches. In der Folge schreiben sie den betroffenen Individuen Entwicklungsgesetze zu, die sich von sogenannten normalen Menschen unterscheiden. Auch bei den Menschen, die die

---

1 Siehe Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung, Allgemeine Therapie und Allgemeine Pädagogik – Studien zur Entwicklung einer allgemeinen materialistischen Pädagogik. Solms-Oberbiel 1980 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung ...). S. 56.

Norm erfüllen, abstrahieren sie von den tatsächlichen Gegebenheiten und erklären sich deren Fähigkeiten aufgrund von besonderen Gaben, die sie im Umkehrschluß denen absprechen, die nicht über solche verfügen.

In der hier vertretenen Auffassung soll es aber darum gehen, einen anderen Zugang zu dem oben genannten Bereich zu finden. Wichtig scheint uns in diesem Zusammenhang die These, derzufolge die Entwicklung bei allen Menschen – ob nun geistig behindert, psychisch beeinträchtigt oder normal genannt – vom Prinzip her gleich verläuft, also den gleichen Entwicklungsgesetzen unterliegt, und von daher bei einem vorliegenden Defekt nicht auf die zukünftige Persönlichkeitsentwicklung geschlossen werden kann.<sup>2</sup>

Wir werden im vorliegenden ersten Kapitel die grundlegenden Entwicklungen auf dem Weg zur Persönlichkeit darstellen und dabei Begriffe vorstellen, die für die Austauschprozesse des Menschen mit seiner gesellschaftlichen Umwelt zentral sind.

Die Fragen, die sich hieraus ergeben versuchen wir mit Hilfe einer allgemeinen materialistischen<sup>3</sup> Pädagogik und Psychologie zu erörtern, wobei wir uns anfangs auch philosophischer Überlegungen zum Themenkomplex bedienen werden.

Allgemein bedeutet in diesem Zusammenhang, daß sie eben nicht spezifisch nur für geistig behinderten Menschen gelten, sondern für sich in Anspruch nehmen, die Entwicklung eines jeden Menschen zu beschreiben und erklären zu können, wie es zu geistiger Behinderung und anderen Prozessen der »Verbesonderung eines Allgemeinen (menschliche Natur) im Einzelnen unter je gegebenen historischen Umständen« kommt.<sup>4</sup>

Im Falle einer sogenannten geistigen Behinderung bemerken wir an dieser Stelle vorgreifend, daß es sich um die Entwicklung von Tätigkeit und Persönlichkeit unter isolierenden Bedingungen handelt.

2 Siehe Kapitel I.5. »Behinderung und Mensch« in dieser Arbeit.

3 »Die materialistische Wissenschaft geht von der These der materiellen Einheit der Welt aus und von der These, daß prinzipiell alle Erscheinungen aus materiellen Gegebenheiten zu klären sind, daß also auch Ideelles aus Materiellem zu erklären ist.« (Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung ... S. 56).

4 Siehe Wolfgang Jantzen: Mensch. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 3. Hrsg. von H. J. Sandkühler et al. Hamburg 1990. S. 371. – Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik. Bd. 1. Weinheim, Basel 1987 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ...). S. 270.

Neben den genannten Überlegungen zur Persönlichkeit, werden wir auch kurz einige pädagogische Ansätze erwähnen und im gesamten Themenzusammenhang des öfteren Bezug auf das Thema *Menschenbild* nehmen, da es gerade in Hinsicht auf marginalisierte Personengruppen immer wieder von besonderer Bedeutung ist. In diesem Sinne geht es im Folgenden auch um die Herleitung eines humanen Menschenbildes, um sich gegen Prozesse des Ausschlusses, von denen Menschen mit Behinderungen besonders bedroht sind, zu wehren.

## 1. Grundlegende Überlegungen zu einer marxistischen Theorie der Persönlichkeit

Wir versuchen uns in diesem ersten Teil unserer Ausführungen dem Begriff der Persönlichkeit überwiegend philosophisch zu nähern. Als epistemologische Richtschnur verwenden die von uns zu diesem Zweck herangezogenen Autoren den Marxismus (dialektischer Materialismus, historischer Materialismus) als »materialistische Wissenschaft von der Geschichte, mit dem Prinzip, daß nicht das Bewußtsein das gesellschaftliche Sein bestimmt, sondern daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt.«<sup>5</sup>

Einen zentralen Platz nimmt in dieser Argumentation die sechste Feuerbachthese von Karl Marx ein: »Das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.«<sup>6</sup>

In seinen Ausführungen versucht Lucien Sève den Gegenstand einer Theorie des konkreten Individuums – mit anderen Worten der Persönlichkeit, zu bestimmen, wobei er die Erkenntnisse der bürgerlichen Psychologie kritisiert.

Als kennzeichnend für eine bürgerliche Auffassung bezeichnen Dorothee Seeger und Manfred Holodynski, daß die kapitalistische Ordnung,

---

5 Lucien Sève: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*. Frankfurt am Main. 1983 (im weiteren Lucien Sève: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit...*). S. 11.

6 Zitiert nach Helmut Kuhn: *Menschenbild*. In: *Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebengewissenschaften*. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984 (im weiteren Helmut Kuhn: *Menschenbild...*). S. 428. – Karl Marx: [Thesen über Feuerbach]. In: *Karl Marx/Friedrich Engels: Werke*. Bd. 3. S. 6.

statt als geschichtlich vorübergehende Entwicklungsstufe, als absolut und letzte Gestalt der gesellschaftlichen Produktion angesehen wird.<sup>7</sup>

Dies hat gravierende Auswirkungen auf das Menschenbild, indem das im Laufe der Geschichte in der Gesellschaft entstandene, als Invariante ins Wesen, in die – ungesellschaftlich verstandene – Natur der Menschen hineinversetzt wird. Eine Folge davon ist, daß »das egoistische bürgerliche Klassenindividuum [...] damit zum ›Menschen schlechthin‹ überhöht« wird.<sup>8</sup>

Lucien Sève beschäftigt sich ausführlich mit der Ansicht, die viele Vertreter der bürgerlichen Psychologie vertreten, mit dem Glauben an »besondere Gaben«.

Er erklärt, daß dahinter die Behauptung stehe, die organischen oder erblichen Gegebenheiten würden die grundlegende Rolle bei der Entwicklung spielen. Hinter diesem Glauben erkennt er eine Ideologie mit zutiefst bürgerlichem Charakter.

Bezogen auf das Problem der Persönlichkeit bedeutet diese Auffassung, »die biologischen Anfangsgegebenheiten seien die wahre und bleibende Infrastruktur der Persönlichkeit, die von den gesellschaftlichen Verhältnissen nur durch sozialisierte Suprastrukturen *ergänzt* werde«.<sup>9</sup>

Ähnlich wie Lucien Sève kommt Alexej N. Leontjew zur Bestimmung des Begriffs der Persönlichkeit über die Auseinandersetzung mit dem dyadischen Schema der herrschenden Psychologie, nach der Vererbung und Umwelt die Persönlichkeit determinieren.

Im Sinne Leontjews geht es u. a. nicht darum zu konstatieren, »daß der Mensch sowohl ein natürliches als auch ein gesellschaftliches Wesen ist. Diese unbestreitbare These weist nur auf die verschiedenen System-eigenschaften des Menschen hin und sagt nichts über das Wesen seiner Persönlichkeit aus, darüber, wodurch diese hervorgebracht wird.«<sup>10</sup>

Alexej Leontjew veranschaulicht dies durch die Unterscheidung von Individuum und Persönlichkeit und stellt fest, daß die Persönlichkeit im

---

7 Siehe Dorothee Seeger/Manfred Holodyski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit – Eine Einführung in die Ansätze von Lucien Sève und Alexej Leontjew. Berlin 1984 (Dorothee Seeger/Manfred Holodyski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ...). S. 335.

8 Siehe Helmut Kuhn: Menschenbild ... S. 428 (Hervorhebung im Original).

9 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 234 (Hervorhebung im Original).

10 Aleksej N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit. Berlin 1987 (im weiteren A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ...). S. 165.

Unterschied zum Individuum nicht präexistent ist. Das bedeutet, daß man als Persönlichkeit nicht geboren wird, sondern sich zu einer Persönlichkeit entwickelt.<sup>11</sup>

Dementsprechend wehrt er sich gegen einen Persönlichkeitsbegriff, der alle Besonderheiten des Menschen einschließt. Ein starkes oder schwaches Nervensystem oder eine Behinderung sagen noch nichts über die Persönlichkeit aus. Sie sind Merkmale des Individuums, bestimmen aber nicht die Persönlichkeitsentwicklung. Für sich genommen können also weder eine Behinderung, noch ein starkes bzw. schwaches Nervensystem psychologische Merkmale erzeugen.<sup>12</sup>

Dies verweist uns nochmals auf Lucien Sève, der hinter Auffassungen wie z. B. den besonderen Gaben und dem Vorgehen der Vertreter der differentiellen Psychologie, die sich gemäß seiner Ausführungen mit den Unterschieden zwischen den Individuen – und als Korrelat dazu mit ihren Ähnlichkeiten, die dann das allgemeine Individuum definieren – beschäftigen, eine ideologische Funktion erkennt.

Demnach stehen hinter solchen Überzeugungen und Herangehensweisen an die Psychologie nicht die einzelnen Subjekte, sondern im Fall der differentiellen Psychologie der Vergleich zwischen ihnen aufgrund einer äußeren Norm, der zur Subsumierung der Individuen unter bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse dienen soll und im Fall der »besonderen Gaben«, daß man es nicht versteht die »Unbegabten« über einen bestimmten Punkt hinaus zu entwickeln bzw. dies auch gar nicht will.<sup>13</sup>

Demgegenüber geht es Lucien Sève um die Aufgabe, »sich [...] der vollen psychischen Entfaltung aller Menschen zu stellen«. In diesem Sinne sollte für jede Psychologie, die diese Richtung vertritt, »die Frage der *psychischen Wachstumsschranken*, ihrer Beschaffenheit, ihres Ursprungs und der Mittel, mit denen sie zurückgedrängt werden können«, eine entscheidende Frage sein.<sup>14</sup>

Für Lucien Sève sind die Entwicklungsschranken der Persönlichkeiten nicht mit der Vorstellung von biologischen Grenzen zu fassen. Demnach seien die vorzeitige Stagnation oder der später Wiederbeginn

---

11 Siehe ebenda. S. 166f.

12 Siehe ebenda. S. 170f.

13 Siehe ebenda. S. 282f. und 223.

14 Siehe Lucien Sève: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ...* S. 47 und 201 (Hervorhebung im Original).

der Entwicklung Beweise für dem Wesen nach gesellschaftliche Erscheinungen.<sup>15</sup>

Auch für Ewald Iljenkow ist die Unwiederholbarkeit menschlicher Individualität nicht durch die Besonderheiten der Morphologie ihres organischen Körpers erklärbar. Im Gegenteil weist Ewald Iljenkow auf folgendes hin:

»[...] die Besonderheiten der faktisch gegebenen Morphologie des Körpers müssen durch die Besonderheiten ihres sozialhistorischen Status, durch soziale Gründe erklärt werden, durch die Besonderheiten der Wechselbeziehungen, in deren System sich die betreffende Persönlichkeit geformt hat.«<sup>16</sup>

Folgerichtig stellt Lucien Sève in bezug auf die biologische Mythologie des Genies folgende Frage: »Sind die großen Menschen, Ausnahmen einer Epoche *insofern, als die gewaltige Mehrheit der übrigen Menschen durch die gesellschaftlichen Bedingungen verkrüppelt wird*, nicht in gewissem Sinn die *normalen Menschen* dieser Epoche, und ist der Regelfall der Verkrüppelung nicht gerade die *Ausnahme*, die Erklärung verlangt?«<sup>17</sup>

Wie wir in diesen Ausführungen erkennen können, zielen diese Ausführungen auf eine humanistische Psychologie, als dessen Krönung Lucien Sève die Theorie der Persönlichkeit bezeichnet,<sup>18</sup> bei der es nicht um eine Entwicklung des Menschen im Sinne einer Verwertungslogik, sondern um den konkreten entwickelbaren Menschen geht.

## 1.1. IMPLIKATIONEN DER SECHSTEN THESE ÜBER FEUERBACH

Um uns dem Problem der Persönlichkeit weiter anzunähern, ist es sinnvoll, weiter zu verfolgen, wie Lucien Sève und Ewald Iljenkow mit der sechsten Feuerbachthese umgehen.

---

15 Siehe ebenda. S. 202.

16 Eval'd Vasil'evič Il'enkov: Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze. Münster, Hamburg 1997 (im weiteren E. V. Il'enkov: Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze ...). S. 237.

17 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 203 (Hervorhebung im Original).

18 Siehe ebenda. S. 9.

Als grundlegende Entdeckung dieser These bezeichnet Lucien Sève »die Äußerlichkeit und – wenn man so sagen darf – die Fremdheit des menschlichen Wesens in bezug auf das einzelne Individuum, auf die psychologische Gestalt«. <sup>19</sup>

Demnach ist das *Wesen* des menschlichen Individuums nicht angeboren, sondern es hat es außer sich, »außermittig« wie Lucien Sève formuliert, in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Daraus folgert er, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht äußere Wachstumsfaktoren, sondern das Wesen einer Persönlichkeit seien. <sup>20</sup>

Auch Ewald Iljenkow weist daraufhin, daß die Persönlichkeit weiter als nur in den Grenzen des organischen Körpers zu fassen ist. Seiner Überzeugung nach existiert sie in einem umfassenden »Körper«, dessen Morphologie alle künstlichen »Organe« einschließt, die der Mensch erzeugt hat – Werkzeuge, Kommunikationsmittel, etc. Sie existiert demnach im »gemeinsamen Körper«, innerhalb dessen die einzelnen Individuen als seine lebendigen Organe funktionieren«. <sup>21</sup>

Will man sich dem Verständnis der Persönlichkeit annähern, muß man dementsprechend »die Organisation der Gesamtheit menschlicher Beziehungen einer konkreten menschlichen Individualität zu allen anderen ebensolchen Individualitäten untersuchen, d. h. das dynamische Ensemble von Menschen, die durch wechselseitige Bindungen verknüpft sind, welche immer und überall sozialhistorische, nicht natürliche Bindungen sind«. <sup>22</sup>

Als bestimmend für die Beziehungen zwischen den Menschen und somit auch für die Persönlichkeit bezeichnet Lucien Sève die gesellschaftliche Arbeit. Er zitiert Georges Politzer: »Die gesamte Psychologie ist nur dann möglich, wenn sie in die Ökonomie eingebettet ist. Und deswegen setzt sie alle vom Dialektischen Materialismus errungenen Erkenntnisse voraus und muß sich ständig auf sie stützen.« <sup>23</sup>

Demnach ist nicht die Medizin als Hilfswissenschaft der Psychologie, sondern die Ökonomie für die Grundorientierung der Psychologie zentral und dementsprechend muß die Psychologie der Persönlichkeit

19 Ebenda. S. 261.

20 Siehe ebenda. S. 156 und 159.

21 E. V. Il'enkov: Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze ... S. 238 (Hervorhebung im Original).

22 Ebenda. S. 233.

23 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 166.

die Analyse der gesellschaftlichen Arbeit zur Grundlage haben, dessen bestimmendes Element die Produktionsverhältnisse sind.<sup>24</sup>

Dem Begriff der Arbeit kommt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu. Zum einen verweist er auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen sich die Arbeit vollzieht und zum anderen ist die Arbeit die typisch menschliche Aktivität oder präziser ausgedrückt, die typisch menschliche Tätigkeit, wie wir später noch ausführen werden.<sup>25</sup>

Doch zunächst bleiben wir noch auf der Ebene des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft, bevor wir uns um die Vermittlung kümmern.

Wie ist nun der Zusammenhang zwischen Individuum und Gesellschaft näher zu bestimmen?

Lucien Sève verwendet für diesen Bereich den Begriff »Juxtastruktur«, was soviel heißt wie »abhängige Nachbarstruktur«.

Gemäß dieses *juxtastrukturellen Verhältnisses* fällt das menschliche Wesen, nicht mit dem konkreten Individuum zusammen, sondern die Individuen müssen sich ihr menschliches Wesen erst im Verlauf der Ontogenese aneignen. In diesem juxtastrukturellen Verhältnis ist »die eine Struktur, obwohl ihr Träger unabhängige Existenz und unabhängigen Ursprung besitzt, völlig der anderen untergeordnet, so daß die notwendig *wechselseitige Funktionaldetermination* dann den Verlauf einer *gerichteten Kreisbeziehung* nimmt: die eine Struktur ist stets die in letzter Instanz bestimmende Struktur«.<sup>26</sup>

Und als diese bestimmende Struktur müssen mit Karl Marx die gesellschaftlichen Verhältnisse angesehen werden. Laut Lucien Sève geht es darum zu begreifen, daß das entwickelte menschliche Individuum keine von den gesellschaftlichen Verhältnissen unabhängige Substanz ist,<sup>27</sup> sondern als gesellschaftliches Produkt, als Juxtastruktur der objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet werden muß.<sup>28</sup>

Dorothee Seeger und Manfred Holodynski führen hierzu aus, daß diese Bestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft zur Folge hatte, »die Persönlichkeit als neuen Begriff einzuführen, der

24 Siehe ebenda. S. 166f.

25 Siehe Kapitel I.2.3. in dieser Arbeit.

26 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 162f. (Hervorhebung im Original).

27 Siehe ebenda. S. 163.

28 Siehe ebenda. S. 251.

das menschliche Wesen in seiner individuellen angeeigneten Transformation kennzeichnen sollte«. <sup>29</sup>

In diesem Zusammenhang benutzt Lucien Sève den Begriff *Individualitätsform*, als Schnittpunkt zwischen Individuum und Gesellschaft. <sup>30</sup>

»Die Theorie des konkreten Individuums kann nicht auf einem Substanzmodell, sondern nur auf einer Topologie beruhen [...] Ausgehend von der Theorie der entsprechenden Individualitätsformen muß die Theorie der Verhältnisse und Prozesse, in denen eine konkrete Persönlichkeit entsteht, ausgearbeitet werden.« <sup>31</sup>

»Jede Gesellschaftsformation schließt ihre eigenen Individualitätsformen ein, die wiederum wegen ihrer funktional determinierenden Beziehung zu den Juxtastrukturen der Persönlichkeit deren Topologie bestimmen. So implizieren die Verhältnisse und Individualitätsformen des Kapitalismus eine Topologie der Persönlichkeit, in der beispielsweise die abstrakt-gesellschaftliche Aktivität eine bestimmende Mittlerrolle zwischen der konkreten psychischen Aktivität und der Bedürfnisbefriedigung spielt.« <sup>32</sup>

Diese Individualitätsformen erscheinen dem Individuum als notwendige *Aktivitätsmatrizen* und sind abhängig von den Produktionsverhältnissen, sind also kein Produkt einer freien Wahl, sondern sind im gewissen Sinne unabhängig vom Willen des Einzelnen. Als solche sind sie auch Gegenstand der Sozialwissenschaften und haben keine psychologische Gestalt, bestimmen aber »die *gesellschaftlichen* Formen und Inhalte der individuellen Aktivität, die durch sie hindurchgehen muß«. <sup>33</sup>

Dieser Weg führt Lucien Sève auch zur Definition der »*Persönlichkeit als lebendiges System von gesellschaftlichen Verhältnissen zwischen den Verhaltensweisen*« <sup>34</sup> und zum Gegenstand der Persönlichkeitstheorie, als »das lebendige System von gesellschaftlichen Verhältnissen zwischen den Verhaltensweisen *in Gestalt des konkreten Individuums*«. <sup>35</sup>

29 Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 121.

30 Siehe Hans Laufenberg/Marianne Rzezik/Friedrich Steinfeld: Lucien Sèves Theorie der Persönlichkeit. Zur Kritik von »Marxismus und Theorie der Persönlichkeit«. Westberlin 1975. S. 171.

31 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 283 (Hervorhebungen im Original).

32 Ebenda. S. 284.

33 Ebenda. S. 267 (Hervorhebung im Original).

34 Ebenda. S. 194 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

35 Ebenda. S. 287.

Davor beschreibt er, wie sich diese Aussage verstehen läßt: »Nun läßt sich nur durch die Teilung der Arbeit begreifen, wie Einmaligkeit und Gesellschaftlichkeit zusammenfallen können, wobei die zweite Grundlage der ersten ist.«<sup>36</sup>

Diese Ansicht, wonach die Gesellschaftlichkeit die Grundlage der Einmaligkeit sein soll, erscheint uns zwar nicht falsch, aber doch sehr eingengt zu sein. Bestärkt werden wir in dieser Ansicht durch Manfred Holodynski, Georg Rückriem und Dorothee Seeger, die darlegen, daß Einmaligkeit bei Lucien Sève nicht im Sinne einer »besonderen Qualität« dargestellt wird, deren Besonderheit eben darin besteht nicht »restlos« in der Gesellschaftlichkeit aufzugehen.<sup>37</sup> Der Kern des Problems von Lucien Sève, in dieser Hinsicht die Subjektivität zu kurz kommen zu lassen, scheint an dem Problem zu liegen, in der Selbstbewegung des Subjekts bzw. des Individuums weitgehend begrifflos zu sein.

Allerdings schmälert das nicht seine Erkenntnisse, wonach die Persönlichkeitsentwicklung wesentlich von der Entwicklung der Produktivkräfte und der Teilhabe daran, die durch die Produktionsverhältnisse bestimmt wird, abhängt. In diesem Sinne determinieren diese historisch entstandenen Gesellschaftsformationen entscheidend die möglichen Existenzweisen von Individualität und bilden auf Grundlage der durch die Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte entstehenden Individualitätsformen für die Menschen die Aktivitätsmatrizen, innerhalb derer sie sich verbesondern können.

## 1.2. DAS PARADOXON DER ALLGEMEINEN THEORIE VOM INDIVIDUELLEN

Entscheidend für den Fortgang unserer Argumentation erscheint uns jedoch noch die Erklärung Lucien Sèves, wonach es eigentlich ein Paradoxon darstellt, daß die Theorie der Persönlichkeit eine allgemeine Theorie ihres Gegenstandes, d. h. des konkreten, einmaligen Individuums aufstellen muß.<sup>38</sup>

---

36 Ebenda. S. 286.

37 Siehe Manfred Holodynski/Georg Rückriem/Dorothee Seeger: Menschliche Subjektivität und Individualität als Problem der materialistischen Wissenschaft. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. Weinheim (1986)1. S. 53f.

38 Siehe Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 268.

Er bezieht sich hier auf Aristoteles, dessen Axiom lautet, daß es Wissenschaft nur vom Allgemeinen gibt.<sup>39</sup> Dementsprechend sei eigentlich keine Wissenschaft vom Individuellen möglich.

»Doch wenn man auf der Stufe der abstrakten Allgemeinheiten bleibt, kann man die Bewegung der wirklichen Verhältnisse nicht begreifen, auch nicht die wichtigste – die Bewegung des Verhältnisses zwischen der abstrakten Allgemeinheit – dem Wesen – und der konkreten Einmaligkeit – den vorhandenen Gegenständen –, zum Beispiel zwischen dem Menschen im allgemeinen und den wirklichen Individuen.«<sup>40</sup>

Im folgenden äußert er die Meinung, daß diese abstrakten Allgemeinheiten zwar nicht den wirklichen Grund der Dinge ausdrücken, jedoch als Durchgangsstufen der Erkenntnis durchaus von Wert sein können.<sup>41</sup>

Diese Auffassung teilt auch Wolfgang Jantzen, indem er schreibt, daß auf die statistische Verdoppelung der Realität in besonders komplexen Prozessen nicht verzichtet werden kann, da es sonst sehr schwierig sei, sie vom Realkonkretum ins Vorstellungskonkretum zu transportieren.<sup>42</sup>

Um aber zu wirklich grundlegenden Erkenntnissen zu kommen »muß entschlossen mit der Gleichsetzung von Wesen und *allgemeinem Gegenstand* gebrochen und die Wissenschaft, über die *Dinge* hinausgreifend, auf der Ebene der grundlegenden inneren *Verhältnisse* betrieben werden«.<sup>43</sup>

Dementsprechend sei der Grund der Dinge selbst Verhältnis und das Wesen darf nicht mehr als allgemeiner Gegenstand begriffen werden, sondern muß als *Entwicklungslogik* des realen Gegenstandes verstanden werden.<sup>44</sup>

In diesem Sinne besteht die materialistische Herangehensweise an den »Gegenstand Persönlichkeit« gerade nicht in dem Versuch, das »Wesen des Menschen« zu bestimmen, indem ein »gemeinsames Merkmal« gesucht wird, das jedem menschlichen Individuum eigen ist, sondern:

39 Siehe ebenda. S. 260.

40 Ebenda. S. 271.

41 Siehe ebenda.

42 Siehe Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus, Tätigkeitstheorie, Marxistische Anthropologie. Berlin 1991 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ...) S. 24.

43 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 272 (Hervorhebungen im Original).

44 Siehe ebenda. S. 272f.

»Das Allgemeine vom Standpunkt der dialektischen Logik ist Synonym für das Gesetz, das eine Masse von Individuen lenkt und sich in der Bewegung eines jeden von ihnen realisiert, ungeachtet ihrer Ungleichartigkeit und sogar dank ihr; Synonym für den konkreten wechselseitigen Zusammenhang, der die unendliche Zahl unendlich voneinander verschiedener Individuen [...] in ein Ganzes, in eine Konkretheit vereinigt.<sup>45</sup> Das so verstandene Allgemeine macht das Wesen eines jeden von ihnen aus, das konkrete Gesetz ihres Existierens.«<sup>46</sup>

Bezogen auf den methodologischen Inhalt der sechsten Feuerbachthese, sowie die obigen Ausführungen, können wir also an dieser Stelle festhalten, daß das menschliche Wesen ein Verhältnis ist.<sup>47</sup>

In diesem Sinne muß man also zu den grundlegenden inneren Verhältnissen vordringen und die »Logik der wesentlichen Prozesse, nach denen sich die Entwicklung des Gegenstands vollzieht, formulieren«.<sup>48</sup>

Darin liegt auch eine der großen Stärken der Marxschen Theorie denn die Grundbegriffe, die ihr zugrunde liegen, sind *Verhältnisbegriffe*.

Dorothee Seeger und Manfred Holodynski führen hierzu folgendes aus: »Ein Verhältnis verweist notwendig auf seine zwei es konstituierenden Seiten, die sich *zueinander verhalten*, aufeinander einwirken. Aus der besonderen Eigenart der jeweiligen Konstituenten des Verhältnisses geht die Art ihrer Beziehung, ihrer Wechselwirkung hervor.«<sup>49</sup>

Demgemäß besteht das »Wesen« eines jeden Individuums einer Gattung in »dem konkreten System miteinander wechselwirkender Individuen, das jedes von ihnen erst zu dem macht, was es ist.«<sup>50</sup>

Diesen Gedankengang wollen wir jetzt mit Lucien Sève abschließen, der schreibt, daß dementsprechend nicht Dasein und Wesen schlechthin dialektisch behandelt werden müssen, sondern die Verhältnisse zwischen Dasein und Wesen. Und angesichts der Tatsache, daß dieses Wesen keine abstrakte Allgemeinheit darstellt, ist es historisch veränderlich.<sup>51</sup>

45 Bei Karl Marx »Einheit in der Vielfalt«.

46 E. V. Il'enkov: Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze ... S. 228 (Hervorhebung im Original).

47 Siehe Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 129.

48 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 274.

49 Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 134 (Hervorhebung im Original).

50 E. V. Il'enkov: Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze ... S. 228.

51 Siehe Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 277.

## 2. Psychologische Begriffe zur Klärung des Persönlichkeitsproblems

Wir haben im vorhergehenden Kapitel erklärt, daß das menschliche Wesen im *Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse* gesucht werden muß. Und darüber hinaus haben wir einige wesentliche Begriffe, die in diesem Zusammenhang wichtig sind, vorgestellt.

Nun läßt sich die Entwicklung des Menschen aber nicht nur im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse fassen.

Theoretischen Überlegungen, Menschen ausschließlich darauf zu reduzieren, bescheinigen Alfred Meßmann und Georg Rückriem eine anti-humanistische Subjektauffassung.<sup>52</sup> Sie führen aus, daß es für eine materialistische Erfassung des Subjektcharakters der Menschen nur den Weg gibt, »das Einzelindividuum in seiner sinnlich-praktischen *Tätigkeit* als ein Wesen zu begreifen, das seine Gesellschaftlichkeit selbst besondert«.<sup>53</sup>

Auch Wolfgang Jantzen weist daraufhin, daß die erste Feuerbachthese von Karl Marx, in der davon ausgegangen wird, »daß die Tätigkeit als sinnlich-menschliche Tätigkeit, als Praxis, subjektive Tätigkeit begriffen werden muß«, in Dialektik mit der sechsten These zu sehen ist.<sup>54</sup>

Wir nähern uns hier dem Problem der *Vermittlungen* zwischen Individuum und Gesellschaft, daß auch Lucien Sève als eine zentrale Frage ansieht<sup>55</sup> und dem Alexej N. Leontjew sich mit seiner Persönlichkeitskonzeption annähert.

Nach seiner Auffassung muß die Vorstellung von der Persönlichkeit als einem Produkt der gemeinsamen Wirkung verschiedener Kräfte fallengelassen und die Persönlichkeit als *psychologische Neubildung* verstanden werden, »die in den Lebensbeziehungen des Individuums infolge der Umgestaltung seiner Tätigkeit geformt wird«.<sup>56</sup>

---

52 Siehe Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Psychologie und individuelles Subjekt? Das Humanismusproblem im Entwicklungsprozeß der Kritischen Psychologie (1). In: Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Hrsg. von Georg Feuser und Wolfgang Jantzen. Köln 1985 (im weiteren Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Psychologie und individuelles Subjekt? ...). S. 102ff.

53 Ebenda. S. 111 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

54 Siehe Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 147.

55 Siehe Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ... S. 18.

56 Ebenda. S. 165.

Dementsprechend formuliert Leontjew als Aufgabe für die Erforschung der Persönlichkeit, daß sie über die Untersuchung der Transformationen des Subjekts – Lucien Sève nennt dies »fundamentale Umkehrungen« –, die sich aus der Selbstbewegung seiner Tätigkeit im System der gesellschaftlichen Beziehungen ergeben, stattfinden müsse.<sup>57</sup>

Und hier kommen wir zu einem »Knackpunkt« in der Argumentation Alexej Leontjews indem er seine *Ausgangsthese* wie folgt formuliert:

»Das Innere (*das Subjekt*) wirkt über das Äußere und verändert damit sich selbst.«<sup>58</sup>

Leontjew begründet seine These mit einem Ausdruck Friedrich Engels, wonach das Subjekt anfänglich dem Leben gegenüber über »selbständige Reaktionskraft« verfüge. Diese Kraft kann nur über das Äußere wirken. Das Äußere bildet demnach den Rahmen für den Übergang von der Möglichkeit in die Wirklichkeit. Als Folge konkretisiert sich das Subjekt und gestaltet sich um. Dies geschieht in und durch die Tätigkeit.<sup>59</sup>

Bevor wir weitere Ausführungen zu Alexej Leontjews Persönlichkeitskonzeption vorbringen, ist es nötig, eingehender auf die Kategorie der Tätigkeit einzugehen, die, wie wir bisher sehen konnten, der Schlüssel zum Verständnis des bisher Vorgetragenen ist.

## 2.1. PHYLOGENETISCHE ASPEKTE DER TÄTIGKEIT

Nach diesen ersten Bemerkungen über Tätigkeit stellt sich hier die Frage, warum es nötig ist, bei der Beantwortung der Frage nach der Persönlichkeitsentwicklung und der damit zusammenhängenden Frage der Tätigkeit auf die Phylogenese einzugehen. Dies hängt mit der oben bereits angesprochenen dialektisch-materialistischen Herangehensweise an dieses Thema zusammen. Demnach ist das dialektisch-materialistische Prinzip der Einheit und Unterschiedenheit von Allgemeinem und Besonderem die erkenntnistheoretische Grundlage der Forschung u. a. auch der Erforschung des Menschen.

»Nur auf dem Hintergrund der Einheit von Natur- und Menschheitsgeschichte ist die Besonderheit letzterer für ihn [*hier Alexej N. Leontjew*

---

57 Siehe ebenda. S. 173.

58 Ebenda. S. 174 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

59 Siehe ebenda.

– C. H. und B. M.] darstellbar, und nur aus der Kontinuität der Geschichte als Naturprozeß kann für ihn die Diskontinuität der Geschichte als spezifisch menschliche sichtbar gemacht werden.«<sup>60</sup>

In unserem Zusammenhang ist es zudem nötig, so umfassend auf diese Thematik einzugehen, um Mystifizierungen zu vermeiden und klare Kategorien zu gewinnen, die die besondere Organisationshöhe des Menschen begründen können, dabei jedoch Grundbegriffe verwenden und grundlegende Austauschprozesse beschreiben, die auch auf unteren Niveaus des Lebens Bestand haben. Es geht also darum, den Menschen als naturhistorisches Wesen zu begreifen, das im Laufe seiner Entwicklung besondere Qualitäten entwickelt hat, die in der Phylogenese entstanden sind.

Als *allgemeinstes dialektisches Prinzip*, das sowohl für die belebte, als auch unbelebte Natur gültig ist, nennen Alfred Meßmann und Georg Rückriem die Wechselwirkung als Seinsweise der Materie.<sup>61</sup>

Im Gegensatz zur unbelebten Natur kann ein lebender Organismus nur funktionieren, wenn er sich selbst verändert. Dieser dialektische Prozeß ist dadurch gekennzeichnet, daß sich der Organismus, um sich bewegen zu können, Energie abgeben muß. Diese Dissimilation ist immer auf Rückgewinnung von Energie gerichtet und hat somit immer neue Assimilation zum Zweck und Inhalt. Um assimilieren zu können, ist aber immer auch Dissimilation nötig.<sup>62</sup>

»Dieser Vorgang der beständigen Selbstzerstörung zum Zweck der Wiederherstellung kennzeichnet die besondere Seinsweise des Lebens in seiner einfachsten Form.«<sup>63</sup> Der organische Körper verändert sich im Gegensatz zum anorganischen Körper aktiv, »indem er sich selbst erhält, wächst und vermehrt; es handelt sich bei ihm um einen aktiven Prozeß«.<sup>64</sup>

---

60 Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur in der Auffassung des Psychischen bei A. N. Leontjew. In: Historischer Materialismus und menschliche Natur. Hrsg. von Georg Rückriem et al. Köln 1978 (im weiteren Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ...). S. 81.

61 Siehe ebenda. S. 109.

62 Siehe ebenda. S. 107.

63 Ebenda.

64 Aleksej N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Kronberg 1977 (im weiteren A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ...). S. 28.

In diesem Prozeß können ein *Subjekt* und ein *Objekt* hervorgehoben werden, wobei das Subjekt über selbständige Reaktionskraft verfügt.<sup>65</sup> Dementsprechend muß auch beim Leben in seiner allgemeinsten Form davon ausgegangen werden, »daß das Subjekt aktiv ist.«<sup>66</sup>

Darüber hinaus kommt es an dieser Stelle zu einer weiteren wesentlichen Bestimmung, welche Alfred Meßmann und Georg Rückriem in Anlehnung an Alexej Leontjew darin sehen, daß die Beziehungen des Lebewesens zu anderen Körpern aktiv sind und durch innere Zustände und Prozesse ausgelöst werden, wodurch der Organismus als ein unter dem Gesichtspunkt eines sein Leben erhaltendes Subjekt gesehen werden muß. Dementsprechend stellt die Subjekthaftigkeit des Menschen eine besondere Subjektivität im Vergleich zur Subjekthaftigkeit der organismischen Natur dar, gilt aber eben auf allen Niveaus des Lebens und kommt nicht nur den Menschen zu.<sup>67</sup>

Dieser Logik gemäß, muß man also beim Leben selbst in seiner ursprünglichsten Form von einem *aktiven Subjekt* ausgehen, was eine ökonomisch verkürzte Interpretation der sechsten These über Feuerbach nicht zuläßt.<sup>68</sup>

»Wir werden die spezifischen Prozesse, die ein Lebewesen vollzieht und in denen sich die aktive Beziehung des Subjekts zur Wirklichkeit äußert, von anderen Vorgängen abgrenzen und als Prozesse der *Tätigkeit* bezeichnen.«<sup>69</sup>

Innerhalb dieser Tätigkeit muß der Organismus lebenserhaltende bzw. lebensbedrohende Reize unterscheiden. Diese organische *Widerspiegelung* kommt im Gegensatz zur Widerspiegelung der anorganischen Materie durch die Tätigkeit zustande.<sup>70</sup>

Bis hierher können wir mit Wolfgang Jantzen zusammenfassend sagen, daß »Tätigkeit [...] eine allgemeine Eigenschaft der lebendigen Materie, die nur in Systemen des Charakters ›Subjekt–Tätigkeit–Objekt‹ existiert [*ist* – C. H. und B. M.]. Sie vermittelt individuelle Subjekte auf allen Stufen des Lebens mit ihrem Lebensbereich und die Anforderungen

65 Siehe ebenda. S. 29.

66 Ebenda. S. 31.

67 Siehe ebenda. S. 115.

68 Siehe ebenda. S. 132.

69 Ebenda. S. 32 (Hervorhebung im Original).

70 Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ... S. 112.

des jeweiligen Lebensbereichs mit der phylo- und ontogenetischen Entwicklung der Subjektivität.«<sup>71</sup>

Für die Entwicklung des Lebens besitzt das dialektische Verhältnis von Tätigkeit und Widerspiegelung grundlegende Bedeutung. Denn wenn die Tätigkeit lebenserhaltend sein soll, muß der Organismus in seiner Tätigkeit die Umwelt angemessen widerspiegeln können. Wolfgang Jantzen führt hierzu aus, daß »die Höhe der Entwicklung lebendiger Systeme [...] über die Höhe ihrer Tätigkeitsentwicklung als bedürfnisrelevante Widerspiegelung der eigenen Verhältnisse zur objektiven Realität von Raum und Zeit klassifiziert werden« kann.<sup>72</sup>

Alexej N. Leontjew führt für die einfachste Stufe des Lebens den Begriff *einfache Reizbarkeit* ein. Diese einfache Reizbarkeit äußert sich in der Fähigkeit, »auf diese oder jene lebenswichtigen Einwirkungen durch spezifische Prozesse zu reagieren«.<sup>73</sup>

»Diese Fähigkeit der Widerspiegelung<sup>74</sup> lebenserhaltender Wirkstoffe wie die daraus resultierende Ausrichtung der Tätigkeit in der Zeit bezeichnet Leontjew als *einfache Reizbarkeit*.«<sup>75</sup>

Wie wir bisher sehen konnten, trennen sich Subjekt und Objekt auf dieser ersten Stufe des Lebens. Diese Trennung muß naturgesetzhaft auf der Grundlage der Einheit von Entgegengesetztem wieder aufgehoben werden. Dieses geschieht durch die Einheit von Tätigkeit und Widerspiegelung.<sup>76</sup>

»Tätigkeit, Subjekthaftigkeit, Selbsterneuerungsfähigkeit, selbständige Reaktionskraft usw. sind die Facetten des Vermögens und bringen zum Ausdruck, daß der Organismus *kann*. Gleichzeitig ist dieses Vermögen sein Gesetz. Er muß es realisieren, er kann es nicht *nicht* vollziehen.

71 Wolfgang Jantzen: Tier-Mensch-Übergangsfeld. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 4. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg 1990. S. 509.

72 Siehe Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung ... S. 13.

73 A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 35.

74 »Diese Widerspiegelung ist prinzipiell als vorgehend-antizipierende Widerspiegelung zu begreifen« (Wolfgang Jantzen: Entwicklung. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Entwicklung. Handbuch ...). S. 173.

75 Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung ... S. 12 (Hervorhebung im Original).

76 Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ... S. 116.

Seine Selbständigkeit hat dort ihre Grenzen. Nur durch ständige Umsetzung seines Vermögens, durch ununterbrochene tätige Reaktion auf die sich unablässig wandelnde Umwelt hält er sich in der Existenz. Dies bringt zum Ausdruck, daß der Organismus *muß*. Subjektive Bestimmung und objektive Bestimmtheit [...] fallen zusammen.«<sup>77</sup>

In diesem Prozeß erfolgen Änderungen zunächst immer auf der Umweltseite. Die weitere Entwicklung der einfachen Reizbarkeit vollzieht sich über eine zunehmende quantitative Vielseitigkeit, in dessen Genese es nur zu einer qualitativen Änderung durch eine qualitative Änderung der Umwelt kommen kann.<sup>78</sup>

An dieser Stelle muß angemerkt werden, daß Veränderungen dieser Art über Mutations- und Selektionsmechanismen erfolgen, die den Genbestand einer Art allmählich in Richtung auf eine optimale Umweltpassung verändern. Die Selektion kann aber nur über den Erfolg oder Mißerfolg der Tätigkeit wirksam werden.<sup>79</sup>

Im Verlaufe der Entwicklung der Reizbarkeit entwickelte sich irgendwann die *Sensibilität*, als Ausgangsform der psychischen Widerspiegelung. Dies ist jedoch nur auf Basis der Reizbarkeit denkbar und hängt davon ab, daß sie eine bestimmte biologische Rolle spielt.<sup>80</sup>

»Eine solche qualitative Erweiterung der Reizbarkeit liegt dann vor, wenn der Organismus auch gegenüber Einwirkungen reizbar wird, die von sich aus seine Assimilationstätigkeit und seine Stoffwechsel weder positiv noch negativ bestimmen.«<sup>81</sup>

Alexej Leontjew führt aus, daß der Organismus somit über zwei verschiedene Formen der Reizbarkeit verfüge, wobei die eine Form der Reizbarkeit unmittelbar für die Lebenserhaltung notwendig sei, während die andere Reizbarkeit gegenüber der Umwelt mit der Lebenserhaltung nicht unmittelbar zusammenhänge.<sup>82</sup>

Wolfgang Jantzen kritisiert diese Einteilung, indem er schreibt, daß sie wohl unter dem Gesichtspunkt der Konstanz eines biologischen

77 Ebenda. S. 116 (Hervorhebung im Original).

78 Siehe ebenda. S. 117f.

79 Siehe Dorothee Seeger/Manfred Holodyski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 8.

80 Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ... S. 118ff.

81 Ebenda. S. 120.

82 Siehe A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 36.

Gleichgewichts angemessen sei, aber nicht konsequent vom Gesichtspunkt der Widerspiegelung und Tätigkeit ausgehe.<sup>83</sup>

Auf der Stufe der Sensibilität verortet Leontjew auch die ersten Ansätze des Psychischen,<sup>84</sup> wobei er Psychisches wie folgt definiert: »Das Psychische ist eine Eigenschaft lebender, hochorganisierter Körper. Es besteht in der Fähigkeit, die sie umgebende und unabhängig von ihnen existierende Wirklichkeit im subjektiven Erleben widerzuspiegeln.«<sup>85</sup>

Auch diese Ansicht Alexej Leontjews, wonach die einfache Reizbarkeit präpsychisch ist, teilt Wolfgang Jantzen nicht, indem er Psychisches bereits auf der elementarsten Stufe des Lebens ansiedelt und nicht erst auf dem Niveau der Sensibilität, da er auch auf diesem Niveau von der Fähigkeit zur vorgreifenden Widerspiegelung ausgeht.<sup>86</sup>

Wie bereits erwähnt, entstehen oben genannte Änderungen durch Umweltveränderungen. Doch auch wenn die gegenständliche Wirklichkeit die Entstehung der Empfindung determiniert, darf dies nicht mechanistisch verstanden werden, denn sie kommt nur durch die aktive Anpassung des Organismus zustande (Wesen als Vermögen). Und wie wir im Hinblick auf das bisher erörterte sagen können durch die Tätigkeit, die grundsätzlich Ausgangspunkt ist und durch die die Brechung des Äußeren durch das Innere als aktive Leistung überhaupt geklärt werden kann. »Ohne Determinismus kein Vermögen, aber ohne Vermögen auch kein Determinismus.«<sup>87</sup>

»In dieser komplizierten Einheit zwischen Widerspiegelung und Tätigkeit ist die Tätigkeit, die das Lebewesen praktisch mit der objektiven Realität verbindet, selbstverständlich primär und vorherrschend; sekundär und abgeleitet ist die psychische Widerspiegelung der einwirkenden Eigenschaften der Realität.«<sup>88</sup>

83 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 162.

84 Siehe A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 23.

85 Ebenda. S. 15. – Dagegen äußert Wolfgang Jantzen die Auffassung, daß die psychologische Seite mit der Entstehung des Lebens geklärt werden müsse (siehe Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des (biologischen und persönlichen) Sinns bei A. N. Leontjew. In: Studien zur Tätigkeitstheorie I. Hrsg. von Otto Kruse et al. Berlin 1985 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des Sinns ...). S. 29).

86 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 133 und 158.

87 Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ... S. 123.

88 A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 158.

Auf dem Hintergrund dieser *zentralen Aussage* Alexej Leontjews läßt sich dann auch der Übergang von der einfachen Reizbarkeit zur Sensibilität fassen. Durch qualitative Veränderungen in der Umwelt werden die Organismen gezwungen, sich anzupassen. Durch ihr organismisches Vermögen zur Wiederherstellung sind sie fähig, aber auch gezwungen neue Tätigkeitsformen zu entwickeln, die der veränderten Umwelt entsprechen. Die Struktur der Widerspiegelung bleibt dabei zunächst einmal hinter der Entwicklung der Tätigkeit, auf der Ebene der Reizbarkeit, zurück. Der Organismus ist jedoch durch das Gesetz des Daseins dazu gezwungen, seinen Inhalt der Tätigkeit in sich selbst widerzuspiegeln und muß sich umstrukturieren.<sup>89</sup>

Alexej N. Leontjew formuliert dementsprechend das allgemeine *Gesetz von Abbildniveau und Tätigkeit* wie folgt:

»Die Formen der psychischen Widerspiegelung liegen demnach in ihrer Entwicklung gleichsam jeweils eine Stufe tiefer als die Tätigkeitsstruktur, und es gibt zwischen beiden keine völlige Übereinstimmung. Genauer gesagt: Eine Übereinstimmung gibt es nur im Moment des Übergangs von einer Entwicklungsstufe zur anderen. In diesem Augenblick, in dem eine neue Form der Widerspiegelung entsteht, eröffnen sich der Tätigkeit neue Möglichkeiten und verhelfen ihr zu einer höheren Struktur. Damit ergibt sich zwischen Tätigkeit und Widerspiegelung ein neuer Widerspruch, diesmal jedoch auf einem höheren Niveau.«<sup>90</sup>

Alfred Meßmann und Georg Rückriem erklären, daß dieser Akt der Anpassung sowohl in der Phylogenese, als auch in der Ontogenese nach dem selben Gesetz verläuft, wonach die Organismen die Qualität ihrer Widerspiegelungsstruktur so lange ändern müssen, bis der Inhalt der Widerspiegelung dem der Tätigkeit entspricht.<sup>91</sup>

Als neues Tätigkeitsniveau gibt Wolfgang Jantzen gegenüber der *unbedingten Tätigkeit* auf dem Niveau der einfachen Reizbarkeit, die *bedingte Tätigkeit* auf dem Niveau der Sensibilität an.<sup>92</sup>

Das bisherige *Artverhalten* erfährt durch diese Entwicklung eine Erweiterung und wird durch das *Anpassungsverhalten* bereichert. Dieses

---

89 Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ... S. 124.

90 A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 190f.

91 Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ... S. 125.

92 Siehe Wolfgang Jantzen: Entwicklung. Handbuch ... S. 173f.

Anpassungsverhalten wird durch bedingte Reflexe realisiert und ermöglicht die individuelle Anpassung an Umweltgegebenheiten.<sup>93</sup>

Das Artverhalten entspricht lerntheoretisch der Realisierung von Erbkoordinationen bzw. der unbedingten Tätigkeit. Es erweitert sich hier um die bedingte Tätigkeit mit der Möglichkeit der Habituation an neue situative Bedingungen. Es entstehen damit auch »Orientierungsreaktionen im Hinblick auf Neuheit/Vertrautheit und hierauf bezogen die Widerspiegelung innerer Befindlichkeit«.<sup>94</sup>

Jede Tätigkeit wird durch ein *Bedürfnis* initiiert. Auf der Ebene der einfachen Reizbarkeit tritt es jedoch nur als allgemeine Bedürfnishaftigkeit im Sinne einer unabdingbaren Voraussetzung auf und kann nicht gegenständlich werden.

»Da die Amöbe in ihrer Nährlösung schwimmt, diese selbst nicht gegenständlich widergespiegelt wird (nicht werden kann und auch nicht zu werden braucht), kann auch die allgemeine Bedürfnishaftigkeit<sup>95</sup> [...] nicht gegenständlich werden, d. h. nicht als konkretes Bedürfnis in Erscheinung treten.«<sup>96</sup>

Auf der Ebene der Sensibilität, muß sich dies aufgrund der Tatsache einer inhomogenen Umwelt ändern. Als Beispiel hierfür nennt Leontjew den Frosch, der in der Lage sein muß, seine Umwelt gegenständlich widerzuspiegeln und bei dem die allgemeine Bedürfnishaftigkeit gegenständlich wird und als konkretes Bedürfnis erscheint. Dies geschieht auf der Grundlage des *biologischen Sinns*, den Alexej Leontjew als »Beziehung einer einwirkenden Eigenschaft zur Befriedigung eines organischen Bedürfnisses« definiert.<sup>97</sup> Entscheidend ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß die Wechselwirkung das konkrete Bedürfnis erst möglich macht.<sup>98</sup>

Es muß noch angemerkt werden, daß Alexej Leontjew in seiner Auseinandersetzung mit dieser Thematik den Widerspiegelungscharakter auf

---

93 Siehe Margarete Liebrand/Georg Rückriem: Zum Verhältnis von Biologischem und Sozialem in der Tätigkeitstheorie Leont'evs. In: Studien zur Tätigkeitstheorie II. Hrsg. von Angelika von Hebel und Wolfgang Jantzen. Bremen 1986 (im weiteren Margarete Liebrand/Georg Rückriem: Zum Verhältnis ...). S. 146.

94 Wolfgang Jantzen: Entwicklung. Handbuch ... S. 174.

95 Alfred Meßmann/Georg Rückriem bezeichnen den oben genannten Zusammenhang mit Bedürfnishaftigkeit. Leontjew benutzt diesen Ausdruck unseres Wissens nicht.

96 Margarete Liebrand/Georg Rückriem: Zum Verhältnis ... S. 130.

97 Siehe A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen...S. 156.

98 Siehe ebenda. S. 156ff.

elementaren Niveaus des Lebens, wie Wolfgang Jantzen nachweist und wir oben bereits angesprochen haben, nicht hinreichend erfaßt hat. Von daher kommt Wolfgang Jantzen auch zu einer anderen Einteilung der Abbildniveaus in der Phylogenese, wobei er den Begriff der einfachen Reizbarkeit verwirft und statt dessen als unteres Niveau das Abbildniveau der Sensibilität angibt.<sup>99</sup>

Die zentralen Aussagen Leontjews hinsichtlich der Tätigkeit und dessen allgemeinem Zusammenhang zwischen Tätigkeitsniveau und Abbildniveau in der Entwicklung des Psychischen betrifft diese Kritik jedoch nicht. In diesem Sinne erschien uns diese Darstellung als durchaus angemessen, um eine erste Klärung des Begriffs der Tätigkeit zu erreichen.

Wir setzen also unsere Darstellung der phylogenetischen Betrachtung der Entwicklung fort, wobei wir uns der Darstellung Wolfgang Jantzens<sup>100</sup> bedienen, der beispielsweise die Einzeller, wie oben bereits angeführt auf dem Niveau der Sensibilität ansiedelt. Darauf aufbauend kann sich das Niveau der *perzeptiv-sensorischen Psyche* entwickeln, in das der oben bereits angesprochene Frosch einsortiert werden kann. Das folgende Stadium bezeichnet Wolfgang Jantzen mit dem Begriff *perzeptiv-operative Psyche*, als dessen neues Niveau er die erstmalige Möglichkeit des Individuums erkennt, amodale Strukturen der äußeren Welt im Psychischen herauszubilden, die nicht erbkoordinativ im Gattungserbe fixiert sind. Dies entspricht dem Entwicklungsniveau einer Ratte oder Maus, also den Säugetieren. Vor dem Erreichen dieses Niveaus ist der Prozeß der Tätigkeit und der vorgreifenden Widerspiegelung in seiner amodalen Ebene noch durch für alle Individuen der Gattung gleiche Abbilder gesteuert, der durch Schlüsselreize in Form der *angeborenen Auslösemechanismen* angeregt wird. Mit dem Erreichen des Säugetier- und Vogelnieaus ändert sich dieser Prozeß jedoch grundlegend, da sich dieser Prozeß durch die Möglichkeit neues zu lernen öffnet. Die Akkomodation neuer kognitiver Schemata wird möglich.

Zugleich ändert sich hier auch das System der Tätigkeit, die jetzt nicht mehr gänzlich durch das Gattungserbe abgesichert ist.<sup>101</sup>

Während wir also vorher diesen Prozeß mit »Subjekt–Tätigkeit–Objekt« charakterisieren konnten, müssen wir dieses Schema jetzt erwei-

---

99 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 160ff.

100 Siehe ebenda.

101 Siehe ebenda.

tern, da die Jungen erst durch die Aufzucht durch die Alttiere und deren Vermittlung zur Objektwelt in die Lage versetzt werden, ein individuelles Abbild zu entwickeln. Das System erweitert sich also folgendermaßen:

»Subjekt<sub>Kind</sub> – Tätigkeit<sub>Kind</sub> – Subjekt<sub>Erwachsener</sub> – Tätigkeit<sub>Erwachsener</sub> – Objekt«<sup>102</sup>

Als weiteres Abbildniveau folgt in der hierarchischen Betrachtungsweise das *Stadium des Intellekts*, dessen neue Möglichkeit u. a. darin besteht, neue kognitive Schemata auf dem Niveau von Werkzeugbedeutungen zu akkommodieren, also die amodale Bedeutung eines Gegenstandes als Werkzeug zu erkennen, und als dessen Vertreter er die subhumanen Primaten nennt. Es kommt zur tierischen Traditionsbildung und zum Lernen durch Einsicht. Abschließend entwickelte sich mit dem Abbildniveau von *Arbeit, Bewußtsein, Sprache* nach Durchlaufen des *Tier-Mensch-Übergangsfeldes* das menschliche Niveau.<sup>103</sup>

## 2.2. TÄTIGKEIT UND PERSÖNLICHKEIT

Wir werden in diesem Kapitel versuchen, die grundlegende Bedeutung der Tätigkeit für die Entwicklung der Persönlichkeit darzustellen.

Alexej Leontjew führt aus, daß die reale Basis der Persönlichkeit des Menschen die Gesamtheit der ihrer Natur nach gesellschaftlichen Beziehungen des Menschen zur Welt ist – genauer: der Beziehungen, die realisiert werden. Dies geschieht durch seine Tätigkeit. Somit ist die Kategorie der gegenständlichen menschlichen Tätigkeit (die Analyse ihrer inneren Struktur) die Grundlage einer materialistischen Persönlichkeitskonzeption.<sup>104</sup>

Dementsprechend nimmt die Kategorie der Tätigkeit innerhalb der sowjetischen Psychologie den wichtigsten Platz ein und das grundlegende Merkmal der Tätigkeit ist ihre *Gegenständlichkeit*.<sup>105</sup>

Des weiteren hat jede Tätigkeit eine Ringstruktur, die Leontjew folgendermaßen darstellt:

---

102 Wolfgang Jantzen: *Psychologischer Materialismus...* S. 66.

103 Siehe Wolfgang Jantzen: *Allgemeine Behindertenpädagogik...* S. 160 ff.

104 Siehe A. N. Leont'ev: *Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ...* S. 175 f.

105 Siehe ebenda. S. 75 und 85.

»Ausgangsafferenz → effektorische Prozesse, die die Kontakte mit der gegenständlichen Umwelt realisieren → Korrektur und Bereicherung des ursprünglichen Afferenzabbildes durch Rückkoppelungen.«<sup>106</sup>

Leontjew führt aus, daß die psychische Widerspiegelung der gegenständlichen Welt nicht unmittelbar durch äußere Einwirkungen, sondern durch praktische Kontakte hervorgerufen wird. Folglich sei das Abbild<sup>107</sup> sekundär und der Gegenstand primär und somit der Afferentator.<sup>108</sup>

Tätig werden der Mensch und das Tier durch ein Bedürfnis. Das Bedürfnis an sich führt jedoch nur zur Aktivierung. Erst durch die Vergegenständlichung des Bedürfnisses wird es psychologisch und ist in der Lage, die Tätigkeit auszurichten. Diesen die Tätigkeit ausrichtenden Gegenstand bezeichnet Alexej Leontjew als *Motiv*.<sup>109</sup>

Die Besonderheit des Menschen besteht darin, daß in der Gesellschaft »die Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse produziert

106 A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 87 (Hervorhebung im Original). – Diese Ringstruktur führt u. a. zur Ausbildung funktioneller Systeme (siehe Peter Strüver: Lernen von sogenannten Geistig Behinderten Menschen über Motorik. Solms-Oberbiel 1992 (im weiteren Peter Strüver: Lernen von sogenannten Geistig Behinderten ...). S. 24). – Ohne hier weiter auf die spezielle Hirnorganisation des Menschen eingehen zu wollen, muß in Hinblick auf spätere Erörterungen (z. B. beim Begriff Werkzeug) gesagt werden, daß für die Schaffung dieser funktionellen Verbindungen zwischen einzelnen, unabhängigen Teilen des Gehirns Werkzeuge wichtige Elemente sind. Demnach sind die höheren Formen bewußter Tätigkeit stets auf bestimmte externe Mittel angewiesen (z. B. Knoten im Taschentuch). Mit »ihrer Hilfe (werden) Hirnregionen, die vorher unabhängig voneinander arbeiten, zu Bestandteilen eines einzigen funktionellen Systems« (Aleksandr R. Lurija: Das Gehirn in Aktion. Einführung in die Neuropsychologie. Reinbeck 1992 (im weiteren A. R. Lurija: Das Gehirn in Aktion ...). S. 26f.). – Leontjew nennt dies auch funktionelle Organe und Wygotskij bezeichnet dieses Aufbauprinzip des menschlichen Gehirns als das »Prinzip der extrakortikalen Organisation komplexer geistiger Funktionen« (siehe A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... – Lew Wygotskij: Geschichte der höheren psychischen Funktionen. Fortschritte der Psychologie. Bd. 5. Münster, Hamburg 1992 (im weiteren Lew Wygotskij: Geschichte der höheren psychischen Funktionen ...)). – »Dieser etwas ungewöhnliche Ausdruck meint, daß alle Formen bewußter Tätigkeit beim Menschen immer mit Unterstützung äußerer Hilfsreize oder Werkzeuge entstehen« (A. R. Lurija: Das Gehirn in Aktion ... S. 27).

107 Siehe Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 56. – Grundlage des Abbilds sind Urbilder in Form der Erbkoordinationen, der angeborenen Auslösemechanismen.

108 Siehe ebenda. S. 87.

109 Siehe ebenda. S. 89 und 102.

werden und dadurch auch die Bedürfnisse produziert werden«. Die Gegenständlichkeit der Tätigkeit erzeugt nicht nur den gegenständlichen Charakter der Abbilder, »sondern auch die Gegenständlichkeit der Bedürfnisse, der Emotionen und Gefühle«. <sup>110</sup>

Durch die Tätigkeit wird das Abbild erzeugt.

In ursprünglichen Entwicklungsetappen hat die Tätigkeit die Form äußerer Prozesse in dessen Folge das psychische Abbild erst entsteht. Demnach ist das Leben seinem Wesen nach ein sinnlich-praktischer Prozeß. <sup>111</sup>

In diesen Prozeß muß sich das Individuum durch die Tätigkeit sein Gattungswesen *aneignen*, daß sich »außermittig« von ihm befindet. »Der Mensch wird zum Menschen also nur durch seine Tätigkeit, die grundsätzlich gesellschaftliche Tätigkeit ist.« <sup>112</sup>

»Die innere Seite des Verhältnisses ›Subjekt–Tätigkeit–Objekt‹ ist nach Seiten des Subjekts dabei unter den Gesichtspunkten der historisch entwickelten *vorgreifenden Widerspiegelung* zu begreifen.« <sup>113</sup>

»*Bewußtsein* und *Persönlichkeit* sind folglich Dimensionen, die die spezifische Qualität des Widerspiegelungsprozesses der objektiv-realen, d. h. gesellschaftlichen Welt auf *menschlichem Niveau* kennzeichnen. Diese Widerspiegelung ist nur möglich durch eine auf menschlichem Niveau andere und höhere Form der Tätigkeit, verglichen mit den Tieren: durch Arbeit.« <sup>114</sup>

### 2.3. ARBEIT

Sergej Rubinstein führt aus, daß Arbeit keine psychologische, sondern eine soziologische Kategorie sei, die allerdings durch ihre psychologische Komponente der *Arbeitstätigkeit* Gegenstand des psychologischen Studiums ist. Das wesentliche Charakteristikum dieser Arbeitstätigkeit ist für ihn – in Anlehnung an das Biene-Baumeister-Beispiel von Karl Marx –, daß die Arbeit eine bewußte, zielgerichtete Tätigkeit ist, die sich auf die Verwirklichung eines Resultats richtet, das vor der

---

110 Ebenda. S. 89f.

111 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 93.

112 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 109. – Auf die Aneignung gehen wir gleich ein.

113 Ebenda. S. 109 (Hervorhebung im Original).

114 Ebenda (Hervorhebung im Original).

Handlung in der Vorstellung des Arbeitenden gegeben ist und durch den Willen entsprechend ihrem bewußten Ziel reguliert wird.<sup>115</sup>

Ebenfalls unter Bezug auf Karl Marx bezeichnet W. H. Meyer die Arbeit als typisch menschliche Aktivität. Demnach eignet sich der Mensch die Natur durch Arbeit an. Während die Tiere sich der Natur anpassen, paßt der Mensch sich die Umwelt an und lebt nicht von der vorgefundenen Natur, sondern produziert seine Lebensmittel selbst.<sup>116</sup>

Wolfgang Jantzen bezeichnet Arbeit und Gesellungstrieb als die wesentlichen Triebkräfte der Menschwerdung.<sup>117</sup> Durch die Arbeit, die immer auch gesellschaftliche Arbeit ist, werden auch Sprache und Bewußtsein hervorgebracht und die Möglichkeit zur umfassenden Entwicklung der Persönlichkeit entsteht.<sup>118</sup>

Alexej Leontjew erklärt, daß es sich bei der menschlichen Arbeit von Anfang an um einen gesellschaftlichen Prozeß handelt. Im Gegensatz zum Tier, welches zwar gelegentlich auch Werkzeuge benutzt (bspw. Menschenaffen), ist die Arbeit »ein Prozeß der Einwirkung auf die Natur, der die Beteiligten miteinander verbindet und ihre Beziehungen zueinander vermittelt.«<sup>119</sup>

Für die menschliche Tätigkeit und damit zusammenhängend für die Entwicklung der menschlichen Psyche hat dies grundlegende Konsequenzen, weil damit erste Formen der Arbeitsteilung entstehen können, die eine neue Tätigkeitsstruktur zur Folge haben. Während beim Tier jede Tätigkeit einem unmittelbaren biologischen Bedürfnis entspricht und Gegenstand und Motiv der Tätigkeit stets übereinstimmen, ändert sich dieser Zusammenhang nun tiefgreifend.

Leontjew veranschaulicht dies anhand eines Beispiels, in dem er beschreibt, wie sich im kollektiven Prozeß der Treibjagd auf einem ge-

115 Sergej L. Rubinstein: Grundlagen der allgemeinen Psychologie. Berlin 1977. S. 706ff.

116 Siehe W. H. Meyer: Arbeit. In: Psychologische Grundbegriffe, Mensch und Gesellschaft in der Psychologie. Ein Handbuch. Hrsg. von Siegfried Grubitzsch und Günter Rexilius. Reinbeck 1990. S. 81ff.

117 Siehe Wolfgang Jantzen: Isolation. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 2. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg 1990. S. 596.

118 Siehe Wolfgang Jantzen: Tätigkeit. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 4. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg 1990 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Tätigkeit ...). S. 343. – Siehe auch Sergej L. Rubinstein: Grundlagen der allgemeinen Psychologie. Berlin 1977. S. 706f.

119 A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 202.

benen Niveau der Arbeitsteilung, die Aufgaben, die die einzelnen Teilnehmer zu erfüllen haben, in Jäger und Treiber aufteilen. Der Treiber erfüllt dabei eine Aufgabe, in der er zwischen seinem *Motiv* der Tätigkeit – z. B. Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses – und seinem *Ziel* – Aufscheuchen des Wildes – unterscheiden muß. Einen derartigen Prozeß, bei dem Ziel und Motiv nicht zusammenfallen, bezeichnet Alexej Leontjew als *Handlung*. Bei dem besagten Treiber werden das unmittelbare Ergebnis seiner Tätigkeit – Tier wegtreiben – und ihr endgültiges Resultat – z. B. Nahrungsbedürfnis befriedigen – durch das Verhältnis des Treibers zu anderen Kollektivmitgliedern verbunden. Eine solche Tätigkeit, die für sich genommen biologisch unsinnig wäre, ist also nur in einer gesellschaftlichen Form denkbar und nur in dieser können, als spezifisch menschliche Form der Widerspiegelung, das menschliche Bewußtsein sowie die Sprache entstehen. In der Arbeit löst sich also die Verschmelzung von biologischen Verbindungen zwischen Gegenstand und Individuum, die in der Tierwelt vorliegen, zu Verbindungen, denen ein gesellschaftliches Verhältnis zugrunde liegt.<sup>120</sup>

Menschliche Entwicklung kann dementsprechend als ein Prozeß verstanden werden, »der sich nur in und durch Gesellschaft, also nach gesellschaftlich- historischen Gesetzmäßigkeiten vollzieht«. <sup>121</sup>

Während sich bei den Tieren die Tätigkeit über das Artverhalten und das Anpassungsverhalten realisiert und die damit durchgeführte Vermittlung mit der Umwelt biologisch bestimmt bleibt, »verfügt der Mensch noch über eine dritte Form des Verhaltensmechanismus, dem Bildungsmechanismus von Mechanismen«. Bei den Tieren vollzieht sich das Anpassungsverhalten auf Grundlage vorgegebener Fähigkeiten, »deren Inhalt, deren besondere Formierung jedoch unbestimmt ist«. <sup>122</sup>

Beim Menschen gibt es diesen Rahmen, innerhalb dessen er seine Fähigkeiten entwickelt, nicht. Demnach ist seine Fähigkeitsentwicklung im Prinzip unbegrenzt und wird durch seine *Vermittlungsprozesse* mit der Umwelt gesellschaftlich-historisch bestimmt. <sup>123</sup>

Diese unbestimmt-allgemeine Anlage, der durch den Bildungsmechanismus von Mechanismen als Grundlage der *Aneignung* gegeben ist, »ist dem menschlichen Individuum nicht nur als ein in seiner Natur gründen-

---

120 Siehe A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 202ff.

121 Margarete Liebrand/Georg Rückriem: Zum Verhältnis ... S. 146.

122 Ebenda. S. 150.

123 Siehe ebenda.

des Vermögen von Anbeginn seiner Existenz an mitgegeben, sondern es *ist* seine Natur, soziale Fähigkeiten herauszubilden. Das Vermögen ist zugleich sein Gesetz,<sup>124</sup> wobei das adaptive Anpassungslernen durch Formen des aktiv-zielbezogenen Aneignungslernen ergänzt wird.<sup>125</sup>

Durch die »Erfahrungen über den Werkzeug-Mittelcharakter von Gegenständen, Situationen, Personen wie der Bedeutung der eigenen Tätigkeitsformen im Hinblick auf Bedürfnisbefriedigung und Verwirklichung der eigenen Tätigkeit«, kann die Erfahrung reflexiv erweitert werden.<sup>126</sup>

Es wird die invariante Abbildung von funktionellen Zusammenhängen der Realität in der Weise möglich, »daß das Einwirken von Gegenständen aufeinander *losgelöst von der eigenen Befindlichkeit* begrifflich abgebildet werden kann (Werkzeug und Symbolgebrauch)«. <sup>127</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir also die allgemeinen Charakteristiken der Arbeit angesprochen und deren gesellschaftliche Bestimmtheit beschrieben. Wir müssen aber noch die Seite des Werkzeuggebrauchs näher untersuchen, wobei wir noch einmal auf Leontjew zurückgreifen:

»Um Werkzeuge herstellen und verwenden zu können, muß der Mensch die Ziele der Arbeitshandlung bewußt erfassen. Zugleich führt der Gebrauch eines Werkzeugs aber auch dazu, sich des Arbeitsgegenstandes in seinen objektiven Eigenschaften bewußt zu werden.«<sup>128</sup>

Hierbei wird das Werkzeug zum Träger von ersten *bewußten* Verallgemeinerungen und ist zugleich ein auf ganz bestimmte Weise gebrauchter gesellschaftlicher Gegenstand, in dem auch bestimmte Arbeitsverfahren (Operationen) und Erfahrungen »gespeichert« sind.

Ute Holzkamp-Osterkamp bezeichnet die Werkzeugherstellung als die »zentrale Kategorie des Übergangs vom naturgeschichtlichen zum gesellschaftlichen Spezifitätsniveau«. <sup>129</sup>

Als Werkzeuge dürfen jedoch nicht nur alle von Menschenhand zu einem bestimmten Zweck hergestellten materiellen Dinge verstanden werden, sondern auch ideelle Arbeitsmittel, wie z. B. Sprache oder ma-

124 Ebenda (Hervorhebung im Original).

125 Dieter Kleiber: Lernen. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebengewissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984 (im weiteren Dieter Kleiber: Lernen. Handbuch ...). S. 418.

126 Siehe Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung ... S. 174.

127 Ebenda. S. 59.

128 A. N. Leont'ev. Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 208.

129 Ute Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung. Bd. 1. Frankfurt am Main 1975. S. 232.

thematische Formeln, die durch die Entwicklung in der kollektiven Arbeit entstehen.<sup>130</sup>

Als äußerst bedeutsam in unseren Zusammenhang müssen wir an dieser Stelle hervorheben, daß das Niveau der Arbeit im Menschen nicht einfach natur- oder gottgegeben existiert, sondern sich *phylogenetisch und ontogenetisch* erst in einem dialektischen Prozeß *entwickeln* muß; und ab Erreichen dieses Niveaus findet die Entwicklung des Menschen wesentlich durch die Arbeitstätigkeit statt.

Aber auch die Entwicklung von Menschen, die noch nicht auf dem Niveau von Arbeit organisiert sind, wird dadurch, daß im Aneignungsprozeß meistens eine Person bereits auf diesem Niveau operiert (Vermittlung durch Erwachsene, Betreuer usw.) grundlegend in die Richtung zum Erreichen dieses Niveaus geführt. Und auch die Objektwelt auf die sich der Mensch im Verlauf seiner Aneignung bezieht, sind in der Regel vom Menschen geschaffene Objekte, deren Bedeutung sich nicht durch die sinnlich-erfaßbaren Eigenschaften erschließen, sondern deren Werkzeugstruktur und somit amodaler Bedeutungscharakter sich erst im Prozeß des Lernens erschließt.

Alexej Leontjew spricht hier auch vom *Doppelcharakter der Tätigkeit*, einerseits gegenständliche Tätigkeit zu sein und andererseits Kommunikation zu sein.<sup>131</sup>

Ebenso unterscheidet Lew Wygotskij als zwei wechselseitig zusammenhängende Hauptelemente der menschlichen Tätigkeit die Werkzeugstruktur der Tätigkeit und ihr Einbezogensein in das System der Wechselbeziehungen mit anderen Menschen.<sup>132</sup>

Karl Marx faßt den Prozeß auf gegebenem Niveau der Arbeit folgendermaßen zusammen: »Indem er [*der Mensch* – C. H. und B. M.] durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.«<sup>133</sup>

Demnach ist sie »allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam.«<sup>134</sup>

---

130 Siehe Wolfgang Jantzen: *Menschliche Entwicklung ...* S. 61.

131 A. N. Leont'ev: *Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ...* S. 200.

132 Siehe ebenda. S. 96.

133 Zitiert nach Wolfgang Jantzen: *Menschliche Entwicklung ...* S. 58.

134 Ebenda.

## 2.4. DIE MAKROSTRUKTUR DER TÄTIGKEIT

Auf dem menschlichen Niveau der Tätigkeit werden die Tätigkeiten durch Handlungen realisiert, die sich einem bewußten Ziel unterordnen. Die Aufspaltung von Tätigkeit und Handlung entstand durch die Gesellschaft (siehe oben). Als weiteres Element der Tätigkeiten bestimmt Leontjew die *Operationen*, die sich auf die Verfahren zur Verwirklichung einer Handlung beziehen. In den Werkzeugen sind übrigens die Operationen und nicht die Handlungen kristallisiert, da sie die Verfahren, nicht aber die Ziele in sich tragen. Der Unterschied zwischen Handlungen und Operationen besteht auch darin, daß die Handlungen durch die bewußten Ziele definiert werden, während die Operationen von den objektiven Bedingungen, unter denen das Ziel gegeben ist abhängen.<sup>135</sup>

Alexej Leontjew faßt seine Ergebnisse für die Tätigkeit auf menschlichem Niveau wie folgt zusammen:

»Im Gesamtstrom der Tätigkeit, der das menschliche Leben in seinen höheren, durch die psychische Widerspiegelung vermittelten Erscheinungsformen bildet, unterscheidet die Analyse somit einzelne (besondere) Tätigkeiten anhand der sie initiiierenden Motive, des weiteren Handlungen als bewußten Zielen untergeordnete Prozesse und schließlich Operationen, die unmittelbar von den Bedingungen zur Erlangung des konkreten Ziels abhängen [...] Diese »Einheiten« der menschlichen Tätigkeit bilden auch deren Makrostruktur. Die Besonderheit der Analyse, die zur Bestimmung dieser Einheiten führt, besteht darin, daß sie nicht die lebendige Tätigkeit in Elemente zergliedert, sondern die charakteristischen inneren Beziehungen aufdeckt. Dies sind Beziehungen, hinter denen sich Veränderungen verbergen, die im Entwicklungsverlauf der Tätigkeiten entstehen.«<sup>136</sup>

Tätigkeit, Handlungen und Operationen werden immer von Werkzeugen vermittelt. Alexej Leontjew arbeitet heraus, daß die Handlungsziele sich schwerpunktmäßig auf intendierte Veränderungen am Handlungsobjekt zeigen, während im Motiv die persönliche Beziehung der handelnden Person zu den Objekten seiner Handlung ausgedrückt wird. »Auch wenn sich Menschen stets in Handlungen äußern, sollte doch analytisch getrennt und auf der Ebene der *Tätigkeitsanalyse* eine Bestimmung des

---

135 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 106f.

136 Ebenda. S. 108 (Hervorhebung im Original).

subjektiven (und objektiven) Sinns von Tätigkeiten vorgenommen werden.«<sup>137</sup>

Die realisierte Tätigkeit ist in diesem Prozeß immer reicher als das sie vorwegnehmende Bewußtsein. Demnach ist die »Tätigkeit [...] keineswegs einfach Vertreter und Überträger des psychischen Abbildes, das in ihrem Produkt objektiviert wird. In das Produkt prägt sich nicht das Abbild ein, sondern gerade die Tätigkeit, jener gegenständliche Inhalt, den sie objektiv in sich trägt [...] Indem die Tätigkeit direkt mit der gegenständlichen Wirklichkeit in Berührung kommt und sich ihr unterordnet, wird sie modifiziert, bereichert und kristallisiert sich in dieser ihrer Bereicherung im Produkt.«<sup>138</sup>

Wir hatten diesen Prozeß schon mit dem allgemeinen Gesetz von Tätigkeitsniveau und Abbildniveau umschrieben. Hier zeigt sich aber noch einmal ganz deutlich, daß dieser Prozeß auch das Entwicklungsmoment des Bewußtseins und der Persönlichkeit darstellt, von dem ausgehend man die menschliche Entwicklung erst vernünftig fassen kann.

## 2.5. SINN UND BEDEUTUNG

Wie wir in unseren bisherigen Ausführungen gesehen haben, können die psychologischen Besonderheiten des menschlichen Bewußtseins im allgemeinen, sowie des individuellen Bewußtseins im besonderen, nur über ihre Zusammenhänge mit den gesellschaftlichen Beziehungen verstanden werden, in die das Individuum einbezogen ist.

Demnach erlangen die sinnlichen Abbilder beim Menschen eine neue Qualität, sie bekommen Bedeutungscharakter. Leontjew bezeichnet diese Bedeutungen auch als die wichtigsten *Konstituenten des menschlichen Bewußtseins*.<sup>139</sup>

Ebenfalls konnten wir erkennen, daß das Bewußtsein in der Arbeit dadurch entsteht, daß in ihr Handlungen ausgegliedert werden, »deren gnostische Resultate von der lebendigen Ganzheitlichkeit der menschlichen Tätigkeit abstrahiert und als sprachliche Bedeutungen idealisiert werden«.<sup>140</sup>

---

137 Dieter Kleiber: Lernen. Handbuch ... S. 422.

138 A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 125.

139 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 136.

140 Ebenda. S. 140.

Doch diese Erklärung kennzeichnet den Prozeß noch nicht hinreichend, denn das Subjekt eignet sich diesen Inhalt nicht nur in seiner reinen gesellschaftlichen Bedeutung an, sondern auch immer in bezug auf sein eigenes Leben, auf seine eigenen Bedürfnisse und Motive. Dementsprechend führen die Bedeutungen nach Ansicht Leontjews ein »doppeltes« Leben.<sup>141</sup>

Zum einen werden sie durch die Gesellschaft produziert, was die objektive Seite ausmacht und worin sie sich den gesellschaftshistorischen Gesetzen unterordnen, während sie in ihrem zweiten Leben individualisiert und *subjektiviert* werden, wobei sie aber nicht ihre Objektivität verlieren. Er erklärt, daß sie zum einen in den Bereich der Erkenntnisse und zum anderen in den Bereich der Bedürfnisse und Affekte gehören.<sup>142</sup>

Ursprünglich bilden diese beiden Aspekte der Bedeutung allerdings noch eine Einheit. Alexej Leontjew veranschaulicht dies daran, daß sich die Tätigkeitsmotive bei den Teilnehmern einer kollektiven Arbeit in frühen Etappen der Menschheitsgeschichte gleichen und die Bedeutungen in dieser gemeinsamen Arbeit noch als Erscheinungen des individuellen Bewußtseins und noch als direkt adäquate Beziehungen auftreten. Mit der fortschreitenden Gesellschaftsentwicklung und der damit entstehenden Arbeitsteilung, sowie dem Aufkommen von Privateigentum zerfällt jedoch diese Einheit. Bedingt durch diese Entwicklung wird es nötig, »die erfaßte objektive Bedeutung und die Bedeutung für das Subjekt zu unterscheiden«. Diese Bedeutung für das Subjekt bezeichnet Leontjew als *persönlichen Sinn*.<sup>143</sup>

Der eigentliche Prozeß durch den diese Einheit zerfällt, entsteht durch die mit dieser Entwicklung entstehenden Warenproduktion, in deren Widersprüchen der Gegensatz von konkreter und abstrakter Arbeit entsteht, der die eigentliche Ursache aller Entfremdungsprozesse der menschlichen Tätigkeit darstellt. Gemäß des hier entwickelten Verständnisses der Begriffe Bedeutung und persönlicher Sinn, bezeichnet Leontjew den persönlichen Sinn als weitere Konstituente des individuellen Bewußtseins.<sup>144</sup>

Im folgenden präzisiert Alexej Leontjew sein Verständnis der beiden Kategorien, die eine *dialektische Einheit* bilden, folgendermaßen: »Wenn

---

141 Siehe ebenda. S. 142.

142 Siehe ebenda. S. 142ff.

143 Siehe ebenda. S. 141.

144 Siehe ebenda. S. 141 und 147.

die äußere Sinnlichkeit im Bewußtsein des Subjekts die Bedeutungen mit der Realität der objektiven Welt verbindet, so verbindet der persönliche Sinn diese mit der Realität des Lebens in dieser Welt, mit dessen Motiven. Gerade der *persönliche Sinn bewirkt die Engagiertheit des menschlichen Bewußtseins*.« Und kurz darauf schreibt er dann: »Psychologisch, daß heißt im Bewußtseinssystem des Subjekts und nicht als sein Gegenstand oder Produkt, existieren die Bedeutungen überhaupt nur als Realisierung des persönlichen Sinns, wie auch seine Handlungen und Operationen nur als Realisierung seiner Tätigkeit existieren, die von einem Motiv, von einem Bedürfnis stimuliert wird. Die andere Seite besteht darin, daß der persönliche Sinn stets Sinn von *etwas* ist: reiner, nichtgegenständlicher Sinn ist ein ebensolcher Unsinn wie ein nichtgegenständliches Wesen.«<sup>145</sup>

In bezug auf die *Makrostruktur* der Tätigkeit äußert Wolfgang Jantzen, daß die Handlungs- und Operationsebene durch die Bedeutungen in Zusammenhang stehen, und die Handlungs- und Tätigkeitsebene durch den Sinn in Zusammenhang stehen.<sup>146</sup>

In diesem Verständnis des Übergangs von *Bedeutung und Sinn* und umgekehrt sehen Manfred Holodynski, Georg Rückriem und Dorothee Seeger auch den *Schlüssel zur Psychologie*, zur Erklärung des gesellschaftlichen und einmaligen Subjekts, das Leontjew als Persönlichkeit bezeichnet, denn in diesem dialektischen Verhältnis vollzieht sich u. a. der Übergang vom Objektiven ins Subjektive, von gesellschaftlich Allgemeinem zu individuell Besonderem.<sup>147</sup>

Doch bevor wir weiter auf den Sinn auf menschlichem Niveau eingehen und uns ein Verständnis von pathologischen Umbildungen erarbeiten, müssen wir noch kurz einige Anmerkungen zum grundsätzlichen Verständnis der Kategorie *Sinn* machen.

Wie wir oben<sup>148</sup> bereits sehen konnten, siedelt Alexej Leontjew den Sinn bereits auf dem Niveau der Sensibilität an und definiert ihn wie folgt: »Wir wollen die Beziehung einer einwirkenden Eigenschaft zur Be-

145 Ebenda. S. 148 (Hervorhebung im Original).

146 Siehe Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 114.

147 Siehe Manfred Holodynski/Georg Rückriem/Dorothee Seeger: Menschliche Subjektivität und Individualität als Problem der materialistischen Wissenschaft. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. Weinheim (1986)1. S. 65f.

148 Siehe Kapitel I.2.1. »Phylogenetische Aspekte der Tätigkeit«.

friedigung eines organischen Bedürfnisses als *biologischen Sinn* der gegebenen Einwirkung bezeichnen.«<sup>149</sup>

Er verdeutlicht dies am Beispiel einer Spinne, die sich aufgrund der Schwingungen ihres Netzes zur Beute begibt. Demnach habe die Vibration im Laufe der Artentwicklung der Spinne den biologischen Sinn der Nahrungsaufnahme erhalten. Dieser biologische Sinn kann sich jedoch aufgrund von Umwelteinflüssen ändern.<sup>150</sup>

Wolfgang Jantzen geht bei der Kategorie Sinn davon aus, daß Sinn die *Gedächtnisstruktur des emotionalen Apparates* ist, und Sinnbildung sich nur über das System »Subjekt–Tätigkeit–Objekt« realisiert. Dabei erfolgt der Erwerb individualisierter emotionaler Bewertung über den Aufbau von Sinn.

Grundsätzlich vollzieht sich die sinnhafte Realisierung von gattungsnormalen Lebensbedingungen nach Wolfgang Jantzen durch die »*Gerichtetheit auf gattungsnormale Umwelten im ökologischen Sinne*« und die »*Gerichtetheit auf andere Individuen der Gattung*«. <sup>151</sup>

Ab der perzeptiv-sensorischen Psyche in Form von *Bindung*, wobei Sexualpartner hier noch ausschließlich über angeborene Auslösemechanismen affektiv besetzt und noch nicht individualisiert sind. Beide Prozesse realisieren sich psychisch als positive emotionale Besetzung bestimmter Situationen.

Dabei wirken Gestaltqualitäten motivbildend (so werden beispielsweise »Schlüsselreize« motivbildend).<sup>152</sup>

Wolfgang Jantzen bezeichnet den biologischen Sinn auch als zentrales integrierendes Moment der Lebensaktivität, der sich »als amodale Selbstreferenz zur Gattungsnormalität« realisiert.<sup>153</sup>

Diese an Erbkoordinationen gekoppelte Sinnbildung öffnet sich spätestens ab Säugetierniveau also dem Abbildniveau der perzeptiv-operativen Psyche, wodurch die Amodalität der Welt erfassbar wird und *individueller Sinn* gebildet werden kann.<sup>154</sup>

149 A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 156 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

150 Siehe ebenda. S. 156.

151 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 293 (Hervorhebung im Original).

152 Siehe ebenda. S. 293 ff.

153 Siehe Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des Sinns ... S. 24.

154 Siehe ebenda. – Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 296.

Diese Möglichkeit entsteht dadurch, daß mit dem Erreichen eines neuen Abbildniveaus erstmals individuelle Gegenstandsbedeutungen auftreten können, wodurch sich auch die sinnhaften Strukturen verändern.<sup>155</sup> Zentral sind in diesem Prozeß die Emotionen, wobei die *positiven Emotionen* vorrangig über die Gesamtheit der sozialen Beziehungen bzw. *Bindung* vermittelt werden, und im Sinnbildungsprozeß eine entscheidende Rolle spielen.<sup>156</sup>

In der Ontogenese des Menschen kommt es auch zur Öffnung des biologischen Sinns in Form des individuellen Sinns<sup>157</sup> während der frühen Kindheit, bevor er zum persönlichen Sinn wird. Wolfgang Jantzen siedelt ihn hier noch in der Phase der sensomotorischen Intelligenz an. Er erklärt: »Die Beziehungen werden zunehmend reichhaltig und kompliziert, sind aber noch nicht in die neue Qualität der 5. *Quasidimension* umgeschlagen, also das Herauslösen des Abbilds der Welt aus der räumlichen und zeitlichen Eingebundenheit der jeweiligen Situation.«<sup>158</sup>

Auf der Ebene des individuellen Sinns, der sich im Alter von sieben bis acht Monaten aufzubauen beginnt, was dem Abbildniveau der individuellen Gegenstandsbedeutung, bzw. der Achtmonatsangst nach Spitz entspricht, erschließt sich das Kind nun zunehmend die Eigenschaften der Gegenstände.<sup>159</sup> Hierbei handelt es sich um die »erste Neuschöpfung von Bedeutungen«.<sup>160</sup>

»Daß heißt, hinter der Sinnlichkeit als Eigenschaft des Gegenstandes erschließt sich der *Gegenstand* amodal, nicht sinnlich als »Knoten modaler Eigenschaften«, der über die modalen Empfindungen im Umgang mit dem Gegenstand schließlich im *Abbild* als »Knoten modaler Empfindungen« amodal erschlossen wird.«<sup>161</sup>

---

155 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 296.

156 Siehe ebenda. S. 69.

157 Wolfgang Jantzen erweitert das bei Leontjew grundgelegte Konzept des biologischen und persönlichen Sinns um den individuellen Sinn (siehe Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des Sinns ... S. 27).

158 Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des Sinns ... S. 27 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

159 Siehe Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 183. – Siehe auch Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des Sinns ... S. 35.

160 Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 176.

161 Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des Sinns ... S. 24 (Hervorhebungen im Original).

Mit der Entwicklung neuer Abbildniveaus bildet sich auch der Sinn um. »Sinn sieht Leontjew selber so, daß dieser sich ursprünglich nur in Form der Emotionen äußert, später aber, mit der zunehmenden Differenziertheit der Tätigkeit, zusammenfällt mit der Realisierung der Motive.«<sup>162</sup>

Der persönliche Sinn entsteht, wie wir hier im Vorgriff auf unsere weiteren Ausführungen schreiben, mit der ersten Geburt der Persönlichkeit, also mit dem Auftreten des verallgemeinerten Ichs im Alter von ca. drei Jahren.<sup>163</sup> Er entwickelt sich im Laufe der Entwicklung der Persönlichkeit in Abhängigkeit vom Abbildniveau und stellt dessen Subjektivität dar.<sup>164</sup>

»Je höher der Grad des Bewußtseins (das sich aus den nichtsinnlichen, amodalen, hierarchisch organisierten Abbildstrukturen im Tätigkeitsprozeß gebildet hat), desto entfalteter ist der persönliche Sinn. Und je entfalteter die persönliche Sinnggebung im Lebensprozeß, desto schöpferischer, gestalterischer ist die individuelle Tätigkeit.«<sup>165</sup>

Diese Dialektik von Sinn und Bedeutung ist jedoch anfällig, was Alexej N. Leontjew daran verdeutlicht, daß Sinn und Bedeutung auseinanderfallen können. »Denn im Unterschied zum Sein in der Gesellschaft ist das Sein des Individuums nicht ›selbstredend‹, das heißt, das Individuum hat keine eigene Sprache, keine von ihm selbst erarbeiteten Bedeutungen.«<sup>166</sup>

Deshalb kann auch das »Bewußtwerden der Erscheinungen der Wirklichkeit [...] nur vermittelt der von außen angeeigneten »›fertigen‹ Bedeutungen erfolgen«, was auch die Möglichkeit schafft, »in sein Bewußtsein entstellte oder phantastische Ideen hineinzutragen«.<sup>167</sup> Diese können dann mit seinem Leben unter Umständen nichts mehr zu tun haben und zu *Stereotypen* werden. Diese Stereotype sind langlebig und können nur vernünftig behoben werden, wenn der subjektive Sinn in andere, ihm adäquatere Bedeutungen umgestaltet wird. Werden diese Stereotype nur zerstört, kann es zu einer *psychologischen Katastrophe* führen.<sup>168</sup>

162 Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 190.

163 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 65.

164 Siehe Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 190.

165 Siehe Peter Strüver: Lernen von sogenannten Geistig Behinderten ... S. 48.

166 A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 149 (Hervorhebung im Original).

167 Ebenda. S. 149.

168 Siehe ebenda.

»Sinn, der nicht über die adäquaten Bedeutungen verfügt, versucht sie sich zu schaffen. Das Gefährliche dabei sind die neuen Mythen, die nicht mehr hinterfragt werden.«<sup>169</sup>

Wir halten also mit Leontjew fest: Die Tätigkeit ist durch die objektive Realität und durch das Subjekt determiniert, und diese beiden Aspekte in der psychischen Widerspiegelung sind dialektisch aufeinander bezogen, wobei sich die Realität in objektiven Bedeutungen und die Gerichtetheit der Tätigkeit durch das Subjekt im persönlichen Sinn abbilden.

### 3. Entwicklung der Persönlichkeit

Wir haben bis zum jetzigen Zeitpunkt gesehen, wie wir uns über das Problem der Tätigkeit und der Genese von Sinn und Bedeutung an eine weitergehende Klärung des Begriffs der Persönlichkeit annähern können.

Dementsprechend stellt die Kategorie der *gegenständlichen menschlichen Tätigkeit* und die *Analyse ihrer inneren Struktur* die Grundlage einer materialistischen Persönlichkeitskonzeption dar.

Die Unterscheidungen von Tätigkeiten, Handlungen und Operationen sowie von Zielen und Motiven ist in diesem Zusammenhang sinnvoll. Sie ermöglichen die Bestimmung der Prozesse und Merkmale des Menschen, die seine Persönlichkeit psychologisch kennzeichnen gegenüber denen, die in diesem Sinne (persönlichkeitsbezogen) neutral sind.

Die Untersuchung einer Persönlichkeit muß ausgehen von der Entwicklung der Tätigkeit, der Entwicklung ihrer konkreten Arten und Formen sowie jener Bindung, die sie miteinander eingehen.

Dieses läßt sich auf zwei unterschiedlichen Niveaus verdeutlichen. Alexej Leontjew beschreibt zu diesem Zweck die Struktur der Tätigkeit auf Individuums- und Persönlichkeitsniveau:

*Auf Individuumsniveau* bilden die Tätigkeiten Strahlenbündel in deren Zentrum das Subjekt den Ausgangspunkt bildet. Die Tätigkeitskomplexe werden unmittelbar durch die Eigenschaften des Subjekts bestimmt, wobei Veränderungen der Tätigkeit direkt von den biologisch determinierten fließenden Zuständen der Bedürfnisse des Organismus abhängen.<sup>170</sup>

---

169 Wolfgang Jantzen, zitiert nach Peter Strüver: Lernen von sogenannten Geistig Behinderten ... S. 47.

170 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 178.

*Auf Persönlichkeitsniveau* gehen die Tätigkeiten hierarchische Beziehungen ein. Ihr Merkmal ist ihre »Ungebundenheit« hinsichtlich der Zustände des Organismus.

»Die Tätigkeitshierarchien werden durch ihre eigene Entwicklung erzeugt, sie sind es auch, die den Kern der Persönlichkeit bilden [...] die Knoten, die die einzelnen Tätigkeiten vereinigen, [...] entstehen in jenem System von Beziehungen, die das Subjekt eingeht.«<sup>171</sup>

In diesem Zusammenhang ändern sich auch die Bedürfnisse. Während der Mensch anfänglich handelt, um seine vitalen Bedürfnisse zu befriedigen, befriedigt er diese später, um zu handeln.<sup>172</sup>

### 3.1. DAS BEDÜRFNIS

Alfred Meßmann und Georg Rückriem sprechen im Fall der vitalen Bedürfnisse von Bedürfnishaftigkeit während Wolfgang Jantzen vom Bedarf spricht und ausführt, daß der Bedarf biologisch bestimmt ist und Bedürfnisse als psychologische Dimension der Tätigkeit und des Abbilds angesehen werden müssen, wobei Bedarf und Bedürfnis nicht gegenübergestellt werden dürfen.<sup>173</sup>

Ab dem Niveau, auf dem ein Zentralnervensystem existiert, kann man von dem zentralen Bedürfnis oder auch Bedarf nach neuen Eindrücken ausgehen, dessen Nichteinlösung bereits auf Säugetierniveau schwere Schäden zur Folge hat. Auf menschlichem Niveau entwickelt sich dieser mit dem Entstehen der Ich-Funktionen in das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung.<sup>174</sup>

Die psychologischen Bedürfnisse »resultieren aus vergangenen Erfahrungen in der Tätigkeit unter dem Aspekt des Verhältnisses von emotionaler Bewertung und pragmatischer Ungewißheit. Die Herstellung von Handlungsgewißheit und die positive emotionale Bewertung bewirken eine positive Gerichtetheit der Bedürfnisse auf bestimmte Bereiche der objektiven Realität. Die erfahrene Handlungsungewißheit und das Mißlin-

---

171 Ebenda. S. 178f.

172 Siehe ebenda. S. 187.

173 Siehe Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur ...S. 128. – Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 138.

174 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 138.

gen von Handlungen wie die im Verhältnis hierzu auftretenden negativen Emotionen bewirken eine Gerichtetheit auf Vermeidung.«<sup>175</sup>

Der Bedürfniszustand ist im Gegensatz zum Motiv dadurch gekennzeichnet, daß das Bedürfnis den Gegenstand seiner Befriedigung noch entdecken muß. Ist dieser entdeckt, so erhält dieser Gegenstand die Möglichkeit, Tätigkeit auszulösen und zu steuern.

»Im Gegenstand findet die Tätigkeit also ihr Motiv. Besser gesagt: in der bedürfnisrelevanten Dimension des Gegenstandes, in seiner Potenz, Bedürfnisse des Individuums zu stillen, Produkt seiner Tätigkeit zu sein.«<sup>176</sup>

In diesem Sinne unterscheidet auch Alexej N. Leontjew zwei grundlegende Arten von Bedürfnissen. Einmal das Bedürfnis als »Mangelzustand«, als eine notwendige Voraussetzung der Tätigkeit und zum anderen das Bedürfnis, das die konkrete Tätigkeit in der gegenständlichen Welt steuert und reguliert und in dessen tätigkeitsausrichtender Funktion es auch Gegenstand der Psychologie ist.<sup>177</sup>

Je weiter die Entwicklung der Tätigkeit voranschreitet, um so mehr verwandelt sich das Bedürfnis von einer Voraussetzung der Tätigkeit in das Resultat einer solchen. Dabei kommt der Tätigkeit der Mechanismus zu, dem Bedürfnis seine Gegenständlichkeit zu vermitteln. Insofern liegt die Gegenständlichkeit nicht im Bedürfnis, sondern leitet sich immer nur aus der auf die Gegenstände bezogenen Tätigkeit ab. In diesem Prozeßverständnis entwickelt sich also die Abfolge »Bedürfnis–Tätigkeit–Bedürfnis« in die Reihenfolge »Tätigkeit–Bedürfnis–Tätigkeit« und die psychologische Analyse der Bedürfnisse wandelt sich in eine *Analyse der Motive*.

### 3.2. MOTIVE UND EMOTIONEN

Diese Analyse der Motive ist jedoch sehr schwer, da sich die Tätigkeiten dem Beobachter nicht unmittelbar offenbaren und sich in Handlungen verwirklichen, die sich in einem Ziel äußern, aber nicht unmittelbar mit dem Motiv zusammenfallen müssen. Außerdem müssen

---

175 Ebenda.

176 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik... S. 150 (Hervorhebung im Original).

177 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 88.

auch dem Handelnden selbst die Motive seiner Handlung nicht immer unmittelbar bewußt sein, wohl aber die Ziele seiner Handlungen. Um den eigentlichen Motiven auf die Spur zu kommen spielen für die Analyse der Tätigkeit die Emotionen eine wichtige Rolle.

Nach Leontjew sind die Emotionen das Ergebnis der Tätigkeit und der Mechanismus ihrer Bewegung und haben die Funktion von inneren Signalen.

Dabei spiegeln sie die Beziehungen zwischen den Motiven (den gegenständlichen Bedürfnissen) und dem Erfolg bzw. den Möglichkeiten der erfolgreichen Realisierung der ihnen entsprechenden Tätigkeit des Subjekts wider. Dies geschieht nicht reflektiert, sondern unmittelbar-sinnlich, vor der rationalen Bewertung der Tätigkeit durch das Subjekt. Zwar äußern sich die Emotionen in den Handlungen, sind aber tätigkeits-relevant und nicht handlungs- oder operationsrelevant. So kann auch eine erfolgreich ausgeführte Handlung negative Emotionen hervorrufen.<sup>178</sup>

»Auf Grund der Emotionen kann ein ursprünglich schwächeres Bedürfnis dominieren, wenn die Wahrscheinlichkeit seiner Befriedigung deutlich über der Informationscharakteristik des konkurrierenden Motivs liegt.«<sup>179</sup>

Pawel W. Simonow definiert Emotionen auch als eine »Funktion der Stärke des Bedürfnisses und der Informationsdifferenz«.<sup>180</sup>

Während für Tiere die Emotionen der einzige Regulationsmechanismus ihrer Tätigkeit sind und die Bedürfnisgegenstände durch die Emotionen direkt angezeigt werden, besteht die Eigenart des Menschen im Gegensatz dazu darin, daß er sich im Laufe seiner Persönlichkeitsentwicklung die Fähigkeit aneignen kann, die Emotionen bewußt widerzuspiegeln und daß »die emotionalen Prozesse beim Menschen ihre eigene positive Entwicklung haben«.<sup>181</sup>

Durch die Möglichkeit, »der getrennten Widerspiegelung von Gegenstand und der Beziehung zu diesem Gegenstand kann sich der Mensch vom Automatismus des emotionalen Regulationsmechanismus befreien und seine Tätigkeit seiner bewußten Entscheidung zugänglich machen«.<sup>182</sup>

178 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 188f.

179 Pavel V. Simonov: Höhere Nerventätigkeit des Menschen. Berlin 1982. S. 30.

180 Zitiert nach Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 121.

181 A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 190.

182 Dorothee Seeger/Manfred Holodyski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 200.

Weiter oben hatten wir bereits dargestellt, daß sich über die emotionalen Prozesse der Sinn bildet.

Alexej Leontjew siedelt die Notwendigkeit zwischen Emotion und persönlichem Sinn zu unterscheiden ab dem Moment an, an dem sich die Motivfunktionen aufspalten, was dadurch entsteht, daß die Tätigkeiten zu polymotivierten Tätigkeiten werden.<sup>183</sup> Diese Möglichkeit entsteht durch den Zusammenhang, der im Zitat von Dorothee Seeger und Manfred Holodynski schon angesprochen ist, daß nämlich die objektiven Bedeutungen – als Erscheinungen des gesellschaftlichen Bewußtseins unabhängig von ihrer Beziehung zum Leben des Individuums, zu seinen Motiven und Bedürfnissen – angeeignet werden und in bezug zum eigenen Leben gesetzt werden müssen.<sup>184</sup>

»Die Handlungen des Menschen realisieren stets eine Gesamtheit von Beziehungen: zur gegenständlichen Welt, zu den Menschen der Umwelt, zur Gesellschaft und zu sich selbst.«<sup>185</sup>

Aus allen diesen Bezügen können Motive entstehen, und meistens existiert nicht nur ein Motiv, sondern mehrere, was Leontjew auch dazu führt, zwischen sinngebenden und stimulierenden Motiven zu unterscheiden.

Dabei verleihen die sinngebenden Motive einer Tätigkeit ihre eigentliche Bedeutung und bestimmen wesentlich ihre Struktur, während die stimulierenden Motive eine zusätzliche Anreizfunktion haben und sich häufig auf die in jeder Tätigkeit mitschwingenden persönlichen und sozialen Motive beziehen.<sup>186</sup>

Sinngebende Motive rekrutieren sich auf der Ebene des Sinns der Tätigkeit, über den emotionalen Apparat, »auf dessen Basis eine Bewertung der Motive stattfindet auf dem Hintergrund des allgemeinen An-

183 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 192. – Wolfgang Jantzen hält diese Aussage so nicht für haltbar und hält u. a. deshalb die Einführung des individuellen Sinns für unumgänglich (siehe Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des Sinns ... S. 31). – Auf diese Diskrepanz hatten wir bereits im Kapitel I.2.5. »Sinn und Bedeutung« hingewiesen.

184 Siehe Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 147.

185 Ebenda. S. 192.

186 Siehe Otto Kruse: Motivhierarchie und Motivkonflikt – Zur Bedeutung Leontjews Motivtheorie für die klinische Psychologie. In: Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Hrsg. von Georg Feuser und Wolfgang Jantzen: Köln 1985 (im weiteren Otto Kruse: Motivhierarchie und Motivkonflikt ...). S. 69.

spruchs-niveaus wie seiner Konkretisierung auf die je spezifischen gegenständlichen Möglichkeiten hin«.<sup>187</sup>

Otto Kruse nennt folgendes Beispiel um den Unterschied zwischen sinngebenden und stimulierenden Motiven zu verdeutlichen:

»Das sinngebende Motiv wissenschaftlicher Arbeit kann in kaum etwas anderem bestehen als in dem eigentlichen Untersuchungsgegenstand und dessen Nutzung oder Verwertung. Als stimulierende Motive können unbegrenzt viele persönliche und soziale Bezüge eine Rolle spielen, etwa Leistung-, Rivalitäts-, Geltungs- oder Karrieremotive.«<sup>188</sup>

Die sinngebenden Motive initiieren also die Tätigkeit und geben ihr persönlichen Sinn. Wie die Tätigkeit bei dieser Aufteilung der Motivfunktionen ausgerichtet wird, hängt von der Hierarchie der Motive ab, wobei die sinngebenden Motive einen höheren hierarchischen Platz einnehmen als die stimulierenden. Dieser Prozeß ist als äußerst dynamischer zu verstehen und *Widersprüche* in den Motivstrukturen sind ein wesentliches Element der Tätigkeits- und Persönlichkeitsentwicklung.<sup>189</sup>

Über Alexej Leontjew hinaus bestimmt Wolfgang Jantzen, neben den Motivhierarchien, das *Abbildniveau* als eine der zentralen Strukturen von Persönlichkeit, denn Motive entstehen aus der Vergangenheit der Tätigkeit, die sich im Abbild niederschlägt und von hieraus wieder die Tätigkeit und deren Motiv mitbestimmt.<sup>190</sup>

Als Ursachen für die Umstrukturierung von Motivhierarchien nennt Otto Kruse die folgenden:

»*Erstens*: Veränderte Tätigkeiten, und damit einhergehend, veränderte Fähigkeiten ermöglichen bzw. bedingen neue Motive.

»*Zweitens*: Äußere Veränderungen im Leben, etwa der Eintritt in die Schule oder in einen Beruf, erzwingen neue Motive.

»*Drittens*: Auch innere Veränderungen wie die sexuelle Reifung können die Voraussetzungen für die Ausbildung neuer Motive hervorbringen.

»*Viertens*: Sehr oft ergeben sich Umstrukturierungen in Motivhierarchien aber aus den Widersprüchen zwischen den einzelnen Motiven. Werden Widersprüche zu spürbaren emotionalen und Zielkonflikten, so setzt erhebliche Aktivität ein, um diese Widersprüche zu beseitigen, sei

187 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 150.

188 Otto Kruse: Motivhierarchie und Motivkonflikt ... S. 69.

189 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 193 ff.

190 Siehe Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 152.

es als Veränderung der eigenen inneren Bedingungen oder der Umwelt. Widersprüche in den Motivstrukturen sind ein wesentliches Moment der Dynamik der Tätigkeits- und Persönlichkeitsentwicklung.<sup>191</sup>

Die hierarchischen Beziehungen zwischen den Motiven »werden durch die sich entwickelnden Zusammenhänge der Tätigkeit des Subjekts, durch ihre Vermittlung bestimmt und sind daher relativ.«<sup>192</sup>

So kann in der Struktur der einen Tätigkeit das jeweilige Motiv die Funktion der Sinngebung ausüben und in einer anderen die zusätzliche Funktion der Stimulierung.

### 3.3. DIE ERSTE GEBURT DER PERSÖNLICHKEIT

Wie bereits angesprochen ist die Persönlichkeit eine relativ späte Erscheinung. Es können grob zwei Entwicklungen unterschieden werden. Die eine ist die Entwicklung des Individuums zur Persönlichkeit und die andere die Entwicklung als Persönlichkeit, die durch die Aneignung eines Systems persönlicher Bedeutungen, durch die Entstehung des persönlichen Sinns ermöglicht wird.

Als grundlegend können wir für die Entwicklung zur Persönlichkeit betrachten, daß die »Tätigkeit des Kindes [...] seine Beziehungen zum Menschen über die Dinge und die Beziehungen zu den Dingen über den Menschen«<sup>193</sup> realisiert.

In diesem Prozeß treten die Dinge dem Kind in ihren physischen Eigenschaften gegenüber. Es gewinnt aber durch die Anleitung der Erwachsenen und ihre Handhabung dieser Gegenstände auch zunehmende Einsichten in ihren funktionellen Charakter. Im Zuge dieser Entwicklung erhält die gegenständliche Tätigkeit des Kindes werkzeugvermittelte Struktur, und die Kommunikation wird sprachlich. Dabei werden diese äußeren Tätigkeiten in die Ebene psychischer Prozesse überführt, wobei die innere Tätigkeit eine gleichartige Struktur wie die äußere hat.<sup>194</sup>

Diesen Prozeß des Übergangs interpsychischer Aktionen in intrapsychische Prozesse bezeichnet Lew Wygotskij als *Interiorisation*.<sup>195</sup> Als

---

191 Otto Kruse: Motivhierarchie und Motivkonflikt ... S. 70f.

192 A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 194.

193 Ebenda. S. 197.

194 Siehe ebenda. S. 197 und 100.

195 Siehe Lew Wygotskij: Geschichte der höheren psychischen Funktionen ... S. 231ff.

besonders wichtig für diesen Vorgang können wir wieder auf den Sachverhalt, den wir bereits im Tätigkeitskapitel angesprochen hatten und den Alexej Leontjew im obigen Zitat als grundlegend für die Entwicklung der Persönlichkeit erachtet, nämlich den Doppelcharakter der Tätigkeit, verweisen, da diese Momente die Besonderheiten der menschlichen psychischen Prozesse bestimmen.

Auch Ewald Iljenkow weiß daraufhin, daß die Persönlichkeit nicht im, sondern außerhalb des Körpers, im System der sozialen Wechselbeziehungen existiert, die durch die Dinge zwischen den Individuen realisiert werden, die sie »gleichsam zu einem Körper« zusammenschließen.<sup>196</sup> Die vermittelten zwischenmenschlichen Beziehungen, die durch den Einsatz von Zeichen hergestellt werden und die Grundlage höherer psychischer Funktionen sind, entstehen erst im zwischenmenschlichen Verkehr.

»Allgemein läßt sich sagen, daß die Beziehungen zwischen den höheren psychischen Funktionen einst reale zwischenmenschliche Beziehungen waren. Ich verhalte mich zu mir so, wie andere Menschen sich zu mir verhalten.«<sup>197</sup>

Dabei werden in der Entwicklung des Kindes die zwischenmenschlichen Funktionen im *interpsychischen* Prozeß zu einer *intrapsychischen* Funktion.<sup>198</sup>

Bezogen auf die sechste These über Feuerbach können wir mit Wygotskij sagen, »daß die psychische Natur des Menschen die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen darstellt, die nach innen verlagert und zu Funktionen der Persönlichkeit und zu Formen ihrer Struktur geworden ist.«<sup>199</sup>

Über diesen Interiorisierungsprozeß kommt es nun dazu, daß sich dem Kind die Wirklichkeit ständig erweitert. Dabei eilt die Kenntnis eines »Existierenden« – objektiv Vorhandenen oder auch Illusorischen – stets ihrer Umwandlung in das tätigkeitsbestimmende Wissen voraus. »Die Handlungen werden immer reicher, sie wachsen gleichsam über jenen Kreis von Tätigkeiten hinaus, die sie realisieren können, und geraten in Widerspruch zu deren Motiven.«<sup>200</sup>

---

196 Siehe E. V. Il'enkov: Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze ... S. 235.

197 Lew Vygotskij: Geschichte der höheren psychischen Funktionen ... S. 231.

198 Siehe ebenda. S. 236.

199 Ebenda. S. 237.

200 A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 200.

Über diese Entwicklung kommt es dann zu dem Moment, wo Tätigkeiten polymotiviert werden. Dies ist auch der Moment, den Leontjew als *erste Geburt der Persönlichkeit*<sup>201</sup> bezeichnet.

Er beschreibt diesen Prozeß anhand des Beispiels der bitteren Schokolade wie folgt:

In einem Versuch wurde Kindern die Anweisung gegeben, einen entfernt liegenden Gegenstand zu holen, ohne sich von ihrem Platz zu erheben. Nach der Anweisung verließ der Versuchsleiter den Raum und beobachtete die Kinder bei ihren Bemühungen die Aufgabe zu lösen. Nach einer Reihe erfolgloser Versuche stand ein Kind auf, holte sich den Gegenstand und setzte sich wieder an seinen Platz, worauf der Versuchsleiter wieder den Raum betrat, das Kind lobte und mit einem Stück Schokolade belohnte. Das Kind weigerte sich jedoch diese Schokolade anzunehmen und begann zu weinen, als er darauf drang, es doch anzunehmen.<sup>202</sup>

Alexej Leontjew erklärt, daß die Handlungen des Kindes zwei Motiven entsprachen und somit eine zweifache Tätigkeit verwirklichten. Der hierarchische Zusammenhang der beiden Tätigkeiten in bezug auf den Versuchsleiter und den Gegenstand zeigte sich erst im nochmaligen Gespräch mit dem Versuchsleiter: »Die Schokolade erwies sich als bitter, bitter ihrem subjektiven, *persönlichen Sinn* nach.«<sup>203</sup>

Das hier dargestellte »Verhalten« des Kindes bezeichnet Leontjew als Übergangserscheinung. In dieser Erscheinung kommt es also zu einer ersten Koordinierung von verschiedenen Tätigkeiten und als sehr wesentlichen Punkt können wir festhalten, daß diese »Knoten«, die die einzelnen Tätigkeiten verbinden, in dem System von Beziehungen entstehen, die das Subjekt eingeht.

Die Entwicklung verläuft ab dieser Phase vertikal, das bedeutet, daß mehrere Motive gleichzeitig existieren können und sich untereinander hierarchisch anordnen. Diese Tätigkeitshierarchien bilden auch den Kern der Persönlichkeit. Die größer werdende Anzahl der Tätigkeitsarten führt also nicht nur zu mehr Möglichkeiten, sondern verlangt auch die »Zentrierung um einige Haupttätigkeiten, die sich die anderen unterordnen.«<sup>204</sup>

---

201 Siehe ebenda. S. 201.

202 Siehe ebenda. S. 179.

203 Ebenda. S. 180 (Hervorhebung im Original).

204 Ebenda.

Die erste bewußte Koordination der Motive, und damit die erste Geburt der Persönlichkeit, vollzieht sich im Alter von ca. drei Jahren. In dieser Phase entsteht damit zusammenhängend das verallgemeinerte Ich. Das Kind kann sich nun mit den Augen bedeutsamer anderer Menschen sehen.<sup>205</sup>

### 3.4. DIE ZWEITE GEBURT DER PERSÖNLICHKEIT

Die zweite Geburt siedelt Alexej N. Leontjew an dem Punkt an, wo die bewußte Persönlichkeit entsteht. Das Bewußtsein bestand natürlich schon vorher; hier geht es um die Bewußtheit des Subjekts. Dementsprechend kennzeichnet Leontjew diese zweite Geburt als echte Geburt der Persönlichkeit, die den Verlauf der gesamten folgenden psychischen Entwicklung verändert und zu besonderen Umstrukturierungen des Bewußtseins führt.<sup>206</sup>

Das Bewußtsein wird zum *Selbstbewußtsein*, daß Dorothee Seeger und Manfred Holodynski damit kennzeichnen, daß die eigenen Motive und die hierarchischen Beziehungen, die diese miteinander eingehen bewußt werden.<sup>207</sup>

Später erschließt sich in diesem Prozeß auch der persönliche Sinn der eigenen Tätigkeit und es entsteht die Möglichkeit sich in einen inneren Dialog »mit dem Ich als ›Du‹ vom Standpunkt der zum Prozeß der Menschheit zusammengefaßten bedeutsamen Anderen« zu begeben.<sup>208</sup>

Alexej Leontjew führt aus, daß die Persönlichkeit nicht als Produkt der Biographie verstanden werden dürfe, da die gemachten Erfahrungen und die bestehenden Motive und ihre Hierarchien vermittelt durch das neu entstehende Selbstbewußtsein, neu bewertet werden können, was auch dazu führe, daß der Mensch die Last seiner Biographie abwerfe. Durchgeführt wird diese Umbewertung des Vergangenen durch Handlungen des Subjekts und – wie Leontjew besonders hervorhebt – manchmal sogar durch äußere Handlungen, wie beispielsweise den Abbruch

---

205 Siehe Wolfgang Jantzen: Tätigkeit ... S. 353.

206 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 201f.

207 Siehe Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 314.

208 Siehe Wolfgang Jantzen: Tätigkeit ... S. 353.

früheren Umgangs, Berufswechsel usw. Zudem erweitert sich die Wirklichkeit nicht nur auf die eigene Vergangenheit, sondern auch auf die absehbare Zukunft.<sup>209</sup>

Wichtig für die weitere Entwicklung der Persönlichkeit wird in dieser Etappe der Entwicklung, daß sich der Mensch der Gesellschaft stellt. So ist zwar auch in früheren Etappen die Zugehörigkeit zu verschiedenen Klassen wichtig und bestimmt den Aneignungsprozeß positiv oder negativ. Jetzt ist es jedoch notwendig vom Objekt einer Klasse zu dessen Subjekt zu werden und auch gesellschaftlich Stellung zu beziehen.

Die objektiven gesellschaftlichen Beziehungen müssen persönlichen Sinn bekommen.<sup>210</sup>

Dieser Persönliche Sinn kann sich aber nur aufgrund der gesellschaftlich erarbeiteten und sprachlich fixierten Bedeutungen bilden, was unter den Bedingungen der *Klassengesellschaft* zwangsläufig das Problem birgt, daß es sich bei vielen Bedeutungen um ideologisch verzerrte Bedeutungen handelt. Sinn und Bedeutung fallen hier nicht nur auseinander, sondern sind einander fremd, was die *Sinnsuche* erheblich erschwert.

»Diese Bewegung des Bewußtseins, die Suche und der Aufbau eines Systems persönlichen Sinns, das sich in den Tätigkeiten des Subjekts vollzieht, macht die Persönlichkeit aus.«<sup>211</sup>

Hier erscheinen uns auch die Worte Leontjews passend, der ausführt, daß sich die Persönlichkeit nicht im Rahmen der Konsumtion entwickeln kann, denn »ihre Entwicklung setzt notwendigerweise eine Verlagerung der Bedürfnisse auf das ideell anspruchsvoll und unbegrenzte Schaffen voraus«.<sup>212</sup>

### 3.5. DIE PARAMETER DER PERSÖNLICHKEIT

Der Persönlichkeitsbegriff bei Alexej Leontjew ist mehr als ein bloßer Abgleich äußerer und innerer Bedingungen. Durch die Dynamik der Tätigkeit, die auf der Grundlage von äußeren und inneren Bedingungen

---

209 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 205f.

210 Siehe ebenda. S. 203ff.

211 Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 315.

212 Ebenda. S. 214 (Hervorhebung im Original).

basiert, befindet sich die Persönlichkeit in einem ständigen Prozeß der Neubildung. Leontjew wählt dafür das Bild vieler, sich ständig überkreuzender Bahnen mit deren Knotenpunkt sich auch die Persönlichkeit bewegt.

An diesem Bild werden auch die *drei Parameter*,<sup>213</sup> die Leontjew für die Persönlichkeit formuliert anschaulich.

Als erste Grundlage der Persönlichkeit – und somit als *ersten Parameter* – nennt er die *vielfältigen Beziehungen* des Individuums zur Umwelt. Es geht hier im Gegensatz zu den entfremdeten um die tatsächlichen Beziehungen, die sich psychologisch durch den Begriff Tätigkeit und ihre sinnbildenden Motive ausdrücken lassen. Die Beziehungen können sowohl reicher als auch ärmer sein, als durch die objektiven Bedingungen vorgegeben.<sup>214</sup>

Der *zweite Parameter* enthält den *Hierarchisierungsgrad der Tätigkeiten*, also die Hierarchie der Motive. Als bezeichnendes Merkmal eines hohen Hierarchisierungsgrades bezeichnet Alexej Leontjew, daß der Mensch seine Handlungen an dem für ihn wichtigsten Leitmotiv – auch Lebensziel genannt – mißt. Weniger hierarchisiert kann es dazu führen, daß der Mensch mal in dem einen, mal in dem anderen Feld lebt.

Aber auch ein hoher Hierarchisierungsgrad schützt nicht vor grundlegenden Irrtümern, wie Alexej Leontjew an der Geschichte »Der geizige Ritter« von Alexander Puschkin belegt. Dieser Ritter hatte sich als Ziel gesetzt, die »Macht des Goldes« zu errichten, was sich jedoch als sinnlos erwies. Demgegenüber siedelt Leontjew den Sinn des Lebens in einem Leitmotiv an, das auf das wahrhaft Menschliche gerichtet wird und den Menschen nicht isoliert. Ein solches Leitmotiv sei in der Lage, dem Menschen die psychologische Bestätigung und Bewährung seiner Existenz zu geben, die Sinn und Glück ausmachen.<sup>215</sup>

Wir hatten oben bereits erwähnt, daß der Hierarchisierungsgrad der Motive »auf den Hierarchisierungsgrad der Abbildfunktionen, also den invarianten Begriffsstrukturen zurückgeführt werden« kann. »Auf ihrer Basis realisieren sich die hierarchischen Motive als Sinneinheiten.«<sup>216</sup>

213 Parameter: »Unterscheidende Konstante in einer Gruppe gleicher Funktionen« (Peter Strüver: Lernen von sogenannten Geistig Behinderten ... S. 37).

214 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 208.

215 Siehe ebenda. S. 209f.

216 Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 153.

Wir kommen nun zum *dritten Parameter*, zum *allgemeinen Typ der Persönlichkeitsstruktur*, den Leontjew auch als kompliziertesten Parameter betrachtet. Demnach hat der Motivationsbereich nichts mit einer erstarrten Pyramide gemein, denn selbst wenn ein Mensch eine deutlich führende Motivationslinie hat, wird sie nicht die einzige sein. Ein Ziel macht immer noch mehrere, weitere Lebensbeziehungen möglich, die ihrerseits weitere sinnbildende Motive hervorbringen. Die so entstehenden motivationalen Linien oder Lebenslinien überkreuzen sich und stehen in Wechselbeziehung zueinander. Nichtsdestotrotz stellt die Persönlichkeitsstruktur für Alexej Leontjew »eine relativ stabile Konfiguration der hauptsächlichlichen, in sich hierarchisch geordneten Motivationslinien« dar.<sup>217</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, daß diese Konfiguration konfliktfrei ist. Es dürfte wohl eher das Gegenteil der Fall sein, denn Leontjew führt aus, daß die Charakterisierung der Persönlichkeitsstruktur »in der Wechselwirkung der verschiedenen Systeme [*Beziehungen zur Welt, Hierarchisierungsgrad* – C. H. und B. M.] der entstandenen Lebensbeziehungen liegt, die zum Konflikt zwischen ihnen führen.«<sup>218</sup>

Wolfgang Jantzen sieht ihn auch als »ein System der *sinnhaften Perspektivenverschränkungen bzw. -überschneidungen* [...], die im Prozeß des Lebens hervorgebracht werden.«<sup>219</sup>

In diesem Sinne muß die Persönlichkeit als neue Qualität betrachtet werden, »die durch die Bewegung des Systems der objektiven gesellschaftlichen Beziehungen erzeugt wird und in die seine Tätigkeit eingebunden ist. Die Persönlichkeit hört somit auf, als Resultat der direkten Überlagerung durch äußere Einflüsse zu gelten. Sie gilt als das, *was der Mensch aus sich macht, indem er sein menschliches Leben bewältigt.*«<sup>220</sup>

Daraus folgt, daß die Persönlichkeit kein bloßes Produkt der Wechselwirkung angeborener und erworbener Faktoren ist, sondern sich selbst bestimmen kann. Dabei wird die Persönlichkeit nicht durch ihre Metamorphosen geschaffen, sondern diese werden durch die Bewegung der Persönlichkeitsentwicklung in der Tätigkeit erzeugt.

Diese Bewegung beginnt damit, »daß das Subjekt um die Aufrechterhaltung seiner Existenz willen handelt; sie führt dazu, daß das Subjekt

217 Siehe ebenda. S. 210.

218 Ebenda. S. 212.

219 Ebenda. S. 155 (Hervorhebung im Original).

220 Ebenda. S. 213 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

seine Existenz aufrechterhält, um zu handeln, sein Leben zu gestalten, seine menschliche Bestimmung zu verwirklichen«. <sup>221</sup>

Artur W. Petrowski schreibt in diesem Zusammenhang: »Die Triebkräfte der psychischen Entwicklung der Persönlichkeit liegen im *Widerspruch* zwischen den sich in der Tätigkeit ständig ändernden Bedürfnissen des Menschen und den realen Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung [...] Das Lösen von Widersprüchen, das die Persönlichkeitsentwicklung bewirkt, erfolgt in der Tätigkeit. Dabei eignet sich der Mensch bestimmte Mittel an, um Tätigkeiten auszuführen (Verfahren, Operationen, Wissen und Fähigkeiten usw.) und zwar durch Bildung und Erziehung. Hierbei erzeugt die Befriedigung eines Bedürfnisses durch die aktive Tätigkeit gesetzmäßig ein neues, auf einer höheren Stufe stehendes Bedürfnis.« <sup>222</sup>

#### 4. Isolation

Fragt man nach den Ursachen sogenannter geistiger Behinderung oder anderer psychopathologischer Entwicklungsprozesse, verweist Wolfgang Jantzen aus tätigkeitstheoretischer Sicht auf den Begriff Isolation.

Er grenzt diesen zunächst gegen den Entfremdungsprozeß ab. Demnach bezeichnet die Kategorie der *Entfremdung* als gesellschaftswissenschaftlicher Begriff »*Ausmaß und Strukturierung isolierender Bedingungen, die gesellschaftliche Möglichkeitsräume für psychopathologische Entwicklungen* kennzeichnen, nicht bereits aber diese selbst«. <sup>223</sup>

Entfremdung sollte also nur in Bezug auf die soziale Ebene und ihre Auswirkungen auf die darunter liegenden Ebenen benutzt werden. Für die eigentliche psychologische Analyse muß aber der Begriff Isolation verwendet werden, »dessen Realitätsbereich zugleich in den Prozessen der Entfremdung dialektisch aufgehoben ist, der aber auf der biologischen und psychologischen Ebene seine eigene Realität besitzt«. <sup>224</sup>

Eine allgemeine Definition lautet: »Beeinträchtigung der Tätigkeit lebendiger Individuen im je gattungsspezifischen System ›Subjekt–Tätig-

---

221 Ebenda. S. 214.

222 Zitiert nach Detlef Gellert: *Phylognese und Ontogenese menschlicher Aggressivität*. Köln 1983. S. 83 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

223 Wolfgang Jantzen: *Allgemeine Behindertenpädagogik ...* S. 270 (Hervorhebung im Original).

224 Ebenda. S. 263.

keit-Objekt durch Veränderung innerer (z. B. Verletzung, Krankheit) bzw. äußerer Bedingungen (z. B. Entzug sinnlicher Erfahrung, soziale Isolation, extremer Nahrungsmangel), die damit zu isolierenden Bedingungen werden, indem die stammesgeschichtlich bzw. individualgeschichtlich höchsten Niveaus der Tätigkeit unter diesen Bedingungen nicht realisiert werden können«. <sup>225</sup>

Erwin Reichmann erklärt, daß es sich bei dem Begriff Isolation – im Gegensatz zu Begriffen wie bspw. Behinderung, Anormalität oder Verhaltensstörung – um einen allgemeinen Systembegriff des gestörten Stoffwechsels handelt, den Wolfgang Jantzen als allgemeinste Abstraktion vorgeschlagen hat. <sup>226</sup>

Isolation ist eine *Verhältniskategorie*, die dementsprechend weder aus äußeren noch aus inneren Bedingungen zu erklären ist, sondern sich über die Tätigkeit vermittelt.

Wie in der allgemeinen Definition bereits weiter oben angesprochen, können isolierende Bedingungen unterschiedlichen Quellen entspringen. Erwin Reichmann nennt folgende: <sup>227</sup>

- »(1) Zentrale und dezentrale Wahrnehmungsstörungen, Schädigungen des sensorischen Apparates [...]
- (2) Zentrale Störungen (Störungen bestimmter kortikaler Strukturen) [...]
- (3) Zentrale und dezentrale motorische Störungen [...]
- (4) Präsentation (Vergegenwärtigung) unangemessener Objekte oder fehlender Objektbezüge, so fehlender Zugang zu Maschinen oder fehlende Beziehungen zu anderen Menschen. Daß heißt, hier fehlen entsprechende Teile der objektiven Wirklichkeit, Gesetzmäßigkeiten über bestimmte Gegenstände werden nicht an die Individuen herangetragen, außerdem wirken bestimmte Teile der Realität sich in bloßen Wirkungsstätt in Bedeutungszusammenhängen aus.
- (5) Toxische, traumatische und infektiöse Störungen des Organismus.«

---

225 Wolfgang Jantzen: Behinderung. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 1. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg 1990. S. 714.

226 Siehe Erwin Reichmann: Isolation. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebengewissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984 (im weiteren Erwin Reichmann: Isolation. Handbuch ...). S. 310.

227 Erwin Reichmann: Isolation. Handbuch ... S. 312.

Diese Quellen der Isolation können in drei Bereichen isolierender Bedingungen auf der Wahrnehmungsebene analytisch gefaßt werden:

- »(1) Sensorische Deprivation [...]
- (2) Überstimulation [...]
- (3) Double-Bind-Situation [...].«<sup>228</sup>

Aus dem bis hier Vorgetragenen wird also deutlich, daß *innere* und *äußere Quellen* der Isolation unterschieden werden können und zu einer gestörten Informationsverarbeitung führen können.

»Sofern diese Wahrnehmungstäuschungen jedoch durch Rückgriff auf weitere Operationen bewältigt werden können, bedarf es keiner Umgestaltung der psychischen Abbilder.«<sup>229</sup>

Erheblich gestärkt wird die Widerstandskraft bezogen auf isolierende Bedingungen durch »befriedigende und emotional positiv bewertete Formen der *Kooperation*«. <sup>230</sup>

Ist es für ein Individuum nicht möglich, auf derartige Formen der Kooperation zurückzugreifen und verfügt es nicht über hinreichende operative Abbilder,<sup>231</sup> die auf die Situation angewendet werden können, kommt es zum psychologischen Konflikt, der, wenn er nicht weiter ertragen werden kann, zum plötzlichen Auftreten von Emotionen, Aggressionen, Angst u. ä. führt.<sup>232</sup>

Kazimierz Obuchowski führt in diesem Zusammenhang aus, daß negative Emotionen zu absteigenden Übergängen hin zum konkreten System führen, während positive Emotionen zu einem aufwärts gerichteten Übergang hin zu den hierarchischen und kreativen Systemen führen. Dagegen bildet der Abbau des negativen Gefühls der Angst die Basis für den Gebrauch des hierarchischen Niveaus.<sup>233</sup>

228 Ebenda. S. 311.

229 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 283.

230 Ebenda (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

231 Handlungen werden auf der Grundlage von inneren Modellen gebildet, »dem operativen Abbildsystem [...], das eine möglichst vollständige realitätsgerechte, d. h. situations- und aufgabenangemessene Ziel-Weg-Repräsentation des Handlungsziels und -verlaufs enthält. Maßgeblich für den Erfolg bzw. die Effizienz ist also die Adäquatheit des operativen Abbildsystems« (Dieter Kleiber: Lernen. Handbuch ... S. 421).

232 Siehe Dieter Kleiber: Lernen. Handbuch ... S. 285. – Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung ... S. 71.

233 Siehe Reimer Kormann: Kazimierz Obuchowski »Orientierung und Emotion« – Ein Symposium mit dem Autor anlässlich des Erscheinens der deutschen Ausgabe seines Werkes. In: Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Hrsg. von Georg

Die gesellschaftliche Wirklichkeit wird dementsprechend unter Bedingungen der Isolation und den damit einhergehenden negativen Emotionen, die auch als wesentliche Momente der Selbstbewegung verstanden werden, nicht mehr adäquat im Sinne von optimaler Kontrolle aufgebaut.<sup>234</sup>

»Emotionen sind somit ein Indikator für die individuelle Realisierung der stammesgeschichtlich und individualgeschichtlich gewordenen je höchsten Niveaus der Tätigkeit.«<sup>235</sup>

Kommt es in einer solchen isolierenden Situation zu negativen Emotionen, oder besser gesagt zu negativen Affekten oder deren Antizipation, in Folge dessen das Denken auf niedrigere Niveaus gedrückt wird, bestimmt nicht mehr der Gegenstand der Außenwelt die Tätigkeit, sondern der eigene Affekt bestimmt diese. »Daher müssen die Beziehungen der Außenwelt zunächst ein Stück weit zusammenbrechen, weil eine andere Abbildfunktion bemüht wird, das Körper selbstbild bzw. psychische Selbstbild die Bezugsebene bildet, und erst sekundär zur Außenwelt zurückgekehrt wird (z. B. Flucht).«<sup>236</sup>

Dieser Zusammenhang läßt sich auch in bezug auf den *Willen* darstellen, den Alexej Leontjew als eine der Äußerungen der Persönlichkeit bezeichnet.<sup>237</sup>

Der Wille richtet sich in diesem Fall auf die negativen Affekte als Hindernis zum Zweck ihrer Aufhebung.<sup>238</sup>

Dieses Zurückgreifen auf die niederen Ebenen geschieht, um die Dominanz der höheren Ebenen wieder herzustellen.<sup>239</sup> Gelingt es nicht, die Situation im umfassenden Sinne zu bewältigen, kommt es zur graduellen Anpassung an die isolierenden Bedingungen oder bei besonders ausweglosen Situationen zu Isolationskrisen, die eine massive Umbildung der

Feuser und Wolfgang Jantzen: Köln 1985 (im weiteren Reimer Kornmann: Orientierung und Emotion ...). S. 161 und 169.

234 Siehe Erwin Reichmann: Isolation. Handbuch ...

235 Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung ... S. 90.

236 Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus ... S. 129.

237 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit...S. 199.

238 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 143. – Jantzen formuliert hier gegen Leontjew, daß man auch unterhalb der Ebene der Persönlichkeit von Willensverlust sprechen könne. Dies bezieht sich auf den unbewußten Willen auf reflektorischer Grundlage der Willensfunktionen (z. B. Freiheitsreflex).

239 Siehe ebenda. S. 285.

Persönlichkeitsstruktur zur Folge haben. Dabei kann auch die graduelle Anpassung in späteren Situationen Ausgangspunkt für die Isolationskrise sein.<sup>240</sup>

Die graduelle Anpassung können wir mit Alexej N. Leontjew auch als Stereotyp bezeichnen, während die Isolationskrise seinem Begriff der psychologischen Katastrophe entspricht.<sup>241</sup>

Abhängig sind die Folgen vergleichbarer Isolationsarten von der bisher erfolgten Persönlichkeitsentwicklung, also dem zweiten und dritten Parameter der Persönlichkeit, wobei sich zeigt, daß Menschen mit reichhaltiger Persönlichkeitsentwicklung und Personen, »die auf der Ebene der inneren Position eine reichhaltige und differenzierte Beziehung zum Prozeß der Menschheit entwickelt haben«, widerstandsfähiger sind, gegenüber isolierenden Bedingungen wie Arbeitslosigkeit oder auch KZ-Haft.<sup>242</sup>

Wolfgang Jantzen bezeichnet die psychopathologischen Reaktionsbildungen als »innere Reproduktion der Isolation«.<sup>243</sup>

Je schwerer der Grad der Isolation ist, desto häufiger stößt man auf stereotype Tätigkeitsverläufe.<sup>244</sup> Dies ist jedoch nicht linear zu verstehen, in dem Sinne, daß eine bestimmte Schädigung klar definierte Folgen hätte, sondern als dialektischer Prozeß innerer und äußerer Bedingungen. So muß eine Schädigung wie z. B. Taubblindheit, die an sich eine starke isolierende Bedingung darstellt, nicht zu einer Behinderung führen, wenn von außen entsprechende Hilfen angeboten werden, mit denen der betroffene Mensch sich im gemeinsamen kooperativen Prozeß ein Bild der Welt aufbauen kann.<sup>245</sup>

Dies ist jedoch leider nicht der Regelfall. Der normale Verlauf, der nach Auftreten einer sogenannten Behinderung eintritt, ist wohl eher mit Aussonderung zu umschreiben, die statt im Versuch, die mögliche Quelle der Isolation durch kompensierende Maßnahmen aufzuheben bzw. deren Auswirkungen zu mildern, zur sozialen Isolation führt. Durch ein derartiges Vorenthalten der Möglichkeit der Aneignung adäquater sozialer

240 Siehe ebenda.

241 Siehe die Ausführungen in Kapitel I.2.5. – Siehe auch Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 288.

242 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 272f.

243 Ebenda. S. 287.

244 Siehe ebenda. S. 313.

245 Siehe E. V. Il'enkov: Die Herausbildung der Psyche und der Persönlichkeit. Ergebnisse eines Experiments. In: Demokratische Erziehung. Köln 3(1977)4. S. 410ff.

Bedeutungen kommt es zur Trennung von Sinnbildungsprozessen und sozial zugänglichen Bedeutungen.<sup>246</sup>

Dieses Auseinanderfallen von Sinn und Bedeutung bezeichnet Wolfgang Jantzen auch als Kern psychopathologischer Prozesse.<sup>247</sup>

Bereits Leontjew hat darauf hingewiesen, daß es in Klassengesellschaften durch ideologische Verzerrungen dazu kommt, sich Bedeutungen anzueignen, die in der tatsächlichen Lebenssituation keinen realen Boden haben und zu Stereotypen werden. Diese Stereotypen entstehen durch die Dynamik des Bewußtseins, indem sich der persönliche (individuelle) Sinn nicht in adäquaten Bedeutungen »aussprechen« kann.<sup>248</sup>

Wolfgang Jantzen untersucht diese Zusammenhänge systematisch im Zusammenhang mit verschiedenen Abbildniveaus und Tätigkeitsniveaus, wobei er die unterschiedlichen Niveaus als je neue Sinnbildung auf Grund von je neuen Klassen von Bedeutungen versteht.<sup>249</sup>

Es finden sich unterschiedliche psychopathologische Möglichkeitsräume auf den je unterschiedlichen Hierarchisierungsniveaus der Persönlichkeit.

Wolfgang Jantzen stellt eine Tabelle vor, die Symptome entsprechend ihrer erstmaligen Auftrittsmöglichkeit in der Ontogenese zeigt:

*Erstens* für das Kleinkindalter:

- a) Stereotypien, Autoaggression, Autismus
- b) Aggressivität, »Psychopathie«
- c) Borderline-Syndrom.

*Zweitens* für das Vorschulalter und Schulalter:

- a) Neurosen.

*Drittens* für die Pubertät und frühe Adoleszenz:

- a) Schizophrenie, Anorexia nervosa, Depression.<sup>250</sup>

Wir wollen uns diese Dynamik anhand eines Beispiels verdeutlichen.

Stereotypisierte Tätigkeitsformen lassen sich auch schon im Säugtierbereich und bei Vögeln finden, was wir hier aber vernachlässigen. Beim Menschen gibt es als frühestmögliche Stereotypie im Alter von ca. drei Monaten die motorischen Stereotypien. Dieses Alter entspricht der

---

246 Wolfgang Jantzen: Behinderung. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 1. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg 1990. S. 715.

247 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 287.

248 Siehe A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 149f.

249 Siehe ebenda. S. 288.

250 Siehe ebenda. S. 313.

*dominierenden Tätigkeit*<sup>251</sup> des perzeptiven Lernens, das Wolfgang Jantzen auf dem *Abbildniveau der Erbkoordinationen* ansiedelt.<sup>252</sup>

Bezüglich unserer Ausführungen über den Sinn können wir festhalten, daß sich das Kind in diesem Alter auf der Ebene des *biologischen Sinns* bewegt.

Die dominierende Tätigkeit in dieser Phase ist die Wahrnehmungstätigkeit. Man könnte also sagen, das Kind lernt das Wahrnehmen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß das Verhalten des Kindes immer aktiv ist. Die Motivation ist noch weitgehend emotional gesteuert und als Bedürfnisse des Kindes dürfen neben dem sinnlich-vitalen Bedarf Neugier-, Explorations-, Kontroll- und Sozialbedarf angenommen werden. Bei der Geburt sind die Sinnesorgane – Ohr, Auge, Haut usw. – zwar voll entwickelt, es dominieren jedoch noch die Nah- vor den Fernsinnen. Dieses Verhältnis kehrt sich zum Ende dieser Phase hin um (Beispiel: Das Auge folgt nicht mehr der Hand, sondern die Hand dem Auge). Außerdem verbinden sich verschiedene Wahrnehmungsbereiche (z. B. Optik und Akustik) miteinander, so daß eine ganzheitliche Gegenstandswahrnehmung entsteht. Zu ihr gehört, daß mit den Gegenständen auch gewisse Gefühlsqualitäten vorweggenommen werden, oder daß z. B. beim Hören der mütterlichen Stimme das Kind anfängt zu lachen und die Beinchen zu bewegen, in Antizipation (geistige Vorwegnahme) ihrer Nähe, Wärme und Nahrung.<sup>253</sup>

»Im praktischen Umgang mit den Gegenständen lernt das Kind, sich in seiner Tätigkeit den physikalischen Eigenschaften unterzuordnen«, was noch als reine Anpassungstätigkeit erfolgt.<sup>254</sup>

In dieser Phase können nun ab einem Alter von ca. drei Monaten als erste Verhaltensauffälligkeiten Stereotypien auftreten. In gewissen Maßen treten sie bei allen Menschen auf. Als Grundlage können ererbte Reflexe auf Basis angeborenen Auslösemechanismen angenommen werden. Zu ihnen gehören Saugen, Greifen, Hin- und Herdrehen des Kopfes, Beugen usw. Sie stellen praktisch die grundlegenden Fähigkeiten des

251 Zum Konzept der dominierenden Tätigkeit siehe A. N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen ... S. 398ff. – Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 198ff.

252 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 202.

253 Siehe Detlef Gellert: Phylogenese und Ontogenese menschlicher Aggressivität. Köln 1983. S. 146ff.

254 Siehe Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 299.

Menschen dar und können ohne Unterstützung des Erwachsenen ausgeführt werden. Bringt die Bezugsperson (also) keine Außenreize bzw. Objekte für die Wahrnehmungstätigkeit in den Bereich des Kindes, muß es sich diese über Stereotypien selbst schaffen.

Dabei bleibt die Entdeckung des eigenen Körpers fragmentarisch, weil sie eigentlich über die kommunikative Tätigkeit mit der Mutter bzw. dem Vater realisiert werden müßte. Hirnphysiologische Aspekte belegen zudem, daß durch sich wiederholende Bewegungen Sicherheit entsteht. Im Falle einer fehlenden sicheren *Bindung* zu anderen Menschen wird also eine Art Bindungersatz für sich selbst hergestellt. Auf diesem Hintergrund erscheint das Verhalten für das unter Isolation lebende Individuum als sinnvoll.<sup>255</sup>

»Stereotypien bedürfen im System ›Subjekt–Tätigkeit–Objekt‹ ihrer Bestimmung als subjektiv sinnvolle Formen der Tätigkeit, die im Objektbereich, biologisch wie sozial ihre Bedeutung verloren bzw. verändert haben.«<sup>256</sup>

Nun kann es auf unterschiedlichen Abbildniveaus im Zusammenhang mit der dominierenden Tätigkeit zu qualitativ unterscheidbaren Ausprägungen der Stereotypien aufgrund von isolierenden Bedingungen kommen, wie wir oben bereits sahen, hier jedoch nicht im einzelnen darstellen wollen.

Es wird deutlich: Der nach außen hin als »anormal« sich zeigende psychopathologische Prozeß zeigt sich nach innen hin als Ausdruck des Bedürfnisses der Stabilisierung der Sinnggebungsprozesse unter isolierenden Bedingungen.

Diese werden hervorgebracht durch den Kampf, unter isolierenden Bedingungen die Trennung zur Einheit der Gattung immer wieder mit eigenen (stereotypen) Mitteln aufzuheben.

Demnach ist Isolation wesentliche Bedingung für psychopathologische Entwicklungen in der Determinationsverschränkung von Biologischen (besser Biotischem), Psychischem und Sozialem.

Sinn und Bedeutung können auseinanderfallen ab dem Niveau der perzeptiv-operativen Psyche, der Ebene des individuellen Sinns. In diesem Fall wird der Sinn nicht aus der Bedeutung, sondern aus dem Leben gewonnen.<sup>257</sup>

---

255 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 315.

256 Ebenda.

257 Siehe ebenda. S. 304.

Der Sinn entwickelt sich dann als die innere Reproduktion der Isolation in Form von Angst, als Bindungsvermeidung.

## 5. Behinderung und Menschenbild

In diesem Kapitel werden uns im wesentlichen auf sogenannte geistig behinderte Menschen beziehen. Dabei werden wir versuchen, die bisher erarbeiteten Begriffe systematisch einzubeziehen.

Bezogen auf den Begriff der Isolation können wir mit Erwin Reichmann festhalten, daß Isolation zwar nicht zwangsläufig zu Behinderung führt, aber als wesentlicher Kern der individuellen Seite von Behinderung angesehen werden muß, weil jedes behinderte Individuum von der Aneignung des gesellschaftlichen Erbes isoliert ist.<sup>258</sup>

Diese Isolation ist aber nicht auf eine Pathologie des Bewußtseins zu reduzieren, sondern »muß als Sinnbildung unter den Bedingungen des durch den Defekt wie seine soziale Bedeutung hervorgebrachten Isolation begriffen« werden.<sup>259</sup> Demnach bedeutet geistige Behinderung »den Aufbau der Individualität, Aufbau der Persönlichkeit und Aufbau der Identität unter extrem isolierenden Bedingungen«.<sup>260</sup>

Es bedarf an dieser Stelle wohl kaum vieler Belege, die nachweisen, daß sogenannte behinderte Menschen tatsächlich von regulären Lebenszusammenhängen ausgeschlossen sind und unter weitaus isolierenderen Bedingungen aufwachsen als andere Menschen und wird hier auch nur angedeutet:

Georg Feuser und Gerhard Bohl erklären, daß sogenannte geistig behinderte Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung bereits von Geburt an sehr häufig Erziehungsbedingungen ausgesetzt sind, die ihren Erziehungsbedarf nicht befriedigen oder diesem abträglich sind. Verzärtelung und Überbehütung oder aus einer enttäuschten Erwartungshaltung heraus offene oder verdeckte Ablehnung sind zwei Seiten, die im Hinblick auf sie zum Tragen kommen. Sofern es diagnostische Bemühungen<sup>261</sup>

258 Siehe Erwin Reichmann: Isolation. Handbuch ... S. 317.

259 Siehe Wolfgang Jantzen: Abbild und Tätigkeit. Solms-Oberbiel 1986. S. 43.

260 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 331ff.

261 Häufig erschöpfen sich derartige diagnostische Bemühungen in der Feststellung eines IQ, der für geistig Behinderte unter 55/60 liegt. Ein auf einem IQ fußender Begriff von Behinderung ist für den pädagogischen Prozeß völlig unbrauchbar und führt nur zu Diskriminierung und Segregation (siehe Georg Feuser/Gerhard Bohl:

um sie gibt, führen diese selten zu wirksamen Therapien, sondern zu Stigmatisierungsprozessen, die zu sozialer Isolation führt.<sup>262</sup>

Diese Isolation äußert sich unter anderem auch darin, daß sogenannte geistig Behinderte in zahlreichen Sonderinstitutionen untergebracht werden, seien dies nun spezielle Schulen oder Wohneinrichtungen.

Für den Bereich Wohnen führt Wolfgang Jantzen an, daß 43,7 Prozent der sogenannten geistig behinderten Menschen in Einrichtungen mit 200 und mehr Bewohnern und Bewohnerinnen leben und Einrichtungen mit mehr als 300 Bewohnern und Bewohnerinnen sich nur für sogenannte geistig Behinderte finden. Dabei wohnen sie in vergleichbar sehr großen Wohngruppen, in der Regel mit mehr als acht Personen.<sup>263</sup>

Georg Feuser erfaßt den dialektischen Prozeß des Ausschlusses, dem geistig behinderte Menschen unterworfen werden, sehr treffend. Demzufolge ist das *Menschenbild*, das im Hinblick auf sogenannte behinderte Menschen zum Zuge kommt, entscheidend für den Umgang mit Menschen und bestimmt im wesentlichen, wie mit ihnen umgegangen wird. Demnach kann ein defektorientiertes Menschenbild, »das einen beeinträchtigten Menschen biologisch-medizinisch-psychiatrisch für defekt, psychologisch für deviant und pädagogisch für behindert hält, [...] in der gesellschaftlichen Praxis nur Aussonderung und Segregierung hervorbringen«.<sup>264</sup>

---

Geistige Behinderung. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984. S. 258f.). – Stephan L. Chorover weist nach, daß Messungen von Unterschieden zwischen Menschen meistens mit Behauptungen von der Überlegenheit bzw. Unterlegenheit verbunden werden und letztendlich nur dazu dienen, herrschende Muster von Verhaltenskontrolle zu rechtfertigen. Dabei wird immer wieder der Versuch unternommen, Unterschiede mit biologischen Reduktionen und rassistischer Über- oder Unterlegenheit zu begründen. Dahinter stehen offensichtlich Kapitalinteressen, die lieber Theorien glauben schenken, die weder höhere Löhne noch bessere Lebensbedingungen zur Folge haben (siehe Stephan L. Chorover: Die Zurichtung des Menschen – Von der Verhaltenssteuerung durch die Wissenschaft. Frankfurt am Main 1985. S. 52ff.).

262 Siehe Georg Feuser/Gerhard Bohl: Geistige Behinderung. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984. S. 254f.

263 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999. S. 200 (Manuskript).

264 Georg Feuser: Vortrag vor den Abgeordneten zum Nationalrat im Parlament am 29. Oktober 1996. Wien 1996 (im weiteren Georg Feuser: Vortrag vor den Abgeordneten ...). S. 3.

In diesem Sinne machen wir das, was uns an einem Menschen als klassifizierendes Merkmal auffällt, zu seinem inneren Wesen, an dessen Ende die Proklamation einer Andersartigkeit des Menschen, den wir nicht verstehen (wollen), steht. Dies führt auch dazu, daß diese Menschen in Erziehungs-, Lebens- und Wohnzusammenhängen untergebracht werden, die unserer Annahme über ihre Begrenztheit entsprechen. Die Tatsache, daß sie sich unter diesen abträglichen Bedingungen kaum über einen gewissen Punkt hinaus entwickeln, bestätigt dann wieder die Annahme, daß sie defektiv sind.<sup>265</sup>

Dementsprechend verbleiben defizitäre Klassifikationen ›geistiger Behinderung‹ auf phänomenologisch-reduktionistischer Ebene »und erfassen den Charakter der psychopathologischen Rückkoppelungsprozesse nicht«.<sup>266</sup>

Auch wenn es Unterschiede zwischen den Individuen hinsichtlich anatomischer, physiologischer und auch hinsichtlich seiner dynamischen Möglichkeiten der höheren Nerventätigkeit gibt, unterscheiden sie sich nicht hinsichtlich des Vermögens, spezifisch menschliche Fähigkeiten herauszubilden. Die *Gleichheit der Menschen* gründet sich eben in der Natur des Menschen, die dadurch bestimmt ist, spezifisch menschliche Fähigkeiten herausbilden zu können.<sup>267</sup>

Wie wir im Kapitel Tätigkeit und Arbeit gezeigt haben, muß diese menschliche Natur als historisches Produkt betrachtet werden, dem nichts tierisches mehr anhaftet. Sie stellt ein biologisches Novum dar und ist notwendig auf die Vergesellschaftung des Individuums angelegt und bedarf der notwendigen Ergänzung und Vollendung durch eine gesellschaftlich organisierte Welt.

»Biologisches Individuum ist der Mensch von Beginn seines Lebens an. Und dieses Individuum ist ganz und gar auf Aneignung des menschlichen Wesens angelegt.«<sup>268</sup>

Wenn man also die Natur des Menschen bemühen will, darf dies nicht dahingehend geschehen, dem sogenannten geistig behinderten Menschen oder auch psychisch Kranken eine andere Natur zu unterstellen.

265 Siehe ebenda. S. 6.

266 Siehe Peter Strüver: Lernen von sogenannten Geistig Behinderten ... S. 142.

267 Siehe Margarete Liebrand/Georg Rückriem: Zum Verhältnis ... S. 152f.

268 Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit ... S. 115.

Wolfgang Jantzen weist daraufhin, daß solche Überlegungen jedoch nicht dazu führen dürfen, die Rolle der Biologie zu negieren, da sie sogenannten geistig behinderte Menschen in »ein anderes Verhältnis zu den Menschen und zur Welt und damit zur Möglichkeit des Aufbaus von Sprache, Kultur und Identität« versetzt.<sup>269</sup>

»Allerdings ist es nicht mehr die Biologie, die in diesem Prozeß die führende Rolle spielt, sondern die Fähigkeit der jeweiligen Umgebung, ihre Ausdrucksweisen so zu normalisieren, daß jeder behinderte Mensch auf jedem Niveau und in jedem Lebensabschnitt besondere Möglichkeiten der Teilhabe entwickeln kann. Geschieht dies nicht, so entwickeln sich behinderte Menschen in *kultureller*, in *sprachlicher* und *dialogischer Isolation*.«<sup>270</sup>

Wir stoßen an dieser Stelle erneut auf das »Ebenenproblem«. Demnach ist der Mensch »grundsätzlich nur denkbar als eine Einheit aus Biologischem, Psychischem und Sozialem«. <sup>271</sup> Die Entwicklungslogik ergibt sich aus den inneren Beziehungen und Übergängen, die zwischen diesen Ebenen bestehen.

Als vermittelndes Glied zwischen diesen Ebenen können wir die Tätigkeit bezeichnen und für die Wechselbeziehungen dieser Ebenen ist charakteristisch, »daß die jeweilige höhere Ebene stets die führende bleibt, sie sich aber nur mit Hilfe der tieferliegenden Ebenen realisieren kann und darin von ihnen abhängt«. <sup>272</sup>

Mit unseren Überlegungen zur Persönlichkeitsentwicklung und den Ausführungen Wolfgang Jantzens, können wir konstatieren, daß es nicht mehr die Biologie ist, die diesen Prozeß determiniert, sondern der soziale Austauschprozeß. Der Mensch muß also als *bio-psycho-soziale Einheit* verstanden werden, in der die höhere Ebene, also die soziale, die führende Rolle inne hat, sich aber nur mittels der niederen realisieren kann. Im Verlauf der ontogenetischen Entwicklung verändern sich die Beziehungen zwischen den Ebenen und es kommt zu qualitativen Neubildungen,

269 Siehe Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ist ein sozialer Tatbestand. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ...). S. 214 (Manuskript).

270 Ebenda (Hervorhebung im Original).

271 Georg Feuser: Behinderte Kinder und Jugendliche. Zwischen Integration und Aussonderung. Darmstadt 1995. S. 89.

272 A. N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit ... S. 221.

wobei die »höheren Ebenen in der Individualgeschichte zunehmend den entscheidenden Einfluß übernehmen«.<sup>273</sup>

Grundlegend ist aber auch auf niederen Ebenen, daß die Biologie die Entwicklung sichert und das Soziale immer Voraussetzung der Entwicklung ist<sup>274</sup> und die Hauptdeterminante des Entwicklungsprozesses darstellt.

Demnach gilt auch für die Persönlichkeitsentwicklung unter beeinträchtigenden Bedingungen, daß die Aneignung<sup>275</sup> prinzipiell die spezifisch menschliche Lern- und Entwicklungsform ungeachtet der individuellen Schädigung ist. Dabei folgt die »Persönlichkeitsentwicklung als individuelle Erscheinungsform der Dialektik von Biologischem und Sozialen [...] allgemeinen Entwicklungsgesetzen«, in der auch bei hochgradiger Isolation »eine Höherentwicklung im Sinne der Differenzierung und Zentralisierung [...], also eine Entwicklung höherer kortikaler Funktionen« möglich ist, wobei sich im interpsychischen Prozeß als intrapsychischer Niederschlag das jeweilige subjektive Abbildniveau und die damit verbundene dominierende Tätigkeit entwickeln.<sup>276</sup>

In diesem Sinne gilt es festzuhalten, daß der »schwerstbehinderte Mensch so normal [ist] wie wir: dies in seinen Bedürfnissen, Emotionen, seinem Erleben, seinen Motiven und Tätigkeiten. Darin liegt der Schlüssel zu einem qualitativ neuen Verständnis der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit, das wir in die Betrachtung der Erziehungs- und Bildungsfragen Schwerstbehinderter einzubeziehen haben, da es heute als Wissen zur Verfügung steht.«<sup>277</sup>

Es geht darum ein Verständnis zu entwickeln, auf dessen Hintergrund sich Behinderung als genauso normal herausstellt wie unsere ver-

---

273 Wolfgang Jantzen: *Deinstitutionalisierung. Materialien zur Soziologie der Veränderungsprozesse in einer Großeinrichtung der Behindertenhilfe*. Bremen 1999 (im weiteren Wolfgang Jantzen: *Deinstitutionalisierung ...*). S. 237.

274 Siehe ebenda.

275 In ihrer Bestimmung als Erschließung gegenständlicher und zugleich sozialer Wirklichkeit über die Beziehung zu den Mitmenschen (siehe K. Zinn/M. Pischke: *Schwerstbehinderung*. In: *Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften*. Hrsg. von Erwin Reichmann et al. Solms-Oberbiel 1984 (im weiteren K. Zinn/M. Pischke: *Schwerstbehinderung ...*). S. 549.

276 Siehe ebenda.

277 Georg Feuser: *Allgemeine integrative Pädagogik und entwicklungslogische Didaktik*. In: *Behindertenpädagogik* 28(1989)1 (im weiteren Georg Feuser: *Allgemeine integrative Pädagogik ...*). S. 24.

meintliche Normalität und zwar dahingehend, daß ein derart deklariertes Zustand ein *entwicklungslogisches Produkt* des Menschen darstellt, der sich unter isolierenden Bedingungen entwickeln muß, wobei der Entwicklungsstand der Tätigkeit und Persönlichkeit sowie die Reichhaltigkeit und innere Qualität der sozialen Beziehungen dabei entscheiden, ob und welche isolierende Bedingung tatsächlich zur Beeinträchtigung der Entwicklung führt.

Dementsprechend können wir Behinderung definieren als einen Prozeß »der sozialen Beeinträchtigung der Lebensmöglichkeiten menschlicher Individuen, der auf der Basis mangelnder Vermittlungsprozesse zwischen Individuum und Gesellschaft sich als Beeinträchtigung der Entwicklung der Persönlichkeit realisiert.«<sup>278</sup>

Diese Gedanken zeigen deutlich, daß sich die Entwicklungs-, Aneignungs- und Lernprozesse bei sogenannten geistig behinderten Menschen nicht von anderen Menschen unterscheiden, und sie machen deutlich, daß »Behinderung« auf gleiche Weise »Normalität« definiert wie Nichtbehinderung. »Normalität nun allerdings nicht mehr bezogen auf einen unterschiedlichen Normenkodex, sondern auf die menschliche Entwicklungslogik unter den für einen Menschen bestehenden Ausgangs- und Randbedingungen seiner Lebensgeschichte.«<sup>279</sup>

Dementsprechend bezeichnet Georg Feuser Behinderung auch als eine völlig unbrauchbare Kategorie für die Erkenntnis des menschlichen Wesens.<sup>280</sup>

Nachdem wir uns bisher von der Seite des Individuums, auf das der Begriff der sogenannten geistigen Behinderung angewendet wird, angenähert haben und dabei schon gelegentlich die gesellschaftliche Seite angesprochen haben, wollen wir uns nun dem Begriff der Behinderung von der sozialwissenschaftlichen Seite her annähern.

In diesem Sinne können wir festhalten, daß derjenige, der gesellschaftlich geforderte Leistungen nicht erbringen kann, entweder krank oder behindert ist und im Falle der dauerhaften Beschränkung von Behinderung gesprochen wird. Die Leistungsfähigkeit ist dabei in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem das zentrale Element, das das

278 Wolfgang Jantzen: Behinderung. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 1. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg 1990. S. 369.

279 Georg Feuser: Vortrag vor den Abgeordneten ... S. 12.

280 Siehe Georg Feuser: Allgemeine integrative Pädagogik ... S. 25.

größte Glück für die größte Anzahl gewährleistet und in dem Reichtum für das größte Glück erachtet wird.<sup>281</sup>

Dies führt dann auch zum Sichtbarwerden von sogenannter geistiger Behinderung, indem »Merkmale und Merkmalskomplexe eines Individuums aufgrund sozialer Interaktionen und Kommunikation in Bezug gesetzt werden zu gesellschaftlichen Minimalvorstellungen über individuelle und soziale Fähigkeiten.«<sup>282</sup>

Interaktion und Kommunikation werden jedoch in letzter Konsequenz von gesellschaftlicher Produktion und Arbeit bestimmt. Die gesellschaftliche Form, in der Behinderung erscheint, muß aus den gesellschaftlichen Anforderungsstrukturen begriffen werden. Dabei werden die gesellschaftlichen Minimalvorstellungen von den herrschenden Interessen einer Gesellschaft bestimmt, die sich aus den ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse ergeben.<sup>283</sup>

Historisch betrachtet führte dies im Wandel der Feudalstruktur zum Kapitalismus zum Warencharakter der Arbeitskraft,<sup>284</sup> wobei Arbeitskraft als die »Gesamtheit der physisch-psychischen und geistig-intellektuellen Fähigkeiten des Menschen«<sup>285</sup> definiert werden kann und Bestandteil jeder Produktion ist. Dabei wird sie – wie oben bereits angemerkt – in kapitalistischen Gesellschaften zur Ware. Der Wert der Arbeitskraft setzt sich aus den für die Reproduktion (Ausbildung, Nahrung usw.) aufzuwendenden Mittel im Verhältnis zur erwarteten Produktions- und Konsumfähigkeit zusammen.<sup>286</sup>

Auf diesem gesellschaftlichen Hintergrund erfolgt die Bewertung des Menschen nach dem Wert seiner Arbeitskraft als Ware, wobei Behinde-

281 Siehe Johannes Neumann: *Behinderung. Von der Vielfalt eines Begriffs und dem Umgang damit.* Tübingen 1995. S. 29ff.

282 Wolfgang Jantzen: *Allgemeine Behindertenpädagogik ...* S. 18.

283 Siehe Erwin Reichmann: *Behinderung.* In: *Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften.* Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984 (im weiteren Erwin Reichmann: *Behinderung. Handbuch ...*). S. 110.

284 Siehe Wolfgang Jantzen: *Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik.* Lollar 1977. S. 26f.

285 Erwin Reichmann: *Arbeitskraft minderer Güte.* In: *Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften.* Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel 1984 (im weiteren Erwin Reichmann: *Arbeitskraft minderer Güte ...*). S. 58.

286 Siehe ebenda. S. 59.

rung in diesem Prozeß als reduzierter Wert der Arbeitskraft zum Tragen kommt und als *Arbeitskraft minderer Güte* bezeichnet werden kann.<sup>287</sup>

Ihre Herstellung verursacht vergleichsweise überdurchschnittliche Kosten, die im Sinne des Kapitalverhältnisses als unproduktive Nebenkosten gelten und es nicht notwendig erscheinen lassen, ein positives Menschenbild von sogenannten behinderten Menschen zu formulieren.<sup>288</sup>

Auch Georg Feuser hält die sogenannte geistige Behinderung für eine ökonomische Kategorie: »Der, von dem man nicht erwarten kann, daß er später wieder erwirtschaftet, was seine Ausbildung kostet, der als Kind und Jugendlicher nicht erwarten läßt, daß er ein Mindestmaß an Produktivkräften entfaltet und der auch als potentieller Konsument nicht besonders dienlich ist, der ist geistig behindert, ist schwerbehindert.«<sup>289</sup>

Es kommt also unter kapitalistischen Bedingungen zu einer *Dominanz des Verwertungs- über den Arbeitsprozeß*, in dem die abstrakte Arbeit über die konkrete Arbeit dominiert. In dem dialektischen Gegensatz zwischen konkreter Arbeit und abstrakter Arbeit, die in Gegensatz zu sich selbst geraten sind, sieht Lucien Sève den Punkt, von dem aus alle Forschungen zur Persönlichkeit wirklich erst beginnen können.<sup>290</sup>

Wolfgang Jantzen führt hierzu aus, daß die Analyse, die Karl Marx über den Doppelcharakter der Arbeit vorgenommen hat, mit dem Doppelcharakter von Behinderung in Verbindung gebracht werden kann.<sup>291</sup>

Dieser Doppelcharakter besteht in der abstrakten und konkreten Seite der Behinderung, wobei sich die abstrakte Seite auf den die gesellschaftlichen Verhältnisse bezogenen Begriff der Arbeitskraft minderer Güte bezieht und die konkrete individuelle Seite darin besteht, »daß geistig Behinderte Menschen sind, die extrem isoliert sind vom gesellschaftlichen Erbe und die in geringen Maße diesen Aneignungsprozeß vollziehen konnten«.<sup>292</sup>

287 Siehe Wolfgang Jantzen: *Allgemeine Behindertenpädagogik ...* S. 30.

288 Siehe Erwin Reichmann: *Behinderung, Handbuch ...* S. 110f.

289 Georg Feuser: *Allgemeine integrative Pädagogik ...* S. 25.

290 Siehe Lucien Sève: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit ...* S. 172f.

291 Siehe Wolfgang Jantzen: *Geistig behinderte Menschen und gesellschaftliche Integration*. Bern, Stuttgart, Wien 1980 (im weiteren Wolfgang Jantzen: *Geistig behinderte Menschen ...*). S. 61f. – Arbeit ist in diesem Verständnis einmal unmittelbar gebrauchswertschaffende Arbeit des Individuums und zum anderen ist sie abstrakte Arbeit, nämlich durchschnittliche Verausgabung eines bestimmten physiologischen Grades an Arbeitskraft (siehe ebenda. S. 62).

292 Ebenda. S. 67.

Bezüglich des bürgerlichen Menschenbildes von sogenannten geistig Behinderten können wir an dieser Stelle festhalten, daß es unmenschlich ist und als Ideologie der Minderwertigkeit Menschen vorenthält, was diese dringend für ihre Entwicklung benötigen.

Helmut Kuhn beschreibt diesen Vorgang, indem er zwei Menschenbilder in der bürgerlichen Ethik ausmacht. Das eine bezeichnet Muster vom kooperativen Umgang unter den eigentlich vollwertigen Menschen, während ein zweites Verhaltensnotwendigkeiten gegenüber »anderen«, den unterdrückten Klassen und fremden Völkern beschreibt. Übrig bleibt ein positives Selbstbild der herrschenden Klasse und für die davon ausgeschlossenen nur noch ein minderwertiges Menschenbild.

Was so im Laufe der Geschichte an die Herrschaft legitimierenden Zuschreibungen in der menschlichen Gesellschaft entstanden ist, wird im bürgerlichen Menschenbild zu etwas Unveränderlichem, Invariantem im Wesen, etwas Natürlichem gemacht, wobei die Natur in diesem Zusammenhang als biologisch-ungesellschaftlich verstanden wird.

Lorenz schließlich erklärt das Wesen des Menschen in direkter Rückführung auf das Biologisch-Tierische in diesem. Dieses Menschenbild trug zur Übertragung der als bedrohlich und aggressiv verstandenen Natur auf gesellschaftliche Prozesse bei, dem Sozialdarwinismus. Der von Darwin noch zwischen den Arten beschriebene Konkurrenzkampf ums Überleben findet nun angeblich innerhalb derselben Gattung Mensch statt und prägt das heute gültige Bild. Die Ungleichheit der Menschen wird in solchen Auffassungen statt aus *Klassenunterschieden*, aus angeblich natürlichen *Rassenunterschieden* erklärt.

Dabei drücken die »Wesenszüge des Menschen«, die geschätzt werden, bürgerliche Klasseninteressen aus. Diese Züge werden dem Individuum als ursprünglich innewohnend zugesprochen, als ahistorisch-invariante Abstrakta. Es wird psychologisiert und individualisiert, was seinen Ursprung nicht im Individuum, sondern in gesellschaftlichen Interessen hat.<sup>293</sup>

Wie es anders und menschlicher geht, haben wir in unseren Ausführungen schon anhand einiger Autoren belegt. Ohne jetzt diese Ergebnisse im einzelnen noch einmal zu wiederholen, können wir festhalten, daß es »den« Menschen genauso wenig gibt wie »den« Behinderten. Bei ge-

---

293 Siehe Helmut Kuhn: Menschenbild ... S. 358ff.

nauerer Betrachtung erweist sich Behinderung als *sozialer Tatbestand*<sup>294</sup> und sagt absolut nichts über den einzelnen Menschen aus.

Von daher sollte auch nicht die »Änderung der Verhaltensweisen« das Ziel sein, sondern die »Änderung der Verhältnisse zwischen den Verhaltensweisen«, in dem Sinne, daß Lebensverhältnisse geschaffen werden, die Menschen dazu befähigen, im Prozeß der Selbstorganisation ihre Persönlichkeit ungebrochen und optimal entfalten zu können.<sup>295</sup>

Dabei müssen wir die *Persönlichkeitsentwicklung* des Individuums in den Mittelpunkt stellen und demgemäß die menschliche Entwicklung als aktiven Prozeß der Aneignung von Welt verstehen. In den Mittelpunkt rückt die Betrachtung des »Werdens«, wobei das Sein, als momentane Erscheinungsform, in das Werden integriert ist, letzteres aber gegenüber dem Sein priorisiert ist.<sup>296</sup>

Gegenüber den u. a. aus dem bürgerlichen Menschenbild resultierenden defizitgeprägten Denkmodellen setzt die neuere Behindertenpädagogik ein grundlegend *verändertes Menschenbild*, das sich durch drei Prinzipien charakterisieren läßt:

»*Erstens* – Entwicklungsprinzip: die grundsätzliche Anerkennung der individuellen Lern- und Entwicklungsfähigkeit eines jeden Menschen

»*Zweitens* – Subjektprinzip: die Anerkennung des zu Erziehenden als eigenständig und eigenverantwortlich handelndes Subjekt (Mensch mit Behinderung), d. h. die Orientierung an dem nach subjektivem Maßstab Möglichen und Sinnvollen

»*Drittens* – Sozialer Kontext und Beziehung: die Anerkennung, daß Lernen, Entwicklung und Erziehung immer unter – entwicklungsfördernden oder isolierenden – Bedingungen eines sozialen Kontextes stattfindet (Sozialisation, Beziehungssystem).«<sup>297</sup>

In diesem Zusammenhang sollten wir noch einige kurze Anmerkungen über die Möglichkeiten der Einflußnahme im Bereich der individuellen Lern- und Entwicklungsfähigkeit machen. Sollen die Versuche, einem Menschen bei der Entwicklung höherer Tätigkeits- und Abbildniveaus

294 Siehe Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ...

295 Siehe Georg Feuser: Allgemeine integrative Pädagogik ... S. 42.

296 Siehe ebenda. S. 25 und 87.

297 Christian Bradl: Geistige Behinderung und Psychiatrie. In: Psychisch krank und geistig behindert – Regionale Angebote für psychisch kranke Menschen mit geistiger Behinderung. Hrsg. von Christian Gaedt et al. Dortmund 1993. S. 20 (alle Hervorhebungen haben wir entfernt – C. H. und B. M.).

beihilflich zu sein, nicht selbst wieder isolierenden Charakter bekommen, müssen sie in der *Zone der nächsten Entwicklung* liegen.

Generell können wir davon ausgehen, daß dieses Vorgehen auch bei Menschen angezeigt ist, die Stereotypen, selbstverletzende Verhaltensweisen oder andere »Verhaltensauffälligkeiten« zeigen und daß sich derartige Blockaden nur dann auflösen, »wenn man bisher nicht adäquate Bedingungen wieder zu adäquaten macht, also systematisch die Aneignung strukturiert, und zwar auf dem Niveau der Zone der nächsten Entwicklung. Insofern ist der Aneignungsprozeß eines behinderten Kindes prinzipiell und niemals ein anderer als der jedes anderen Menschen auch.«<sup>298</sup>

Im Sinne von Entwicklung kann dieser Prozeß der Aneignung im »Spiegel der von Alexej N. Leontjew beschriebenen und von Wolfgang Jantzen weiterentwickelten Theorie von ›Abbild‹ und ›dominierender Tätigkeit‹ dargestellt werden.<sup>299</sup>

In dieser Entwicklung entstehen immer »neuere, höher organisierte und differenzierte Abbilder von der Welt – und damit auch höhere Tätigkeitsniveaus«. <sup>300</sup> Dies jedoch nach Maßgabe der Attraktoren, in dem Sinne, daß »jedes System seine Komplexität nur nach Maßgabe der Komplexität des jeweils anderen Systems zu erhöhen *vermag* [C. H. und B. M.], das als »Attraktor« wirkt.<sup>301</sup>

Im Falle der Segregation, existieren derartige Entwicklungsanreize durch eine »restriktive, sozial und inhaltliche verarmte und auf Homogenität der Mitglieder von Gruppen«<sup>302</sup> zielende Unterbringung und Isolierung, kaum.

## 6. Zusammenfassung

Wir haben auf Grundlage der Tätigkeitstheorie versucht darzustellen, daß der Mensch sich nur im Prozeß der konkreten Tätigkeit, aus der ent-

---

298 Wolfgang Jantzen: Geistig behinderte Menschen ... S. 141f.

299 Siehe Georg Feuser: Behinderte Kinder und Jugendliche. Zwischen Integration und Aussonderung. Darmstadt 1995 (im weiteren Georg Feuser: Behinderte Kinder und Jugendliche...). S. 104f. (Hervorhebung im Original).

300 Siehe ebenda. S. 105.

301 Ebenda. S. 103 (Hervorhebung im Original).

302 Ebenda. S. 106.

wicklungslogisch bei angemessenen Bedingungen die abstrakte Tätigkeit resultiert, in Kooperation mit anderen Menschen zum höchsten Niveau des Menschseins, der bewußten Persönlichkeit entwickeln kann.

Dabei verläuft der Prozeß der Aneignung von außen nach innen, wobei der eigentliche Gegensatz aber nicht zwischen außen und innen, sondern zwischen Abbild und Tätigkeit liegt; der Prozeß immer reichhaltiger ist, als das Abbild.

Das Subjekt ist in diesem Austausch als aktiv zu verstehen und eignet sich Bedeutungen nicht einfach nur an, sondern bezieht sie dabei auf sein Leben und seine Motivstruktur. Als wesentliche Ebene ist in dieser Entwicklung die Genese des Sinns zu sehen, der sich in einem dialektischen Verhältnis mit den Bedeutungen befindet.

Dabei bildet sich das Abbild nicht nur systemhaft als eine Anhäufung von Bedeutungen, sondern vermittelt über die Emotionen und den Sinn immer auch sinnhaft, da es immer Bedeutungen für das Subjekt sind. Bedingt durch isolierende Bedingungen kommt es zur verzögerten Aneignung von Bedeutungen und zu andersstrukturierten Sinn- und Tätigkeitsstrukturen, häufig durch mißlingende Bindung und dadurch entstehende negative Affekte wie Angst begünstigt, die sich negativ auf die Aneignung von Welt auswirkt.

Dieser Sachverhalt führt dazu, grundsätzlich jedes »Verhalten« als sinnvoll für das Individuum zu betrachten, auch wenn es von außen gesehen vielleicht unverständlich und nicht angemessen erscheinen mag. Dies hat zur Folge, daß man sich bemühen muß, die Perspektive des betroffenen Menschen einzunehmen, was in der Kategorie der Tätigkeit auch grundgelegt ist, da im tätigkeitstheoretischen Verständnis die Frage nach dem Motiv einer Tätigkeit, die sich immer in Handlungen äußert, zentral ist.

Des weiteren haben wir gesehen, daß die biologischen Ausgangsbedingungen nicht als grundlegende Determinante betrachtet werden dürfen. Die Betrachtungsweise, nach der jedoch die biologischen Bedingungen ausschlaggebend sein sollen, findet dort besondere Anerkennung, wo es darum geht, im Sinne einer Verwertungslogik den maximalen Profit aus einzelnen Menschen herauszuholen.

Im Sinne Lucien Sèves müssen wir aber vom juxtastrukturellen Verhältnis ausgehen, wonach die Persönlichkeitsentwicklung zwar nicht ausschließlich durch gesellschaftliche Prozesse bestimmt ist, ihre Entwicklung aber doch hauptsächlich durch die gesellschaftlichen Prozesse bestimmt wird.

Etwas genauer gefaßt erscheint dieser Zusammenhang im Begriff der bio-psychozialen Einheit, die die Tätigkeit dreifach determiniert, wobei die sozialen Verhältnisse als höhere Ebene die Hauptdeterminationsgröße darstellen.

Der Mensch kann sich deshalb nur das menschliche Wesen, das im gesellschaftlichen Erbe zu finden ist, aneignen, wenn das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen er lebt, reichhaltig ist und dem gesellschaftlichen Erbe so weit wie möglich entspricht. Dementsprechend ist der, der sich aufgrund gesellschaftlich-historischer Hemmnisse dieses Erbe, das sein Wesen darstellt, nicht aneignen kann, »behindert«.

Im Ausblick auf Kapitel drei können wir von daher schon an dieser Stelle konstatieren, daß es aus behindertenpädagogischer Perspektive in fachlicher Hinsicht absolut unzulässig ist, einen Menschen auf den Pflegebedarf zu reduzieren.

## Neoliberalismus und Gesellschaft

»Die stärkste Legitimation aber bezieht der Kapitalismus aus seinem Sieg, denn Siege legitimieren sich durch sich selber. Der Sieg und – als sein Gegenstück – die Niederlage sind die in der Marktwirtschaft am wenigsten in Zweifel gezogenen Kriterien zur Bestimmung der Wahrheit. Das marktwirtschaftliche Denken überträgt das darwinistische Konzept der Auslese in der Natur als Ordnungsvorstellung auf die menschliche Gesellschaft. Wahr ist am Ende nur der quasi naturgesetzliche Sieg des Starken und der Ruin des Schwachen im dauerhaften Konkurrenzkampf. Erfolg und Mißerfolg, Leistungskraft und Leistungsschwäche, technische Überlegenheit und Unterlegenheit bestimmen die Auslese unter Staaten, Unternehmen und Individuen. Dieses Daseinsprinzip prägt Denken und Empfinden, entscheidet darüber, was gepriesen oder verachtet wird, was als göttlich oder teuflisch gilt, seit den industrialisierten Menschen die Götter ausgetrieben wurden. Darin zeigt sich die latente Verwandtschaft der marktwirtschaftlichen Organisationen der Gesellschaft mit dem Faschismus. Der sich selbst legitimierende Sieg des Produktiven über das Unproduktive findet seine Vollendung in der Ausmerzung des Unproduktiven, in dem eine Last oder Gefahr für die naturgewollte Auslese des Starken gesehen wird. Das Wirken dieses Prinzips läßt sich vor allem am Geld ablesen [...].«<sup>1</sup>

Der von uns gespannte *Bogen* von der *Behindertenpädagogik* zum *Neoliberalismus* bezieht seine Legitimation aus der Bedingtheit behindertenpädagogischer Handlungsspielräume von politökonomischen Verhältnissen, die letztendlich eine Praxis der Aussonderung hervorbringen.

Der in Kapitel I hergeleitete Entwicklungsbegriff, der Behinderung als *sozialen Tatbestand* auffaßt und dem Menschen zu jedem Zeitpunkt Entwicklung zubilligt und für möglich hält, sowie das aus ihm resultierende Menschenbild werden gegenwärtig angegriffen und abgebaut. Der neoliberale Zeitgeist ist jedoch nicht die alleinige Ursache für die Nichtrealisierung des oben dargestellten normativen Prinzips. Dies griffe zu kurz.

---

1 Thomas Ebermann/Rainer Trampert: Die Offenbarung der Propheten. Hamburg 1995.

Die tieferen Hintergründe des ausgrenzend und behindertenfeindlich zu nennenden Zeitgeistes beruhen auf einer Krise der Kapitalakkumulation. Die Herausbildung dieser Krise zieht Strategien zu ihrer Bewältigung in Form einer Reorganisation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die postfordistische bzw. neoliberale Züge trägt, nach sich, wie wir in Rückgriff auf das »Fordismus«-Konzept feststellen werden.

Auf der Grundlage der aufgezeigten Veränderungen wird in einem Exkurs der Aufstieg und die Krise des bundesdeutschen Sozialstaats nachgezeichnet.

In der Folge decken wir die Rechtfertigungsmuster auf, die die zuvor beschriebenen neoliberalen Umstrukturierungen der Gesellschaft legitimieren sollen. Dabei stellt sich heraus, daß sich die sozioökonomischen Vorstellungen des Neoliberalismus aus dem Liberalismus herleiten, wie wir in Bezugnahme auf Hannah Arendt und Herbert Marcuse rekonstruieren werden.

Von der kritischen Darstellung des Liberalismus wechseln wir im folgenden zur Darstellung a) des ökonomischen Konzeptes sowie b) des ideologischen Hintergrunds des Neoliberalismus. Wobei die Rechtfertigungsideologie, die am Beispiel des Theoretikers und Repräsentanten des Neoliberalismus F. A. von Hayek hergeleitet wird, dabei konform geht mit den im »Fordismus«-Konzept dargelegten Reorganisationselementen.

Abschließend stellen wir die gesellschaftlichen Umwälzungen anhand der neoliberalen Reorganisationskonzepte der aktuellen bundesdeutschen Politik dar und weisen neben den polarisierenden Effekten dieser Politik auf die aus ihr resultierenden sozialen Einschnitte hin.

## **1. Kritische Stimmen und Aussagen zum neoliberalen Zeitgeist**

»Neoliberalismus ist heute das widersprüchliche Ensemble von wirtschaftlichen Theorien, staatlichen Politiken und Unternehmensstrategien, die auf sogenannte Globalisierung setzen«. <sup>2</sup> »Globalisierung« wird von vielen Autoren als die Intensivierung und Erweiterung grenzüberschrei-

---

2 Wolfgang Fritz Haug: Aussichten der Zivilgesellschaft unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungspolitik. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Berlin 1996. Bd. 217 (im weiteren W. F. Haug: Aussichten der Zivilgesellschaft ...). S. 673.

tender wirtschaftlicher, kultureller und informationeller Transaktionsprozesse unter marktorientierten Prämissen gefaßt.<sup>3</sup>

Diese Entwicklung ergab sich durch eine krisenhafte Restrukturierung der kapitalistischen Ökonomie und der politischen Regulation des Weltmarktes vor allem aus den Veränderungen infolge des Zusammenbruchs des Weltwährungssystems von Bretton-Woods Anfang der siebziger Jahre, was eine Entwicklung hin zu einem weltweiten »Kasino-Kapitalismus« zur Folge hatte, der vor allem durch die Explosion der Finanzmärkte und des fiktiven Kapitals<sup>4</sup> entstand.<sup>5</sup> Im Zuge der Entfesselung der Marktkräfte sind Demokratie und Menschenrechte in vielen Weltregionen, eingeschlossen die führenden industriellen Demokratien, »ernsthaft unter Beschuß« geraten.<sup>6</sup> Heinz Dieterich beschreibt diese Entwicklung als die »neoliberale Realität von Ausbeutung, Intervention und Unterdrückung«.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang wurde mit Anfang der siebziger Jahre auch die Frage nach den Grenzen des Sozialstaats in den führenden westlichen Industrienationen aufgeworfen, ob dieser nicht »ein Klotz am Bein« des ökonomischen Wachstums und Fortschritts sei.<sup>8</sup>

3 Siehe ebenda. S. 680.

4 Von Marx entwickelter Komplementärbegriff zum realen Kapital, der den durch Spekulationsgeschäfte oder Staatskredite erzielten Gewinn beschreibt, der sich unabhängig bzw. parallel zur Dividende einer Aktie bewegt und sich nicht in betriebswirtschaftlichen Produktionsprozessen verwertet (Robert Kurz: Mit Volldampf in den Kollaps. In: *Krise – Welche Krise?* Hrsg. von IG-Rote Fabrik/Zürich. Berlin 1995. S. 56ff.). – 1993 errechnete die Weltbank ein Weltsozialprodukt von 23.100 Mrd. US-Dollar gegenüber einem offenen Bestand am weltweiten Wertpapiergeschäft von über 60.000 Mrd. US-Dollar (siehe Jürgen Elsässer: Die Deutschmark als sichere Bank. In: »Jungle World«, Berlin vom 18. September 1997). – Dies bedeutet, daß die Besitztitelansprüche des Finanzkapitals (fiktives Kapital) um ein Dreifaches höher sind als das Weltsozialprodukt.

5 Siehe Ulrich Duchrow/Martin Gück: *Wirtschaften für das Leben im Wahljahr 1994. Nach 50 Jahren tödlicher Verarmung wie grenzenloser Bereicherung im »Bretton-Woods-System«.* In: *Junge Kirche – Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen.* Bremen (1994)3 (Beilage). – Siehe auch Robert Kurz: *Die globale Zockerei.* In: »Jungle World«, Berlin vom 18. September 1997.

6 Siehe Noam Chomsky: *Demokratie und Märkte in der Neuen Weltordnung.* In: Noam Chomsky/Heinz Dieterich: *Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung.* Bad Honnef 1996. S. 25.

7 Noam Chomsky/Heinz Dieterich: *Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung.* Bad Honnef 1996. S. 10.

8 Siehe Johann Strasser: *Fortschrittsglaube und Solidarität. In: Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen.* Hrsg. von Jürgen Blume et al. Neumünster 1997. S. 15–29.

Konkret schlug sich diese Entwicklung hin zu einem »Freiheitskampf für das Kapital« in der Erhebung des Neoliberalismus zum wirtschaftspolitischen Dogma durch die konservativen Regierungen in Großbritannien und den USA nach ihren Wahlsiegen 1979 und 1980 nieder.<sup>9</sup> So wurde der Neoliberalismus mit seinen drei Säulen »Privatisierung des öffentlichen Sektors«, »Abbau der Sozialleistungen« und »ökonomische Deregulierung« und verstärkt nach der Zeit des beginnenden Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten und der »Auflösung der bipolaren Weltordnung« hegemonial.<sup>10</sup>

Subcommandante Marcos, Sprecher der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) in Chiapas/Mexiko, spricht als politisch Betroffener vor dem Hintergrund eines nur in erster Linie die arme Bevölkerung des Trikonts betreffenden globalen Neoliberalismus vom »4. Weltkrieg« gegen die »ganze Menschheit« mit der Doppelstrategie von »Zerstörung–Entvölkerung« und »Wiederaufbau–Neuordnung«.<sup>11</sup> Diese politische Ausbreitung des Neoliberalismus als politisch-ökonomische Ideologie findet als eine Neuordnung der Welt unter die Logik der inzwischen deregulierten, verselbständigten und expandierenden Finanzmärkte statt. Auf diese Weise werden Länder zu »Filialen des neoliberalen Megaunternehmens«, indem zunächst die nationalen Märkte zerstört werden: »Der Weg von den Nationalstaaten zur europäischen Föderation wird von Ruinen gesäumt sein, zuallererst von den Ruinen der europäischen Zivilisation [...] All dies führt zu sozialen Umschichtungen: Menschen, die in der ›Neuen Weltordnung‹ überflüssig sind, weil sie nicht produzieren, nicht konsumieren, nicht Kredite nehmen, also zu gar nichts nutzen sind. Sie verteilen die Bewohner um und sondern die Überzähligen aus.«<sup>12</sup>

Diese von Subcommandante Marcos aufgezeigte »Demontage des Sozialen« sieht auch Claus Noé, ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, als eine Folge der Deregulierung der Finanzmärkte im Zuge des sich durchsetzenden Neoliberalismus an. Wobei für ihn das internationalisierte Kapitalverwertungsinteresse immer mehr über die na-

---

9 Siehe Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Hamburg 1998. S. 153.

10 Siehe W. F. Haug: Aussichten der Zivilgesellschaft ... S. 666 und 673.

11 Siehe Subcommandante Marcos: Der Vierte Weltkrieg hat schon begonnen. In: »Le monde diplomatique«. Paris vom 15. August 1997.

12 Ebenda.

tionale Politik entscheidet und somit ein »Demokratieproblem« aufwirft, da die Volksvertreter faktisch entmachtet seien.<sup>13</sup>

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu sieht im voranschreitenden Neoliberalismus in der Politik und Gesellschaft vor allem einen »neodarwinistischen« Sinn, wo nur die ökonomisch Stärksten überleben. In seiner Gestalt eher einer »Sozialphilosophie« denn einer Wirtschaftswissenschaft gleichend, trennt der Neoliberalismus im »Glauben an die historische Unvermeidlichkeit« zum einen Wirtschaft, als einen unter Naturgesetzen stehenden Bereich, vom Sozialen. Wobei er übersieht, wie sehr sich Marktmechanismen aus sozialen Mechanismen gesellschaftlicher Gewalt heraus bilden. Zum zweiten verklärt er den Markt zum idealen Austauschmittel in einer Demokratie. Und zum dritten erachtet der Neoliberalismus Kürzungen öffentlicher Mittel für den Sozialbereich aufgrund deren Dysfunktionalität unter Bedingungen der Globalisierung für notwendig. Indem er die Individuen durch die Marktkonkurrenz hervorgerufene »Entsozialisierung« vereinzelt, wird die soziale Unsicherheit institutionalisiert und seine politische Wirksamkeit abgesichert.<sup>14</sup> Diese neoliberale und über die Finanzmärkte vermittelte Politik im europäischen Bereich hat Bourdieu anlässlich eines von ihm analysierten Interviews mit dem ehemaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank »Modell Tietmeyer« genannt: Mit beschönigender Rhetorik wird den Arbeitern unter Verwendung von Sachzwangargumenten Verzicht auf die sozialen Errungenschaften gepredigt.<sup>15</sup> Des weiteren steht das »Modell Tietmeyer« für höchstmögliches Wachstum, Wettbewerb, Produktivität und ein inhumanes »Menschheitsideal«: »[...] das Ideal eines überarbeiteten Managers, auf Kalkül und Karriere bedacht, der je nach Bedarf wohlmeinende Reden über den ›Verlust an sozialer Bindung‹ und die Einsamkeit der ›Ausgeschlossenen‹ halten kann. Er kleidet eine Wirtschaftspolitik in schönfärberische Worte – ›Sozialplan‹ für Massenentlassungen [...]«.«<sup>16</sup>

Durch die Arbeit neoliberaler »Think-Tanks« und Intellektuellenzirkel, die ausgehend von den USA, wo sie von Institutionen angeregt und

13 Siehe Anton-Andreas Guha: Pax americana. In: »Frankfurter Rundschau« vom 31. Mai 1999.

14 Siehe Pierre Bourdieu: Warnung vor dem Modell Tietmeyer. In: Pierre Bourdieu: Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik und Kultur. Bd. 2. Hamburg 1997. S. 174.

15 So behauptet Hans Tietmeyer: »Die Wettbewerbsfähigkeit wird nur bei hinreichender Flexibilität am Arbeitsmarkt zurückgewonnen« (zitiert nach ebenda. S. 173).

16 Ebenda. S. 174.

massiv unterstützt werden, seit der Periode des »Kalten Krieges« organisiert daran arbeiten, neoliberales Denken »zu schaffen und zu verbreiten, ist neoliberales Denken, einer Religion ähnlich, weit verbreitet und in aller Munde«. <sup>17</sup> Gesellschaften, die neoliberales Gedankengut verbreiten, sind u. a. die von F. A. von Hayek mit Unterstützung der Geschäftswelt gegründete Mont-Pelerin-Gesellschaft oder das »Institute of Economic Affairs«. In Deutschland gibt es zur wissenschaftlichen Verbreitung und Rechtfertigung des Liberalismus u. a. den Kronenberger Kreis/Frankfurter Institut und das Institut für Weltwirtschaft in Kiel. <sup>18</sup>

Auch die aktuelle Situation in der BRD ist schon seit längerer Zeit bestimmt von Überlegungen zur Verschlankung des Staates durch Deregulierung und die Ausweitung von Flexibilität, Wettbewerb, Sozialabbau und Freihandel. Dies entspricht dem Konzept einer neoliberalen »Gesellschaftstheorie«. <sup>19</sup> Insbesondere die Finanzpolitik folgt seit Ende der siebziger Jahre immer mehr einer neoliberalen Doktrin, indem neben dem Dogma der Geldwertstabilität die staatlichen Ausgabenwüchse nicht im Maße des tatsächlichen Wirtschaftswachstums folgen sollen, also ein Restriktionskurs eingeschlagen wird. <sup>20</sup>

Darüber hinaus wird in stetig wachsendem Umfang eine Kosten-Nutzen-Kalkulation hinsichtlich der Förderung bzw. Behinderung des ökonomischen

17 Ebenda. S. 173f. und 175. – Alex Carey hat für die USA nachgewiesen, daß es in der öffentlichen Meinung nach dem Zweiten Weltkrieg nur wenig Akzeptanz für die Politik der Unternehmen gab, bis die Unternehmen unter Maßgabe bestimmter »business strategies« eine Public-Relation-Maschinerie unter Zuhilfenahme von Sozialwissenschaftlern und Psychologen in Gang setzten, die die öffentliche Meinung gegenüber unternehmerischen Zielen und Politik von einer Akzeptanzrate von 25% für 1945 auf eine Akzeptanzrate von 75% in den Jahren 1965 bis 1970 schrauben konnte (siehe Alex Carey: *The Human Relations Approach*. In: Alex Carey: *Taking the risk out of democracy. Propaganda in the U.S. and Australia*. Sydney 1995. S. 143ff.).

18 Siehe Herbert Schui: *Neoliberalismus – Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren*. In: *Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland*. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn 1996 (im weiteren Herbert Schui: *Neoliberalismus ...*). S. 103f. – Siehe auch R. Hethy: *Denkfabriken der Reichen – Wo imperialistische Politik legitimiert wird*. In: *Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland*. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn 1996. S. 123–128.

19 Siehe Herbert Schui: *Neoliberalismus ...* S. 103.

20 Siehe Rudolf Hickel: *Standort-Wahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik*. Hamburg 1998 (im weiteren Rudolf Hickel: *Standort-Wahn und Euro-Angst ...*). S. 138.

mischen Wachstums und der Entlastung bzw. Belastung des staatlichen Finanzhaushaltes vorgenommen. Hiervon ist auch der sozialstaatliche Sektor nicht verschont geblieben, weshalb auch hier der Mensch nicht mehr als sozial strukturiertes Wesen mit Bedürfnissen und Befähigungen, sondern als ein zu mindernder Kostenfaktor angesehen wird.

Diese zahlreichen kritischen Äußerungen zum Neoliberalismus gehen jedoch nicht tief genug und müssen theoretisch ausführlicher fundiert werden. In dieser Arbeit soll dies anhand des aus der französischen Regulationstheorie entsprungenen »Fordismus«-Konzeptes geschehen, um die Restrukturierungen im Sozialstaatsbereich als politische Reaktion auf die krisenförmige Entwicklung des Kapitals zu fassen.

## **2. Reorganisation des Kapital- und Staatsverhältnisses zwecks Rückgewinnung eines hohen Wirtschaftswachstums – Das »Fordismus«-Konzept**

Die »erstaunliche Verallgemeinerung neoliberaler Denkmuster« besagt nicht, daß in ihnen die Ursache neoliberaler Entscheidungen liegt. Die aktuellen ökonomischen Tendenzen ergeben sich ursächlich aus »strukturellen und funktionalen Veränderungen« der Produktions-, Finanzierungs- und Handelsbedingungen, die weltwirtschaftlich neue Formen der Konkurrenz hervorbringen,<sup>21</sup> die wiederum auf die nationalen Volkswirtschaften bspw. in Form einer verstärkten Prosperitätspolitik zurückwirken.

Das »Fordismus«-Konzept untersucht die Ursachen dieser Veränderungen, die es anhand des Marxschen Theorems vom tendenziellen Fall der Profitrate herleitet. Dabei geht es davon aus, daß Veränderungen der ökonomischen Bedingungen, bzw. »die Durchsetzung eines neuen Akkumulationsmodells«, mit der »Durchsetzung eines neuen Vergesellschaftungsmodus«, d. h. mit einer hiermit harmonisierenden Form »des politischen Systems, der dominanten Werthaltungen [und] der gesellschaftlichen Organisation«,<sup>22</sup> einhergehen.

21 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Münster 1998 (im weiteren Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ...). S. 304.

22 Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation. In: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Hrsg. von Alex Demirovic et al. Münster 1992 (im weiteren Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie ...). S. 142.

## 2.1. DAS »FORDISMUS«-KONZEPT

Einen Analyseansatz der kapitalistischen Entwicklung des westlichen Industriestaates in der Nachkriegszeit und der Herausbildung eines Wohlfahrtsstaates sowie seiner Krise seit Mitte der siebziger Jahre bietet das »Fordismus«-Konzept, indem es Kategorien anbietet, die die Prozeßhaftigkeit der Entwicklung zu einem neoliberalen Vergesellschaftungsmodell zu erfassen vermögen.

»Fordismus« beschreibt in einem umfassenderen Sinn eine neue Entwicklung im Kapitalismus hinsichtlich Produktionstechnik und Arbeitsorganisation sowie damit einhergehender Entfaltung kollektiver Praktiken und Lebensweisen.<sup>23</sup>

In einem engeren Sinn bezieht sich die Bezeichnung »Fordismus« auf die Epoche in der Mitte des 20. Jahrhunderts in Anlehnung an den Automobilfabrikanten Henry Ford und die von ihm 1914 eingeführte und vom Ingenieur Frederick Winslow entwickelte Fließbandproduktion und deren Konsequenzen für die Produktivität, Arbeits- sowie Lohnbedingungen und betriebswirtschaftlichen Kalküle.<sup>24</sup> Das in den Fordschen Fabriken realisierte produktionsorganisatorische Konzept mitsamt seinem sozialen und ökonomischen Umfeld entsprach dabei im Kern der Formationsstruktur des Kapitalismus, die dieser Mitte des 20. Jahrhunderts weltweit ausgeprägt hatte.<sup>25</sup>

Herausgebildet wurde die Beschreibung des Kapitalismus unter »fordistischen« Gesichtspunkten in den siebziger Jahren im Rahmen einer französischen sozialwissenschaftlichen Richtung, der sogenannten »Regulationstheorie«. Diese wendete sich ausdrücklich gegen das Gleichgewichtstheorem der Neoklassik: »Der Weg nach vorn liegt nicht im Versuch, eine bessere Antwort auf die von der orthodoxen Theorie aufgeworfenen Fragen zu geben, sondern vielmehr in der Fähigkeit, ganz andere theoretische Fragen zu stellen.«<sup>26</sup>

---

23 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 275 – Siehe Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie ... S. 141.

24 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 275 und 278.

25 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg 1986 (im weiteren Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ...). S. 45.

26 Zitiert nach Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... – Siehe auch Kapitel II.6.1. »Ökonomische Prämissen des Neoliberalismus«.

Eine von vielen Autoren zitierte Analyse des Fordismus in der BRD haben Joachim Hirsch und Roland Roth vorgelegt: »Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus«. <sup>27</sup> Im folgenden skizzieren wir auf dieser theoretischen Grundlage die politisch-ökonomische Strukturentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise von der Nachkriegszeit bis in unsere Tage. Alex Demirovic faßt die Arbeit von Joachim Hirsch und Roland Roth als den »ausführlichen Versuch« zusammen, »mit dem Begriff des Vergesellschaftungsmodus kollektive Lebensweisen und Praktiken im Rahmen der Analyse des fordistischen Regulationsmodus zu untersuchen«. <sup>28</sup>

Beide berufen sich auf das Marxsche Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate, die die strukturelle Notwendigkeit von periodischen Krisen des Kapitalismus postuliert und die nichtidentische Einheit von Politik und Ökonomie beschreibt. <sup>29</sup>

Nach dem Verständnis des Fordismus-Konzepts von Joachim Hirsch und Roland Roth werden alle historischen Krisen des Kapitalismus durch Schübe der Durchkapitalisierung und der Subsumtion des Menschen unter das expandierende Kapitalverhältnis gekennzeichnet. <sup>30</sup>

Das Fordismus-Konzept versteht sich dabei als eine an Antonio Gramsci orientierte und die historischen Erfahrungen kritisch aufarbeitende Weiterentwicklung der Marxschen Theorie, die u. a. davon ausgeht, daß

- der Kapitalismus in seiner Entwicklung eine enorme Flexibilität und Reorganisationsfähigkeit bewiesen hat;
- die kapitalistische Entwicklung als Bestandserhaltung des kapitalistischen Systems durch konfliktorische Transformation seiner Strukturen beschrieben werden kann, wobei das Gelingen der Transformation nicht generell prognostizierbar, sondern prinzipiell ungewiß ist;
- die historisch sich herausgebildeten spezifischen Formationen des Kapitalismus bei einem, jeder bürgerlichen Gesellschaft innewohnenden, grundsätzlich ähnlichen ökonomischen Grundverhältnis (Recht auf Pri-

---

27 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ...

28 Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie ... S. 142f.

29 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 40. – Rudolf Hickel: Ein neuer Typ der Akkumulation. Anatomie des ökonomischen Strukturwandels. Kritik der Marktorthodoxie. Hamburg 1987 (im weiteren Rudolf Hickel: Ein neuer Typ der Akkumulation ...). S. 59ff.

30 Siehe Rudolf Hickel: Ein neuer Typ der Akkumulation ... S. 105ff.

vateigentum an Produktionsmitteln, warentauschvermittelte Ausbeutung der Lohnarbeit) durch sehr unterschiedliche Formationen der Vergesellschaftung, der Ausbeutung und Regulierung charakterisiert wurden.<sup>31</sup>

Das Fordismus-Konzept greift dabei u. a. das von Antonio Gramsci entwickelte Konzept des »historischen Blocks« auf.<sup>32</sup> Bei Gramscis Konzept vom »historischen Block« handelt es sich um die Synthese von drei Ebenen:

- i) sozioökonomische Basis,
- ii) politische Gesellschaft als staatlicher Zwangsapparat<sup>33</sup> und
- iii) zivile Gesellschaft als die »nichtstaatliche Öffentlichkeit«.

Dies betont den Aspekt der bürgerlichen Gesellschaft, wonach seine Mitglieder permanent in Konsens organisiert werden, um sich so freiwillig unter der Hegemonie einer gesellschaftlich führenden Kapitalfraktion zu subsumieren. Die drei Ebenen bilden gemeinsam die Bestandteile des modernen Staates.<sup>34</sup>

Antonio Gramsci beschrieb den modernen Staat als einen »integralen« Staat, in dem, mit Hilfe ideologischer Einbindung und materieller Zugeständnisse, die Bevölkerung unter einer bestimmten »zivilen« Hegemonie einer gesellschaftlichen Gruppe bzw. der ökonomisch herrschenden Klassenfraktionen steht.<sup>35</sup> Dabei sind politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft organisch vereint und bilden ein Gleichgewicht.<sup>36</sup> Eine Verschränkung von »Zwang und Konsens« charakterisiert die Institutionen und Organismen des »integralen Staates« und bildet die Grundlage der »bürgerlichen Klassenherrschaft« bzw. des »parlamentarischen Regimes«.<sup>37</sup> Hierbei kommt der Zivilgesellschaft eine besondere konsensbildende Funktion zu.<sup>38</sup> Dabei setzt »die Tatsache der Hegemonie [...]

31 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 40ff.

32 Siehe ebenda. S. 43f.

33 Siehe Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg 1991 (im weiteren Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft ...). S. 54 und 57.

34 Siehe ebenda. S. 53, 69 und 85.

35 Siehe ebenda. S. 69 und 98. – Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie. In: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Hrsg. von Alex Demirovic et al. Münster 1992 (im weiteren Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie ...). S. 212.

36 Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie...

37 Siehe Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie ... S. 212. – Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft ... S. 99.

38 Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft ... S. 70f.

voraus, daß man den Interessen und Tendenzen der Gruppen Rechnung getragen hat, über die die Hegemonie ausgeübt wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet [...]«.<sup>39</sup>

Bei der Sicherung von Bestand und Entwicklung der Hegemonialstruktur einer kapitalistischen Gesellschaft kommt nach Joachim Hirsch dem integralen Staat die Rolle zu, die materielle Reproduktion sowie Ordnung und Erhalt der Gesellschaft zu sichern bzw. zu regulieren, da der ökonomische bzw. wertgesetzregulierte Reproduktionszusammenhang in seiner strukturellen Krisenhaftigkeit und Selbstzweckhaftigkeit zur Zerstörung seiner eigenen Grundlagen tendiert und darum eine gesellschaftliche Reproduktion allein nicht gewährleisten kann. Der »Zusammenhang und die Reproduktion der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft« vollzieht sich in den beiden »verselbständigt-verobjektivierten« Formen »wertgesetzliche« und »politische« Regulation, die in »widersprüchlicher Weise aufeinander bezogen sind.«<sup>40</sup>

Die gesellschaftliche Formation bzw. der »historische Block« ist demnach eine komplex gegliederte Einheit, deren verschiedene Ebenen sich aufeinander beziehen bei einer spezifischen Eigendynamik der einzelnen Ebenen.<sup>41</sup>

Die Analysebegriffe des historischen Blocks sind bei Joachim Hirsch und Roland Roth das *Akkumulationsmodell*<sup>42</sup> und die *hegemoniale Struktur*.<sup>43</sup> Der Artikulationsmodus zwischen Akkumulationsmodell und hege-

---

39 Zitiert nach ebenda. S. 87.

40 Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie ... S. 208f.

41 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 43.

42 Akkumulationsmodell bzw. -strategie: »Grundsätzlich kann das Kapital, je nach den vorhandenen gesellschaftlichen, politischen, technologischen Gegebenheiten, unterschiedliche Akkumulationsstrategien einschlagen, etwa binnenmarkt- oder weltmarktzentrierte, ›intensive‹ (d. h. auf beschleunigte Technologieentwicklung und Steigerung der relativen Mehrwertproduktion gestützte) oder ›extensive‹ (d. h. auf Unterwerfung neuer Sphären/Regionen unter das Kapitalverhältnis [!], Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung basierende.« (ebenda. S. 37).

43 Hegemoniale Struktur: »Die Realisierung einer bestimmten Akkumulationsstrategie oder eines Akkumulationsmodells ist immer an die Durchsetzbarkeit einer damit kompatiblen, politisch-ideologischen hegemonialen Struktur, d. h. Formen des politischen Systems, der dominanten Werthaltungen, der gesellschaftlichen Organisationen, der Integration der Arbeiterklasse und der Organisierung von Klassenbeziehungen.« (ebenda. S. 37f.).

monialer Struktur wird mit dem Konzept der *Regulierung*<sup>44</sup> gefaßt. Die Begrifflichkeit der Regulierung ermöglicht die Beschreibung einer »subjektlosen« Reproduktion eines fundamental widersprüchlichen gesellschaftlichen Zusammenhangs.<sup>45</sup>

Mit Regulation sind Steuerungsmedien, Institutionen, normative Orientierungen und soziale Verhaltensweisen gemeint,<sup>46</sup> denen z. B. auch ein bestimmtes *Konsummodell* innewohnt.

Das Fordismus-Konzept geht des weiteren von folgenden Annahmen aus:

Die kapitalistische Gesellschaftsentwicklung ist ein Prozeß der akkumulationsgetriebenen und krisenvermittelten Abfolge relativ stabiler historischer Formationen bzw. »Blöcke«, die durch spezielle Akkumulations-, Hegemonial- und Regulationsstrukturen gekennzeichnet sind.

Die kapitalistische Vergesellschaftungsform ist grundsätzlich durch die Fundamentalstruktur kapitalistischer Produktionsverhältnisse gekennzeichnet, dabei sind die einzelnen Vergesellschaftungsformen aber dennoch voneinander unterscheidbar.

Aufgrund der nach Karl Marx geltenden Annahme vom tendenziellen Fall der Profitrate gilt, daß die historischen Formationen notwendig krisenhaft und nur relativ beständig sind.

Der Charakter der Krisen ist dabei ebenfalls formationsabhängig, woraus sich ergibt, daß es kein allgemein gültiges Gesetz der kapitalistischen Entwicklung geben kann.

Ob und in welcher Gestalt sich aus der Krise einer Formation eine neue entwickelt, hängt von sozialen Kämpfen und Klassenauseinandersetzungen ab, die wiederum selbst von der zerbrechenden Formationsstruktur und dem Verlauf ihrer Krise abhängen.<sup>47</sup>

---

44 Regulierung: »Hegemoniale Strukturen beinhalten [...] spezifische Formen der ökonomisch-sozialen Regulierung, daß heißt der normativen und institutionellen Arrangements, die die Vereinbarkeit von konfliktorischer Interessenartikulation, widersprüchlichem Klassenhandeln und Akkumulation sichern (Modi des Staatsinterventionismus, der politischen Repräsentation, der Lohnpolitik, der sozialen Sicherung usw.). »Regulation« bezeichnet demnach die höchst komplexe Form, in der sich ein soziales Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert.« (ebenda. S. 38).

45 Siehe ebenda. S. 44.

46 Siehe ebenda.

47 Siehe ebenda.

## 2.2. DIE FORDISTISCHE PHASE

Die kapitalistische Produktionsweise in den USA seit den dreißiger Jahren und in der BRD seit den frühen fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre wird als »Fordistische Phase« bezeichnet, d. h. als spezifische Form eines historischen Blocks.<sup>48</sup>

Der Fordismus ist also die zusammenfassende Bezeichnung für einen »historisch spezifische(r)n, gesellschaftsformierende(r)n soziale(r)n Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital«, in welchem sich »Prozesse der Kapitalverwertung und der kapitalfraktionellen Konkurrenz auf die Kooperation der Arbeiterklasse« stützen.<sup>49</sup> Die erfolgreiche Durchsetzung fordistischer Produktions- und Reproduktionsstrukturen begründete die internationale politische und ökonomische Vormachtstellung der USA.

Der Wiederaufbau des Weltmarktes in den Nachkriegsjahren war verbunden mit einer wachsenden Internationalisierung der Produktion, des Handels, der Finanzsysteme und neuer Formen internationaler Arbeitsteilung.

Die durch internationalen Konkurrenzdruck erzwungene »Amerikanisierung«, d. h. die relative Verallgemeinerung der fordistischen Vergesellschaftungsform, der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften führte zu einer Stabilisierung der Profitraten und langanhaltender Nachkriegsprosperität.<sup>50</sup> Deswegen wird die Durchsetzung des Fordismus als Ausweg aus der Wirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre angesehen. Denn die Einheit der fordistischen Formation im Weltmaßstab über nationale Besonderheiten hinweg ergibt sich aus der Dynamik eines hegemonial strukturierten Weltmarktes, der die nationalen Gesellschaften spezifischen, der Tendenz nach gleichgerichteten, strukturellen Anpassungsmechanismen unterwirft, trotz ungleichzeitiger nationaler Entwicklungen.<sup>51</sup>

---

48 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 274. – Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ...

49 Siehe Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie ... S. 129.

50 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 46.

51 Siehe ebenda. S. 47.

### 2.2.1. Kennzeichen der fordistischen Akkumulationsstrategie

Der vorfordistische Kapitalismus stieß durch seinen engen auf den Produktionsmittelsektor beschränkten Akkumulationsspielraum und einer weitgehenden Kontrolle der Arbeiter über den Arbeitsprozeß an seine formationsspezifischen Grenzen der Kapitalverwertungsprozesse.

Die durch den rückläufigen Investitionsgüterexport der entwickelten kapitalistischen Länder bei gleichzeitig stagnierendem Binnenmarkt hervorgerufene Weltwirtschaftskrise findet ihren Hintergrund im Auseinanderklaffen von Akkumulationsstrategie und politisch-ideologischer Hegemonialstruktur: Eine ab 1918 eingeführte tayloristische Arbeitsorganisation erhöhte die Produktivität um ein Vielfaches, bei bestehenbleibenden sozialen und politischen Kräfteverhältnissen einer überkommenen gesellschaftlichen Formation.<sup>52</sup>

»Wissenschaftliche« Zerlegung des Arbeitsprozesses, Standardisierung der Produktkomponenten, Dequalifizierung der Produktionsarbeiter zugunsten des Managements charakterisierten das fordistische Akkumulationsmodell. Die Arbeitsproduktivität stieg an und es kam zum Zerbrechen der Widerstandspotentiale der traditionellen, handwerklich qualifizierten Arbeiter.

Damit wurde die technologische und arbeitsorganisatorische Basis für eine Massenproduktion von Konsumgütern einerseits und damit die Bedingungen für die Erschließung der Arbeitskräftereproduktion als Anlage- und Verwertungssphäre für das Kapital andererseits geschaffen.<sup>53</sup>

Die höhere Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität wurde durch erkämpfte Lohnerhöhungen »belohnt«, so daß ein Großteil der Arbeiter zu potentiellen Konsumenten der von ihnen produzierten Massenkonsumgüter wurden.

Ein neues Konsummodell entstand (Kühlschrank, Auto, Haus), das traditionelle Reproduktionsformen verdrängte. Traditionelle Produktionsformen verschwanden zugunsten industrieller Lohnarbeit. Insoweit wurde die materielle Existenz der Lohnabhängigen unmittelbar abhängig vom Verlauf der Kapitalreproduktion, deren integraler Bestandteil sie nun war.<sup>54</sup>

Der Fordismus charakterisiert sich also in zweifacher Weise: So *kennzeichnen* die Enteignung der Produzenten von ihren Qualifikationen

---

52 Siehe ebenda. S. 49f.

53 Siehe ebenda. S. 50.

54 Siehe ebenda. S. 52.

und die Durchsetzung neuer Produktionsmethoden auf der einen sowie die Durchkapitalisierung der Reproduktion der Arbeitskraft auf der anderen Seite die »innere Landnahme« durch den Fordismus. Ein hieraus resultierender neuer qualitativer Aspekt dieses Stadiums der Unterwerfung der Arbeitskraft unter das selbstzweckhaft vermehrende Kapital war die weitgehende »ökonomische und sozialstrukturelle Homogenisierung und Egalisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft«.<sup>55</sup>

Die neue Hegemonie war auf der Grundlage eines langanhaltenden Wirtschaftswachstums also in erster Linie auf wachsenden materiellen Wohlstand gegründet und fand ihre entsprechende Gestalt in einem fordistisch-keynesianischen Staat.<sup>56</sup>

Zu den ökonomischen Grundlagen der langen fordistischen Prosperitätsphase zählte zum einen die, im Zuge der tayloristischen Arbeitsorganisation, wertmäßige Verbilligung der Arbeitskraftreproduktion bei steigenden Realeinkommen, die eine hohe Arbeitsproduktivität industrieller Konsumgüterproduktion ermöglichte. Die enge Verzahnung von Konsumgüter- und Produktionsmittelsektor ermöglichte die Durchsetzung neuer Schlüsseltechnologien wie die elektronische Massenkommunikation, die schließlich im postfordistischen Vergesellschaftungsmodell eine zentrale Rolle spielen sollte.<sup>57</sup>

Der fordistische Akkumulationsmodus setzte veränderte gesellschaftliche Strukturen und Klassenverhältnisse voraus, die ihm entsprechende politische Regulierungsformen zu seiner Durchsetzung notwendig machten. Unter der Vorherrschaft der USA wurde schließlich auch der Weltmarkt wiederhergestellt bei verschärfter Weltmarktkonkurrenz durch verstärkte technologische Innovationen.<sup>58</sup> International dominierten die USA, denen Europa und Japan später folgten.<sup>59</sup>

---

55 Siehe ebenda. S. 51.

56 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ...

57 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 52.

58 Siehe ebenda. S. 52f. – Inwieweit sich die USA ihre internationale Vormachtstellung durch eine starke Subventionspolitik zugunsten der eigenen Güter sicherte, hat Noam Chomsky nachgewiesen (siehe Noam Chomsky: Demokratie und Märkte in der Neuen Weltordnung. In: Noam Chomsky/Heinz Dieterich: Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung. Bad Honnef 1996. S. 11–42. – Noam Chomsky: Haben und Nichthaben. Bodenheim 1998).

59 Siehe Ulrich Duchrow/Martin Gück: Wirtschaften für das Leben im Wahljahr 1994. Nach 50 Jahren tödlicher Verarmung wie grenzenloser Bereicherung im »Bretton-Woods-System«. In: Junge Kirche – Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen. Bremen (1994)3 (Beilage).

### 2.2.2. *Elemente fordistischer Vergesellschaftung*

Eine Nivellierungstendenz, der Gang der BRD in den Lohnabhängigenstaat (1985 waren 90% der westdeutschen Bevölkerung lohnabhängig), die einen großen Teil der Gesellschaft »Arbeitnehmerrisiken«, wie z. B. Invalidität, aussetzte, und eine Differenzierungstendenz, die Spaltung in gelernte Facharbeiter und Angestellte sowie ungelernete Beschäftigte, traten nebeneinander.<sup>60</sup> Dies führte zu sozialstrukturellen Umschichtungen, die von einer tiefgreifenden Veränderung der Vergesellschaftungsformen begleitet wurden.

Mit der fordistischen Durchkapitalisierung der Gesellschaft kam es nämlich zur Durchsetzung neuer Arbeitsverhältnisse und Konsumnormen. Der technologische Wandel beschleunigte sich, es kam zur Kommerzialisierung sozialer Zusammenhänge mit dem Effekt der Auflösung traditioneller (gemeindlicher, verwandtschaftlicher, arbeiterkultureller) sozialer Zusammenhänge.<sup>61</sup>

Initiiert wurde diese Zerschlagung traditioneller Zusammenhänge durch die Unterwerfung von Stadt und Land unter funktional-regionale Differenzierungsprozesse, die zu einer Ausweitung der sozialen und räumlichen Mobilität sowie zu Zusammenballungs- und Entzerrungstendenzen führten. So wurden Arbeitersiedlungen durch Vorstädte verdrängt, wodurch milieuspezifische soziale Zusammenhänge wie der Verein und das Wirtshaus austrockneten.<sup>62</sup>

Soziale Zusammenhänge wurden immer stärker durch staatsbürokratische Regulierungsformen verdrängt. »Eine weitgehend homogenisierte und individualisierte Massengesellschaft entstand.«<sup>63</sup>

Das fordistische Konsummodell, die Aussicht auf wachsende Warenfülle, das der Kompensation von Beschädigungen durch den taylorisierten Arbeitsprozeß diente, beeinflusste die psychischen Strukturen und sozialen Verhältnisse. Mit der Notwendigkeit hoher Einkommen zur gesellschaftlichen Identitätsbildung griff der kapitalistische Erwerbstrieb auf die Mehrheit der Bevölkerung über.<sup>64</sup>

---

60 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: *Das neue Gesicht des Kapitalismus ...* S. 53 ff.

61 Siehe ebenda. S. 56.

62 Siehe ebenda.

63 Ebenda.

64 Siehe ebenda. S. 58 f.

Als Knotenpunkt der fordistischen Vergesellschaftung gilt hierbei die Familie. »Die Familien und Subjekte werden zum Gegenstand umfassender Strategien des Kapitals wie des Staates. Der ständige Anreiz zum Konsum standardisierter Produkte seitens einer sämtliche Alltagspraktiken umfassenden Massengüter- und Kulturgüterindustrie führt zu einer umfassenden Vergesellschaftung der Individuen und läßt ein selbstbestimmtes Handeln kaum zu.«<sup>65</sup>

Somit wurde die Familie zur zentralen Basis der Disziplinierung und Verhaltensnormierung der Arbeiter durch die fordistische Formation, d. h. sie wurde zum sozialen und emotionalen Integrationsmittel einer durch Desintegrationsprozesse im Zuge oben genannter Auflösungsprozesse sozialer Milieus gekennzeichneten atomisierten Massengesellschaft. Der durch die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse gefährdeten sozialen Integration der Gesellschaft sowie ihrer Gefährdung insgesamt wurde durch staatliche Kompensationsaktivitäten entgegengesteuert, die in erster Linie die Familie zum Objekt hatten. Ein bürokratischer Wohlfahrts- und Überwachungsstaat wurde herausgebildet.

Deswegen ist die Familie umgeben von einem Geflecht staatlicher Administration und wird zum Objekt therapeutischer Manöver, modelliert durch die Sozialisierungseinwirkungen einer expandierenden Massenkommunikations- und Bewußtseinsindustrie.

Sie bildet jedoch weiterhin den instabilen Kern fordistischer Vergesellschaftung durch die zunehmende soziale Isolierung und den Rückzug in die Privatheit, die die fordistische Funktion der Familie als Kinderaufzucht- und Konsumgemeinschaftsort mit sich bringt. So wird sie ebenso eingerahmt von gesellschaftlichen Regulierungsinstitutionen von der Schule bis zur Krankenversicherung.

Aus der Sicht des Einzelnen wird die Erfahrung einer Klassenzugehörigkeit relativiert und überlagert durch ein sozial übergreifendes, die ganze Gesellschaft normierendes Konsummodell, in welchem »Subjektivität« zum vorrangigen Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster wird.<sup>66</sup>

Die tayloristische Logik des Produktionsbereichs wurde also auf den Bereich der Reproduktion, Freizeit und Konsum übertragen und führte zu einer Standardisierung und Normierung des Alltagslebens.

---

65 Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie ... S. 142.

66 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 57ff. und 68.

Dies wurde durch die verringerten Arbeitszeiten unter taylorisierten Bedingungen möglich. So wurde gesellschaftliche Realität zunehmend über Waren vermittelt. Agnew spricht von einer alles durchdringenden Warenform, die zu einer symbolischen Fragmentierung der Welt führe, in der die Bedürfnisse und ihre Befriedigungsform nach Mustern des Dienstleistungs- und Warenangebots auseinandergerissen und formiert würden.<sup>67</sup>

Diese warenkonsumvermittelte Vergesellschaftung des Subjektes führt zu dem Phänomen der sozialen Isolierung und Fremdbestimmung. »Bei fortschreitender Kompetenzzerteilung in allen sozialen Bereichen und in der Angst vor undurchschaute[n] gesellschaftlichen Mächten wird die obsessive Beschäftigung mit seelischer und körperlicher Gesundheit, mit Therapie und Körperkultur als Weg zur ›Identitätsfindung‹ zum verbleibenden Mittel der psychischen Selbsterhaltung. Übrig bleibt der unpolitische Rückzug in eine Privatheit, die durch bürokratische und konsumistische Vereinnahmung in Wirklichkeit längst aufgehoben ist. Eine Gesellschaft atomisierter Konsummonaden verliert ihre Gesellschaftlichkeit, ihre politische und soziale Form. Am Ende steht ein Massenindividualismus, verstanden als Massenpartikularismus, der seinen Ausdruck weder in einem neuen Subjekt findet (das es noch nicht gibt), noch in dem großen Individuum (das es nicht mehr gibt), sondern in der Mikrobindung, der minimalen Ehe-, Familien-, Gruppen-, Körper- und Schichtbeziehung.«<sup>68</sup>

Der gesellschaftskritische Philosoph Günther Anders hat die fordistische Integrationskraft wie folgt beschrieben: In unserer Zeit sei »ausdrücklicher [...] Gehorsam überflüssig geworden«, da »die Persönlichkeit bereits abgeschrieben« sei. So würden sich »Gebote und Verbote« erübrigen, was »die Illusion der Freiheit« erzeuge. »Diese Illusion ist die große Chance derer, die an der Produktion der perfekten Unfreiheit interessiert sind [...] Abschaffung der Freiheit vollzieht sich zumeist im Namen der Freiheit.« Dieses Verhältnis, so Günther Anders weiter, ergebe sich aus der Konsumtion der uns gebotenen Produktwelt: Die uns gelieferten Produkte »berauben uns der Freiheit der Urteilsbildung«, sie »prägen und beherrschen« uns. »Im Augenblick, in dem die Produkte konsumiert werden [...], werden auch die Gebote mitgeschluckt.« Die

---

67 Siehe ebenda. S. 60.

68 Ebenda. S. 62.

uns »gebotene« Welt lege, so heißt es weiter, »die Handlungen, Meinungen, Gefühle, [...] unseren ganzen Lebensstil so total fest, daß unser Gehorsam gesichert ist, ohne daß wir einen Befehl als Befehl hätten zu vernehmen brauchen«. <sup>69</sup>

### 2.2.3. *Elemente fordistischer Regulierungsform*

Da die beschriebene marktförmige Vergesellschaftung keinen gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisten kann, wurden besondere Formen der staatlichen Regulierung von materiellen und gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen notwendig. <sup>70</sup>

Diese neue fordistische Regulierungsform war eng verknüpft mit der den Fordismus kennzeichnenden keynesianischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. So hatte die »keynesianische Theorie entscheidenden Anteil an der Ausformung des fordistischen Hegemonieprojekts und an der Konsolidierung des entsprechenden materiellen Akkumulations- und Regulationsmodus (sozialpartnerschaftliche Arrangements, globalsteuernder Staatsinterventionismus). <sup>71</sup>

Das zentrale Moment des fordistischen Regulierungszusammenhangs war infolgedessen die *Herausbildung des modernen Sozialstaats*, der sich im Spiegel verallgemeinerter Lohnarbeiterrisiken und dem Verschwinden traditioneller sozialer Zusammenhänge herausbildete. Die Regulierung der Arbeitskraftreproduktion wurde zur Staatsaufgabe.

Auf diese Weise sollte der Herausfall breiter Bevölkerungsteile aus dem fordistischen Produktions- und Reproduktionszirkel verhindert werden. Gleichzeitig sollte der Ausbau des Sozialstaats mit erweitertem Bildungssystem und umfangreicher staatlicher Sozialversicherung Selektions- und Kontrollsystem zur Erhaltung der Arbeitsmotivation sein. <sup>72</sup>

Strukturelles Merkmal der fordistischen Gesellschaft war die Bürokratisierung sozialer Zusammenhänge, in deren Zuge sich Parteien und Gewerkschaften von Interessenvertretungen zu Organen der Formierung

---

69 Günter Anders: Die Antiquiertheit des Konformismus. In: Günter Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 2: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution. 4. unveränd. Aufl. München 1992. S. 194ff.

70 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 74.

71 Siehe Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie ... S. 230.

72 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 67f.

und Kontrolle ökonomisch-politischer Interessenartikulation und damit der diskursiven Spaltung wandelten. Sie sind »an gesamtgesellschaftlichen Regulierungserfordernissen orientierte(n) *massenintegrative(n) Apparate(n)*«. <sup>73</sup>

Die Einbindung der Arbeiterklasse in den Herrschaftsapparat gelang durch die Berücksichtigung relevanter Interessen und das materielle Überspielen von Ausgrenzungen. <sup>74</sup> Diese Einbindung intensivierte sich dadurch, daß die Gewerkschaften als Großorganisationen neben die Interessenverbände der Industrie traten und verrechtlichte Kompromißbildungsformen ausbildeten. Diese (partielle) Stärkung der Lohnabhängigeninteressen entspricht einer »passiven« Revolution »von oben«. <sup>75</sup>

Um die massenintegrierende Wirkung von materiellem Massenkonsum gewährleisten zu können, ist das fordistische Vergesellschaftungsmodell *auf eine ständig prosperierende Ökonomie und andauernde Vollbeschäftigung angewiesen*.

Mit der veränderten weltwirtschaftlichen Situation ab Anfang der siebziger Jahre begann deshalb auch die Krise des fordistischen Massenintegrationsmodus, als nämlich dadurch die materiellen Verteilungsspielräume enger und die ökologischen Schäden größer wurden. <sup>76</sup>

### 2.3. DIE KRISE DES FORDISMUS

Die dem Fordismus zugrundeliegende und beschriebene Struktur des Akkumulationsmodells hörte auf, *Quelle stabiler Profitraten zu sein*. Die fordistische Akkumulations- und Hegemonialstruktur, deren Durchsetzung zuvor langfristigen stabilen Kapitalprofit gewährleistete, wurde selber zu einem krisenerzeugenden Moment. Sie führte an die Grenzen der Kapitalverwertung und blockierte diese.

Die unter veränderten ökonomischen Bedingungen im Weltmaßstab erforderlich gewordene zunehmend flexiblere Anpassung an veränderte Ausbeutungs- und Wachstumsbedingungen wurde so bspw. durch die fehlende Leistungsbereitschaft des unqualifizierten Massenarbeiters so-

---

73 Ebenda. S. 70 (Hervorhebung im Original).

74 Siehe ebenda. S. 72 und 77. – Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft ... S. 87.

75 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 72 und 77.

76 Siehe ebenda. S. 71ff.

wie durch starke Arbeitnehmervertretungen, die Schutzbestimmungen verteidigten und zu Streiks aufriefen, verhindert.<sup>77</sup>

Der von Marx formulierte Krisenzusammenhang, ausgedrückt im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, wurde schließlich von einer »widersprüchlichen Tendenz zur empirischen Realität«.<sup>78</sup>

Der Versuch, die Kräfteverhältnisse und Regulierungsmodi der fordistischen Formation unter Bedingungen sinkender Profitraten mit Hilfe defizitfinanzierter keynesianischer Konjunktursteuerungsprogramme zu stabilisieren, führte zu struktureller Stagflation und zu einer Krise der Staatsfinanzen.

Dies führte zur Preisgabe keynesianischer Prinzipien, indem man sich immer mehr einer neoliberalen Restriktions- und Austeritätspolitik zuwendete. Hiermit wurde zusätzlich die tragende Säule des Fordismus, der expandierende Massenkonsum, unterminiert.

Stagnierende Reallohnentwicklung, steigende Arbeitslosigkeit und gekürzte Sozialleistungen setzten einen »negativen Zirkel« zu Beginn der fordistischen Krise in Gang, »der einer weiteren Zunahme des Massenkonsums gerade zu dem Zeitpunkt ein Ende setzte, als die Produktionskapazitäten rationalisierungsbedingt wesentlich ausgeweitet werden mußten«.<sup>79</sup>

Die Krise des fordistischen Reproduktionszusammenhangs bewirkte Veränderungen des weltweiten kapitalistischen Systems. Wobei diese Veränderungen wieder auf die Metropolen zurückwirkten und hier in der Gestalt eines weltmarktbestimmten Drucks auf die Produktions- und Sozialbeziehungen einwirkten.<sup>80</sup>

Auf internationaler Ebene gründete sich im Fordismus ein stabiles kapitalistisches Weltsystem unter Vorherrschaft der USA auf der Basis einer festen internationalen Arbeitsteilung. Die Peripherie, die kolonialen bzw. Drittweltländer, diente als Rohstofflieferant. Als Absatzmarkt fungierten zunehmend im Zuge der fordistischen Durchkapitalisierung der industriellen Metropolen die inneren Märkte innerhalb und zwischen den Industrienationen. Der Austausch mit der Peripherie wurde zunehmend rückläufig.

---

77 Siehe ebenda. S. 78ff.

78 Ebenda. S. 78.

79 Ebenda. S. 82.

80 Siehe ebenda. S. 84 und 88.

Dieses System zerbrach in den siebziger Jahren zum einen aufgrund der Schwächung der USA-Vorherrschaft, in deren Folge der Weltmarktregulierungsmodus durch wachsende Zahlungsbilanzungleichgewichte erodierte und die Schwächung des US-Dollars als Weltgeld einleitete. Der hiermit einhergehende Zusammenbruch des Weltwährungssystems Bretton-Woods führte u. a. zur Explosion der Finanzmärkte in den achtziger Jahren.

Zum anderen gewannen die schnell expandierenden multinationalen Unternehmen gegenüber den Nationalstaaten zunehmend an Macht. Durch die Ausdehnung des internationalen Finanzmarktes und dem Aufstieg multinationaler Konzerne kam es zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung (bspw. die Verlagerung von Produktionsprozessen in die Peripherie) und einer weltweiten Zerlegbarkeit der Arbeit.<sup>81</sup>

Die korporativen politischen Formen, die dem »Modell Deutschland« so lange Erfolg bescherten, gerieten angesichts dieser neuen Weltmarktbedingungen in die Kritik, denn die Institutionalisierung der Lohnabhängigeninteressen erschwerte drastische Lohnsenkungen, die nach Ansicht des Unternehmerlagers zur Überwindung der Kapitalverwertungskrise hätten beitragen können. Ebenfalls erschien die Verflechtung von Staat und Industrie als hemmender Faktor die Weltmarktposition und dadurch notwendig gewordener Modernisierungsprozesse betreffend.<sup>82</sup>

Der Regulierungsmodus, der gleichzeitig Fundament des keynesianischen Staats war, d. h. weitgreifende soziale Sicherung, verteilungspluralistisch operierende bürokratische »Volksparteien« und die korporative Einbindung übergreifender Gewerkschaftsapparate zerbrach, als materielle Kompensations- und Befriedungsmaßnahmen aufgrund nachlassenden ökonomischen Wachstums nachließen.<sup>83</sup>

Die Krise des Fordismus ist dabei nicht nur eine ökonomische Krise, sondern ebenso eine Krise der Vergesellschaftungs- und Politikformen. Dabei verdichtet die Krise der Akkumulationsstrategie erst die gesellschaftlichen Widersprüche zu einem großen Bruch. So wurde der Sozialstaat einerseits zu einem Objekt der Kritik von seiten dominierender kapitalistischer Interessen und liberal-konservativer Politiker, weil er angeblich zu teuer sei, damit den Staat mit überzogenen Ansprüchen über-

---

81 Siehe ebenda. S. 85 ff.

82 Siehe ebenda. S. 99.

83 Siehe ebenda. S. 94.

fordern würde. Zum anderen wurde er von seiten der neuen sozialen Bewegungen aufgrund seines überwachenden und bevormundenden Charakters kritisiert.

Die ökonomische Krise des Fordismus stellt in der Form, wie sie auf die politisch-ideologische Ebene durchschlägt, nicht den Kern bürgerlicher Herrschaft, das Kapitalverhältnis in Frage.<sup>84</sup>

Der Niedergang der keynesianischen Hegemonie im globalen Maßstab leitete dementsprechend den Rückzug der »Ideale von Gleichheit, sozialer Sicherheit und kollektiver Wohlfahrt« ein und wurde durch liberalistisch-egoistisch orientierte Leitbilder ersetzt.<sup>85</sup>

Die Reorganisation des fordistischen Kapital- und Staatsverhältnisses zum Zwecke der Rückgewinnung eines hohen Wirtschaftswachstums erfolgt deswegen auch eindeutig unter neoliberalen Prämissen. Wobei der sich herausbildende Charakter der »nachkeynesianischen« Gesellschaft sowohl als »postfordistisch« als auch als »neoliberal« bezeichnet werden kann.

Diese Krise des Fordismus spiegelt sich auch in der Konstruktion des bundesdeutschen Sozialstaats wieder. Im folgenden werden wir den Umbau des Sozialstaates im Spiegel des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus darstellen.

### **3. Exkurs: Aufstieg und Krise des bundesdeutschen Sozialstaats – eine Skizze**

Den Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« prägte Alfred Müller-Armack, dessen Konzept die Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs verband.<sup>86</sup>

Christoph Butterwegge definiert den idealtypischen Sozialstaat wie folgt: »Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaatlichkeit ist [...] ein in Verfassungen, Gesetzen und Verordnungen kodifizierter Vergesellschaftungsmodus, der eine Parteinahme für sozial Schwächere voraussetzt, Eingriffe in das

---

84 Siehe ebenda. S. 100 und 102.

85 Siehe ebenda. S. 103.

86 Siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft. In: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. PVS-Sonderheft 30. Hrsg. von Thomas Ellwein et al. Opladen, Wiesbaden 1999 (im weiteren Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ...). S. 197.

Wirtschaftsleben bedingt und neben Schutz- auch Gestaltungsaufgaben umfaßt.«<sup>87</sup> Dabei basiere staatliche Hilfe nicht auf einzelnen persönlichen Beziehungen von immer nur zwei Individuen untereinander, sondern auf einem allgemeinen gesellschaftspolitischen Konsens.<sup>88</sup>

Die zentralen Punkte von Sozialstaatlichkeit sind, laut Butterwegge, demnach »ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit für alle Gesellschaftsmitglieder«, »ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit (im Sinne von Bedarfs- statt Leistungsgerechtigkeit)« und »das Streben nach sozialer Gleichheit«.<sup>89</sup>

Um die Begriffe »Wohlfahrtsstaat«, »Sozialstaat« und »Sozialpolitik«, um die es im folgenden u. a. gehen soll, voneinander abzugrenzen, sind sie zuvor zu definieren.

Die Termini »Wohlfahrtsstaat« und »Sozialstaat« entsprechen einander. Sozialpolitik ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem Sozialstaat, da sie finanzielle Transferleistungen beschreibt, während der Sozialstaat in einem umfassenderen Verständnis zur Daseinsvorsorge der Individuen beiträgt.<sup>90</sup>

»Jeder moderne Nationalstaat betreibt Sozialpolitik; zum Sozialstaat machen ihn aber erst deren Reichweite, Qualität und Quantität.«<sup>91</sup>

Das Nachkriegsdeutschland wurde von einem System der sozialen Marktwirtschaft geprägt. Kapitalistische Marktgesetze und mit ihnen der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital wurden nach der Währungsreform 1948 und der Gründung der Bundesbank der bundesrepublikanischen Ordnung eingepflanzt.<sup>92</sup>

Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt des westdeutschen Nachkriegssozialstaats ist neben einer »demokratischen« die »soziale« Verpflichtung: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat«, steht in Artikel 20 (1) des Grundgesetzes. »Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne

87 Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen 1999 (im weiteren Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel ...). S. 15.

88 Siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 197.

89 Ebenda.

90 Siehe Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel ... S. 14 und 11.

91 Ebenda. S. 12.

92 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 24.

dieses Grundgesetz entsprechen«, besagt Artikel 28 (1) des Grundgesetzes.<sup>93</sup>

Zu Beginn der fünfziger Jahre konkurrierte eine minimierende Auslegung der sozialen Verpflichtung des Staates, die einen »gewährleistenden Rechtsstaat« einem »gewährenden Sozialstaat« vorziehen wollte, mit einer maximierenden Auslegung, die vorrangig den Sozialstaat betonte und sich einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur verpflichtet fühlte.<sup>94</sup> Hieraus erwuchs eine »gemischte Sozialverfassung«, die den Rechts- und Sozialstaat als sich gegenseitig stützend gleichermaßen betonte: die soziale Marktwirtschaft.<sup>95</sup>

So wurde die marktwirtschaftliche Ordnung auch in Gesetzen verankert, bspw. durch das »Gesetz zur Einrichtung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« von 1963, dessen Untersuchungen sich ganz auf die »marktwirtschaftliche Ordnung« zu begrenzen haben.

---

93 Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat. In: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. PVS-Sonderheft 30. Hrsg. von Thomas Ellwein et al. Opladen, Wiesbaden 1999 (im weiteren Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ...). S. 181.

94 Siehe Peter Römer: Recht und Demokratie bei dem Marxisten Wolfgang Abendroth. In: Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Bd. 1: Zur Geschichte des Instituts. Hrsg. von Wolfgang Hecker et al. Münster, Hamburg. 2001. – Siehe auch Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 1.

95 Siehe ebenda. – Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 197 – Wolfgang Abendroth: Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates. In: Wolfgang Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Frankfurt am Main, Köln 1975. S. 64–69. – Interessanterweise fand sich im Ahlener Programm der CDU 1947 die damals sehr verbreitete Forderung nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel. Diese Forderungen wurden dem Kompromiß geopfert, wonach die Aufgabe der Politik die soziale Absicherung von Marktrisiken zu sein hätte. Nichtsdestotrotz mußte der Staat der Marktwirtschaft durch planifikatorische Maßnahmen erst einmal den Weg bahnen, so bspw. über die Investitionshilfeabgabe zum Aufbau der stark zerstörten Grundstoffindustrie 1951–1952. Damals erwiderte das Bundesverfassungsgericht gegenüber einer Klage gegen diesen staatlichen Interventionismus, daß das Grundgesetz keine Wirtschaftsform vorschreibe. Nach Artikel 15 sei die Vergesellschaftung von »Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln« möglich. Artikel 14, Abs. 2 Grundgesetz, wonach Eigentum gegenüber dem »Wohl der Allgemeinheit« verpflichtet ist, schließt sich in diesem Zusammenhang an. Diese vom Grundgesetz offengelassene Systemfrage wurde mit der Entscheidung für einen sozial gestalteten Kapitalismus entschieden (siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 24f.).

1967 folgte auch das »Stabilitäts- und Wachstumsgesetz«, welches wirtschaftspolitisches Handeln auf die Marktwirtschaft einschränkte. Demnach sollten die wirtschaftspolitischen Ziele »Stabilisierung des Geldwerts«, »hoher Beschäftigungsstand« und »angemessenes Wirtschaftswachstum« gleichrangig verfolgt werden. Schließlich schien das bundesrepublikanische Modell der sozialen Marktwirtschaft als Zwei-Säulen-Modell beschreibbar: Die eine Säule war das Wettbewerbssystem, die andere sollte der soziale Ausgleich sein.<sup>96</sup>

Dieser sozialstaatliche Kompromiß, der aus dem Konzept einer sozialen Marktwirtschaft bei gleichzeitiger sozialstaatlicher Verpflichtung hervorgeht, war prinzipiell widersprüchlich.<sup>97</sup>

Und Lutz Leisering weist zum Beispiel darauf hin, dass die Begrifflichkeiten »Soziale Marktwirtschaft« und »Sozialstaat« einerseits »politisch unterschiedliche Auffassungen abdecken konnte(n)« andererseits jedoch »eine flexible Anpassung an Erfordernisse sozialen Wandels ermöglichte(n)«. <sup>98</sup>

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wurzelt in Konzeptionen von Vertretern des Ordoliberalismus wie Walter Eucken. Den von Vertretern der Freiburger Schule entwickelte Ordoliberalismus beschreibt Ralf Ptak als die »deutsche Richtung des Neoliberalismus«. <sup>99</sup> Der Ordoliberalismus propagiert frei entfaltete Marktkräfte, wobei die Aufgabe des Staates begrenzt bleibt auf die Setzung von Rahmenbedingungen zur Ermöglichung einer in diesem Sinne freien Marktwirtschaft. Dieses Konzept fand im Nachkriegsdeutschland Eingang in die Konzeption einer sozialen Marktwirtschaft, die sich hierdurch von Anfang an auf das Prinzip der sozialen Differenzierung und Ungleichheit stützte. <sup>100</sup> Deswegen kritisieren ordoliberales Theoretiker auch den egalitären Anspruch des

96 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 25f.

97 Siehe Ralf Ptak: Verordnet – geduldet – erledigt? Zur historischen Entwicklung des deutschen Sozialstaates im historischen Kontext. In: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Hrsg. von Christoph Butterwegge, Rudolf Hickel et al. Berlin 1998 (im weiteren Ralf Ptak: Verordnet – geduldet – erledigt ...). S. 9–60.

98 Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 188.

99 Ralf Ptak: Verordnet – geduldet – erledigt ... S. 51. – Siehe Werner Abelshauer: Wirtschaftliche Wechsellagen, Wirtschaftsordnung und Staat. In: D. Grimm: Staat-saufgaben. Frankfurt am Main 1996 (im weiteren Werner Abelshauer: Wirtschaftliche Wechsellagen ...). S. 199–232. – Siehe auch Kapitel II.5.

100 Siehe Ralf Ptak: Verordnet – geduldet – erledigt ... S. 51f.

Wohlfahrtsstaates damals wie heute als unsozial, weil er leistungsmindernde, entmündigende und bürokratisierende Effekte erzeuge.<sup>101</sup>

Doch dieser Ordoliberalismus mit seinem Paradigma der »vollständigen Konkurrenz«<sup>102</sup> konnte angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit (u. a. wegen des politischen Kräfteverhältnisses, der Verteilung des Eigentums und der Größe der Betriebe) nicht allein handlungsanweisend sein. Und gemäß dem »fordistischen« Vergesellschaftungsmodell setzte sich eine Form der sozialen Marktwirtschaft durch, die »wirklichkeitsnäher war und sozialpolitische Ziele stärker als der modellhafte Ordoliberalismus betonte«.<sup>103</sup>

Angesichts der sozialen Risiken, die durch das kapitalistische Wettbewerbssystem auf der Basis gegeneinander konkurrierender Produzenten hervorgerufen wurden, ergibt sich die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs bei einem Verlust der Erwerbstätigkeit (durch Arbeitslosigkeit, Krankheit usw.) aus der Tatsache, daß die Betroffenen die sozialen Marktrisiken weder individuell verschulden noch aus eigener Kraft bewältigen können.<sup>104</sup>

Diese Phase von 1949–1966 kann als »Konstitution« bzw. »Aufbau und Normalisierung« des Sozialstaats bezeichnet werden, in der die »Trias der deutschen Sozialpolitik – Versorgung/(Sozial)Versicherung/Fürsorge« konzipiert wurde.<sup>105</sup>

Mit der Wirtschaftskrise 1966–1967<sup>106</sup> wurde der »Traum von einer krisenfreien Wirtschaftsentwicklung«<sup>107</sup> bzw. der »Traum immerwährender Prosperität«<sup>108</sup> beendet.

101 Siehe ebenda. S. 52. – Sturm nennt in Abgrenzung zum Ordoliberalismus die »neoliberale Schule« als zweite Wurzel der sozialen Marktwirtschaft und nimmt dabei Bezug auf die Ökonomen Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, wobei er den Nachweis der Differenz zum Ordoliberalismus schuldig bleibt (siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 195).

102 Siehe Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Jena 1940. – Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1952.

103 Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 195.

104 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 26f.

105 Siehe Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 182f.

106 Ausführliche Hintergründe siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 78ff.

107 Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 198.

108 Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt, New York 1984.

Die damalige erste Krisenphase Nachkriegsdeutschlands wurde noch mit einer »politisch handhabbaren Variante der keynesianischen Wirtschaftslehre« beantwortet. Statt mit einer derzeit üblichen Entfesselung der Marktkräfte zu reagieren, wurde die »volkswirtschaftliche Gesamtrechnung« zur politischen Informations- und Handlungsbasis.<sup>109</sup>

1966 wurde die Arbeitslosigkeit mit einem Versagen der gesamtwirtschaftlichen Koordinationskräfte der Märkte erklärt. Der Marktökonomie wurde die Fähigkeit abgesprochen, sich aus eigener Kraft aus der Krise zu winden. So wurde versucht, die Auslastung der Produktionskapazitäten durch staatliches Nachfragemanagement wiederherzustellen und so das Versagen der Privatwirtschaft auszugleichen. Diese Form einer antizyklischen Finanzpolitik sollte das Instrumentarium einer Politik für einen hohen und langanhaltenden Beschäftigungsstand sein, indem es die Risiken des Marktsystems politisch kompensieren und nicht das System selber abschaffen sollte.

Dieses 1966/1967 in Kraft getretene Konjunkturprogramm führte im Zusammenwirken mit der steigenden ausländischen Nachfrage zum letzten großen Investitionsboom in Westdeutschland.

Diese Phase von 1966–1975 fällt nach Lutz Leisering mit der »Modernisierung des Sozialstaats« zusammen, wo der systematische Ausbau des Sozialstaats in viele Richtungen vorangetrieben wurde.<sup>110</sup> In diese Phase fiel das fordistische Regulierungsmodell, welches die Einbindung breiter Bevölkerungsschichten in das Herrschaftsmodell durch materielle Zuwendungen gewährleistete.<sup>111</sup>

Inzwischen brachen 1971–1973 die Regulierungsleistungen des Weltwährungssystems »Bretton-Woods« zusammen. Für die BRD wird die sogenannte Ölpreiskrise von 1973–1974 vielfach als der endgültige Wendepunkt von prosperierender Wirtschaft zur ökonomischen Krise genannt. Die Ölpreiskrise etablierte auf Dauer das Phänomen der »strukturellen Arbeitslosigkeit« in der BRD und wurde zum »Wendepunkt der deutschen Sozialpolitik«.<sup>112</sup>

---

109 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 30f.

110 Siehe Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 184.

111 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 67f. – Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt, New York, 1984.

112 Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 198. – Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 184.

Auf wirtschaftswissenschaftlicher Ebene beginnt nach Rudolf Hickel in der BRD die neoliberale Systemveränderung 1973 in Form der Unterordnung der allgemeinen Politik unter das geldwertpolitische Diktum der Deutschen Bundesbank. Diese wechselte in jenem Jahr vom Liquiditätskonzept zur regelgebundenen und inflationsverhindernden Geldversorgung und übernahm damit das monetaristische Geldmengenkonzzept, wonach die umlaufende Geldmenge unmittelbar das Preisniveau bestimmt. Daß heißt am Ende jedes Jahres verkündet die Notenbank die angestrebte Geldmenge für das folgende Jahr, die es dann um jeden politischen Preis zu erreichen gilt. Von politischer Bedeutung ist dies insoweit, als daß die Deutsche Bundesbank seitdem über die Macht verfügt, sozialpolitische Verteilungsansprüche des Staates und von Arbeits-einkommensbeziehern zu disziplinieren und zu reduzieren, wodurch die allgemeine Politik der Deutschen Bundesbank untergeordnet wird.<sup>113</sup>

Hintergrund dieser Entwicklung ist die seit Anfang der siebziger Jahre enorm steigende Stagflation, das Zusammenwirken von wirtschaftlicher Stagnation bei gleichzeitiger hoher Inflationsrate, die zur Infragestellung des gesamtwirtschaftlichen Nachfragemanagements durch die vorherrschende Wirtschaftswissenschaft führte.<sup>114</sup>

Dieser anhaltenden Strukturkrise, mit einhergehender anhaltender Massenarbeitslosigkeit, wurde von Seiten der sozialliberalen Regierungskoalition entgegenzusteuern versucht durch staatliche Ausgabenprogramme, die zu einer erhöhten Staatsverschuldung führten und angeblich die staatliche Handlungsfähigkeit bedrohten.<sup>115</sup>

Angesichts wachsender Inflationsorgen begann in der Kanzlerschaft Helmut Schmidts eine Abkehr von sozialpolitischen Idealen und die Einführung einer solidarischen und auf Chancengleichheit ausgerichteten Leistungsgesellschaft und somit die »Ökonomisierung« der Sozialpolitik, [...] ihre Konzeptualisierung im Hinblick auf das »Machbare« bzw. das noch »Finanzierbare«, was in der Infragestellung bestehender Sozialleistungen mündete.<sup>116</sup> »Sozialpolitik wurde in weiten Teilen Sparpolitik.«<sup>117</sup>

Zugleich wurde die mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz formulierte Grundlage von der gleichrangigen Verfolgung der unterschiedli-

---

113 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 35f.

114 Siehe ebenda. S. 32f.

115 Siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 199.

116 Siehe ebenda (Hervorhebung im Original).

117 Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 184.

chen wirtschaftspolitischen Ziele, wie hoher Beschäftigungsstand bei angemessenem Wirtschaftswachstum, zugunsten einer einseitigen Konzentration auf die Stabilität des Geldwertes verlassen, die ja die Bundesbank vorgegeben hatte.<sup>118</sup>

Die bundesrepublikanische Version des Keynesianismus der sechziger Jahre, d. h., der Versuch, marktvermittelte Mikrosteuerung mit wirtschafts- und sozialpolitischer Makrosteuerung zu verbinden, wurde vom neuen, durch die deutsche Bundesbank eingeführten, Paradigma des Monetarismus abgelöst.<sup>119</sup>

Der demokratische Sozialstaat der BRD hatte, wie heute rückblickend analysiert wird, nie ein stabiles politisches Fundament, sondern war vielmehr ein sozialstaatlicher Kompromiß zwischen verschiedenen politischen Kräften der Nachkriegszeit.<sup>120</sup> Ebenfalls wurde das Sozialstaatsprinzip, trotz seiner gleichberechtigten Verankerung im Verfassungsrecht, stets stärker in Frage gestellt, als die stärker akzeptierten Legitimitäten von Rechtsstaat und Demokratie.<sup>121</sup>

Und so konnte bereits unter der sozialliberalen Koalition ein Trend zum Sozialabbau beginnen, der in den neoliberalen *Reformen* der Regierung Kohl ab 1982 in Form einer Weichenstellung in Richtung des Abbaus »politischer Steuerung zugunsten der Hegemonie der Märkte« fortgesetzt wurde.<sup>122</sup>

Freilich war die neoliberale Wende nicht ein rein bundesdeutsches Phänomen, sondern wurde auch in den meisten anderen westlichen Industriestaaten z. T. rigoros angewendet.

International war der Vormarsch des Neoliberalismus am frühesten und drastischsten in den USA und Großbritannien zu beobachten.

In den USA forderten »Neokonservative«, die der neoliberalen monetaristischen Wirtschaftspolitik der Chicago-Schule um Milton Friedman zuzuordnen waren, Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre die Revision der wohlfahrtsstaatlichen Konzeption. »Während ihnen die kapitalistische Marktwirtschaft als Hort der Chancengleichheit und als ideales Terrain zur freien Entfaltung der Persönlichkeit erschien, diffa-

118 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 33. – Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 199.

119 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 33.

120 Siehe Ralf Ptak: Verordnet – geduldet – erledigt ...

121 Siehe Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 186.

122 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 36.

mierten sie den Wohlfahrtsstaat als Instrument sozialistischer Zwangsbeglückung und Gleichmacherei«. <sup>123</sup>

Zeitgleich versucht man in Großbritannien den Wohlfahrtsstaat in einen »Sozialmarkt« umzuwandeln, auf dem »Arme, Kranke und Behinderte ihren persönlichen Dienstleistungsbedarf« nicht mehr decken konnten. <sup>124</sup>

Wenngleich in der BRD, im Gegensatz zu den USA und Großbritannien, noch ein sicherheitsstaatlicher Korporatismus installiert wurde, der soziale Spaltungen kontrollierbar halten sollte, <sup>125</sup> erfolgten die stärksten Kürzungen von Sozialleistungen in den Jahren nach der Regierungsübernahme durch die konservativ-liberale Regierungskoalition unter Helmut Kohl. <sup>126</sup>

Sozialkürzungen wurden dabei als »Verschlankung des Staates« beschrieben, die jedoch »keine ›Entschlackung‹ der Ämter und Behörden, sondern ein Verzicht auf die Verantwortung des Gemeinwesens für sozial Schwächere« bedeutete. <sup>127</sup>

Hierbei bestehen neoliberale Reformen »in der eindimensionalen Anpassung gesellschaftlicher Bedingungen an die Erfordernisse des Weltmarktes, in welcher der Sozialstaat nur überflüssigen Ballast darstellt«. <sup>128</sup>

Es kam zu einer wesentlichen Veränderung im Verhältnis von Staat und Wirtschaft: Dienten wirtschaftliche Fehlentwicklungen in der Nachkriegszeit als Rechtfertigung für staatliche Eingriffe, so wird heute die Staatstätigkeit als Ursache wirtschaftlicher Fehlentwicklungen aufgefaßt. So wird das, was unter Gemeinwohl verstanden wird (Grad der notwendigen sozialen Hilfeleistungen) in »deutlicher Abhängigkeit von wirtschaftlichen Erfolgsbedingungen und wirtschaftlichem Erfolg definiert«. <sup>129</sup> Hierbei gilt eine ungebremste Gewinnmaximierung als ehernes

123 Christoph Butterwege: Wohlfahrtsstaat am Ende? Stationen einer ideologischen Neuvermessung des Sozialen. In: Christoph Butterwege/Rudolf Hickel et al.: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Berlin 1998 (im weiteren Christoph Butterwege: Wohlfahrtsstaat am Ende ...). S. 63.

124 Siehe ebenda.

125 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 150.

126 Siehe Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 185.

127 Siehe Christoph Butterwege: Wohlfahrtsstaat am Ende ... S. 65 (Hervorhebung im Original).

128 Ralf Ptak: Verordnet – geduldet – erledigt ... S. 12.

129 Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 193.

Naturgesetz, während Eingriffe in die Wirtschaftstätigkeit mit dem Gemeinwohlargument unter Begründungszwang stehen.<sup>130</sup>

## 4. Postfordistische Reorganisation der BRD

### 4.1. POSTFORDISTISCHES/NEOLIBERALES AKKUMULATIONSMODELL

Das Versagen staatlicher Steuerungspolitik nach keynesianischem Muster in den siebziger Jahren setzte den Staat zunehmend unter Druck. Beispielsweise wurden mit der Regierungsübernahme der konservativ-liberalen Fraktion unter Helmut Kohl in der Bundesrepublik seit Anfang der achtziger Jahre intensive Bemühungen unternommen, die Investitionsbedingungen der Wirtschaft zu verbessern, deren Gewinnerwartungen zu steigern und ihre geschäftlichen Handlungsspielräume zu erweitern. »Die Politik verzichtete darauf, als gleichberechtigter Partner der Wirtschaft aufzutreten« und beschränkte sich darauf, die von der Wirtschaft benötigten Rahmenbedingungen durchzusetzen.<sup>131</sup>

Bezogen auf den Sozialstaat bedeutete dies, daß von diesem Moment an politische Kräfte zunehmend stärkere Probleme damit hatten, selbst in Bereichen, die der Wirtschaft noch nicht überlassen wurden, wie dem Sozialversicherungssystem, »Entscheidungsmöglichkeiten von Argumenten der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit freizuhalten«.<sup>132</sup>

Um eine Erhöhung und Stabilisierung des Wirtschaftswachstums herbeizuführen, waren aus der Sicht der neoliberalen Vordenker Veränderungen in der Kapitalstruktur notwendig, u. a. in Form einer Verbilligung der Anlagennutzung und einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Dies muß durch gesellschaftliche Umschichtungen flankiert werden, was einen erneuten Schub der Durchkapitalisierung der Gesellschaft, also der Subsumtion von Produktion und Reproduktion unter das Kapitalverhältnis, zur Folge hat.<sup>133</sup>

---

130 Siehe ebenda.

131 Siehe ebenda.

132 Ebenda.

133 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 105. – Anneliese Braun: Jobless Growth versus Vollbeschäftigung – (k)ein Ausweg ohne

Der Motor der »Dritten industriellen Revolution«, der Mikrochip, ermöglichte die Schaffung produktiverer und flexiblerer Produktionsapparate sowie eine effizientere Lohnarbeitsausnutzung durch die »Flexibilisierung von Mensch und Maschine«. <sup>134</sup>

Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die beobachtbare Rationalisierung von Erwerbsarbeit durch ihr Eindringen in die Privatsphäre. <sup>135</sup> Durch die Ersetzung persönlicher Dienstleistungen durch »E-commerce« – Verkauf von Gütern und Diensten über ein elektronisches Netz – und »Teleservices« – elektronisch bereitgestellte Dienstleistungen, die weiter reichen als der E-commerce, wie bspw. das Angebot von Psychotherapie im Internet – werden Teile der Erwerbsarbeit in den Privatbereich verschoben. Indem die Klienten per Internetanschluß Reisen buchen, Einkäufe, Bankgeschäfte etc. erledigen, übernehmen sie Arbeiten wie Beratung, Bedienung und Information selber. Ohne Entlohnung verschwinden diese Arbeiten jedoch nicht, sondern tauchen in der Privatsphäre wieder auf. <sup>136</sup>

Hierbei handelt es sich um ein »Rationalisierungskonzept, dessen Effizienz darin besteht, die ›Grenze‹ zwischen ›Arbeit‹ und ›Nichtarbeit‹ oder ›Erwerbssphäre‹ und ›Privatsphäre‹ zu strapazieren«, wobei die Einbeziehung der Privatsphäre in die Rationalisierung der Erwerbsarbeit dabei »originär« einkalkuliert ist. <sup>137</sup>

In diversen Bereichen der Erwerbsarbeit werden auf diese Weise Arbeitskräfte überflüssig. <sup>138</sup> Absolut ließen sich z. B. nach Berechnungen der Universität Bamberg von 15,3 Millionen untersuchten Beschäftigten 6.739.000 in der BRD einsparen, wenn alle Branchen mit den technisch

---

Paradigmenwechsel? In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)72 (im weiteren Anneliese Braun: Jobless Growth ...). S. 61–74.

134 Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 106.

135 Siehe Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich? Elektronische Märkte und die Debatte über die Krise der Erwerbsarbeit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)72 (im weiteren Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich ...). S. 41–59.

136 Siehe ebenda. S. 45f. und 52. – Anneliese Braun: Jobless Growth ... S. 68. – Storm A. King/Danielle Moreggi: Internet Therapy and Self-Help Groups – The Pros and Cons. In: Psychology and the Internet. Intrapersonal, interpersonal and transpersonal implications. Hrsg. von Jayne Gackenbach. San Diego, London 1998. S. 93ff.

137 Siehe Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich ... S. 42.

138 Siehe Anneliese Braun: Jobless Growth ...

machbaren modernsten Informationsverarbeitungslösungen ausgestattet würden.<sup>139</sup>

Es etabliert sich also zusehends ein neuer Modus der Produktions- und Reproduktionsbedingungen: Verstärkte Qualifikationshierarchien, Schichtungen und Spaltungen der Lohnabhängigen, die Schwächung kollektiver Interessenvertretung. Massenarbeitslosigkeit dient hierbei als Druck- und Disziplinierungsmittel zur Durchsetzung ungleicher Verhältnisse auch innerhalb der Arbeiterklasse.<sup>140</sup>

Das postfordistische Unternehmen produziert eine ständige und verschärfte Rivalität der Beschäftigten untereinander, wobei sich als ideologischer Idealtypus »Selbstverantwortlichkeit, Leistungsbereitschaft und Betriebsidentifikation« herausbilden und sich mit der »Vision einer exklusiven betrieblichen Lebenswelt«, also der Überschneidung von Kapital- und Arbeiterinteressen, von Privatsphäre und Sphäre der Erwerbsarbeit, mischen.<sup>141</sup>

Während im fordistischen Vergesellschaftungsmodell die Interessensunterschiede zwischen Kapital und Arbeit anerkannt wurden, heben die Unternehmen in der postfordistischen/neoliberalen Phase diese Differenz *scheinbar* auf und subsumieren die Lohnabhängigen »vollständig unter die Kapitallogik«,<sup>142</sup> indem quasi sich jeder selbst zu einem »Unternehmer« stilt, freilich ohne wirklich einer zu sein.

Der neue Typ des Massenarbeiters wird hochgradig segmentiert und parzelliert. Das hat individuelle und gruppenspezifische Arbeitsverträge genauso zur Folge, wie damit verbundene Deregulierungen der Arbeitsschutzbestimmungen, die wachsende Aufhebung von Tarifverträgen und die Privatisierung sozialer Risiken.<sup>143</sup>

139 Siehe Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich... S. 47.

140 Siehe ebenda. – Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 112ff.

141 Siehe Klaus Ronneberger: Kontrollierte Autonomie und rigide Norm. Zur neoliberalen Restrukturierung des Sozialen. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 18(1998)69 (im weiteren Klaus Ronneberger: Kontrollierte Autonomie und rigide Norm ...). S. 47.

142 Ebenda. S. 46f.

143 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 112f.

## 4.2. NEUES KONSUMMODELL

Um ein weiteres Wirtschaftswachstum trotz gesättigter Märkte und zurückbleibender Kaufkraft anzustoßen, wurden die Bedürfnisse »raffiniert verfeinert«, die soziale Polarisierung zur Grundlage neuer Verwertungsinteressen und der Bereich der Reproduktion des Lebens verstärkt zum Gegenstand von neuen Vermarktungsstrategien gemacht.<sup>144</sup>

Die in den neuen Produktionstechnologien enthaltene Tendenz zur Segmentierung, Atomisierung und »Entgesellschaftlichung« der Gesellschaft wird durch das veränderte Konsummodell in den Privat- und Freizeitbereich hinein verlängert und stabilisiert.

»Ein verstärkter Trend zur Verwandlung der Gesellschaft in eine Ansammlung isolierter, in ihren Verhaltensmustern standardisierter und in ihren Reaktionen überwachter Arbeits- und Konsummonaden ist [...] nicht zu übersehen.«<sup>145</sup>

Die Mikrochip-Revolution bewirkt veränderte Konsummuster und komplettiert die veränderte Arbeitskraftausnutzung durch eine neue »Ausbeutung der Sozialwelt« bei Einschränkung gesellschaftlicher Kommunikation und Austrocknung der sozialen Kontakte auch im Reproduktionsbereich.<sup>146</sup> Dieses neue Konsummodell zeigt sich u. a. in den im Zuge der mikroelektronischen Revolution entwickelten »elektronischen Märkten«.<sup>147</sup>

So kann längst auch Psychotherapie von einem virtuellen Therapeuten im Internet in Anspruch genommen werden.<sup>148</sup> Menschen verbringen 50–60 Stunden pro Woche am Computer in einem virtuellen Chatroom im Internet, um aufgrund ihrer isolierten persönlichen Situation überhaupt noch mit anderen Menschen zu kommunizieren, was wiederum zu weiterer Isolierung der Chatroombenutzer führt.<sup>149</sup>

Im Zuge der neoliberalen Reorganisation des Kapitalstaatsverhältnisses und Konsummodells vollzieht sich dementsprechend ein »Umbau des

144 Siehe Anneliese Braun: *Jobless Growth ...* S. 68.

145 Joachim Hirsch/Roland Roth: *Das neue Gesicht des Kapitalismus ...* S. 120.

146 Siehe ebenda. S. 119.

147 Susan Geideck: *Die Arbeit bleibt sich gleich ...*

148 Siehe Storm A. King/Danielle Moreggi: *Internet Therapy and Self-Help Groups – The Pros and Cons*. In: *Psychology and the Internet. Intrapersonal, interpersonal and transpersonal implications*. Hrsg. von Jayne Gackenbach. San Diego, London 1998, S. 93 ff.

149 Siehe Mark Griffiths: *Internet Addiction. Does it really exist?* In: *Ebenda*. S. 70 ff.

organisierten und ›wohlfahrtsstaatlichen‹ Kapitalismus zu einem entgesellschaftlichten Gemenge konkurrierender Individuen«. <sup>150</sup>

Da der schon aufgezeigte ökonomische Widerspruch einer steigenden Produktivität bei hiervon entkoppelten sinkenden Masseneinkommen und zurückgehender Beschäftigung im Postfordismus grundsätzlich bestehen bleibt, vertiefen sich die gesellschaftlichen Spaltungen, die im Fordismus noch durch eine umfassende Sozialstaatspolitik abgemildert wurden, jetzt aber in wachsendem Maße aufgegeben werden. Dabei kommt es zu einem Auseinanderfallen der Gesellschaft in privilegierte Statusgruppen und marginalisierter Sektoren unter Bedingungen harter sozioökonomischer Ausleseprozesse. <sup>151</sup> Es ist die Grundlage der Herausbildung und einer wachsenden Verallgemeinerung eines informellen Sektors.

Niedrigbezahlung, geringer sozialer Schutz und niedrige Qualifikation kennzeichnen diesen »informellen« Sektor, der abhängiges Anhängsel des »formellen« Sektors ist, gleichwohl er als Kehrseite der hochtechnisierten Weltmarktindustrien diese erst möglich macht. <sup>152</sup>

In der solchermaßen polarisierten Gesellschaft stehen wenige hochqualifizierte, hochbezahlte Arbeitnehmer mit Schlüsselqualifikationen vielen dequalifizierten Arbeitnehmern gegenüber. <sup>153</sup>

Diese wachsende Spaltung setzt sich fort in der neuen Regulierung der Marginalität im Rahmen des Umbaus des Sozialstaats. Dabei wird das Arbeitslosigkeitsproblem und die Frage der sozialen Sicherung unter Verweis auf die »Eigenverantwortlichkeit und Eigenvorsorge« individualisiert. <sup>154</sup> Zusätzlich gibt es eine zunehmend gruppenspezifische Strukturierung der Arbeitslosigkeit, Ältere werden ausgegrenzt, Dauerarbeitslosigkeit wird auf soziale Problemgruppen abgewälzt, soziale Leistungen werden selektiv gekürzt. <sup>155</sup>

Bezogen auf die Sozialpolitik zielt die postfordistische politisch-ideologische Auseinandersetzung auf die Vermeidung explosiver sozialer Konflikte. So wird Sozialpolitik zur Zeit in der Bundesrepublik noch nicht

150 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 138.

151 Siehe ebenda. S. 128f.

152 Siehe Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich ... S. 50f. – Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 131.

153 Siehe Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich ... S. 51.

154 Siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 200.

155 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 132.

nach radikal monetaristischen Gesichtspunkten geführt, da keine komplette »Demontage des sozialen Sicherungssystems« beabsichtigt ist. Vielmehr sollen bei abnehmenden Leistungen die Spaltungs-, Disziplinierungs- und Kontrollpotentiale durch »Entformalisierung« und »Segmentierung« weiter ausgebaut werden. Dies entspricht einer Kombination von kleiner werdenden staatlichen Regelleistungen mit »Selbsthilfe«-Initiativen und privaten Sozialdiensten bei gleichzeitig stärkerer Differenzierung von Arbeiter- und Armenpolitik zu lasten marginalisierter Gruppen. Dies läuft letztlich auf eine Ausdifferenzierung des Sozialstaats mit geringer Grundsicherung und privaten Vorsorgemöglichkeiten für Wohlhabende hinaus.<sup>156</sup>

Diese Prozesse, die mit einer Entpolitisierung und Entsolidarisierung einhergehen, müssen dabei nicht staatsadministrativ durchgesetzt werden, sie erfolgen im Zuge der neuen Akkumulationsstrategie, die, so Antonio Gramsci, die Verschränkung von »Gewalt und Konsens« beinhaltet, wobei die Zivilgesellschaft den die Hegemonie akzeptierenden Konsens organisiert und der politische Zwangsapparat in Reserveposition verweilen kann, die Bevölkerung also in die Logik und die Aufstiegschancen der Zivilgesellschaft eingebunden ist.<sup>157</sup> Daß dieser Prozeß von einer breiten Propaganda begleitet wird zeigt Antonio Gramsci, indem er als »Nahtstelle« zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft, zwischen Konsens und Gewalt, die »öffentliche Meinung« ansiedelt und behauptet: »Wenn der Staat eine wenig populäre Aktion in Gang setzen will, bildet er präventiv die adäquate öffentliche Meinung, d. h. er organisiert und zentralisiert bestimmte Elemente der Zivilgesellschaft [...].«<sup>158</sup> Der Staat hat hier die Aufgabe, diese Entwicklung zu regulieren, zu stabilisieren und zu kontrollieren.<sup>159</sup> So ist eine zunehmende bereits im Fordismus vorgenommene Durchstaatlichungstendenz bei wachsender sozialer Polarisierung auf der Grundlage eines selektiven und überwachenden Sozialstaats beobachtbar. Die Tendenz geht zu einem »autoritärem Etatismus«, der innenpolitisch hart gegen eine zunehmend desintegrierte Bevölkerungsmasse durchgreifen muß, um den notwendigen Strukturanpassungsprozeß an das postfordistische bzw. neoliberale Vergesellschaftungsmodell durchsetzen zu können. Folglich bilden sich

---

156 Siehe ebenda. S. 145.

157 Siehe Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft ... S. 72 und 100.

158 Ebenda. S. 73.

159 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 146.

zusehends sozial selektivere und repressivere Formen der sozialstaatlichen Regulierung des Arbeitsmarktes heraus.<sup>160</sup>

Die britische Labour-Regierung unter Tony Blair kündigte dementsprechend auf ihrem Parteitag im Oktober 1997 an, unter Androhung der Streichung von 40% der staatlichen Sozialleistungen Jugendliche in Arbeit zu zwingen und behinderte Menschen mit Sozialkürzungen zu belegen, wenn diese nicht arbeiten können oder wollen.<sup>161</sup>

Die »Disziplinierungsgewinne« des Fordismus werden unter einem wachsenden Drohpotential der Verarmung und Verelendung für jeden fortgeschrieben, was jede Artikulation von Protest zu »individueller Betroffenheit« herabsinken läßt und kollektives Verhalten zu einem äußerst voraussetzungsreichen Projekt macht.<sup>162</sup>

Dies scheint notwendig, da sich in der BRD seit den sechziger Jahren in der Bevölkerung eine kollektive Erfahrungs- und Erwartungshaltung verankerte, die, ausgehend von der Selbstverständlichkeit wirtschaftlichen Wohlstands in den sechziger Jahren, zu einer Haltung der Verteidigung von sozialstaatlichen Besitzständen gegenüber ökonomischen Besitzinteressen in den neunziger Jahren gelangte.<sup>163</sup>

Als *Korporationsmodell* bildete sich in wachsendem Maße ein mächtiger zentralisierter Unternehmenssektor, der die Wirtschaft selbst verwaltet, eine geschwächte dezentralisierte Gewerkschaftsseite, die auf individuelle Beratungsfunktionen beschränkt wird und eine, durch die Segmentierung des Arbeitsmarktes, »refeudalisierte« Lohnabhängigenseite heraus.<sup>164</sup>

Parteien und Parlament haben hier die Aufgabe, als »ideologischer Apparat« die Durchsetzung des sozialen Konsens trotz wachsender sozialer Polarisierung für die neue hegemoniale Struktur weitgehend abzusichern.<sup>165</sup>

Der diese »etatistisch-bürokratisch-korporative Regulierungsform« absichernde ideologische Diskurs der Parteien stellt Fragmentierung, Konkurrenz, Unterordnung und Entpolitisierung rechtfertigend in den

160 Siehe ebenda.

161 Siehe Mit Arbeitszwang zum »Wohlfahrtsstaat«. Tony Blairs New-Labour-Regierung verspricht die »Abschaffung der Armut«. In: »analyse & kritik«. Zeitung für linke Debatte und Politik«. Hamburg vom 7. Mai 1998.

162 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 148.

163 Siehe Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 188.

164 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 153 ff.

165 Siehe ebenda. S. 157.

Vordergrund, wobei er Probleme der gesellschaftlichen Spaltung und Klassegegensätze systematisch »dethematisiert«. <sup>166</sup>

»Realitätswahrnehmung soll systematisch durch gemanagte Begriffe und Diskurse konstituiert werden.« <sup>167</sup> Gemeinwohl wird dabei in enger Abhängigkeit zu den Glücksversprechen ungebremster Gewinnmaximierung der Wirtschaft definiert. <sup>168</sup>

Diese mit Hilfe von öffentlichen Medien verbreiteten ideologischen Diskurse zeigen dabei Wirkung: Ein individualisierter Leistungsmythos trifft auf ein gleichzeitiges autoritäres Sicherheitsbedürfnis, kollektive Aggression existiert bei gleichzeitiger privatistischer Resignation, Singlekultur mischt sich mit Sehnsüchten nach einem synthetischen Familienidyll. <sup>169</sup>

Der die stattfindende Reorganisation des Fordismus begleitende politisch-ideologische Diskurs bedient sich dabei neoliberaler Rechtfertigungsmuster, die wir im Abschnitt II.5. untersuchen werden.

#### 4.3. FAZIT

Die Krise des Fordismus führt unter neoliberalen Restrukturierungen zu folgenden sozialen Konsequenzen:

Zunehmende Durchkapitalisierung der Privatsphäre: Das »Verschieben von Teilen der Erwerbsarbeit in die Privatsphäre hinein« bzw. die Aufhebung der Differenz von Kapital und Arbeiterinteressen <sup>170</sup> im postfordistischen/neoliberalen Vergesellschaftungsmodell entspricht einer, im Gegensatz zum Fordismus, verstärkten Subsumtion des Menschen unter das Kapitalverhältnis, indem seine »gesamte Lebenszeit zunehmend im Sinne der für die Kapitalverwertung notwendigen Arbeit instrumentalisiert« <sup>171</sup> wird.

Die für die Sozialpolitik der BRD charakteristische korporatistische Struktur, das System teilautonomer Akteure im Sozialwesen, die weder rein staatlich noch ganz staatsunabhängig waren und auf diese Weise

---

166 Siehe ebenda. S. 160f.

167 Ebenda. S. 161.

168 Siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 193.

169 Siehe Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus ... S. 161f.

170 Siehe Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich ... S. 44. – Klaus Ronneberger: Kontrollierte Autonomie und rigide Norm ...

171 Anneliese Braun: Jobless Growth ... S. 68.

eine Verflechtung von Staat und Gesellschaft bildeten, droht zu zerfallen, indem das, was unter »Sozialversicherung« verstanden werden kann, endgültig überdehnt<sup>172</sup> wird. Das Gesetz zur Sozialen Pflegeversicherung von 1994 kennt keine Bedarfsnormen mehr. Gleiches droht den Einrichtungen der Behindertenhilfe mit der Einführung der Verpflichtung zur Offenlegung der Arbeit gegenüber Qualitätskontrollen mit der Novellierung des §93 BSHG vom 1. Januar 1999, der ebenso die Öffnung von Einrichtungen für behinderte Menschen für den privatwirtschaftlichen, nichtkorporierten Dienstleistungsmarkt vorschreibt.<sup>173</sup>

#### *4.2.1. Die Atomisierung der Einzelnen*

Die Polarisierung der Arbeitnehmerschaft in hoch- und unqualifizierte Beschäftigte mit einer entsprechend breiten Lohnspreizung sowie ein Auseinanderfallen der gesamten Gesellschaft in wenige Reiche und viele Arme.

## **5. Exkurs: Von der liberalen zur neoliberalen Ideologie**

Grundsätzlich fällt die Nähe des neoliberalen Grundverständnisses von Politik, Staat und Gesellschaft zum »alten« Liberalismus auf. Dieses, sowie die in den Grundaxiomen des »alten« Liberalismus enthaltene Grundstruktur, soll ansatzweise unter Rückgriff auf Hannah Arendt und Herbert Marcuse aufgezeigt werden.

Nach Hansgeorg Conert bildet der politische, soziale und ökonomische Liberalismus die genuine »Begründungs- und Rechtfertigungslehre der bürgerlichen Gesellschaft und kapitalistischen Ökonomie«. Conert faßt den Liberalismus, der sich im 17. und 18. Jahrhundert konstituierte, als die Verdichtung verschiedener Strömungen der Renaissance mit neueren politischen Lehren der damaligen Zeit.<sup>174</sup>

Schließlich kam es im Zuge der »industriellen Revolution« im 19. Jahrhundert in Europa zur Durchsetzung der kapitalistischen Produkti-

---

172 Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 187.

173 Siehe Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... – Wolfgang Jantzen (Hrsg.) et al.: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript).

174 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 52.

onsweise, welche sich zu einer neuen sozialstrukturellen Dynamik entwickelte. In ihrem Gefolge setzte sich die bürgerliche Gesellschaft durch und mit ihr die Normen und Verwirklichung einer liberalen parlamentarischen Demokratie.

Dies beruhte auf dem »Aufstieg einer neuen mächtigen Klasse, deren Existenz nicht auf Reichtum und nicht auf Macht beruhte, sondern auf Besitz als einem dynamischen Prinzip«. Daß heißt, das Bürgertum stellte den Prozeß der Akkumulation in den Mittelpunkt und betrachtete Geld nicht als Mittel der Konsumtion, sondern als Selbstzweck, welcher außerhalb seiner selbst nichts akzeptiert.<sup>175</sup>

Die sich damit herausbildende frühbürgerliche Doktrin des Liberalismus verlangt weniger die Überzeugung durch vernunftgemäße Argumentation als vielmehr durch die Überhöhung der Argumente zum Zwecke ihrer Glaubhaftigkeit und Verinnerlichung.<sup>176</sup>

So hat z. B. die Bourgeoisie im Staat, so Hannah Arendt, immer ausschließlich dessen Polizeifunktion zum Schutz des Eigentums gesehen. Sie definierten sich nicht politisch, sondern als Privatpersonen, die die Organisationsform des Staates, ob Monarchie oder Republik, nichts anging, solange die Polizeifunktion wahrgenommen wurde. Diese Orientierung des Bürgertums war jedoch zutiefst *apolitisch*. Hannah Arendt nennt sie »dem Politischen nur abträglich«.<sup>177</sup>

---

175 Siehe Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main 1955. S. 241.

176 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 52f.

177 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main 1955. S. 231. – Gemünzt auf ihren Begriff des Politischen erläutert Hannah Arendt, daß aller Besitz durch Verzehr oder Zerstörung schwinde und durch die Sterblichkeit des Individuums begrenzt sei. Dies widerspreche politischen Prinzipien, deren Ziel die Organisation der Nichtsterblichkeit eines Gesamtkörpers, bestehend aus Sterblichen sei. Die an die Sterblichkeit der Individuen gebundenen Privatinteressen können dann den Einzelnen überleben, zum öffentlichen Interesse werden, wenn sie sich aus der »Nichtsterblichkeit des Gemeinwesens«, der Sphäre des Politischen, Zeit stehlen. Auf diese Weise, so Arendt, wird das »Element der Zerstörung«, welches dem Privatinteresse anhaftet, da es an menschlichen, ergo sterblichen, Besitz gebunden ist, in jenes Gemeinwesen hineingetragen. Machtpolitik ist der öffentliche Ausdruck dieses Elements der Zerstörung. Mit seiner Fundierung der Gleichheit der Menschen auf das Tötenkönnen kann Hobbes' Vernichtung als die radikalste Form der Macht und des Besitzes herleiten. Dabei prophezeite er die Notwendigkeit der Anbetung jener Macht, was die Akzeptanz und Verinnerlichung der bürgerlichen liberalen Werte voraussetzt und deren freiwillige Ausübung (siehe ebenda. S. 241 ff.).

Denn das Bürgertum lebte auch ideologisch rechtfertigend in einer Gesellschaft von Konkurrenten, in der *Macht Recht war und Erfolg der Maßstab allen Tuns*, in der jeder zusehen mußte, wie er möglichst groß werden konnte. Im Zeitalter des Imperialismus wurden diese Handlungsmaximen, die bisher ein an Konkurrenz gebundenes Handeln privater Natur waren, zu Prinzipien auch der öffentlichen Ordnung.<sup>178</sup>

Hannah Arendt beschreibt eindrücklich, wie diese Entwicklung zunächst nur in der imperialistischen Außenpolitik in Erscheinung trat und die Bürger nicht bemerkten, »daß das systematische Außerachtlassen aller Fragen des öffentlichen Wohles und die Rücksichtslosigkeit, die für das gesellschaftliche Leben [*in vorimperialer Zeit* – C. H. und B. M.] ohnehin schon kennzeichnend waren, [...] nun auf die politische Sphäre der öffentlichen Angelegenheiten selbst ausgedehnt werden sollten [...]«. <sup>179</sup>

Hannah Arendt zufolge versuchte z. B. gerade Thomas Hobbes (1588–1679), der frühe Theoretiker des sich noch herausbildenden Liberalismus, das öffentliche Wohl aus privaten Interessen herzuleiten.<sup>180</sup>

Das Ziel des von ihm entworfenen politischen Körpers war die Machtakkumulation. Es ist die frühe Vorformulierung der genauen Weltanschauung des Bürgertums (Bourgeoisie).<sup>181</sup> Hobbes ging es explizit nicht um die Beschreibung der Beschaffenheit des Menschen oder seine psychologische Erklärung. Er beschrieb, wie der Mensch sein *muß*, um in einer kommenden Gesellschaft bestehen zu können. Dabei betont Arendt, daß Hobbes die bürgerliche Gesellschaft detailgenau vorherseh.<sup>182</sup>

Für Hansgeorg Conert ist Thomas Hobbes' Anwendung physikalischer Bewegungsgesetze auf menschliche Handlungsantriebe bürgerlich, ebenso wie seine Vertragslehre und seine marktförmige Sicht der sozialen und politischen Beziehungen. Hansgeorg Conert betont Thomas Hobbes' utilitaristische Sicht der menschlichen Strebungen, die in die liberale Theorie von der menschlichen Natur eingegangen sind.<sup>183</sup>

178 Siehe ebenda. S. 231 f.

179 Ebenda. S. 232.

180 Siehe Thomas Hobbes: *Leviathan*. Hamburg 1996.

181 Siehe Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt am Main 1955. S. 232. – Siehe Crawford B. MacPherson: *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*. Frankfurt am Main 1973.

182 Siehe Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt am Main 1955. S. 233. – Hansgeorg Conert: *Vom Handelskapital zur Globalisierung ...* S. 63.

183 Siehe Hansgeorg Conert: *Vom Handelskapital zur Globalisierung ...* S. 63.

Schließlich ist in der Hobbesschen Philosophie, wo der Staat der Leviathan ist, der Wert des Menschen »sein Preis, das ist das, was für den Gebrauch seiner Kraft gegeben werde würde«. Denn Thomas Hobbes stellte fest, daß nichts existieren würde außer dem, was in der Gesellschaft gegen etwas austauschbar ist. Wenn Güter, Tugenden und Menschen zum Wert werden, über dessen Preis die Gesellschaft im allgemeinen Austausch entscheidet, ist ein Absolutes nicht mehr feststellbar. Es bleibt ein radikaler Relativismus.<sup>184</sup>

Dabei ermöglicht Macht die Preisfestsetzung im Interesse der Individuen. Darum ist nach Thomas Hobbes Macht die Grundleidenschaft des Menschen. Die Gleichheit der Menschen beruht so auch in der Fähigkeit eines jeden, den Nächsten totzuschlagen, wobei Schwäche durch List ausgeglichen wird. Hieraus resultiert das Bedürfnis nach Staatsgründung aus einem Sicherheitsbedürfnis der Individuen in einer Gesellschaft potentieller Mörder.<sup>185</sup> Der Staat, den Hobbes offen mit »Tyrannis« bezeichnet, entsteht durch die Delegation von Macht, nicht von Rechten. Er hat so das Tötungsrecht inne und gibt dafür eine bedingte Garantie gegen das Getötetwerden an die Individuen zurück. Die Folge ist ein politisch entrechtetes Individuum, dem sich die öffentlichen staatlichen Angelegenheiten als Notwendigkeiten präsentieren.<sup>186</sup>

Innerhalb der gesellschaftlichen ökonomischen Konkurrenzverhältnisse erfolgreich zu sein, darüber entscheidet der Zufall, das Glück. Denn wenn die Natur alle Individuen mit der gleichen Machtkapazität ausstattet und der Staat alle gleich gegeneinander absichert, bleibt nur der Zufall. Hannah Arendt verortet hier die Entstehung des bürgerlichen Schicksalsbegriffs.<sup>187</sup>

Sie schlußfolgert, daß in Thomas Hobbes' Konzeption derjenige aus der Gesellschaft ausscheidet, der in der Konkurrenz, dem »Leben der Gesellschaft«, unterliegt. In dieser Gesellschaftstheorie verlangt das Individuum, daß ihm die Sorge um die Armen abgenommen wird, genauso wie den Schutz vor Verbrechen. »Der Unterschied zwischen Armen und Verbrechern verwischt sich, beide stehen außerhalb der Gesellschaft, die einen, weil sie den Regeln der Konkurrenz nicht gewachsen waren, die

---

184 Siehe Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt am Main 1955. S. 233f.

185 Siehe ebenda. S. 234f.

186 Siehe ebenda. S. 235.

187 Siehe ebenda. S. 236.

anderen, weil sie diese Regeln nicht einzuhalten wünschten. Das Verbrechen an sich aber ist, außerhalb der Gesellschaft zu stehen.«<sup>188</sup>

Und so kann sich der im Konkurrenzprozeß Unterlegene weder an das persönliche noch das christliche Gewissen seiner Mitmenschen wenden. »Wer außerhalb der Gesellschaft steht aus gleich welchen Gründen, ist eigentlich kein Mensch mehr.«<sup>189</sup> Jedoch gesteht Thomas Hobbes den Unterlegenen zu, sich auf ihre Grundfähigkeit des Tötenkönnens zu besinnen, um so eine Gleichheit der Menschen wieder herzustellen.<sup>190</sup> Eine für manchen Liberalen sicherlich überraschende und beängstigende Schlußfolgerung.

Thomas Hobbes ruft zum Bruch mit abendländischen Traditionen von Recht und Freiheit auf und »hat damit das Verhalten der Bourgeoisie wie des von ihr erzeugten Mobs in grandioser Weise vorgezeichnet, wie schließlich das, was gemeinhin unter dem Untergang des Abendlandes« verstanden wird.<sup>191</sup>

Für das, was entsteht, wenn sich diese Gesellschaft des Staatsapparats und seiner Machtmittel bemächtigt, konstruiert Thomas Hobbes den Begriff des »Leviathan«, des allmächtigen Ungeheuers. Der Machtbegriff der neuen bürgerlichen Klasse hat sich aus gesellschaftlichen und nicht politischen Erfahrungen heraus gebildet: »[...] er hatte sich in der [...] Konkurrenz [...] im Zusammenleben vereinzelter Individuen gebildet, nicht in der Sphäre politischen Handelns«. Dies bedeutet, daß der Staat zu seiner Machterhaltung ständig nach mehr Macht streben muß, so wie sich das Individuum im Konkurrenzkampf auch nie ausruhen darf. Ständige »Machtakkumulation« ist notwendig.<sup>192</sup>

»Der unbegrenzte Prozeß der Kapitalakkumulation bedarf zu seiner Sicherstellung einer »unbegrenzten Macht«, nämlich eines Prozesses von Machtakkumulation, der durch nichts begrenzt werden darf, außer durch die jeweiligen Bedürfnisse der Kapitalakkumulation.«<sup>193</sup>

Da der Staat nach Thomas Hobbes dazu da ist, Besitz zu schützen, leitet er aus der oben genannten Notwendigkeit der Machtakkumulation den Staat als »Leviathan« ab.

---

188 Ebenda. S. 236.

189 Ebenda. S. 237.

190 Siehe ebenda.

191 Siehe ebenda. S. 244ff. und 237.

192 Siehe ebenda. S. 237f.

193 Ebenda. S. 239.

Laut Hannah Arendt nimmt Thomas Hobbes einen letzten Krieg vorweg zum Zeitpunkt, wenn alle schwächeren Gemeinwesen von den Mächtigsten verzehrt wurden. Ein Krieg, der nur Sieger und Tote übrig läßt. Nur, so Hannah Arendt weiter, wird es unter den Gesetzen des Siegers nie Frieden geben. »Der durch nichts begrenzte Prozeß einer ewigen Machtakkumulation, der die Expansion um der Expansion willen ermöglicht und dauernd neu speist, braucht ständig neues Material, um sich zu erneuern und nicht in den Stillstand zu geraten. Wenn der letzte Sieger im Kampf um die Erde die ›Sterne nicht annectieren‹ kann, so bleibt ihm nur übrig, sich selbst zu zerstören, damit der unendliche Prozeß aufs neue beginnen kann.«<sup>194</sup>

Der gesellschaftskritische Theoretiker Herbert Marcuse weist des weiteren darauf hin, daß der Liberalismus selbst den total-autoritären Staat erzeugt. Demgemäß vollzieht sich die »Wendung vom liberalistischen zum total-autoritären Staate [...] auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung«.<sup>195</sup>

So wirkte sich die Weltwirtschaftskrise Anfang des 20. Jahrhunderts stark auf die Doktrin des Liberalismus aus, was in der Forderung liberaler Theoretiker nach einem »liberalen Interventionismus« in Gestalt eines starken Staates in Richtung der Marktgesetze, in Richtung des vermeintlich »natürlichen« Ablaufs mündete, um den Kapitalismus, wie es der Liberale Alexander Rüstow formulierte, vor der »Versumpfung« zu retten.<sup>196</sup> Genauso wie Rüstows Plädoyer für marktkonformen Interventionismus eines starken Staates war auch Alfred Müller-Armacks Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft« vereinbar mit dem »Kernstück nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik«.<sup>197</sup> Alfred Müller-Armack, Schöpfer des Begriffs der »Sozialen Marktwirtschaft«, sah seine 1932/1933 entwickelten Vorstellungen in der Ordnungspolitik der Nationalsozialisten verwirklicht; ihm und anderen Reformliberalen standen parteiamtliche Publikationsmittel zur Verfügung und die führenden Repräsentanten des Ordo- und Reformliberalismus, Franz Böhm, Walter Eucken sowie Hans Großmann-Doerth, nahmen ganz wesentlichen Einfluß auf die staats-

---

194 Ebenda. S. 244.

195 Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauf-fassung. In: Herbert Marcuse: Kultur und Gesellschaft. Bd. 1. Frankfurt am Main 1967 (im weiteren Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus ...). S. 32.

196 Siehe Werner Abelshauer: Wirtschaftliche Wechsellagen ... S. 217f.

197 Ebenda. S. 220.

wirtschaftliche Ausbildung an den Universitäten.<sup>198</sup> Die ordnungspolitische Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten, positioniert zwischen Marktwirtschaft neoliberalen Zuschnitts und marktwirtschaftlicher Lenkungswirtschaft keynesianischen Typs, war das Instrument der Krisenpolitik der NSDAP, die mit dieser vergleichsweise modernen Idee im Zuge des Versagens der Weimarer Republik »immer mehr die Mitte des inzwischen deutlich nach rechts verschobenen ordnungspolitischen Koordinatensystems« besetzte.<sup>199</sup> Der im Zuge der Weltwirtschaftskrise entwickelte und in der NS-Wirtschaft umgesetzte »Typus von Ordnungspolitik« prägte in der Folgezeit die bundesrepublikanische Wirtschaftsordnung »bis auf den heutigen Tag«.<sup>200</sup>

Herbert Marcuse skizziert den Liberalismus als die Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie des europäischen Industriekapitalismus zu den Zeiten, als der ökonomische Träger des Kapitalismus der Einzelkapitalist (Privatunternehmer) war. Das Eigentum bildet dabei die zentrale Kategorie: »Die freie Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjekts über das Privateigentum und die staatlich-rechtlich garantierte Sicherheit dieser Verfügung. *Alle ökonomischen und sozialen Forderungen des Liberalismus sind wandelbar um dies eine stabile Zentrum – wandelbar bis zur Selbstaufhebung.*«<sup>201</sup> Beispiele hierfür sind staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben, besonders gegenüber dem Proletariat, bei Gefährdung der Sicherheit des Privateigentums sowie das Führen nationaler Kriege zu Zeiten des pazifistisch-humanitären Liberalismus.<sup>202</sup>

Die im Liberalismus vertretene Gesellschaftsordnung, insbesondere die Gestaltung der Produktionsverhältnisse, bleibt im total-autoritären Staat unangetastet. Die Organisation der Gesellschaft erfolgt nach privatwirtschaftlicher Maßgabe auf der Grundlage der Akzeptanz von Sondereigentum und Privatinitiative der Unternehmer. Einschränkungen erfolgen nur entsprechend monopolkapitalistischer Anforderungen an die Ökonomie.<sup>203</sup>

Laut Herbert Marcuse verstößt der Liberalismus gegen eine rationalistische Theorie der Gesellschaft. Diese von Herbert Marcuse favorisierte

---

198 Siehe ebenda. S. 219ff.

199 Siehe ebenda. S. 219.

200 Ebenda. S. 219f.

201 Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus ... S. 22. – Siehe Reinhard Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933. Köln 1973.

202 Siehe Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus ... S. 23.

203 Siehe ebenda. S. 24.

Theorie besagt, daß durch das menschliche Vermögen des begrifflichen Denkens das »Wahre, Gute und Richtige« der gesellschaftlichen Praxis erfaßt werden soll. Die »vernünftige« Ratio sei hierbei die endgültige Bewertungsinstanz für die Zielsetzungen, die sich eine Gesellschaft stellt. Dabei erzwingt die bloße Existenz einer Tatsache nicht ihre Anerkennung, diese werde vielmehr erst infolge der kritischen Reflexion der Tatsachen gewährt.<sup>204</sup>

Demgegenüber stehe die irrationalistische Theorie der Gesellschaft. In dieser werde Wirklichkeit nicht mehr erkannt, sondern nur noch *anerkannt*.

In diesem irrationalistischen Ansatz paaren sich laut Herbert Marcuse die Vorstellung von Gegebenheiten des Marktes und seinen Gesetzen mit einem Naturalismus, der dieses gesellschaftliche Verhältnis als naturgesetzliche Gegebenheit erklärt; und es bildet so eine Grundlage des Liberalismus.<sup>205</sup>

Herbert Marcuse folgert weiter, daß der Liberalismus rationalistische Elemente enthält, die letztlich jedoch zur Rechtfertigung ökonomischer Prozesse zur Besitzsicherung umfunktioniert werden. So kann bspw. das rationalistische Element der freien Aussprache ökonomisch auf die Forderung nach der freien Konkurrenz der Wirtschaftssubjekte übertragen werden.<sup>206</sup> Doch hier dringen irrationalistische Elemente in den Liberalismus ein. Die liberalistische Wirtschaftsführung und gesellschaftliche Organisation versteht sich als privat, als »gebunden an die rationale Praxis des einzelnen Wirtschaftssubjekts. Die kritischen Implikationen des somit unterstellten und nicht hinterfragten Einklangs von Allgemein- und Privatinteresse werden nicht mehr gesehen.<sup>207</sup>

Gegen den Irrationalismus und Naturalismus des Liberalismus setzt Herbert Marcuse die These, daß der Mensch sich als »seinsmäßig politisches Wesen« nur in der »freien Praxis des Einzelnen« entfalten kann. Er betont die Bedeutung eines politisch verstehenden Gemeinwesens, welches die Möglichkeit für eine »menschenwürdige Erfüllung des Daseins« für jeden einzelnen schafft.<sup>208</sup>

---

204 Siehe ebenda. S. 28.

205 Siehe ebenda. S. 29.

206 Siehe ebenda. S. 30.

207 Siehe ebenda. S. 31.

208 Siehe ebenda. S. 53.

## 5.1. FAZIT

Die Grundpositionen des Liberalismus sind die Eigentumssicherung und -vermehrung, während alle übrigen politischen Grundrechte verhandelbar und wandelbar bis zur Aufhebbarkeit sind.

Demokratie ist für den Liberalismus tendenziell nur ein Mittel, um Eigentumssicherung durchzusetzen. Und wenn das Mittel sein Ziel (Eigentumssicherung) verfehlt, kann es auch durch ein neues ersetzt werden, also durch die Diktatur etc. So besteht auch eine tendenzielle Wandlungsfähigkeit des Liberalismus zum Totalitarismus.

Diese Kernpunkte finden sich in anderer Art und Weise im Neoliberalismus wieder, wie eine nähere Betrachtung der neoliberalen Grundprämissen aufzuzeigen vermag.

## 6. Grundprämissen des Neoliberalismus<sup>209</sup>

Während neoliberale Strategien bzw. Denkmuster nicht die Ursache für ökonomische Veränderungen bilden, liegt ihr Zweck vielmehr in der Aufgabe, Legitimationsargumente für die aktuelle Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu liefern.

»Die neoliberale Doktrin liefert jedoch die Argumente dafür, den Herausforderungen und Problemen, die sich der kapitalistischen Produktionsweise heute [...] stellen, mit Strategien, Lösungsansätzen und Methoden zu begegnen, die den Interessen und der gesellschaftlichen Hegemonie der Protagonisten der Kapitalverwertung förderlich sind.«<sup>210</sup> Dabei ist der Neoliberalismus auf der einen Seite als eine Wirtschaftsdoktrin zu verstehen und auf der anderen als eine Gesellschaftskonzeption, als »Konzept einer wünschenswerten politischen Ordnung«.<sup>211</sup>

---

209 Der Terminus »neoliberal« beschreibt eine sozialtechnische Anweisung, eine herrschaftsabsichernde Ideologie. Während der Begriff »postfordistisch« den Versuch umschreibt, die Antriebsmechanismen und Kräfte der Umstrukturierungen aufzugreifen und nicht zu rechtfertigen. Das Begriffspaar Neoliberalismus/Postfordismus läßt sich als aus der Krise der fordistischen Vergesellschaftungsform hervorgehend begreifen bzw. als ein den Fordismus modernisierender, reorganisierender Prozeß.

210 Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 304 (Hervorhebung im Original).

211 Friedrich August von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. In: Friedrich August von Hayek: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen

## 6.1. ÖKONOMISCHE PRÄMISSEN DES NEOLIBERALISMUS

Die heute vorherrschende Wirtschaftsdoktrin ist die neoklassische Wirtschaftstheorie, sie gilt zugleich als Grundlage dessen, was man als Neoliberalismus bezeichnet.

Vahlens Großes Wirtschaftslexikon definiert »Neoklassik« als Weiterentwicklung der klassischen ökonomischen Theorie von Adam Smith, David Ricardo etc. Dabei werden hinsichtlich der klassischen Lehre Probleme der Verteilung gegenüber denen der Produktion und des Wachstums betont. Zentral sind die Analyse der Güterverteilung unter den Konsumenten und die Frage nach dem bestmöglichen Einsatz aller Faktoren zur Bedürfnisbefriedigung aller. Dies wird mit Hilfe des »Walras-Modells« umgesetzt, einem geschlossenen mathematischen Totalmodell: Marie E. L. Walras geht von einem allgemeinen ökonomischen Gleichgewicht zwischen Käufern und Verkäufern aus, das auf den »Grundannahmen vollkommene Konkurrenz, vollständige Voraussicht, völlig flexible Preise basiert«. Alle Größen des Systems werden simultan bestimmt. Dabei wird davon ausgegangen, daß alle Marktteilnehmer die für alle optimale Lösung kennen.<sup>212</sup>

Grundannahme war, daß alle Wirtschaftssubjekte rational seien, woraus jeder Endzustand eines Prozesses ableitbar wäre.<sup>213</sup> Marie E. L. Walras' statisches Effizienzkonzept geht davon aus, daß der Markt selber die Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) mit dem effektivsten Ergebnis anordnet.

Im Gegensatz zur Klassik macht Hansgeorg Conert in der Neoklassik eine Wirtschaftswissenschaft aus, die sich tendenziell zum Selbstzweck wird. »Die Leistungen, die sie für die sozialen Individuen und Gruppen [...] nach allgemeinem – und auch nach eigenem – Verständnis erbringen soll, schrumpfen virtuell zum Nebeneffekt.«<sup>214</sup>

Differenzen der Neoklassik gegenüber dem Neoliberalismus existieren jedoch: Geht es der Neoklassik noch um Maximierung des Outputs,

1994 (im weiteren F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ...). S. 108.

212 Siehe Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1997. Sp. 2731f.

213 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München 1997 (im weiteren Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ...). S. 61. – Ausführlicher siehe ebenda. S. 291.

214 Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 307.

lehnt der Neoliberalismus dies ab. Die Neoklassik räumt ferner und im Gegensatz zum Neoliberalismus mögliche Unvollkommenheiten im Marktmechanismus ein, die die ökonomische Effizienz gefährden.<sup>215</sup> Aufgrund der hierin angelegten Notwendigkeit des staatlichen Eingriffs lehnt der Neoliberalismus die Vorstellung vom »möglichen Marktversagen« ab.<sup>216</sup> Schließlich kam es in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts zur Kontroverse zwischen Keynesianismus und Neoliberalismus.

Laut Gabler-Wirtschafts-Lexikon 1997 ist der Keynesianismus der Sammelbegriff für die Keynesische Lehre und deren Weiterentwicklungen. John Maynard Keynes (1883–1946) verursachte mit seinem 1936 herausgegebenen Hauptwerk »The General Theory of Employment, Interest and Money« eine Revolution in den Wirtschaftswissenschaften. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise zwischen den Weltkriegen (1928–1932) entstand seine Kritik, wonach dauernde Unterbeschäftigung im Gegensatz zur Auffassung der Neoklassik möglich sei. Um dem entgegenzuwirken, bedürfe es nicht einer traditionellen angebotsorientierten Politik, sondern einer nachfrageorientierten, d. h. eine Umverteilung der und Schaffung neuer Einkommen. In den sechziger und siebziger Jahren wurde in den meisten wirtschaftlich führenden Ländern eine an Keynes orientierte Wirtschaftspolitik betrieben.<sup>217</sup> Die regelmäßig sich einstellende Inflation und Steigerung der Arbeitslosenrate begünstigte jedoch die erfolgreiche Gegenrevolution des Monetarismus, auf den wir weiter unten eingehen.

Die finanzpolitische Umsetzung der keynesianischen Wirtschaftslehre nennt sich »fiscal policy«. Dies ist eine antizyklische Wirtschaftspolitik zur Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gemäß den makroökonomischen Ansätzen<sup>218</sup> des Keynesianismus.

---

215 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 61 und 291.

216 Siehe ebenda. S. 61.

217 Siehe Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1997. Sp. 212f.

218 Makroökonomischer Ansatz: Die Betrachtung des gesamtwirtschaftlichen Verhaltens ganzer Sektoren im Zusammenhang mit dem von John Maynard Keynes beeinflussten Aufbau der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Der Makroökonomische Ansatz bezieht sich auf Aggregate (die Mehrgliedrigkeit der Sektoren und die Verknüpfung seiner einzelnen Glieder), im Gegensatz zum mikroökonomischen Ansatz, der sich mit den einzelnen Wirtschaftssubjekten und den einzelnen Gütern auseinandersetzt und so zu dem Schluß kommt, daß mit Hilfe vollkommener Konkurrenz unter Bedingungen einer unregulierten, entfesselten Marktwirtschaft die Konjunktur belebt wird. Dies ist der von der Neoklassik benutzte Grundgedanke (siehe Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1997. Sp. 2618).

Das hiermit verbundene häufige Mittel keynesianischer Politik ist das »Deficit-spending«. Damit ist die Finanzierung von Ausgaben- bzw. Konjunkturprogrammen mittels Verschuldung gemeint, um einen expansiven Effekt bei der Nachfragebeeinflussung zu erzielen.<sup>219</sup>

Die hinter einer antizyklischen Wirtschaftspolitik stehende Idee geht davon aus, daß die konjunkturelle Krise in der Marktwirtschaft beschleunigt wird, wenn der Staat »zyklisch«, also mit Ausgabenkürzungen auf sinkende Steuereinnahmen und steigende Kosten der Arbeitslosigkeit, reagiert. »Denn eine Mark, die der Staat weniger ausgibt, fehlt der Wirtschaft als Einnahme. Die Nachfrage- und damit Produktionsausfälle vervielfachen sich über die Vorlieferanten und Konsumenten.«<sup>220</sup>

Die genauere Betrachtung der Grundideen der keynesianischen Wirtschaftslehre ermöglicht eine Erklärung, warum in der Zeit seiner Vorherrschaft in den führenden Industrienationen die soziale Spaltung in der Gesellschaft weniger groß ausfiel als zu heutigen Zeiten neoliberaler Politik. John Maynard Keynes kritisierte explizit die Grundannahmen der Neoklassik, womit in der gerade gegebenen Begriffsklärung auch Ansatzpunkte zu einer konstruktiven Kritik aktueller Politik grundgelegt werden kann.<sup>221</sup>

Grundlage des Keynesianismus ist nach Herbert Schui die Auffassung von einer zu überwindenden Kapitalknappheit im Kapitalismus, die die regulative Tätigkeit des Staates für notwendig erklärt, um ein Gleichgewicht von Investition und Konsumtion herzustellen, was die latente Furcht der Unternehmerschaft hervorrief, »kalt sozialisiert« zu werden.<sup>222</sup>

Hier anknüpfend versucht der Neoliberalismus in Aufnahme des »Glücksversprechens« der ökonomischen Klassik zu begründen, daß allgemeine materielle Wohlfahrt der Wirtschaftsentwicklung abträglich sei. Vielmehr sei das Glück in einer Weise zivilisatorischer Weiterentwicklung zu sehen, indem die Freiheit, d. h. selbstformulierte Wettbewerbsziele zu verfolgen, sichergestellt wird.<sup>223</sup>

Hier ändert sich der Sinn von Markt und Wettbewerb gegenüber dem Keynesianismus. Es ist die Abkehr vom Versuch der Gewährleistung einer Massenwohlfahrt.

---

219 Siehe Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1997. Sp. 865 und 2525.

220 Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 31 f.

221 Siehe ebenda.

222 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 62.

223 Siehe ebenda.

Es erscheint uns bemerkenswert, daß Neoliberalismus im streng definierten Sinne der Lexika durchaus die teilweise Beschränkung privatwirtschaftlicher Marktmacht als auch eine gewisse Grundsicherung sozialer Leistungen mitdenkt.

Laut Definition im Gabler-Wirtschafts-Lexikon greift der Neoliberalismus Forderungen des klassischen Liberalismus auf. Der Neoliberalismus betont dabei einerseits »die Ordnungsabhängigkeit des Wirtschaftens und (andererseits) die Bedeutung privatwirtschaftlicher Initiative«. Dabei greift der Neoliberalismus die Erfahrungen aus dem Laissez-faire-Liberalismus und sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften dahingehend auf, daß er die klassische Linie dahingehend korrigiert, indem er dem Staat die Aufgabe zuschreibt, »den freien Wettbewerb aktiv vor dem Entstehen privatwirtschaftlicher Marktmacht wie auch vor staatlich verursachter Marktvermachtung (zu) schützen«. Denn der Neoliberalismus sieht, anders als der klassische Liberalismus, stärker die Gefahr, daß die »privatwirtschaftlichen Aktivitäten« den Wettbewerb bedrohen, indem sich »ihm die Marktteilnehmer durch die Erlangung von Marktmacht zu entziehen versuchen«. Andererseits wendet sich der Neoliberalismus klar gegen einen keynesianischen, d. h. einen angeblich »konzeptlosen Interventionismus«. <sup>224</sup>

So bezeichnet Rudolf Hickel die von Kritikern vorgenommene Etikettierung des heutigen Politikparadigmas mit »neoliberal« auch als pejorativ gemeint. Hickel beschreibt die heutige Politik der Bundesregierung sowie die beratende Wirtschaftswissenschaft als vom Paradigma der Angebotsdoktrin, vom »Schwur auf die kapitalistische Marktwirtschaft« beherrscht. Die Wirtschaftswissenschaft, so Rudolf Hickel, bezeichnet diese Politik als »neoklassisch«. Dies ist in Anlehnung an die klassischen Theorien gedacht, die annehmen, daß »sich selbst überlassene Marktsysteme auf der Basis einzelwirtschaftlich rationalen Verhaltens zur optimalen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fähig seien«. <sup>225</sup>

Dies schließt deswegen auch die Forderung nach einer fortschreitenden Deregulierung auf dem Wettbewerbsmarkt ein, also Rückzug der Interventionen des Staates, sowie den umfassenden Abbau sozialer Grundsicherungen.

Hansgeorg Conert weist darauf hin, daß Neoliberalismus über seine Beschreibung als Wirtschaftsdoktrin hinausgehend eine »umfassende

---

224 Siehe Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1997. Sp. 2444.

225 Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 39.

Konzeption von (guter, erstrebenswerter) Gesellschaft (ist)«. Die wirtschaftlichen und sozialen sowie die staatlich-politischen Ordnungsvorstellungen stehen dabei in einem stimmigen, sich ergänzenden Verhältnis zueinander.<sup>226</sup>

Die neoliberale Wirtschaftsordnung basiert in wirtschaftstheoretischer Hinsicht auf garantiertem Privateigentum, marktvermittelter Koordination des Agierens der autonomen Wirtschaftssubjekte (daß heißt Hochschätzen des Wirkens der »unsichtbaren Hand«), unternehmerischer Freiheit, freier Berufswahl und einer Sicherheit gewährleistenden Rechtsordnung. Außerdem folgt man den Prinzipien des Monetarismus, d. h. auf einem von staatlichen Instanzen unabhängigen Zentralbank reguliertem Geldwesen.<sup>227</sup>

Dies ist gerade hinsichtlich der weitläufigen Einflußmöglichkeiten neoliberaler, Wirtschaftspolitik von zentraler Bedeutung. Die im Monetarismus vorgesehenen Interventionen in den Wirtschaftsprozess sind die einzigen, die der Neoliberalismus für verantwortlich hält, die also von neoliberaler Politik zugelassen werden. Dies sind Interventionen bezogen auf monetäre Größen wie Staatsfinanzen, Kreditvolumen und Geldumlauf. Es sind die Größen innerhalb der neoliberalen Doktrin mit der höchsten Priorität. Ihre Stabilität muß um jeden Preis gewährleistet sein. So kommt es in Momenten mit destabilisierenden Tendenzen zu restriktiven Forderungen für Interventionen auch in außermonetären Bereichen, wie z. B. Lohnpolitik, Kurzhalten der Massenkaukraft und Einsparungen im Bereich sozialer Sicherungen.<sup>228</sup>

Der Monetarismus bildet damit den ökonomischen Kern des Neoliberalismus. Es lohnt sich also, ihn genauer zu betrachten.

Laut Gabler-Wirtschafts-Lexikon ist die Lehre des Monetarismus aus der Kritik an geldtheoretischen Vorstellungen der Keynes'schen Lehre und keynesianischen Positionen hervorgegangen. Der Monetarismus präsentiert sich als geschlossenes wirtschaftstheoretisches System, welches den Anspruch hat »eine bessere Erklärung der ökonomischen Realität anzubieten als der Keynesianismus«.

Dabei knüpft der Monetarismus an die »Gleichgewichts- und Harmonieidee der Klassik und Neoklassik an«. Er geht grundlegend von einer relativen Stabilität des privaten Sektors aus, d. h., das marktwirt-

---

226 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 304.

227 Siehe ebenda. S. 304f. und 307.

228 Siehe ebenda. S. 306.

schaftliche System tendiert bei flexiblen Preisen zu einem stabilen Gleichgewicht. Es wird also die Existenz eines Walras-Gleichgewichtes unterstellt.

Weiterhin wird die Dynamik des privaten Sektors als stabil dargestellt, was zur Absorption von exogenen, also außerökonomischen Schocks führt, die sogar noch in eine stabilisierende Bewegung umgeformt werden.<sup>229</sup>

Marktwirtschaften können sich demnach also selbst optimieren, sind nicht die Ursache von Krisen; vielmehr können sie die von marktfremden Einflüssen verursachten Krisen wie die Erhöhung von Ölpreisen aus eigener Kraft verarbeiten. Erst durch politische Interventionen (bspw. keynesianische Beschäftigungspolitik) und situationsbezogene Geldpolitik (»Inflation«) »verlieren die Marktkräfte ihre optimale Steuerungskraft«. Aus dieser Prämisse leitet der Monetarismus erstens eine strikte Ablehnung jeglicher staatlicher Intervention ab. Dies wird deutlich an der Haltung des Monetarismus gegenüber der Beschäftigungspolitik gegen Arbeitslosigkeit.

Zweitens wird deswegen auch eine »verstetigte Geldpolitik«<sup>230</sup> gefordert. Dies bedeutet, daß der monetaristischen Logik zufolge »die Geldversorgung durch die Notenbank [...] am mittelfristigen, inflationsfreien Wachstumspotential ausgerichtet werden« müsse. Dahinter steckt die Vorstellung eines sich selbst optimierenden und an sich krisenfreien Kapitalismus.<sup>231</sup>

Dabei geht der Monetarismus, im Gegensatz zum Keynesianismus, davon aus, daß eine einmalige Erhöhung des Geldmengenwachstums Produktion und Beschäftigung nur vorübergehend belebt, langfristig aber die Inflationsrate erhöhe.<sup>232</sup>

Für Milton Friedman ist Inflation ganz eindeutig ein »monetäres Phänomen«. Er erklärt das wie folgt: Güter und Dienstleistungen [der »Output«] sind durch die verfügbaren physischen und menschlichen Ressourcen begrenzt. Würde der »Output« parallel zur Geldmenge wachsen, wären das Ergebnis stabile Preise. Wächst die Geldmenge jedoch schneller als der »Output« kommt es zur Inflation. Da die Geld-

---

229 Siehe Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1997. Sp. 2664f.

230 Bei verstetigter Geldpolitik wird nicht in die Nachfrageseite investiert, also keine Neuverschuldung des Staates vorgenommen, sondern eine angebotsorientierte prozyklische Geldpolitik eingeleitet.

231 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 33f.

menge keinen physischen Beschränkungen mehr unterliegt, haben Veränderungen der Geldmenge eine größere inflationäre Tragweite, als Änderungen im »Output«. Das bedeutet, die Geldmenge ist die Ursache und der Preisanstieg die Wirkung der Inflation.<sup>233</sup> Das zusätzlich gedruckte Geld entspricht einer Steuer auf die Kassenbeträge (daß heißt auf die Guthaben der Menschen, die weniger ausgegeben als eingenommen haben).<sup>234</sup>

»Politik gegenüber der kapitalistischen Privatwirtschaft reduziert sich demnach auf strenge Regeln der Geldmengenversorgung, und die würden am besten durch einen politisch sterilen Automatismus sichergestellt.«<sup>235</sup>

Zusammenfassend läßt sich der Monetarismus mit Hans-Peter Martin und Harald Schumann beschreiben als eine Lehre, die »dem Staat nur noch die Rolle des Ordnungshüters« zubilligt und die Auffassung vertritt, daß, »je freier private Unternehmen bei Investitionen und Beschäftigungen seien, desto größer [...] auch Wachstum und Wohlstand für alle ausfallen« werde.<sup>236</sup>

Monetarismus und Neoklassik gehen davon aus, daß kapitalistische Marktwirtschaften aus eigener Kraft einen hohen Beschäftigungsstand inflationsfrei produzieren können. Sich trotzdem einstellende Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit sind dabei nur auf außerökonomische, politische und institutionelle Arrangements (tarifliche Lohnfindungssysteme, politische Regulierungen) zurückzuführen, die die wohlfahrtsfördernde Marktdynamik einschränken.<sup>237</sup>

Diese oben aufgezeigte gesellschaftspolitische Hinwendung zu einer »einzelwirtschaftlich ausgerichteten Angebotslehre« glich einem Paradigmenwechsel in der Politik,<sup>238</sup> dem eine vor allem in den sechziger und siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts in den führenden Wirtschaftsnationen allgemein vorherrschende Wirtschaftsgestaltung voranging, die sich vor allem nach der Lehre von John Maynard Keynes richtete.

---

232 Siehe Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1997.

233 Siehe Milton Friedman: Geld regiert die Welt. Düsseldorf 1992. S. 199ff.

234 Siehe ebenda. S. 216.

235 Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 34.

236 Siehe Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Hamburg 1998. S. 153.

237 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 36f.

238 Siehe ebenda. S. 20.

## 6.2. PRÄMISSEN EINER NEOLIBERALEN KONZEPTION VON GESELLSCHAFT – DER POLITIK-, STAATS- UND GESELLSCHAFTSBEGRIFF FRIEDRICH AUGUST VON HAYEKS

Um die Ideologie hinter dem Neoliberalismus zu verdeutlichen, wählen wir aus der Vielzahl der vorliegenden Publikationen neoliberaler Theoretiker die Konzeption F. A. von Hayeks aus, die für das neoliberale Projekt von zentraler Bedeutung ist.<sup>239</sup>

Als Formulierer einer neoliberalen Gesellschaftstheorie übernimmt er die Aufgabe, den Kapitalismus von seinem »traditionellen materiellen Glücksversprechen«<sup>240</sup> zu entbinden, wie dies noch der frühbürgerliche Liberalismus versprach.

Dies wurde nötig durch die bereits im Rahmen der Darstellung des Fordismus-Konzepts angedeutete neue ökonomische Entwicklung, die unternehmerische Freiheit garantierte, nicht aber Massenwohlstand.<sup>241</sup>

So wird F. A. von Hayek im Zusammenhang mit der Theoriegeschichte des Neoliberalismus aufgeführt, die eine Umdeutung der Funktion von Markt und Wettbewerb vornahm.<sup>242</sup> Hierbei gilt von Hayek als der bedeutendste Vertreter des Neoliberalismus und Repräsentant der neoliberalen Doktrin.<sup>243</sup>

Grundsätzlich läuft von Hayeks Rechtfertigung des Neoliberalismus mit seiner Forderung nach einem freien Spiel der Marktkräfte ohne die Verpflichtung zur Wohlfahrt auf die Erklärung hinaus, daß mit dieser Wirtschaftsweise die Evolution von Kultur und kapitalistischer Zivilisation sichergestellt sei: »Für die Wissenschaft der Anthropologie mögen alle Kulturen [...] gleich gut sein, aber zur Aufrechterhaltung unserer Gesellschaftsordnung müssen wir die anderen als weniger gut ansehen.«<sup>244</sup>

---

239 Die Bedeutung F. A. von Hayeks für die neoliberale Theoriebildung unserer Tage wird u. a. deutlich daran, daß die britische Premierministerin der Jahre 1979–1990, Margaret Thatcher, stark von seiner Theorie beeinflusst war und viele ihrer Politikinhalte auf dieser Theorie basierten (siehe *Encyclopedia of World Biography*, Second Edition. Detroit, New York, Toronto, London 1998. S. 223).

240 Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: *Wollt ihr den totalen Markt ...* S. 59.

241 Siehe ebenda. – Siehe auch Kapitel II.2.

242 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: *Wollt ihr den totalen Markt ...* S. 60.

243 Siehe ebenda. S. 55. – Hansgeorg Conert: *Vom Handelskapital zur Globalisierung ...* S. 310.

244 Zitiert nach Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: *Wollt ihr den totalen Markt ...* S. 63.

Hier wird die kritiklose Höherstellung einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Voraussetzung für die Annahme eines scheinbar idealen Bildes des Zusammenlebens.

Einer neoklassisch-ökonomischen Fundierung, speziell deren utilitaristischen Grundlagen, begegnet F. A. von Hayek distanziert oder mit Desinteresse. Er ist vielmehr der »uneingeschränkte Apologet« gesellschaftlicher Voraussetzungen einer kapitalistischen Produktionsweise und entschiedener Gegner eines wie auch immer gestalteten Sozialismus. F. A. von Hayek beabsichtigt eine philosophische, speziell eine sozialtheoretische und anthropologische Fundierung seiner Position.<sup>245</sup>

Dementsprechend entwirft von Hayek seit den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts ein gesellschaftliches Evolutionsmodell, welches eine Grundlage neoliberaler Ideologiebildung ist. Er entwickelt theoretische Begründungen für eine Marktwirtschaft neoliberalen Zuschnitts und schlußfolgert politische Maßnahmen aus ihnen. Grundsätzlich betont F. A. von Hayek, daß »die Kräfte der Gesellschaft (nicht) in derselben Weise zu beherrschen (sind), wie das bei der Beherrschung der Natur gelungen ist.«<sup>246</sup> Hier weisen Herbert Schui, Ralf Ptak u. a. auf einen Paradigmenwechsel in der Theorie des Kapitalismus hin, indem von der zuvor vertretenen Auffassung von der »rationalen Nutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse«<sup>247</sup> zur Auffassung umgeschwenkt wird, gesellschaftliche Prozesse als unbeeinflussbar hinzunehmen.

Laut F. A. von Hayek war die Antriebskraft der Evolution der menschlichen Gesellschaft von der Urgesellschaft bis zum heutigen Kapitalismus der Bruch traditioneller Regeln durch einige Individuen. Diese Manifestationen neuer Verhaltensformen entstanden aus der Erkenntnis, daß »es den Gruppen, die danach handelten, besser als den anderen erging«.<sup>248</sup>

Das Ergebnis dieser Evolution ist demnach der Kapitalismus. Entscheidend für sein Funktionieren ist der uneingeschränkte Wettbewerb. Wettbewerb als Entdeckungsprozeß von Erkenntnissen und Markt als Koordinationsinstrument waren demnach für Selektion und Evolution entscheidend.<sup>249</sup>

---

245 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 310f.

246 Zitiert nach Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 64.

247 Ebenda.

248 Zitiert nach Herbert Schui: Neoliberalismus ... S. 114.

249 Siehe ebenda.

Der Kapitalismus ist das Ergebnis der Evolution, weil er Wohlstand mit sich brachte. Diese Evolution war möglich, weil sich die Mitglieder der Gesellschaft an abstrakte Regeln gehalten haben. Diese Regeln bezwecken ausschließlich ein uneingeschränktes Eigentumsrecht.<sup>250</sup>

Demgemäß fundiert F. A. von Hayek seine Liberalismusvorstellung auf einem evolutionstheoretischen Ansatz, der die Gesellschaft als »spontane Ordnung« auffaßt.<sup>251</sup> Er formuliert einen gattungsgeschichtlichen Dualismus von Hordendasein und Leben unter spontaner Ordnung: So entwickelt sich bei von Hayek die kapitalistische Gesellschaft strukturell direkt aus der frühgeschichtlichen Hordengeschichte. Durch Selektion ihrer Handlungsoptionen gemäß ihrer Bewährung, nicht aus bewußter Reflexion heraus, entwickelten sich über den Tausch die Arbeitsteilung und schließlich alle gegenwärtigen zivilisatorischen Marktentwicklungen. Handlungsgrundlage ist die Selbstbezogenheit, das nichtsolidarische Handeln der Individuen.<sup>252</sup> Konkret seien die Individuen dabei ihren Instinkten und kollektiven Lebensgewohnheiten aus den Zeiten primitiver Urgemeinschaften entwöhnt worden und einem individuell undurchschaubaren System von Vorschriften und Tabus unterworfen worden. So sind kooperative Gemeinschaftsziele individuellen Zielen, die im Rahmen beständigen Wettbewerbs verfolgt werden, gewichen, zugunsten aller.<sup>253</sup>

Mit dieser evolutionären Individualisierung, so F. A. von Hayek, geht auch der Übergang von kollektiver zu individueller Moral einher. Von »der sogenannten angeborenen Moralität unserer Instinkte (Solidarität, [...]), deren Praktiken nicht ausreichen, um unsere gegenwärtige umfassende Ordnung und ihre Bevölkerung zu erhalten [...], (zu) entwickelter Moralität (Sparen, Privateigentum, Ehrlichkeit und so weiter), die die umfassende Ordnung geschaffen und aufrechterhalten hat«.<sup>254</sup>

Diese Moralität, entwickelt im Wettbewerb des »freien Marktes«, brachte »es mit sich, (den) bekannten bedürftigen Nachbarn das vorzuhalten, wessen sie unter Umständen bedurften, um statt dessen den unbekanntem Bedürfnissen vieler Tausender unbekannter Menschen zu

---

250 Siehe ebenda. S. 115.

251 Siehe F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ... S. 113.

252 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 312 und 324.

253 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 68f. – Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 312.

254 Zitiert nach Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 69.

dienen. Finanzieller Gewinn statt Verfolgung eines allgemeinen bekannten Zieles wurde [...] der Grund für die Zunahme allgemeinen Wohlstands.«<sup>255</sup>

F. A. von Hayek bezieht sich auf die Whigs in England, die Vorläufer der europäischen liberalen Fraktionen waren. Sie waren das städtische Bürgertum, welches aus den politisch-religiösen Kämpfen von 1603 bis 1688 siegreich hervorgingen und, so von Hayek, »die eigentliche Quelle der modernen liberalen Staatsidee« wurden.<sup>256</sup>

Friedrich August von Hayek meint hier konkret einen auf rechtsstaatlicher Grundlage verfaßten »Minimalstaat«. Der von ihm favorisierte »wahre« Liberalismus auf der Grundlage der »spontanen Ordnung« stellt die persönliche Freiheit als Schutz vor Bevormundung durch Obrigkeit in den Vordergrund.<sup>257</sup>

Die Gewährleistung des Privateigentums ist für F. A. von Hayek hierbei neben den persönlichen Freiheitsrechten von zentraler Bedeutung. Die »abstrakten Verhaltensregeln« des Liberalismus »verbieten [...], die geschützte Sphäre eines Individuums zu verletzen [...]«, wobei die »Institution des Privateigentums« als der »materielle(n) Teil der geschützten Individualsphäre« bezeichnet wird.<sup>258</sup>

### 6.2.1. Grundpositionen der Gesellschaftstheorie bei von Hayek

In F. A. von Hayeks Evolutionstheorie sind alle zentralen Elemente der heute vorherrschenden neoliberalen Politik enthalten. Denn seine Vorstellung vom Liberalismus »basiert auf einer evolutionären Interpretation aller Kultur- und Geistesphänomene und auf der Einsicht in die Begrenztheit menschlicher Verstandeskräfte«, wobei eine sich selbst herausbildende »spontane Ordnung menschlicher Handlungen« angenommen wird.<sup>259</sup>

Zu diesem Ausgangspunkt seiner Betrachtungen zur Gesellschaft gelangt F. A. von Hayek durch Abgrenzung gegenüber eines zweiten von

---

255 Zitiert nach ebenda.

256 Zitiert nach Joachim Ritter et al. (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Darmstadt 1989. S. 261.

257 Siehe Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 313.

258 Siehe F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ... S. 113.

259 Siehe ebenda. S. 109f.

260 Siehe ebenda. S. 109.

ihm angenommenen Liberalismus-Begriffs, der die Gesellschaft als bewußt erschaffenes Konstrukt »wohlüberlegter Entwürfe« ansieht.<sup>260</sup>

In Vorgriff auf die kritische Betrachtung sei hier bereits angemerkt, daß von Hayek durch die Beschränkung auf die zwei sich gegenüberstehenden Postulate – a) evolutionäre Interpretation aller Kultur- und Geistesphänomene bei Entwicklung einer spontanen Ordnung menschlicher Handlungen ganz von selbst, und b) Rekonstruktion aller Institutionen und kulturellen Erscheinungen durch einen vorbedachten Plan<sup>261</sup> – unterhalb der Erklärungsmöglichkeiten verbleibt, die das Fordismus-Konzept vorschlägt. Die Vorstellung von einer Konstruktion von Gesellschaftsverhältnissen durch nicht bewußt handelnde, »konforme« [nach Günther Anders] Akteure der »Zivilgesellschaft« [nach Antonio Gramsci] zur Absicherung kapitalistischer Hegemonialverhältnisse taucht bei F. A. von Hayek nicht einmal als mögliches Postulat einer Gesellschaftstheorie auf. Das Fordismus-Konzept als dritte Möglichkeit einer Beschreibung von Gesellschaftsverhältnissen neben den beiden von F. A. von Hayek vorgestellten Annahmen, fehlt ganz.

Eine weitere Annahme ist, daß für ihn die gesellschaftliche Entwicklung zum Liberalismus, womit bei von Hayek Kapitalismus gemeint ist, wie Herbert Schui nachweist, das Ergebnis der evolutionären Durchsetzung von Gruppen mit den gegenüber anderen erfolgreicherer Regeln des Zusammenlebens ist.<sup>262</sup> Des weiteren geht von Hayek von einem Entwicklungsbegriff aus, der ohne Kooperation auskommt und ausschließlich die Verfolgung individueller Ziele zum Inhalt hat.

Glieder einer »offenen Gesellschaft«, so F. A. von Hayek, haben »keine gemeinsamen konkreten Ziele« und sind »nur denselben abstrakten Regeln unterworfen«. »Freie Menschen, denen erlaubt sein soll, ihre Mittel und Kenntnisse für ihre persönlichen Ziele einzusetzen, dürfen keinen Regeln unterworfen sein«.<sup>263</sup>

Eine weitere a priori gesetzte Grundannahme ist die begriffliche Gleichsetzung von »geschützter Sphäre eines Individuums« und »Privatbesitz«.<sup>264</sup>

261 Siehe ebenda. S. 109f.

262 Siehe Herbert Schui: Neoliberalismus ... S. 114. – F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ... S. 111.

263 F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ... S. 115f.

264 Ebenda. S. 113.

Diese Grundannahmen bleiben in von Hayeks Grundsätzen einer liberalen Gesellschaftsordnung weitgehend unhinterfragt, bilden jedoch das Gerüst seiner gesellschaftstheoretischen Überlegungen.

So leitet sich bei F. A. von Hayek aus der Gleichsetzung von Privatbesitz und zu schützender Individualsphäre der Schluß ab, zur Gewährleistung der »friedlichen« und »spontanen Ordnung«, den Schutz von Privateigentum zur Verhaltensregel zu machen. Die »Zwangsgewalt der Regierung« soll sich demnach »auf die Durchsetzung solcher Verhaltensregeln beschränken«.<sup>265</sup>

Insgesamt entwirft von Hayek das Idealbild einer Gesellschaft, in der es nahezu keine kollektiven Zusammenschlüsse, etwa Parteien, Solidargruppen, etc., mehr gibt. In seiner Herleitung argumentiert er, daß dann das Überleben der Menschheit gesichert sei, wenn jedes Gesellschaftsmitglied ausschließlich auf die Aneignung individueller Kenntnisse, Verfahren und Verhalten angewiesen ist, deren Überlegenheit sich im Ausleseprozeß des freien Wettbewerbs beweisen. Die Handlungsmaxime ist persönlicher materieller Erfolg. Dieser Logik folgend denkt jedes Mitglied idealerweise nur an seine persönlichen Überlebens- und Bereicherungspraktiken. Denn die erfolgreichen Personen senden Signale aus, die mehr zu lernen nicht zulassen.<sup>266</sup>

Die Bereitschaft, »sich im allgemeinen den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwerfen, die niemand geplant hat und deren Ursache vielleicht niemand versteht«, sei die Funktionsbedingung des Systems, so F. A. von Hayek.<sup>267</sup>

Die Forderung nach Entmachtung der Gewerkschaften<sup>268</sup> genauso wie die des Parlaments.<sup>269</sup> Sehr gut sichtbar wird bei von Hayek, welche Konsequenzen eine entschlossene Hinwendung zu einer neoliberalen deregulierten Politik hat: die nahezu vollständige Subsumtion des Menschen unter die Kapitallogik bei Marginalisierung der sozial Benachteiligten.

Am Ende ergibt sich bei von Hayek ein autoritäres Staatskonzept,<sup>270</sup> welches der Erhaltung der Privilegien und der Macht einiger weniger

---

265 Ebenda.

266 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 65.

267 Zitiert nach ebenda. S. 66.

268 Siehe Friedrich August von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Friedrich August von Hayek: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1994. S. 264.

269 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 103 und 107.

270 Siehe ebenda. S. 107.

Profiteure dieser kapitalistischen Gesellschaft dient. Dabei steht der größte Teil der Gesellschaft auf der Verliererseite.

Grundsätzlich ist in der Gesellschaft jeder für sich selber verantwortlich. So ist Wirtschaftspolitik so auszurichten, daß jeder einzelne für sich persönlich, ohne den Gedanken der Solidarität mit anderen, versucht den maximalen Gewinn zu erwirtschaften. Dabei muß der Einzelne sich flexibel ständig den Marktveränderungen anpassen können. »Jeder wird nach dem Wert entlohnt, den seine speziellen Leistungen für diejenigen haben, denen er sie darbringt [...] Jedes Mitglied der Gesellschaft sollte die Chance haben, daß der reale Gegenwert seines Anteil am Gesamteinkommen [...] so groß wie möglich wird.«<sup>271</sup> Dabei müssen die Beteiligten sich aber den Gesetzen des Neoliberalismus unterwerfen und notfalls auch Verzicht üben: »Die Chance, daß unser [...] Anteil am Gesamtprodukt der Gesellschaft ein so großes Aggregat von Gütern [...] umfaßt, verdanken wir der Tatsache, daß Tausende von Menschen sich ständig den Anpassungen unterwerfen, die der Markt von ihnen fordert; und infolgedessen ist es unsere Pflicht, ebenfalls solche Änderungen unseres Einkommens oder unserer Position hinzunehmen, auch wenn das eine Verschlechterung unserer gewohnten Position bedeutet [...].«<sup>272</sup> Den einzigen Grund, in diesem System nicht bestehen zu können, sieht von Hayek in fehlendem Glück beim Wirtschaften. »Mit Ausnahme weniger besonders vom Unglück Verfolgter [...] (haben alle) dank der Annahme dieser Methode ein weit größeres Einkommen [...], als sie sonst hätten erreichen können.«<sup>273</sup> Beim Einstieg in den Wirtschaftsprozess bestehen unter den Mitgliedern der Gesellschaft die gleichen Antrittsbedingungen. »Jedermann, ob arm oder reich, erreicht sein Einkommen als Ergebnis eines Spiels, in dem Geschicklichkeit und Chancen kombiniert werden.«<sup>274</sup> Dementsprechend liest sich auch von Hayeks Einstellung zu »Sozialer Gleichheit«: »Wenn wir zur Frage der Gleichheit übergehen, muß sofort gesagt werden, daß der echte Individualismus nicht egalitär [...] ist. Er sieht keinen Grund zu versuchen, die Menschen gleich zu machen [...] und ebenso spricht er der Regierung das Recht ab, den Möglichkeiten des Fähigen oder vom Glück Begünstigten Schranken zu setzen.«<sup>275</sup>

---

271 F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ... S. 120f.

272 Ebenda. S. 122.

273 Ebenda.

274 Ebenda.

275 Zitiert nach Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 531.

Der Einfluß des Parlaments ist einzuschränken, damit auf diese Weise gewährleistet ist, daß die sozial Benachteiligten, die »Schlechtesten«, die einen Wohlfahrtsstaat fordern, nicht über dieses Parlament einen institutionellen Zugriff auf das Privateigentum bekommen können.<sup>276</sup>

Bei Gleichheit vor dem Gesetz ergäben sich aufgrund der unterschiedlichen Lebensweisen notwendig Ungleichheiten. Dies sei positiv zu bewerten, weil sich nur auf diesem Wege die Argumente, die für die »erfolgreichere« Lebensweise sprechen beweisen würden.<sup>277</sup>

»[...] Wirtschaftliche Ungleichheit (ist) nicht eines der Übel [...], zu deren Beseitigung die Anwendung von diskriminierendem Zwang oder die Gewährung von Privilegien gerechtfertigt wäre.«<sup>278</sup> Die hohen Einkommen und Vermögen verteilen sich zu Recht in der Hauptsache auf die überdurchschnittlich Begabten, da diese der Gesellschaft auch überdurchschnittlich nutzen. Genauso wie ihre Begabungsanlage vererbt würde, solle der Staat auch ihr Vermögen ihren Nachkommen überschreiben.<sup>279</sup>

Der Begriff »soziale Gerechtigkeit« wird interpretiert als die Zerstörung allgemeingültiger Verhaltensregeln, um bestehende Positionen zu schützen bzw. neue Privilegien zu verteilen.<sup>280</sup> F. A. von Hayek: »Alle Bestrebungen, eine ›gerechte‹ Verteilung sicherzustellen, müssen darum darauf gerichtet sein, die spontane Ordnung des Marktes in ›eine totalitäre Ordnung‹ umzuwandeln.«<sup>281</sup> Dabei wird die mögliche Existenz sozial Benachteiligter eingestanden. Dies führt aber nicht zu einer Infragestellung des neoliberalen Ansatzes. Vielmehr werden anstelle sozialstaatlicher Maßnahmen, Maßnahmen »außerhalb des Marktes« empfohlen.

Mit der Begründung, wonach »[...] kein Mensch und keine Gruppe die Macht haben soll, zu entscheiden, welches die Stellung eines anderen Menschen sein soll [...]«, fordert F. A. von Hayek die Nichteinmischung in Marktprinzipien. Umverteilung der Einkommen im Sinne des Versuchs einer ›gerechten Verteilung‹ führe, so F. A. von Hayek, sogar zu »totalitärer Beherrschung«.<sup>282</sup>

---

276 Siehe Herbert Schui: Neoliberalismus ... S. 112. – Friedrich August von Hayek beschreibt den Wohlfahrtsstaat als »Egalitarismus«.

277 Siehe ebenda. S. 112 und 319.

278 Zitiert nach Herbert Schui: Neoliberalismus ... S. 320.

279 Siehe ebenda. S. 320.

280 Siehe F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ... S. 120f.

281 Zitiert nach Herbert Schui: Neoliberalismus ... S. 110f.

282 Zitiert nach Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 322.

So bleibt die Macht- und Besitzstruktur der in Wahrheit ganz und gar nicht ›freien‹ Marktverhältnisse unangetastet und wird sogar noch rechtfertigend geschützt.

Die liberale Ordnung darf laut F. A. von Hayek nicht ergebnisorientiert sein. Der die Produktion lenkende ›Wirtschaftsstaat‹ ist der Feind.<sup>283</sup> Hieraus leitet sich die Notwendigkeit ab, soziale Marktwirtschaft in keinem Fall als sozialstaatlich zu interpretieren, sondern auf einen Grundsicherungsbetrag für Bedürftige zu reduzieren. Also: statt präventiver Daseinsvorsorge bescheidene Hilfe für diejenigen, die am Markt keinen Erfolg hatten.<sup>284</sup>

### 6.2.2. Kritische Aspekte

Die Welt des Neoliberalismus F. A. von Hayeks läßt sich also u. a. aus folgenden Prämissen zusammensetzen:

Kollektive Artikulation gemeinsamer Interessen unterbleiben, da sich nur noch der Wille äußern kann, »der in einem privaten, zweiseitigen Vertragsabschluß zu erfüllen ist«. <sup>285</sup> Dies wäre gleichbedeutend mit dem Ende des »Politischen«. <sup>286</sup>

F. A. von Hayeks Darlegungen laufen auf eine Demontage des Sozialstaats hinaus: Deutlich wird die Perspektive, die sich ergibt, wenn es zur Anwendung einer neoliberal geprägten Wirtschaftspolitik kommt, die nur im Zusammenhang mit der neoliberalen Gesellschaftskonzeption gedacht werden kann, da sie durch diese erst ihre Entfaltungskraft gewinnt. Die Perspektiven, die auszumachen sind:

- a) der Angriff auf jede Form sozialer Sicherungssysteme,
- b) die Marginalisierung sozialer Gruppen, die über »Arbeitskraft minderer Güte« verfügen,
- c) dementsprechend werden soziale Herrschaftsverhältnisse als nur temporär wirksame Zufälle beschrieben, deshalb kann er ökonomisch-soziale Ungleichheit negieren. <sup>287</sup>

283 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 81.

284 Siehe ebenda. S. 80ff.

285 Siehe ebenda. S. 108, 104f. und 107f.

286 Siehe Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main 1955.

287 Siehe Erwin Reichmann: Arbeitskraft minderer Güte ... S. 58ff. – Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S. 314.

Herbert Schui, Ralf Ptak u. a. kritisieren, daß Unterwerfung der Menschen unter die heilig gesprochenen Marktgesetze und Unwissenheit die Grundpfeiler dieses Gesellschaftsmodells sind, welches somit »unpolitisch« wäre. Sie kritisieren außerdem, daß von Hayeks Evolutionstheorie der Gesellschaft nicht Sachverhalte wissenschaftlich erklären will, sondern vielmehr Rechtfertigungsfunktion für die Akzeptanz von sozialen Prozessen, Ungleichheit und Unterwerfung hat.<sup>288</sup>

Durch dies fundamentale gesellschaftliche Herrschaftszusammenhänge ignorierende Grundaxiom können gesellschaftliche Prozesse nicht mehr adäquat erfaßt werden. Dies betrifft vor allem seine Äußerungen zu sozialer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. F. A. von Hayeks diesbezügliche Darstellungen bezeichnet Hansgeorg Conert als »eine Mixtur von Elitarismus, Klassendünkel, kaum verholenen Besitz- und Standesinteressen sowie kruder Ideologisierung«. Hansgeorg Conert macht an dieser Stelle die Überzeugungsmuster von »Reaganomics, Thatcherismus und rheinischer Sozialstaatsdemontage« aus.<sup>289</sup>

Der naheliegende Schluß aus einer Analyse der Thesen F. A. von Hayeks ist, wenn wir sie als Beschreibung des Neoliberalismus mit allen Konsequenzen begreifen, daß es innerhalb einer neoliberal durchstrukturierten Gesellschaft keine langfristigen Spielräume für eine Sozialpolitik im Interesse der Bedürftigen oder überhaupt für ein Sozialwesen gibt.

---

288 Siehe Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt ... S. 66.

289 Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung ... S 319. – Uns erscheint es jedoch viel wesentlicher aufzuzeigen, welche ideologischen und politischen Prozesse mit dem Begriff Neoliberalismus mitgedacht werden. Denn die Tatsache, daß der Neoliberalismus mehrheitlich an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten gelehrt wird und sich neoliberale Vorstellungen zunehmend im politischen Bereich durchsetzen (siehe Herbert Schui: Neoliberalismus ... S. 123) zeigt, daß der innerwissenschaftlichen Kritik bzw. der Plausibilität der Thesen von Hayeks kaum Bedeutung beigemessen wird. Vielmehr scheint es sich beim Neoliberalismus um ein kurz- bis mittelfristig gut funktionierendes Instrumentarium zur Bereicherung bzw. zum Macht Ausbau einer Elite zu handeln, die derzeit die Möglichkeiten in Händen hält, über die herrschende Lehre zu entscheiden. Die Kenntnisnahme des Evolutionsmodells von F. A. von Hayek und seiner politischen Forderungen sowie die Tatsache, daß viele seiner Forderungen von unternehmerischer und politischer Seite längst aufgestellt werden, obschon sie noch nicht so deutlich wie von Hayek die Unterwerfung der sozial Benachteiligten fordern, gleichwohl ihre Politik einer Marginalisierung der Armen längst entspricht, weist auf eine drohende Entwicklung bei anhaltender neoliberaler Politik hin. Hayeks Thesen zeigen auf, welche Entwicklung uns droht, wenn die Konsensbildung der größten Bevölkerungsteile in Richtung einer Akzeptanz neoliberaler Politik in allen Gesellschaftsbereichen weiter zunimmt.

Werden von Hayeks Thesen auf das System sozialer Sicherungen bezogen, ergibt sich die Schlußfolgerung, daß »jeder seines Glückes Schmied« ist und letztlich für sich selber sorgen muß (Stärkung der »Eigenverantwortlichkeit« ist hier ein Stichwort aus der aktuellen Spardebatte zum Sozialstaat) anstatt auf den Sozialstaat zurückzugreifen.

F. A. von Hayek geht von der Gleichberechtigung der Marktteilnehmer aus bzw. läßt fehlendes »Glück« als Armutsursache gelten. Hier abstrahiert er von der Lebenssituation Marginalisierter (z. B. behinderter Menschen in Großeinrichtungen), die mitunter nie die Möglichkeit zur Artikulation ihrer »persönlichen Fähigkeiten« erhalten.<sup>290</sup>

## 7. Politische und soziale Reorganisation der Gesellschaft der BRD

Die Strategien und Methoden der aktuellen Wirtschaftspolitik im gegenwärtigen »postfordistischen« Kapitalismus, die durch die beschriebenen neoliberalen Begründungen und Rechtfertigungsstrategien legitimiert werden sollen, werden im nun folgenden Abschnitt behandelt.

Entsprechend dem neoliberalen Zeitgeist werden von politischer und unternehmerischer Seite Vorschläge für eine Wirtschaftspolitik unterbreitet, die unter dem »Primat der Wettbewerbsökonomie« stehen und mit Hilfe neoliberaler Argumentationsmuster gerechtfertigt werden, in deren Zentrum die Behauptung eines angesichts des Drucks von internationaler Konkurrenz für unausweichlich befundenen »Sachzwangs« steht.<sup>291</sup> Zum Beispiel strebt das Programmpapier zur Wirtschaftspolitik der Grünen vom März 1999, *Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt*, einen scharfen Konsolidierungskurs mit Einsparungen in allen Bereichen an. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit wird in Fortsetzung der neoliberal orientierten Politik der Kohl-Regierung eine Reform der Unternehmensbe-

---

290 Siehe F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung ... S. 112. – Zur Untermauerung unserer abschließenden Bewertung weisen wir auf ein Zitat bei F. A. von Hayek hin, das Auskunft über eine rassistische Tendenz im Gedankengut von Hayeks gibt, was unserer Meinung nach als Beleg für den rassistischen Hintergrund des Neoliberalismus angesehen werden kann. In einem Interview mit der »Wirtschaftswoche« 1991 sagte er: »Gegen die Überbevölkerung gibt es nur eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.« (zitiert nach Herbert Schui: Neoliberalismus ... S. 121).

291 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 21.

steuerung zur Entlastung des Unternehmenssektors, gewerkschaftliche Lohnzurückhaltung und eine Senkung der Lohnnebenkosten gefordert.<sup>292</sup>

Im vorab veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht der rot-grünen Bundesregierung für das Jahr 2000 äußerte das Finanzministerium die Zuversicht, daß bei zu erwartenden niedrigen Zinsen, sinkenden Lohnstückkosten und kräftig steigenden Unternehmensgewinnen günstige Finanzierungsbedingungen für Investitionen gegeben wären.

Dementsprechend erwarte der Finanzminister Investitionszunahmen für das kommende Jahr um vier bis fünf Prozent.<sup>293</sup>

Die Vorschläge für die neoliberale Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik sind in vieler Hinsicht kritisierenswert und müssen eingehend auf ihren empirischen Grundgehalt untersucht werden. Auf diese Weise sind die Vorschläge zur Reorganisation bundesrepublikanischer Wirtschafts- und Sozialpolitik hinsichtlich ihrer Plausibilität bzw. Unplausibilität zu ermitteln.

In der Folge entwickeln wir auf der Basis eines reichhaltigen Datenelements einige wirtschaftswissenschaftliche Erwiderungen auf populäre Behauptungen neoliberaler Wirtschaftspolitik.

Unser Anliegen ist die Erhellung des wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrundes, vor dem ständig Spar- und Umstrukturierungsmaßnahmen zu Lasten des Sozialstaats von politischer bzw. unternehmerischer Seite zu begründen versucht werden. Auf diese Weise entkommen wir der scheinbar zwingenden Logik, wonach neoliberale Umstrukturierungen, besonders im Sozialbereich, unausweichlich seien, weil man nur so mit den angeblich neuen »Globalisierungsanforderungen« Schritt halten kann.

Wir wollen so zu sozialen und in letzter Konsequenz behindertenpädagogisch motivierten Gegenentwürfen ermutigen, ohne daß von führender wirtschaftswissenschaftlicher und politischer Seite sofort alle Argumente mit der Keule vom »Sachzwang [zum Sparen, zur Umstrukturierung, Standortsicherung]« niedergeschlagen werden können.

In der Folge untersuchen wir einige von neoliberaler Seite formulierte Reorganisationskonzepte für die BRD.

---

292 Siehe Jan Prieue/Thomas Sauer: Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Berlin 29(1999)116 (im weiteren Jan Prieue/Thomas Sauer: Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt ...). S. 404.

293 Siehe »Jahreswirtschaftsbericht. Keine akuten Preisrisiken«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. Januar 2000.

## 7.1. REORGANISATIONSKONZEPT: DEREGULIERUNG DER ARBEITSMÄRKTE

Laut neoliberaler Argumentation ist Arbeitslosigkeit auf ein Fehlverhalten auf den Arbeitsmärkten zurückzuführen. Bei Einhaltung der Spielregeln des Marktes zwischen Unternehmen, die gewinnoptimiert vorgehen, und Arbeitskräfteanbietern, die nutzenorientiert vorgehen, wäre unfreiwillige Arbeitslosigkeit nicht möglich. Arbeitslosigkeit taucht demnach nur als freiwillige Arbeitslosigkeit auf, da die Arbeitskraft – bei einem freien Wirken der Marktkräfte – nicht zum markträumenden Lohnsatz angeboten würde. Arbeitslosigkeit wäre demnach kein Marktversagen oder ein Systemproblem, sondern auf zu hohe Lohnforderungen der Beschäftigten zurückzuführen.

Bedingung für das neoliberale Konzept, welches mehr Arbeitsplätze verspricht, ist marktkonformes Verhalten der Beteiligten [Unternehmen und abhängig Beschäftigte] bei einem gleichzeitigen Abbau institutioneller Regulierungen, also Deregulierungen des Arbeitsmarktes.<sup>294</sup>

So wird von neoliberaler Seite eine betriebliche Flexibilisierung des Tarifvertragssystems gefordert, die Härte- und Öffnungsklauseln in Branchentarifverträgen und Betriebsvereinbarungen vorsieht.<sup>295</sup>

Auch die neue rot-grüne Bundesregierung geht »von einem inversen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung aus [...], so daß sinkende Löhne ceteris paribus mit steigender Beschäftigung einhergehen sollen«.<sup>296</sup>

So plant sie angesichts einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote in den USA, die deutsche Wirtschaft nach dem »amerikanischen Modell« umzubauen und zu deregulieren.<sup>297</sup> Grundlage dieser neoliberalen Positi-

294 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 40. – Uwe Hochmuth et al.: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive. Beitrag und Grenzen der neoklassisch-neoliberalen Konzeption. In: Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Hrsg. von Siegfried Müller et al. Neuwied, Krieffel, Berlin 1997 (im weiteren Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ...). S. 171–209.

295 Siehe Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 185.

296 Michael Heine/Hansjörg Herr: Die beschäftigungspolitischen Konsequenzen von »Rot-Grün«. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Berlin 29(1999)116 (im weiteren Michael Heine/Hansjörg Herr: Die beschäftigungspolitischen Konsequenzen von »Rot-Grün« ...). S. 378.

297 Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten ...

on ist die Grenzproduktivitätstheorie, die der Neoklassik entstammt.<sup>298</sup> Wie wir weiter oben nachgewiesen haben, bildet die Neoklassik eine Grundlage neoliberaler Angebotspolitik.

Rudolf Hickel hat die neoliberale Auffassung von der Grenzproduktivität in einem Diagramm grafisch dargestellt, das wir hier in vereinfachter Form wiedergeben:

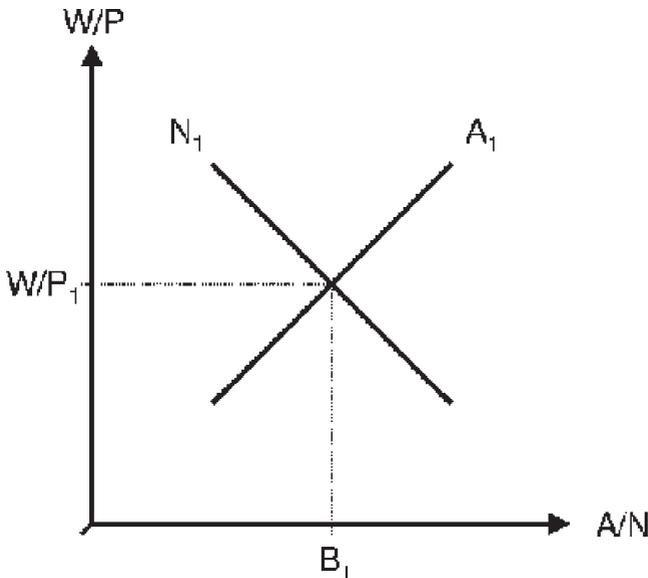


Abbildung 1: »Neoklassisches Arbeitsmarktmodell«<sup>299</sup>, wobei A = Angebot an Arbeit; N = Nachfrage nach Arbeit;  $W/P$  = Reallohnsatz;  $W/P_1$  = Gleichgewichtslohnsatz;  $B_1$  = Arbeitsangebot/-nachfrage zum Gleichgewichtslohnsatz;  $N_1$  = Arbeitsnachfragekurve;  $A_1$  = Arbeitsangebotskurve.

Die Grenzproduktivitätstheorie geht davon aus, daß Unternehmen Arbeitskräfte nur unter dem Ziel der Gewinnoptimierung nachfragen. Demnach steigt die Beschäftigungsrate nur bei einer Senkung der Lohnsätze. Diesen Vorgang beschreibt die Arbeitsnachfragekurve  $N_1$ , d. h. die

298 Siehe Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ...

299 Siehe Rudolf Hickel: Ein neuer Typ der Akkumulation ... S. 37. – Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 42.

Arbeit, die die Unternehmenseite nachfragt. Hintergrund hierfür ist die Unterstellung einer Produktionsfunktion, die bei einem wachsenden Einsatz an Beschäftigung davon ausgeht, daß der zusätzliche Beitrag zur Produktion abnimmt [sinkende Grenzproduktivität].<sup>300</sup> Hieraus wird gefolgert, daß nur bei sinkendem Reallohnsatz die Beschäftigung erhöht werden kann.<sup>301</sup>

Die zweite Annahme dieses neoklassischen-neoliberalen Modells ist, daß Arbeit auf dem Markt nur bei steigendem Lohnsatz angeboten wird. Die hieraus sich ergebende Arbeitsangebotskurve  $A_1$ , d. h. die Arbeit, die die abhängig Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt anbieten, steht also im diametralen Gegensatz zur Arbeitsnachfragekurve.

Hieraus ergibt sich, daß der Interessengegensatz zwischen Anbietern und Nachfragern von Arbeit auf den Märkten dann übereinstimmt, wenn Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften übereinstimmen. Dieser Punkt wird durch den Gleichgewichtslohnsatz markiert. Wenn alle potentiellen Anbieter von Arbeit bereit sind, zu diesem (markträumenden) Lohnsatz zu arbeiten, finden sie, gemäß dieses Arbeitsmarktmodells, auf jeden Fall Arbeit [ $B_1$ ]. Hintergrund dieser These ist die Vorstellung, daß der Anbieter von Arbeit in einer Abwägung von »Grenzleid der Arbeit« – d. h. der Verzicht auf alternative Nutzung der Zeit – gegenüber dem »Grenznutzen von Arbeit« – d. h. zusätzlicher Lohn durch wachsende Kaufkraft –, nur dann die seine Arbeitskraft anbietet, wenn ihr Grenznutzen größer als das Grenzleid ausfällt.<sup>302</sup>

Unfreiwillige Arbeitslosigkeit entsteht nach diesem Modell durch tariflich vereinbarte Mindestlöhne, da diese die Lohnflexibilität, die eine Funktionsbedingung des Modells ist, blockiert. In diesem Moment reicht die unternehmerische Nachfrage nach Arbeitskraft nicht aus, um alle Arbeitswilligen einzustellen.<sup>303</sup>

Werden aber die neoliberalen Forderungen zum Gelingen dieses Modells erfüllt, bleibt, so die neoliberale Auffassung, nur noch freiwillige Arbeitslosigkeit als Verarmungsursache. Diese entsteht, wenn die Arbeitskraft nicht zum markträumenden Lohnsatz angeboten wird, weil

300 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 43.

301 Michael Heine/Hansjörg Herr: Die beschäftigungspolitischen Konsequenzen von »Rot-Grün« ... S. 380.

302 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 41 ff. – Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 174f.

303 Siehe Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 175.

das Grenzleid der Arbeit ihren Grenznutzen übersteigt bzw. der Freizeitnutzen höher ist als der Nutzen aus Erwerbsarbeit.<sup>304</sup>

Dieses neoliberale Arbeitsmarktmodell auf der Basis der Grenzproduktivitätstheorie, das die Grundlage für Forderungen nach einer Deregulierung der Arbeitsmärkte bildet, ist in vieler Hinsicht zu kritisieren.

Grundsätzlich ist eine Funktionsbedingung dieses Modells, die von vollkommener Konkurrenz, also von der Gleichheit von Anbietern und Nachfragern ausgeht sowie davon, daß alle Marktteilnehmer vollständig über den Markt informiert sind, nicht gegeben.<sup>305</sup>

Zum Beispiel hat Noam Chomsky eindrücklich nachgewiesen, wie über die Massenmedien systematische Desinformation und Propaganda verbreitet werden, indem er in seinem »Nachrichtenfilter«-Modell die Abhängigkeit der Medien von den Informationen, »die ihnen von der Regierung, der Wirtschaft und den von diesen Machtzentren alimentierten und approbierten »Experten« geliefert werden«, nachweist.<sup>306</sup> Dabei haben sich die Medienleute, gemäß den Gesetzen des »Freien Marktes« weitgehend einheitlich »an die Schranken angepaßt, die ihnen durch die Eigentumsverhältnisse, die Organisationen, den Markt und die politischen Machtverhältnisse gesetzt sind«. <sup>307</sup> Somit wäre eine vollständige Information über den Markt, besonders auf seiten der Anbieter von Arbeit nicht gewährleistet.

Ebenfalls unrichtig ist die neoliberale Annahme vom Arbeitsmarkt als einem »ganz normalen Markt«, <sup>308</sup> auf dem Lohnsenkungen zu einer verstärkten Nachfrage *nach* und einem verminderten Angebot *von* Arbeit führen.

Dies wäre nur dann gegeben, wenn die potentiellen Arbeitskraftanbieter grundsätzlich vom Erwerbseinkommen ökonomisch unabhängig sind. Doch ganz im Gegensatz hierzu gilt beim Arbeitskräfteangebot das »Konkurrenzparadoxon«. <sup>309</sup> Dies bedeutet, daß rückläufige Lohnsätze zu Mehrarbeit zwingen, da unabhängig von der Lohnhöhe die Notwendig-

---

304 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 46. – Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 175.

305 Siehe Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 173.

306 Siehe Mark Achbar: Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens. Hrsg. von Noam Chomsky. München 1996. S. 51.

307 Ebenda. S. 60.

308 Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 174.

309 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 46f.

keit der Subsistenzsicherung im Vordergrund steht.<sup>310</sup> Deutlich wird dies am Beispiel der USA, wo 18% der vollbeschäftigten Arbeitnehmer<sup>311</sup> sowie 14% aller Familien unterhalb der Armutsgrenze leben und in der Regel mehrere Familienmitglieder arbeiten, um den durchschnittlichen amerikanischen Lebensstandard halten zu können.<sup>312</sup>

So kam es in den USA im Zuge der Deregulierungen zu einer Zunahme der Jobs bei einem gleichzeitig überdurchschnittlichen Anstieg der Niedriglöhne,<sup>313</sup> die zu einer »Armut in der Arbeit« führten.<sup>314</sup> Das Anwachsen von niedrigbezahlten »bad jobs« (Hochmuth) führt zu einer Polarisierung der Einkommensstruktur. So erfuhren in den USA in den Jahren von 1973 bis 1992 die untersten zehn Prozent der Einkommenshierarchie einen realen Einkommensverlust von elf Prozentpunkten, während die obersten zehn Prozent einen realen Einkommensanstieg von 18 Prozentpunkten verzeichneten.<sup>315</sup>

Regional differenziert kann in der BRD bereits ein Drittel aller Menschen im erwerbsfähigen Alter ihre Existenz nicht weiter durch eigene Arbeit sichern und sind auf Leistungen anderer angewiesen.<sup>316</sup> So muß sich ein großer Teil der Beschäftigten und Arbeitslosen, der nicht der hochbezahlten Gruppe der Kernbelegschaften angehört, als unqualifizierte Hilfskräfte in temporären Jobs sein geringes Einkommen sichern bzw. sein geringes Sozialeinkommen aufbessern, um dem »sozialen Totalabstieg« zu entgehen.<sup>317</sup>

---

310 Siehe Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 185f.

311 Siehe links. Frankfurt am Main (1996)9–10.

312 Norman Birnbaum: Wo die Menschen sich anstrengen, ihren Lebensstandard zu halten. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. Mai 1999.

313 Siehe »Frankfurter Rundschau« vom 7. Oktober 1999.

314 Siehe R. Sitte: Wer nicht genug verdient, dem soll gegeben werden. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Köln (1998)I (im weiteren R. Sitte: Wer nicht genug verdient ...). S. 46f. – So warnten 81 US-Wissenschaftler Deutschland vor dem amerikanischen Wirtschaftsmodell, welches, entgegen dem Mythos vom »amerikanischen Beschäftigungswunder«, in den Bereichen, in denen die Wirkungen der Deregulierungen am größten waren, die Arbeitslosenquote nicht reduzieren konnte (siehe »Fest im Griff einer Ideologie der freien Märkte«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 16. Oktober 1999).

315 Siehe Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 186.

316 Siehe Anneliese Braun: Jobless Growth ... S. 70.

317 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder. Der Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft. Köln 1997 (im weiteren Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ...). S. 77.

So entlarvt sich der Abschlußbericht der »Deregulierungskommission« beim Bundeswirtschaftsminister von 1991, in dem behauptet wird, daß sich ein kollektiver Mindestschutz am Arbeitsmarkt erübrige, weil die Abhängigkeit der Beschäftigten vom Arbeitseinkommen über wachsende Vermögenseinkünfte ausreichend zurückgegangen sei, als neoliberale Falschannahme.<sup>318</sup>

Ein weiterer Kritikpunkt ergibt sich aus der neoliberalen Annahme, daß mit einem wachsenden Einsatz an Beschäftigung, und damit verbundener höherer Lohnauszahlungen, der zusätzliche Beitrag zur Produktion abnimmt. Dies gilt jedoch nur für die einzelwirtschaftliche Betrachtung. Der belastende Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aufgrund sinkender Lohneinkommen wird hier ausgeblendet.<sup>319</sup>

Bis in die achtziger Jahre hinein wurden Produktivitätssteigerungen von den Unternehmen an die Lohnabhängigen in Form wachsender Löhne weitergegeben mit dem Effekt, daß die Unternehmen zur Steigerung der Produktivität gezwungen wurden.<sup>320</sup> Gesamtgesellschaftlich betrachtet wirken hohe Löhne also, entgegen der Auffassung des neoklassischen Arbeitsmarktmodells, produktivitätssteigernd. Dies behauptet auch die Memorandum-Gruppe, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, in ihrem Jahresgutachten für das Jahr 1998. Demnach hat die »Politik zur Verbesserung der Angebotsbedingungen« durch die Absenkung der Löhne und fortschreitenden Sozialabbau »gesamtwirtschaftlich zu einer Drosselung der Binnennachfrage« geführt, das Wachstum gebremst und die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben. Die Haushaltspolitik, so das Gutachten, trage durch Kürzungen von Sozialausgaben zum »Verfall der kaufkräftigen Nachfrage« bei.<sup>321</sup> »Wenn privater und öffentlicher Verbrauch nicht nachhaltig steigen, gibt es keine Verbesserung der Absatzaussichten für die Unternehmen. Sie werden daher nicht investieren, sondern ihre Gewinne in in- und ausländischen Finanztitel stecken. Stagnierende Produktion und höhere Arbeitslosigkeit sind die Folgen.«<sup>322</sup>

Grundsätzlich ist kritisch anzumerken, daß die Unternehmen in den letzten Jahren ihre Finanzmittel – das sind die Gewinne nach Steuern,

---

318 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 57.

319 Siehe ebenda. S. 43.

320 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 91.

321 Siehe Memorandum 1998. Kurswechsel für Beschäftigung. Memorandum 1998 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Auszug). In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn (1998)5. S. 632.

322 Ebenda. S. 633.

Abschreibungen und Rückstellungen – teilweise für arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsinvestitionen aufgewendet haben.<sup>323</sup>

Diese Rationalisierungsbemühungen zielen nicht originär auf Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Trend geht vielmehr zur Ersetzung bezahlter Erwerbsarbeit, wie beispielsweise Buchungsvorgänge, Verkäufe und Information, durch deren Eindringen in die Privatsphäre, wo die gleiche Arbeit verrichtet wird, nur daß sie hier Teil des neoliberalen Konsummodells ist und nicht mehr entlohnt wird, was den Unternehmen Lohnkosteneinsparungen bringt.<sup>324</sup>

Der Großteil der Gewinne wird international renditeträchtig auf den Finanzmärkten angelegt. Gewinne durch Lohnsenkungen werden nicht zur Ausweitung der Produktion aufgewendet.

Hier wird ein entscheidender Bruch in der neoliberalen Logik deutlich: Was einzelwirtschaftlich rational gewinnbringend erscheint, kann sich volkswirtschaftlich sehr wohl als verhängnisvoll erweisen.<sup>325</sup>

Die Märkte sind hierarchisch gegliedert. Zuvorderst stehen dabei die Waren- und Kapitalmärkte. Die »Dominanz« der dort getroffenen »gewinnwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen« wirkt sich auf den daruntergeordneten Arbeitsmarkt aus.<sup>326</sup>

Gewinnerwartungen auf den Gütermärkten werden gegenüber den Gewinnerwartungen auf den Kapitalmärkten abgewogen. Aus den Interaktionen aller Güter- und Geldmärkte erklärt sich die Höhe des Reallohnsatzes. So ist es bspw. denkbar, daß aufgrund der Arbeitslosigkeit der Nominallohn und gleichzeitig die Inflationsrate sinken, dann wäre die »neoklassisch interpretierte Arbeitslosigkeit« trotzdem stabil, weil die Reallohnsätze unverändert bleiben. Aber Arbeitslosigkeit entsteht durch Entlassungen und nicht durch Kosten-Nutzen-Abwägungen des Arbeitnehmers.<sup>327</sup>

Der Arbeitsplatzanbieter hat das Investitionsmonopol und ist dementsprechend den abhängig Beschäftigten bei Lohnverhandlungen weit überlegen. Die Absicht, Arbeitslosigkeit mit Lohnverzicht zu bekämpfen, ist somit Folge der einseitigen neoliberalen Behauptung, Arbeitslosigkeit bilde sich aufgrund von Fehlverhalten der Arbeitssuchenden heraus. Sie

---

323 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 51.

324 Siehe Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich ... S. 41–59.

325 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 51.

326 Siehe Rudolf Hickel: Ein neuer Typ der Akkumulation ... S. 35.

327 Siehe ebenda. S. 49.

muß erfolglos bleiben. Denn über Beschäftigung wird nicht auf dem Arbeitsmarkt, sondern auf den Waren- und Kapitalmärkten entschieden.<sup>328</sup> Und so stehen weitere Rationalisierungswellen in den Dienstleistungsbranchen, kaufmännischen Büros und in den Verwaltungen sowie aufgrund der Zusammenlegung bzw. Fusionen von Unternehmen erst noch bevor.<sup>329</sup>

Entgegen den neoliberalen Deregulierungsformen wird die wichtige Bedeutung von Maßnahmen zur Einschränkung der Verfügungsrechte der Unternehmen im Bereich der Arbeitsbedingungen deutlich. Hier sind Flächentarifverträge wesentlich, die dem Schutz der, gegenüber den Unternehmen strukturell unterlegenen abhängig Beschäftigten dienen.<sup>330</sup> Solche Formen des Mindestschutzes werden bisher vor allem durch das verfassungsrechtlich abgesicherte Tarifvertragssystem abgesichert. Dieses erspart dem einzelnen Arbeitnehmer die Arbeitstarife individuell mit dem Arbeitgeber aushandeln zu müssen, eine Verhandlung in welcher der abhängig Beschäftigte heillos unterlegen wäre. Zusätzlich untersagt das Betriebsverfassungsgesetz<sup>331</sup> den Unternehmern im tarifgebundenen Gebiet, Arbeitsverträge auf betrieblicher Ebene mit den Mitarbeitern abzuschließen. Vielmehr gilt das Günstigkeitsprinzip: Vom Tarifvertrag darf nur nach oben abgewichen werden. Zusätzlich können in Branchen mit vielen kleinen tariflich nichtgebundenen Unternehmen Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden, um eine Schmutzkonzurrenz zu verhindern.<sup>332</sup>

Der Forderung nach »Lohnzurückhaltung«, womit üblicherweise gemeint ist, daß die Reallöhne langsamer als die Produktivität anwachsen sollen, was vorgeblich Investitionen im Standort BRD attraktiver machen soll, schließen sich inzwischen auch die Gewerkschaften an.<sup>333</sup>

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) weist jedoch darauf hin, daß im Zeitraum von 1992 bis 1999 im Trend »der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter hinter dem aus Preis- und Produktivitätssteigerung definierten kostenneutralen Verteilungsspielraum zurück« blieb. Diese »Lohnzurückhal-

---

328 Siehe ebenda. S. 51.

329 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 93f.

330 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 56ff.

331 Siehe §77, Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz.

332 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 48.

333 Jan Prieue/Thomas Sauer: Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt ... S. 405.

tung«<sup>334</sup> führte, laut WSI dabei nicht zu mehr Arbeitsplätzen, sondern wurde im Gegenteil von einem rückläufigen Arbeitsvolumen begleitet. Zusätzlich habe die defensive Lohnpolitik einen »negativen Effekt auf die Binnennachfrage« gehabt und somit »dämpfend« und »problemverstärkend« gewirkt.<sup>335</sup>

Jan Prieue und Thomas Sauer weisen in diesem Zusammenhang für den Zeitraum von Mitte der achtziger bis Mitte der neunziger Jahre auf im Trend stärkere Steuerentlastungen der Unternehmen bei gleichzeitig sinkenden Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland hin.<sup>336</sup> Wir kommen hierauf zurück.

## 7.2. REORGANISATIONSKONZEPT: SICHERUNG DES »STANDORTS DEUTSCHLAND« DURCH SENKUNG DER ARBEITSKOSTEN UND UNTERNEHMENSSTEUERN

Im Zuge neoliberaler Argumentation wird behauptet, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland durch eine doppelte Belastung der Unternehmen durch zu hohe Arbeitskosten, zu denen insbesondere die Löhne zählen, und durch zu hohe Unternehmenssteuern in eine Krise geraten sei und im internationalen Vergleich schlecht abschneide.<sup>337</sup>

Das in diesem Zusammenhang vorgeschlagene neoliberale Konzept, lautet: Senkung der Löhne durch Demontage des Tarifsystems bei gleichzeitigem Abbau sozialer Absicherung der Arbeitslosen, um den Druck der Anpassung an niedrigere Löhne wirken zu lassen.<sup>338</sup>

Die scheinbare Doppelbedrohung des Standortes Deutschland aus Arbeitskosten und Unternehmenssteuern wollen wir in der Folge genauer untersuchen.

---

334 Siehe ebenda.

335 Siehe »WSI. Verteilungsspielraum seit 1992 kaum ausgenutzt«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. Januar 2000.

336 Siehe Jan Prieue/Thomas Sauer: Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt ...

337 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 76.

338 Siehe ebenda. S. 123. – Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 191.

### 7.2.1. Arbeitskosten – Löhne und Lohnnebenkosten

Laut Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) liegen die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe 1995 in der BRD weit über denen des Auslands. Bei Setzung der BRD-Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe auf den Wert 100, erreichen Japan 77, Frankreich 77, USA 93 Prozent davon. Zusätzlich habe die BRD im Zeitraum von 1989 bis 1995 die höchste Steigerungsrate verzeichnet. Zusätzlich verzeichnet die BRD die kürzesten Arbeits- und Maschinenlaufzeiten.<sup>339</sup>

Der Verband der Deutschen Automobilindustrie monierte, daß das »Produzieren in Deutschland [...] immer schwieriger (wird)« und forderte eine Senkung der Unternehmenssteuern und der Löhne, besonders der Lohnnebenkosten.<sup>340</sup>

Aber seit 1993 wuchs der Welthandel langsamer, als die deutsche Exportwirtschaft expandierte. Der BRD-Anteil am Welthandel wurde größer, anstatt im gleichen Zeitraum, wie oben genannte Berechnungen nahelegen, zu schmelzen.<sup>341</sup>

Dieser Widerspruch erklärt sich aus vielerlei Gründen. Zum einen wird die Bedeutung der Löhne für die Standortwahl übertrieben. Der Lohnanteil am Gesamtprodukt beträgt im Durchschnitt 20%, womit eine 10%ige Lohnerhöhung mit nur zwei Prozentpunkten am Gesamtprodukt zu Buche schlagen würde.<sup>342</sup>

Zum anderen erklärt sich der Widerspruch von IW-Berechnungen und dem wachsenden Weltmarktanteil der BRD aus dem jeweiligen Konzept, welches der Erfassung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zugrunde liegt. Neoliberale Ansätze unterziehen die *absoluten* Arbeitskosten und Arbeitszeiten dem internationalen Vergleich können auf diese Weise die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht ermitteln.<sup>343</sup> Dies gelingt erst, wenn die stundendurchschnittlichen Arbeitskosten der Arbeitsproduktivität gegenübergestellt werden, wenn also die Lohnstückkosten (Lohnstückkosten) ermittelt werden.<sup>344</sup> Hieraus ergibt

---

339 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 84. – Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 64.

340 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 83.

341 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 64f.

342 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 83.

343 Siehe ebenda. S. 65.

344 Siehe ebenda. S. 84.

sich, daß bei hoher Produktivität die Arbeitskosten entsprechend höher ausfallen können, ohne dabei die Wettbewerbsfähigkeit zu belasten.<sup>345</sup>

Am Beispiel des internationalen Vergleichs der Lohnstückkosten werden also statistische Manipulationsmöglichkeiten deutlich.

Lohnstückkosten müssen im internationalen Vergleich auf der Basis der jeweiligen Landeswährung ausgewiesen werden. Die Abbildung zeigt, wie sich für Westdeutschland auf der Berechnungsbasis der Landeswährungen kräftige Standortvorteile ergeben (Abb. 2a), die jedoch bei der Umrechnung auf US-Dollar wieder verschwinden (Abb. 2b).

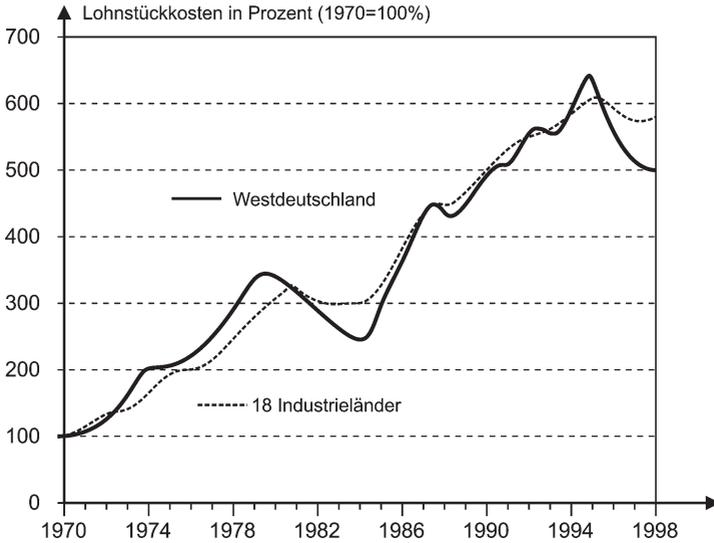


Abbildung 2a: Lohnstückkosten in Westdeutschland / 18 Industrieländern relativ zur Landeswährung.

345 Die übliche Ermittlung der Lohnstückkosten (LStK) erfolgt folgendermaßen:  $LStK = (AK/A) / (BIP^*/E)$ , wobei gilt: AK = im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die die gesamten Arbeitskosten erfassen; A = beschäftigte Arbeitnehmer;  $BIP^*$  = reales Bruttoinlandsprodukt (um die Inflation bereinigtes nominales Bruttoinlandsprodukt); E = Erwerbstätige (beschäftigte Arbeitnehmer und Selbständige). Durch die Wahl von unterschiedlichen Größen können mit diesem allgemein anerkannten Rechenmodell stark voneinander abweichende Größen ermittelt werden (siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 66f.).

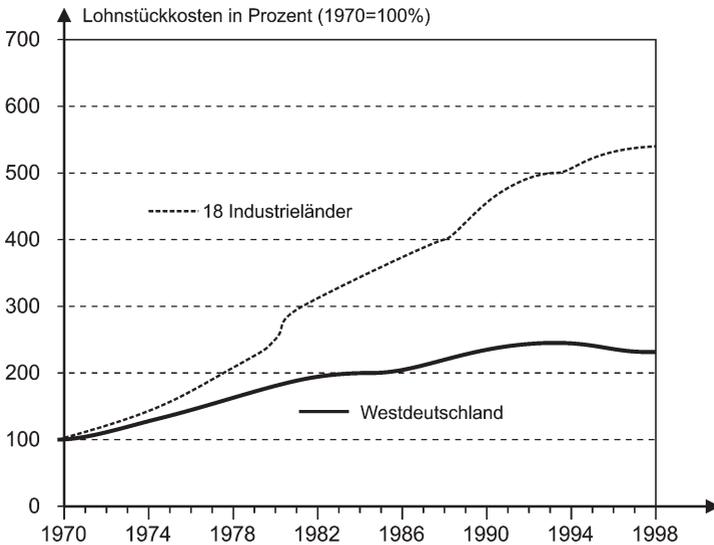


Abbildung 2b: Lohnstückkosten in Westdeutschland / 18 Industrieländern<sup>346</sup> relativ zum US-Dollar.

Die absoluten Lohnstückkosten liegen in der BRD deutlich niedriger als in den USA, Japan und Großbritannien, während die realen (d. h. inflationsbereinigten) Lohnstückkosten in der BRD 1995 sogar um 11,4% unter dem Niveau von 1980 lagen und in den neunziger Jahren stärker als in allen übrigen EU-Ländern fielen.<sup>347</sup>

Die völlige Untauglichkeit des Lohnstückkostenvergleichs durch Umrechnung in eine Drittwährung – hier US-Dollar – liegt daran, daß sich Lohnstückkosten und Wechselkurse kompensieren:

Im internationalen Vergleich geringere Lohnstückkosten verbessern die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Exporte steigen. Damit nimmt die DM-Nachfrage zu, die zur Aufwertung führt im Maß des

<sup>346</sup> Beide Diagramme siehe DIW-Wochenbericht. Berlin (1998)1-2 (entnommen aus Rudolf Hicel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 70).

<sup>347</sup> Siehe Heinz J. Bontrup: Zur Diskussion zu hoher Lohnnebenkosten. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Köln (1998)12 (im weiteren Heinz J. Bontrup: Zur Diskussion zu hoher Lohnnebenkosten ...). S. 780. – Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 84.

Lohnstückkostenvorteils. Die Aufwertung macht die Preisvorteile aus den günstigeren Lohnstückkosten wieder zunichte. Durch die DM-Aufwertung werden auch die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich aufgewertet.

In der BRD haben wir es jedoch mit einer stabilen Exportwirtschaft zu tun: Die rechnerische Größe »realer Wechselkurs«, z. B. DM gegenüber US-Dollar, ergibt sich aus dem nominalen – offiziell notierten – Wechselkurs, der durch das Preis- oder Lohnstückkostengefälle »Ausland gegenüber Inland« dividiert wird. Sind die Lohnstückkosten in inländischer Währung in der BRD niedriger als in den USA, liegt eine reale Abwertung der DM vor. Der Lohnstückkostenvorteil wirkt für deutsche Exporteure wie eine nominale Abwertung der DM. Dadurch kommt es zu Wettbewerbsvorteilen des deutschen Exports, was zur Zunahme des nominellen Wechselkurses der DM führt. Andersherum gesagt würde die hoch notierte DM – ein den Export belastender Umstand – durch reale Abwertungen infolge günstigerer Lohnstückkosten aufgefangen werden.<sup>348</sup>

Bei den eingangs erwähnten IW-Lohnberechnungen wurden die ausländischen Werte in DM umgerechnet, um einen Vergleich herstellen zu können. So hat auch die Wechselkursentwicklung Einfluß auf das errechnete Lohngefälle: Die Lohnkosten sinken in den USA, wenn die DM gegenüber dem Dollar aufgewertet wird,<sup>349</sup> und so ergibt sich ein falsches Bild.

Zusammengefaßt wird deutlich, daß bei Verringerung der Lohnstückkosten durch nationalen Lohnverzicht *kurzfristig* (und zwar so lange der nominale Wechselkurs unverändert bleibt) international Preisvorteile eintreten (abgewertete DM); *mittelfristig* jedoch gehen diese Vorteile aus niedrigeren Lohnstückkosten über exportausgelöste Wechselkursanpassungen verloren (aufgewertete DM); *langfristig* kommt es wieder zu Vorteilen, wenn infolge günstigerer Lohnstückkosten (aufgrund der hohen Produktivität) die DM wieder abgewertet wird.<sup>350</sup>

Die neoliberale Angebotslehre interveniert nun beim mittelfristigen Vorteilsverlust durch die DM-Aufwertung, indem man sich an die Aufwertung der eigenen Währung klammert. Im Wissen, daß niedrige Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, werden die Löhne im

---

348 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 69 und 73f.

349 Siehe ebenda. S. 63f.

350 Siehe ebenda. S. 73f.

Maß der DM-Aufwertung gekürzt. Dies führt gemäß der Wirkungskette der Exportwirtschaft zu einer Spiralbewegung: Lohnsenkung, DM-Aufwertung, erneute Lohnsenkung, anschließende Aufwertung.<sup>351</sup> Diese zunehmende Lohnsenkung belastet sehr stark die Binnenwirtschaft. Rudolf Hickel spricht in diesem Zusammenhang von einer »Sucht nach andauernden Wettbewerbsvorteilen mit den Instrumenten der Lohn- und Finanzpolitik«.

Neben dem drohenden Kaufkraftverlust weist er auf bei dieser Politik drohende protektionistische Gegenreaktionen der importierenden Länder hin, die auf den Versuch des Exportlandes, die inländischen Produkte des Importlandes durch aggressive Exportpolitik wegzudrängen, mit Schutzmaßnahmen reagieren werden.<sup>352</sup>

Die reale Situation der BRD ist jedoch heute eine viel stabilere, als vielfach von neoliberaler Seite behauptet. Die BRD ist ein *Hochlohn-* und *Hochproduktivitätsland*.<sup>353</sup>

Neben der Forderung nach Senkung der Lohnstückkosten taucht von Arbeitgeberseite ebenso oft die Forderung nach Senkung der *Lohnnebenkosten* auf, die Teil der Lohnstückkosten sind. Lohnnebenkosten werden definiert als der »nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der tatsächlich geleisteten Arbeit stehende Personalaufwand«. <sup>354</sup> Hierzu gehören nicht die Löhne, sondern vor allem das Sozialentgelt für Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungsbeiträge, die sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen.

Das Beispiel der Lohnnebenkosten, als Teil der Lohnstückkosten, wird die Haltlosigkeit neoliberaler Argumentationen, wonach ihre Reduzierung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen notwendig sei,<sup>355</sup> deutlich machen.

Zwischen 1992 und 1997 wurde in der BRD der Anteil der tariflichen und betrieblichen Lohnnebenkosten im produzierenden Gewerbe um 2,2% (West) gesenkt, sowie um zwei Prozent (Ost) erhöht. Der Anteil der gesetzlichen Lohnnebenkosten wurde um 1,8% (West) und 3,2% (Ost) erhöht.<sup>356</sup>

---

351 Siehe ebenda. S. 74.

352 Siehe ebenda. S. 73ff.

353 Siehe ebenda. S. 71 (Hervorhebung im Original).

354 Heinz J. Bontrup: Zur Diskussion zu hoher Lohnnebenkosten ... S. 774.

355 Siehe ebenda. S. 773.

356 Siehe ebenda. S. 778.

Doch nicht die Lohnnebenkostenquoten sind die, bezogen auf die Wettbewerbsfähigkeit, ökonomisch relevante Größe. Vielmehr müssen der Lohn- und Lohnnebenkostenanteil in Relation zur erzielten Arbeitsproduktivität gesetzt werden, woraus sich der Wert der Lohnstückkosten ergibt, die für die Unternehmen relevante Größe, die, wie bereits nachgewiesen, in der BRD gesunken ist.<sup>357</sup>

Zusätzlich resultierte der Anstieg der gesetzlichen Lohnnebenkosten zum großen Teil aus versicherungsfremden Leistungen, vor allem im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung, die eigentlich hätte aus Steuerzahlungen finanziert werden müssen.<sup>358</sup> Weiterhin wurden aus dem Budget der gesetzlichen Lohnnebenkosten Ausgaben für Beschäftigungsförderung bezahlt, wie bspw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen, die eigentlich ebenfalls zu den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben des Staates gehören.<sup>359</sup> Auf diese Weise sind die Arbeitgeber in vieler Hinsicht Nutznießer der Leistungen aus dem Einnahmetopf der gesetzlichen Lohnnebenkosten.

Insgesamt ist bei einer Senkung der Lohnnebenkosten nicht von steigender Beschäftigung auszugehen. Denn wie bei der »Lohnzurückhaltung« führt eine Senkung der Lohnnebenkosten wahrscheinlich zu einem Deflationseffekt, insbesondere wenn diese Senkung durch eine Verminderung der Sozialversicherungsleistungen wie bspw. die Renten finanziert wird.<sup>360</sup>

### 7.2.2. Unternehmenssteuern

Nach herrschender neoliberaler Auffassung in Politik und Wirtschaft sind die Steuern auf Unternehmensgewinne zu hoch und müssen gesenkt werden, soll der »Standort Deutschland« auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben. Dies ergebe sich aus der Angebotsdoktrin, nach der der Staat die einzelwirtschaftliche Gewinnentwicklung stärken muß. Wird diese Angebotsseite gestärkt, erwachsen daraus umfassendere Einkommen

---

357 Siehe ebenda, S. 779f.

358 Siehe Joachim Weeber: Der deutsche Sozialstaat. Besser als sein Ruf. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Köln (1998)12 (im weiteren Joachim Weeber: Der deutsche Sozialstaat ...). S. 765.

359 Siehe Heinz J. Bontrup: Zur Diskussion zu hoher Lohnnebenkosten ... S. 779. – Joachim Weeber: Der deutsche Sozialstaat ...

360 Jan Priewe/Thomas Sauer: Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt ... S. 405.

und somit eine gestiegene gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die mehr Beschäftigung erzeuge.<sup>361</sup> Durch wachsende gesamtgesellschaftlichen Wohlstandszuwachs würde dann, so die neoklassisch-neoliberale Auffassung, individuelle Armut beseitigt.<sup>362</sup>

In diesem Abschnitt untersuchen wir, inwieweit eine zu hohe Belastung der Unternehmen durch Steuern vorliegt und welche positiven Beschäftigungseffekte eine angebotsorientierte Politik hat, die eine positive Profitentwicklung der Unternehmen zum Ziel hat.

Wie bereits beschrieben, ist seit den achtziger Jahren ein Trend sinkender privater Investitionen in der Produktion bei gleichzeitig massiven Steuererleichterungen der Unternehmen zu beobachten, wobei die Steuerzahlungen des Unternehmenssektors sogar geringer ausfielen als die empfangenen Subventionen.<sup>363</sup> Dagegen kommt es zu einer Umverteilung der Steuerlast auf die Arbeitnehmer, zum »Marsch in den Lohnsteuerstaat«.<sup>364</sup>

Das Volkseinkommen hat sich zwischen 1980 und 1997 real um ein Drittel vermehrt. Der Nettoreallohn eines Arbeitnehmers ist in dieser Zeit um nur 1,6% gestiegen.

Demgegenüber haben im selben Zeitraum die Vermögenseinkommen und die Privateinnahmen der Selbständigen (bereits nach Abzug von Steuern und Inflation) um 105% zugenommen. Dieses kapitalseitige Nettoeinkommen entspricht 78% der Summe aller ausgezahlten Nettolöhne.<sup>365</sup> Dies entspricht de facto einer staatlichen Subventionierung von Unternehmen.

Ein kurzer Überblick über die Konzernpolitik demonstriert, in welcher Weise sie die staatliche Unterstützung hinsichtlich der Beschäftigungspolitik umsetzen:

- Die DASA nimmt 1995 Massenentlassungen vor. Gleichzeitig führt sie Dividenden an den Daimler-Benz-Konzern ab.<sup>366</sup>

---

361 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 76f.

362 Siehe Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 188.

363 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 77ff. – Jan Prieue/Thomas Sauer: Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt ... S. 404.

364 Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 103.

365 Siehe Stefan Welzk: Von stolzen Reichen und fleißigen Armen. In: »die tageszeitung«. Berlin vom 12. September 1998.

366 Siehe Eckhart Spoo: Wofür wir das Geld brauchen. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn 1996 (im weiteren Eckhart Spoo: Wofür wir das Geld brauchen ...). S. 215.

- Die Westdeutsche Landesbank verzeichnete 1995, einem Jahr massiver Reallohn- und Sozialkürzungen, eine Ertragssteigerung von mindestens 50%.<sup>367</sup>
- Die Allianz-Versicherung erwirtschaftete 1995 mehr als zwei Milliarden DM Gewinn. Gleichzeitig baute sie 1.664 Arbeitsplätze ab und kündigte eine künftige Verringerung der Belegschaft um jährlich zwei bis vier Prozent an. Die Allianz verwendet ihre Gewinne ersichtlich nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen.<sup>368</sup>
- Der Chemie-Konzern Hoechst kaufte 1995 den US-Konzern Marion Merrill Dow für zehn Mrd. DM, wobei kein Arbeitsplatz geschaffen wurde. Solche »Investitionen« führen sogar zu Arbeitsplatzabbau.<sup>369</sup>
- Laut der Mitteilungen zum Alternativen Geschäftsbericht der Kritischen Aktionäre ist nach der Fusion zur Daimler-Chrysler AG der Konzern im Frühjahr 1999 der drittgrößte Autobauer der Welt. »Trotz eines Betriebsgewinns von 17 Milliarden DM im Jahr 1998 zahlt Daimler-Chrysler keine Mark Ertragssteuer. Ebenso 1995, 1996 und 1997: Die Ertragssteuer lag bei Null.«<sup>370</sup>
- Der US-Aktienbesitz am Konzern ist von 44% auf derzeit ca. 25% zurückgegangen. Größter Aktionär ist die Deutsche Bank mit zwölf Prozent stimmberechtigter Anteile.<sup>371</sup>

Diese Beispiele belegen den fehlenden Beschäftigungseffekt einer florierenden Wirtschaft, die sich auf neoliberale Grundsätze beruft. Ebenso weisen sie auf die Tatsache hin, daß BRD-Unternehmen keineswegs die Opfer der Globalisierung sind, sondern vielmehr deren Gestalter und Profiteure.

Festzustellen ist ein Marsch in den »Lohnsteuerstaat«: Von 1980 bis 1994 ging der Beitrag des Kapitals (der Vermögensanteil in Händen der Unternehmen) zum Steueraufkommen von 26,9% auf 17,4% in der BRD (West) zurück. Dabei stiegen gleichzeitig die Vermögen am Volkseinkommen von 25,2% auf 30,3%.

Von 1990 bis 1994 zahlte die Kapitaleseite 3,2% am Anteil des Gesamtsteueraufkommens. Der Staat holte sich sein Geld hauptsächlich über die Lohnsteuer und belastete damit in erster Linie die abhängig Be-

---

367 Siehe ebenda.

368 Siehe ebenda.

369 Siehe ebenda.

370 Zitiert nach »Sternstunde in Stuttgart«. In: »junge welt«. Berlin vom 18. Mai 1999.

371 Siehe ebenda.

schäftigten. Im letztgenannten Zeitraum wurden so vom Zuwachs der Bruttolöhne 56,3% durch Steuern abgeschöpft.<sup>372</sup>

Hintergrund dieser Entwicklung in Richtung steigender Profite auf Unternehmenseite sind massive Steuererleichterungen.

Zentrales Instrument der Unternehmen ist dabei die ihnen zugestandene Möglichkeit der steuerfreien Rückstellungen für »ungewisse Verbindlichkeiten« und »drohende Verluste«.

Hiervon profitieren die finanzstarken Kapitalgesellschaften, die mit dem steuerfreien, zurückgelegten Geld auf den Geldmärkten spekulieren können. Nur zehn Prozent des neuen Kapitals wurde in Sachinvestitionen angelegt, vierzig Prozent auf den Geldmärkten.<sup>373</sup>

Im Verlauf der deutschen Einheit explodierte dann auf Grund der finanziellen Schonung der Kapitaleseite die Staatsverschuldung, während parallel der Vermögenssaldo von Unternehmen und Privatpersonen im Jahrfünft 1989 bis 1993 wieder stark anstieg.<sup>374</sup>

Inzwischen ist die Zinslast des Staates erdrückend. Sie übersteigt die öffentlichen Defizite. Ohne sie wäre der Haushalt im Überschuß. 1996 wurden 25% der Steuereinnahmen des Bundes für die Zinstilgung ausgegeben. Die drohende Folge ist das fast vollständige Verschwinden politischer Gestaltungsfähigkeit, da der Staatshaushalt kaum finanzielle Spielräume hat.<sup>375</sup>

Eine weitere Ursache für die Staatsverschuldung ist die Tatsache, daß Finanz- und Vermögensgeschäfte steuerlich stärker privilegiert werden als Gewinne aus der Produktion.

Bis 1980 war die Geldvermögensbildung der Produktionsunternehmen viel geringer als die Sachvermögensbildung durch Nettoinvestitionen. Ab 1980 war es genau umgekehrt. Von 1980 bis 1993 bildeten die Produktionsunternehmen ein Geldvermögen von 1.212 Milliarden DM und ein Sachvermögen von 859,5 Milliarden DM. Des weiteren besitzen zehn Prozent der Haushalte 50% des Geldvermögens (Stand 1994). Eine Besteuerung von zwei Prozent hätte 43 Milliarden DM eingebracht.<sup>376</sup>

---

372 Siehe Eckhart Spoo: Wofür wir das Geld brauchen ... S. 31f.

373 Siehe ebenda. S. 32f.

374 Siehe ebenda. S. 35f.

375 Siehe Eckhart Spoo: Wofür wir das Geld brauchen ... S. 37.

376 Siehe Rainer Roth: Wie der Staat die Reichen immer reicher macht. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn 1996 (im weiteren Rainer Roth: Wie der Staat die Reichen immer reicher macht ...). S. 42.

Eine weitere Ursache der Staatsverschuldung liegt ebenfalls im Bereich der unternehmensfördernden Politik, d. h. in den zurückgehenden Kapitalsteuern. Ihr Anteil am Gesamtsteuereinkommen sank zwischen 1980 und 1994 um 12,3%. Wäre Ihr Anteil beim Prozentanteil von 23,6 vom Jahr 1980 bis 1994 geblieben, wären 100 Milliarden DM jährlich mehr in der Staatskasse.<sup>377</sup> Auf diese Weise werden angehäufte Vermögensanlagen staatlich subventioniert, so daß keine renditegefährdenden Sach- und Personalinvestitionen getätigt werden müssen.

Längst ist es renditeträchtiger, auf den Finanzmärkten zu spekulieren. So werden Industriekonzerne zu Banken mit angeschlossener Produktionsabteilung verwandelt.

Die langfristige Folge ist die Strangulierung der ökonomischen Entwicklung. Es kommt zu wachsender Arbeitslosigkeit, sinkenden Reallohnen, sinkenden Steuereinnahmen, höheren Sozialausgaben für den Staat, was wiederum zu einer höheren Staatsverschuldung führt.

Kapitalsteuererleichterungen sind somit bloße Profitraten-Subventionen für Konzerne.<sup>378</sup> Die Steuerausfälle verwandeln sich einerseits in höhere Einkommen und Gewinne der Unternehmen und andererseits in Staatsschulden. Die dadurch verursachte Staatsverschuldung zwingt zu Privatisierungen und Notverkäufen von staatlichen Beteiligungen. Dieses dehnt unterdessen die Anlage- und Geschäftsmöglichkeiten von Banken und Unternehmen weiter aus.

Allein 1995 zahlte der Staat ca. 150 Milliarden DM Zinsen an die Kapitalgeber, die zuvor durch das Kassieren der Subventionen für die Ruinierung der Staatsfinanzen gesorgt haben. Eine Entschuldung des Staates von dieser Seite her wäre dringend notwendig.<sup>379</sup>

Bei Betrachtung der statistischen Daten fällt unter dem Strich auf, daß in der BRD (West) im Zeitraum von 1980 bis 1994 der Anteil der Unternehmen und reicher Privatpersonen am Volksvermögen drastisch zugenommen hat, während ihr Beitrag zum Steueraufkommen um rund ein Drittel abgenommen hat.<sup>380</sup> Die neoliberale Welt der Rechtfertigung von sozialer und ökonomischer Ungleichheit wurde also realisiert.

---

377 Siehe ebenda. S. 41.

378 Siehe ebenda. S. 44ff.

379 Siehe ebenda. S. 46.

380 Siehe Stefan Welz: Wie in Deutschland umverteilt und der Wohlstand ruiniert wird. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn 1996. S. 31.

Bei genauer Betrachtung fällt auf, daß der Standortfaktor Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durch hohe Löhne bzw. hohe Unternehmenssteuern gefährdet ist. Vielmehr kann in der neoliberalen Klage von der »Standortgefährdung« der Versuch gesehen werden, eine weitere Verteilung der Einkommen und des Kapitalvermögens von unten nach oben zu bewirken und zu rechtfertigen. Dies entspräche der Funktion, die der Neoliberalismus als Kombination von wirtschaftlicher Angebotsdoktrin und Gesellschaftstheorie hat.

### 7.3. REORGANISATIONSKONZEPT: DER ABBAU SOZIALER LEISTUNGEN IST EIN SACHZWANG IN ZEITEN ÖKONOMISCHER REGRESSION

Angesichts einer angespannten wirtschaftlichen Situation, die zu leeren Staatskassen führt, so lautet die neoliberale Argumentation in diesem Fall, müsse überall gekürzt werden. Dabei komme dem Sozialstaat ein besonders hoher Kostenfaktor zu.<sup>381</sup> Eine starke Belastung der Unternehmenseite verbiete sich, da ihre Entlastung Investitionen anrege und Arbeitsplätze schaffe. Sozialabbau wird so zum »Sachzwang« für zukünftiges Wirtschaftswachstum.<sup>382</sup>

Sparpolitik im sozialen Bereich wird dabei als »sozialökologischer Umbau« und »Reformpolitik« beschrieben, die daß Sozialsystem vor angeblichen »Ausbeutern« sichert.<sup>383</sup> Dabei, so die neoliberale Sichtweise, ergeben sich Kürzungen im Sozialbereich u. a. deshalb, um den Anreiz zur Annahme von geringfügig bezahlter Arbeit aufrechtzuerhalten, wozu auf die Wahrung des »Lohnabstandsgebots« aufgerufen wird.<sup>384</sup>

Um die Berechtigung dieser Sparanforderungen, insbesondere gerichtet an den Sozialbereich, zu untersuchen, betrachten wir auf der Basis vorliegender Daten die Verteilungsstruktur von Vermögen in der BRD.

---

381 Siehe Joachim Weeber: Der deutsche Sozialstaat ...

382 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 157ff. – Rainer Roth: Wie der Staat die Reichen immer reicher macht ... S. 40.

383 Siehe Hans See: Wie wirtschaftskriminelle Bereicherung Staats- und Sozialkassen leert. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn 1996. S. 60.

384 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 158. – Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 188ff.

In einem weiteren Schritt ist die neoliberale Forderung nach der Einhaltung des »Lohnabstandsgebots« zu untersuchen, deren Hintergrund die neoklassische Annahme bildet, wonach ein allgemeiner Wohlstandszuwachs auf eine abnehmende Zahl von Armen sowie eine Verbesserung der Einkommenssituation von Sozialhilfeempfängern schließen läßt.

Abschließend gehen wir der Frage nach, wie teuer der Sozialstaat tatsächlich ist.

### 7.3.1. Vermögensverteilung

Die Situation in der BRD am Ende der neunziger Jahre ist durch wachsende Armut von immer mehr Menschen gekennzeichnet, während wenige Reiche ein immer größeres Vermögen ihr eigen nennen, wobei ein großer Teil der Mittelschicht den »Armen auf den Sozialämtern, Arbeitsämtern und in Niedriglohngruppen« näherrückt.<sup>385</sup> Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich demnach.

Ende 1996 gibt es in der BRD 2,73 Millionen Sozialhilfeempfänger. Dies sind 3,3% der Bevölkerung. Besonders betroffen sind Frauen (Anteil von 56% der Empfänger/-innen) und Alte. Unberücksichtigt bleibt bei dieser Quote die »Dunkelziffer der Armut«, der Menschen, die aus Schamgefühlen die ihnen zustehende Hilfe nicht in Anspruch nehmen.<sup>386</sup>

Nach Berechnungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) gab es 1997 in der BRD 4,385 Millionen registrierte und 1,955 Millionen verdeckte Arbeitslose, woraus sich für 1997 eine »offene und verdeckte Arbeitslosigkeit« von 6,339 Millionen ergibt.<sup>387</sup> Werden hierzu die nur vorübergehend Beschäftigten in der »Stillen Reserve in Maßnahmen« und in der Beschäftigungsförderung addiert, ergibt sich für das Jahr 1997, laut des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), eine »Arbeitsplatzlücke im weiteren Sinne« in der BRD von insgesamt 7,381 Millionen Menschen.<sup>388</sup>

385 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 79.

386 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 147.

387 Siehe Paul M. Schröder: Arbeitsuchende, Arbeitslose, Erwerbslose, verdeckte Arbeitslosigkeit, Stille Reserve, Arbeitsplatzlücke. Erläuterungen zur Statistik der Arbeitslosigkeit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)72. S. 38.

388 Siehe ebenda. S. 38f.

Die Zuwachsraten der Sozialhilfeausgaben stiegen von 1985 bis 1996 im selben Ausmaß wie das Geldvermögen.<sup>389</sup> Während sich die Zahl der Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe im Zeitraum von 1980 bis 1992 mehr als verdoppelt hat, stieg der Anteil der reichen Haushalte, die monatlich über mehr als 10.000 DM verfügen, von anderthalb auf fünf Prozent der Gesamtzahl aller Haushalte an. 1992 verfügte das obere Drittel der privaten Haushalte in der BRD über 58,2% der gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen, während die unteren beiden Drittel auf einen Anteil von 41,8% kamen.<sup>390</sup>

1995 verfügten fünf Prozent der privaten Haushalte über mehr als 200% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens<sup>391</sup> und galten somit als reich. Dagegen lebten 12,5% in Armut. Sie verfügten über weniger als 50% des Durchschnittseinkommens. Sechs Prozent verfügten über maximal 40% des Durchschnittseinkommens und waren demzufolge von »harter Armut« betroffen.

Seit Beginn der neunziger Jahre ist die Mittelschicht (Einkommen von fünfzig bis 200% des Durchschnittseinkommens) kleiner geworden. Dabei fielen weit mehr unter die Armutsgrenze als in den Reichtumsbereich.<sup>392</sup>

Reichtum reproduziert sich selber. Vermögensteilhabe führt ihrerseits wieder zu vermehrten Einkünften, indem auf den Aktienmärkten investiert wird. Der wachsende Reichtum der Reichen ist nicht unwesentlich auf die Investitionen ihrer Vermögenseinkünfte auf den Aktienmärkten zurückzuführen. Der Anstieg des Deutschen Aktienindex (DAX) um 83% zwischen 1996 und 1997 ermöglichte große Kursgewinne.<sup>393</sup>

1989 besaßen fünf Prozent der Steuerpflichtigen 37 Prozent der festverzinslichen Wertpapiere und 57 Prozent des Aktienvermögens. Das Geldvermögen ist zuletzt stärker gewachsen als die gesamtwirtschaftli-

---

389 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 156.

390 Siehe Ernst-Ulrich Huster: Soziale Polarisierung – Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich trägt die Gesellschaft? In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn 1996 (im weiteren Ernst-Ulrich Huster: Soziale Polarisierung ...). S. 13.

391 Äquivalenzeinkommen ist das Einkommen eines nach OECD-Standard definierten durchschnittlichen Haushalts, in welchem die einzelnen Mitglieder nach Haushaltstyp mit unterschiedlichen Einkommen gewichtet werden.

392 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 151.

393 Siehe ebenda. S. 156.

che Produktion und ist dabei extrem unterschiedlich verteilt.<sup>394</sup> Die Deregulierung der Kapitalmärkte trägt somit zur Reproduktion und Zirkulation von Geldvermögen innerhalb sehr weniger Hände bei.<sup>395</sup>

Das DIW<sup>396</sup> resümierte, daß in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Unternehmen zunehmend entlastet wurden. In der zweiten Hälfte jenes Jahrzehnts wurden die höheren Einkommensgruppen verstärkt begünstigt. Und zu Beginn der neunziger Jahre wurden die unteren Einkommensgruppen mit dem Großteil der Steuerlast belegt. Dies führte in den achtziger Jahren zu einer finanzpolitischen Begünstigung von Unternehmen und Gewinneinkommensbeziehern über die Marktentwicklung hinaus.

Diese Politik der ungleichen Verteilung von Steuern und Gewinnen wurde mit dem Argument verteidigt, daß die Investitionslage in der West-BRD verbessert werden sollte. Doch »dafür, daß dies erfolgreich war, gibt es keine Belege«.<sup>397</sup>

Bilanzierend läßt sich eine extrem ungleiche Verteilung des Vermögens in der BRD feststellen. Während die BRD »eines der reichsten Länder der Welt«<sup>398</sup> ist, wird der wachsenden Armut nicht mit einer nachfrageorientierten Beschäftigungspolitik und einer damit einhergehenden Umverteilung des Vermögens auf alle Teile der Gesellschaft entgegengesteuert. Im Gegenteil: Neoliberale Konzepte werden nur noch

---

394 Siehe ebenda. S. 153 und 152.

395 Bartelheimer und von Freyberg stellen in ihrer lesenswerten Kritik des ersten »Reichtumsbericht Deutschland« des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) dar, wie es mit Hilfe manipulativer statistischer Tricks (bspw. durch Verschweigen der Fragwürdigkeit genutzter Statistiken sowie durch deren Fehlinterpretation) versucht, der BRD-Gesellschaft mehr und gerechter verteilten Reichtum, sowie Einkommens-, Wohlstands- und Freizeitanstieg aller sozialen Gruppen zu attestieren und so einen »Beitrag zur Versachlichung der aufgeregten Verteilungsdiskussion« leisten will. Für die Autoren ist dieser Befriedigungsversuch gegenüber berechtigter Kritik an der Umverteilung des Vermögens von unten nach oben dann auch »pure Ideologie zur Verschleierung sozialer Ungerechtigkeit« (»Wo sind sie geblieben, die Reichen, die reicher wurden?« In: »Frankfurter Rundschau« vom 24. September 1998). – Fundiertere Untersuchungen zur Reichtumsforschung macht Ernst-Ulrich Huster erst in den letzten Jahren aus, von denen die Untersuchungen von Schäfer zur Einkommensverteilung in 1993 (siehe WSI-Mitteilungen. Düsseldorf (1994)10) zu den aktuellsten gehören (siehe Ernst-Ulrich Huster: Soziale Polarisierung ... S. 16).

396 Siehe DIW-Wochenbericht. Berlin (1993)37. S. 505 ff.

397 Zitiert nach Ernst-Ulrich Huster: Soziale Polarisierung ... S. 22.

398 Ebenda. S. 17.

nachdrücklicher vertreten. So wird Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeitsuchenden instrumentalisiert und auf diese Weise immer mehr Menschen in niedrigst bezahlte Erwerbsarbeit gedrückt.<sup>399</sup> Der wachsende Anteil von Niedrigstlohnverhältnissen an der Erwerbsarbeit insgesamt dient schließlich sogar als Argument, die an das Einkommensniveau vieler Niedriglohnjobs angrenzenden Sozialleistungen mit der Begründung der Gewährleistung des Lohnabstandsgebots weiter abzubauen.<sup>400</sup>

### 7.3.2. *Das Lohnabstandsgebot*

Entgegen den dargestellten Daten zur Armutsentwicklung in der BRD behauptet das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in seinem »Reichtumsbericht Deutschland«, daß der bundesdeutschen Gesellschaft mehr und gerechter verteilter Reichtum zur Verfügung stehe und ein allgemeiner Einkommens-, Wohlstands- und Freizeitanstieg zu verzeichnen sei.<sup>401</sup> Und tatsächlich besaß 1996 im Durchschnitt jeder Haushalt ein Geldvermögen von 135.000 DM,<sup>402</sup> wobei das Geldvermögen insgesamt, wie nachgewiesen, extrem unterschiedlich verteilt ist.

Nach neoklassisch-neoliberalem Argumentationsmuster wird die individuelle Armut durch einen allgemeinen Wohlstandszuwachs zuverlässig verhindert beziehungsweise beseitigt.<sup>403</sup> Von einer Erweiterung der Sozialhilfeleistungen von 1,9 Milliarden DM im Zeitraum 1963/1964 auf 40,1 Milliarden DM in 1992 (Bundesrepublik/West) wird auf eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation von Sozialhilfeempfängerhaushalten geschlossen, wobei wir die Tatsache, daß die bereinigte Sozialhilfequote<sup>404</sup> 1993 nur bei 16,1 Milliarden DM und damit unter den Staatseinnahmen aus der Tabaksteuer lag, hier unberücksichtigt lassen. Hieraus wird nun eine Verletzung des Lohnabstandsgebots gefolgert, daß heißt also eine Verbesserung der Einkommenssituation von Sozialhil-

---

399 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 157f.

400 Siehe Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder ... S. 77.

401 Siehe »Wo sind sie geblieben, die Reichen, die reicher wurden?« In: »Frankfurter Rundschau« vom 24. September 1998.

402 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 152.

403 Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 188f.

404 Mit »bereinigter Sozialhilfequote« sind hier die aufgewendeten Leistungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb der Einrichtungen gemeint.

feempfängern, die die Aufnahme von Erwerbsarbeit nicht mehr notwendig mache.<sup>405</sup>

Das Lohnabstandsgesetz ist im BSHG §22, Abs. 3 von 1981 festgelegt. Demnach soll die Sozialhilfe so bemessen sein, daß Leistungsanreize für die Annahme von Erwerbsarbeit erhalten bleiben. Dabei hat die Obergrenze der Sozialhilfe gleichbedeutend mit der Untergrenze von Nettoarbeitseinkommen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zu sein abzüglich eines politisch gewollten Differenzbetrags zum Erhalt der Leistungsanreize.<sup>406</sup>

Seit Beginn der neunziger Jahre sind auf der Basis dieser Argumentationslinie Kürzungen des Sozialhilferegelgesetzes durchgesetzt worden, um die Verletzung des Lohnabstandsgebotes zu vermeiden.<sup>407</sup> So befand die Deutsche Bundesbank 1998 die gegenwärtigen Sozialleistungen für zu hoch und damit hemmend bezüglich der Bereitschaft zu einer Erwerbsarbeitsaufnahme.<sup>408</sup>

Sitte weist jedoch darauf hin, daß die Debatte um ein möglicherweise verletztes Lohnabstandsgebot der Sozialhilfe nur deshalb stattfinden konnte, weil die Löhne für einfache Tätigkeiten langsamer anstiegen als die grundlegenden Lebenshaltungskosten. Weder ein Leistungsmissbrauch noch eine Verletzung des Lohnabstandsgebots seien, so Sitte, tatsächlich beobachtbar.<sup>409</sup>

Nichtsdestotrotz setzt die neue Bundesregierung den neoliberalen beschäftigungspolitischen Kurs der vorherigen konservativ-liberalen Regierungskoalition fort.<sup>410</sup> Somit werden weiterhin durch staatliche Kürzungen von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander angeheizt. Dies führt zu Lohndruck und somit zu einer weiteren tendenziellen Erhöhung der Profitraten.<sup>411</sup> Auf diese Weise geht die neoliberale Argumentation von der Verletzung des Lohnabstandsgebots, wenn die daraus resultierenden Sozialkürzungen zu höheren Profitraten führen, dahingehend auf, daß letztendlich die unglei-

405 Uwe Hochmuth: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive ... S. 189.

406 Siehe ebenda. S. 190.

407 Siehe ebenda. S. 189.

408 Siehe R. Sitte: Wer nicht genug verdient ... S. 38

409 Siehe ebenda.

410 Siehe Michael Heine/Hansjörg Herr: Die beschäftigungspolitischen Konsequenzen von »Rot-Grün« ...

411 Siehe Rainer Roth: Wie der Staat die Reichen immer reicher macht ... S. 49.

che Vermögensverteilung zugunsten der Unternehmen und der wenigen Reichen gewahrt bleibt.

Hierbei wird auf neoliberaler Seite wieder der Zusammenhang von wachsender Armut (auch durch den wachsenden Anteil von Niedriglohnjobs) und der Schwächung konjunktureller Stabilisatoren (wie die konsumtive Nachfrage, die kontinuierlich zurückgeht und die Binnen- nachfrage weiter einschränkt<sup>412</sup>), ausgeblendet.

### 7.3.3. Die Kosten des Sozialstaats

Die Sozialkürzungspolitik führte seit 1982 zu einem Abbau von 130 Milliarden DM im Bereich sozialer Leistungen, während eine »angebotsorientierte Steuerpolitik den Unternehmen und Einkommensmillionären in den letzten Jahren Geschenke in zweistelliger Milliardenhöhe« bescherte. Würde die Gewinnbesteuerung von 1980 noch heute gelten, stünden über 100 Milliarden DM an staatlichen Einnahmen zur Verfügung.<sup>413</sup> Diese Situation verdeutlicht, an welchen anderen Stellen als beim Sozialstaat die Geldvermögen verschwinden.

Die Sparpolitik der letzten beiden Jahrzehnte hat auch dazu geführt, daß der bundesdeutsche Sozialstaat im Leistungsvergleich gegenüber den anderen europäischen Staaten ins Mittelmaß abgerutscht ist und inzwischen auf unterem OECD-Niveau liegt.<sup>414</sup>

Dabei entbehrt das Argument vom zu teuren Sozialstaat bei genauerer Untersuchung jeglicher Grundlage. Entgegen der Behauptung, wonach die Belastungen des Staatshaushalts durch Sozialausgaben in den letzten Jahren gestiegen seien, ist es vielmehr richtig, daß die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) 1997 in der BRD (West) mit 31,7% unter dem Wert von 1975 (33,4%) liegt, womit die BRD im europäischen Vergleich die Ausnahme bildet.<sup>415</sup>

Wesentlicher Belastungsfaktor der Sozialversicherungssysteme bildet dabei der Bereich der versicherungsfremden Leistungen.

*Erhebliche Kosten der deutschen Wiedervereinigung wurden von den Sozialversicherungssystemen getragen, obwohl sie eigentlich zu den ge-*

---

412 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 142.

413 Siehe ebenda. S. 158f.

414 Siehe Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel ... S. 22.

415 Siehe Joachim Weeber: Der deutsche Sozialstaat ... S. 767.

*samtgesellschaftlichen Aufgaben des Staates gehörte.*<sup>416</sup> Dasselbe gilt für die weiteren versicherungsfremden Leistungen, wie die Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik (Umschulungen, etc.), die von Bereichen der sozialen Sicherung bezahlt werden und ein Fünftel aller Beitragseinnahmen ausmachen.<sup>417</sup>

Die größte Belastung erfährt das System der sozialen Sicherung jedoch durch die steigende Massenarbeitslosigkeit, die zu einer Senkung der Beitragszahl und einer Steigerung der Leistungsempfänger führt. Ebenso gehen Einnahmen verloren durch den Anstieg der geringfügigen Beschäftigung.<sup>418</sup>

Die eigentliche Bedrohung des Sozialstaats erfolgt demnach durch eine neoliberale Arbeitsmarktpolitik, die auf deregulierte Beschäftigungsverhältnisse bei wachsenden Lohnkürzungen und Sozialabbau setzt, immer in der, wie nachgewiesen, irrigen Annahme, steigende Unternehmensprofite würden den Arbeitsmarkt beleben. Das System der sozialen Sicherungen selber ist nicht zu teuer.<sup>419</sup>

## 8. Schlußbemerkung

Wir behaupten, daß allen von der neoliberalen Doktrin verursachten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ganz deutlich *nicht* der Wohlstand aller folgt. Vielmehr führten die von herrschender wirtschaftswissenschaftlicher und von unternehmerischer Seite verbreiteten neoliberalen Vor-

416 Siehe ebenda. S. 765 und 771.

417 Siehe ebenda. S. 771.

418 Siehe ebenda. S. 768f.

419 In den aktuellen Sparplänen des Bundesfinanzministers der rot-grünen Regierungskoalition sind pauschale Kürzungen in allen Haushaltsressorts von jeweils 7,4% eingeplant. Das würde für den Bereich »Arbeit und Soziales« im Jahresetat für 2000 Einsparungen von 12,8 Mrd. DM und für das Haushaltsjahr 2003 von 21,3 Mrd. DM bedeuten. Damit wäre das Ressort »Arbeit und Soziales« am stärksten von den Haushaltskürzungen betroffen (es folgt das Ressort »Bau und Verkehr« mit 3,6 Mrd. DM Einsparungen für 2000). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nennt die Sparpläne »Kürzungen per Rasenmäher«. Bei diesen Zahlen wird deutlich, daß mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 keineswegs die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gewechselt hat: Stärker als zuvor wird das Sozialressort belastet. Demgegenüber stehen nach wie vor steigende Renditen der Unternehmen, die weitgehend unbesteuert bleiben (siehe »Rasenmäher-Methode Eichels findet geteiltes Echo«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 19. Mai 1999).

schläge zu einer sozial polarisierenden Umstrukturierung und damit der Verfestigung des auf Konkurrenz und Auslese beruhenden Wirtschaftssystems, weil sie in Unkenntnis oder Kenntnis der wahren finanzpolitischen und wirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge auf weitgehenden Fehlanalysen und falschen Einschätzungen beruhen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen verhelfen einerseits zu einer wachsenden Armut und der finanzpolitischen Demontage des Sozialstaats und andererseits zu saftigen Renditen für die Unternehmen.

Es wird deutlich, daß BRD-Unternehmen im internationalen Vergleich hinsichtlich Steuerbelastung und Lohnstückkosten gut abschneiden. Dies bestätigt sich, wenn BRD-Unternehmen große Gewinne verzeichnen, und das Beispiel des Daimler-Chrysler Konzerns zeigt, daß BRD-Unternehmen als Gestalter und Profiteure der Globalisierung auftreten und keinesfalls als deren Opfer.

Wenn also behauptet wird, der »Standort Deutschland« sei bedroht, durch zu hohe Arbeitskosten, zu hohe Steuern und aufgrund des Sozialstaats, so ist das eine Falschannahme. Mit Hilfe solcher Fehlinformation/Propaganda sollen nur noch höhere Gewinne der Unternehmen ermöglicht und sich der Finanzierung der Sektoren entledigt werden, die keine Profite versprechen, so bspw. das Sozialressort, welches der neue Bundesfinanzminister Hans Eichel auch prompt mit über 12 Milliarden DM Kürzungen belegen will.

Diese über den Regierungswechsel beibehaltene restriktive Finanzpolitik belastet nachhaltig die Binnenwirtschaft, indem sie die Nachfrage vermindert. Die sogenannte neoliberale Pflege der Exportstärke durch Kosten- und Steuerentlastungen für Unternehmen führen einerseits ebenfalls zum Rückgang der inländischen Nachfrage (und damit zur Belastung der Binnenwirtschaft). Andererseits führt die Exportstärke der BRD zu weiteren Risiken in den Handelsbeziehungen zu anderen Ländern. Sie grabe sich, so Rudolf Hickel, langfristig selber das Wasser ab, indem entsprechende Produktionen in den Importländern vernichtet werden.<sup>420</sup> Die deutsche Exportwirtschaft ist aber auf das Wirtschaftswachstum in den Partnerländern angewiesen, um eigene Produkte auf den ausländischen Märkten weiterhin verkaufen zu können. Absolute Konkurrenzüberlegenheit auf dem Weltmarkt wirkt daher langfristig immer kontraproduktiv für das Wirtschaftswachstum.

---

420 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 18.

Unser Fazit ist, daß alle Wege einer neoliberalen Wirtschaftspolitik früher oder später zu verschlechterten wirtschaftspolitischen und damit sozialökonomischen Szenarien führen. Diese durch neoliberale Ordnungspolitik hervorgerufenen Szenarien einer angespannten Konjunkturlage dienen – gleich einem tautologischen Schluß – dem Neoliberalismus wieder als weitere Begründung einer nochmals verschärften neoliberalen Wirtschaftspolitik, wobei die Konjunkturverschlechterung regelmäßig dem »noch zu stark intervenierendem Staat« angelastet wird.<sup>421</sup>

Die Erkenntnis hieraus kann nur die sein, die neoliberale Angebotspolitik konsequent zu entlarven und auf ihre Folgen für die Armutssituation in der BRD hinzuweisen. Dabei darf aufgrund der oben genannten Nachweise *nicht* der Wettlauf von Seite der Sozialträger und -anbieter mit neoliberal konstruierten »Marktanforderungen« aufgenommen werden. Diese »Marktanforderungen« existieren zum einen, wie nachgewiesen, gar nicht, zum anderen weisen sie auch auf der ökonomischen Ebene in die Krise.

So wird sich eine Qualitätssicherung für soziale Bereiche, die sich an neoliberalen Gesichtspunkten orientiert, ebenfalls langfristig als ein Weg

---

421 Vielfach wird von neoliberaler Seite moniert, die Staatsquote sei zu hoch, daß heißt, der Staat schöpfe zu viel vom Bruttoinlandsprodukt ab: 1996 beanspruchten die Staatsausgaben 50,2% des Bruttoinlandsproduktes. Diese »unechte« 50-Prozent-Quote (Rudolf Hickel) kennzeichnet nicht das Maß der einzelnen vom Staat beanspruchten Produktionsressourcen, die von jeweiligen politischen Entscheidungen bestimmt werden. So sind die, in dieser Quote ebenfalls enthaltenen, sozialen Leistungen überhaupt nicht mit dem Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis zu setzen, weil diese durch die Sozialversicherungsabgaben der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden. Die um diesen Betrag (Sozialleistungen) bereinigte Staatsquote der BRD umfaßte 1996 33,7% des Bruttoinlandsproduktes. Damit liegt die BRD-Staatsquote nur knapp über der der USA (33,1% in 1998), die von neoliberaler Seite oft zum Vergleich herangezogen werden. Die USA verfügen dabei nicht über ein vergleichbares Maß an gesetzlichen Sozialversicherungen, weswegen auch von vornherein keine Sozialleistungen in die Staatsquotenberechnungen einfließen. Die Expansion der oben genannten »unechten« Staatsquote ist auf den Anstieg der Quote sozialer Leistungen zurückzuführen. Das waren 1991 16,4% der Staatsausgaben und 1996 18,6%. Dies liegt an der Politik des »Aufbau Ost«, die die ostdeutschen sozialen Sicherungssysteme über die Beiträge zur Sozialversicherung finanzierte, und nicht über allgemeine Steuern. So wurde der größte Teil der »Einheit« durch sozialversicherungspflichtige Arbeit bezahlt. Es wird deutlich, daß die neoliberale Behauptung, der Staat entziehe aufgrund einer zu hohen Staatsquote der Privatwirtschaft die Hälfte der Produktionsressourcen, unhaltbar ist (siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ... S. 140ff.).

in eine Sackgasse erweisen, der nur durch immer weitere Sparmaßnahmen erkaufte und letztendlich nur zu einer immer weiteren sukzessiven Verschlechterung der Lebenssituation der Betroffenen führen wird.<sup>422</sup>

Die Forderung, sich diese »teuren Menschen« am Ende überhaupt nicht mehr »zu leisten«, sie also der stillen »Euthanasie« zuzuführen, steht bereits im öffentlichen Raum, wird bei Säuglingen durch das »Liegelassen« bereits praktiziert, genauso wie beim »Tod auf Verlangen«, der Sterbehilfe. Diese Forderung wäre beim Schritt der Qualitätssicherung in diese Sackgasse am Ende der Straße die letzte konsequente neoliberale Maßnahme. Durch die flankierende Ideologie einer »neuen Bioethik«, wie sie u. a. in der »Konvention für Menschenrechte und Bio-Medizin« (Bioethik-Konvention) des Europarats mit Völkerrechtscharakter formuliert ist, wird bereits der Versuch unternommen, diese letzte tödliche Maßnahme in der breiten Bevölkerung akzeptabel zu machen.

Am Ende der neoliberalen Sozial- und Wirtschaftspolitik steht die Entwertung des Menschen. Daß heißt:

- Reduktion der Individualität des Menschen auf ein Mittel in der Bewährung der Konkurrenz.
- Armut wird zu einer individuellen Schuld umgedichtet.
- Die Ersetzung eines emanzipatorischen Bildes vom Menschen durch ein hierarchisches, unterwürfiges Menschenbild.
- Gleichheit, Freiheit und Pluralität werden reduziert auf die Auslese hinsichtlich unterlegenem und überlegenem Menschenmaterials, d. h. zugunsten nichtbehinderter, leistungsfähiger Arbeitskräfte.

---

422 Gleiches zeigt das Beispiel der »Lohnstückkosten«: Beim Beharren der neoliberalen Wirtschaftslehre auf ständig niedrigen Lohnstückkosten, aber auch durch die Senkung der Staatsausgaben wird die Binnenwirtschaft mehr geschwächt als gestärkt, was alles zusammen immer nur zu weiteren Einsparungen und damit zu Verschärfungen der Armuts- und Reichtumschere führt.



## **Umstrukturierungen des sozialen Bereichs – Vollzug der Kapitallogik an behinderten Menschen?**

Die in Kapitel II referierte ökonomische und gesellschaftspolitische Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft mündet zum gegenwärtigen Zeitpunkt in zwei zunächst getrennt voneinander erscheinenden Phänomenen, die jedoch bei genauerer Untersuchung wechselseitige Bezüge aufweisen: Die Novellierung der §§93 ff. BSHG, die zum 1. Januar 1999 in Kraft trat und das Sparpaket der Bundesregierung, welches der Finanzminister im Frühjahr 1999 vorlegte.

Der Soziologe Oskar Negt diagnostiziert einen »nackten« Kapitalismus, dessen neues Element in der Befreiung der Kapital- und Marktlogik von allen Barrieren, Kontrollen und Widerständen liegt. Diese Entwicklung wird in der vorherrschenden Wissenschaft unter positiven Aspekten wie »Individualisierung« und »Globalisierung«, aber auch »Neoliberalismus« beschrieben, weil in ihr die politökonomische Wirklichkeit unterschlagen wird. Diese wirtschaftswissenschaftlichen Analysen seien, so Oskar Negt, vielmehr ideologische Diagnosen, die in die »Verwertungsinteressen des Kapitals [...] eingebunden sind«. »Wir stehen vor einem Scherbenhaufen der kulturellen und sozialen Sicherungssysteme, die bisher dem Menschen Schutz vor dem gnadenlosen, mit keinerlei Skrupeln behafteten Zugriff der Marktökonomie gewährte.«<sup>1</sup>

So wird der Bereich der Behindertenhilfe von den oben aufgezeigten und vom Neoliberalismus gerechtfertigten politökonomischen Umwälzungen überrollt. Dementsprechend wird der Sektor der Behindertenhilfe massiv von der Unterordnung der Fragen der Sozialpolitik unter die neoliberale Ideologie tangiert. In welcher Weise, soll hier ansatzweise aufgezeigt werden. Schließlich kann die Behindertenhilfe und mit ihr die Behindertenpädagogik nicht isoliert von gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und deren Diskurse sowie staatlicher Herrschaftsstrategien be-

---

1 Oskar Negt: Ironie der Geschichte oder Der Kaiser ist nackt. In: »Frankfurter Rundschau« vom 4. Juli 1998.

trachtet werden. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeiten des Sektors der Behindertenhilfe von politischen Sozialstaatsentscheidungen, ist dieser in seiner Gestalt und in seinem Inhalt unmittelbar von der hegemonialen politökonomischen Sichtweise bestimmt und steht damit auch zur Disposition. Dabei besteht die Gefahr, daß es noch tiefere Einschnitte in das System der Behindertenhilfen geben wird, wie der von uns weiter oben aufgezeigte Zusammenhang demonstriert. Schließlich wohnen dem Neoliberalismus totalitäre Tendenzen inne, da sich dieser unter politökonomischen Krisenentwicklungen auf die Pflege und Vermehrung des kapitalistischen Reichtums, d. h. des Privateigentums, als Selbstzweck reduziert und alle Mittel für dieses Ziel rücksichtslos mobilisiert und rechtfertigt.

Damit ist auch alles zur Disposition gestellt, was diesem einseitigen politischen Ziel im Wege steht, da es als »Kostenfaktor« behandelt wird, der dem ökonomischen Wachstum nicht nützt, sondern dieses belastet.

Inwieweit keynesianische Politikvorstellungen durch neoliberales Denken ersetzt wurden, läßt sich anhand des »sozialdemokratischen« Blair-Schröder-Papiers aufzeigen. Das dies kein Papiertiger, sondern Beleg einer neoliberalen Restrukturierung des Sozialstaatssektors ist, kann an der Politik der neuen bundesdeutschen rot-grünen Regierungskoalition nachgewiesen werden. Letztere kann als Fortsetzung der neoliberalen Sozialpolitik der alten konservativ-liberalen Regierung angesehen werden. Verwunderlich ist daher auch nicht, daß die 1996 beschlossene Änderung der §§93ff. BSHG durch die neue Bundesregierung nicht gestoppt wurde. Bevor aber auf diese sozialdemokratisch-grüne Fortsetzung des Liberalismus hingewiesen wird, damit auch klargestellt ist, daß der Sektor der Behindertenhilfe in Zukunft weitere gravierende Einschnitte zu erwarten hat, soll die Novellierung der §§93ff. BSHG untersucht werden.

Weitere Punkte, wie der Entwurf von Legitimationsstrategien für die Forschung an nichteinwilligungsfähigen Menschen, beispielsweise Demenzkranken, sowie für die Pläne zur Aufweichung der Organtransplantationsregelung sollen die wachsende behindertenfeindliche, primär an Selektion statt an Integration orientierte Tendenz gegenwärtiger politökonomischer Restrukturierungen verdeutlichen.

Wir schließen mit einer kurzen Reflexion über die Verantwortlichkeit von Professionellen zum politischen Handeln im Sektor der Behindertenhilfe in Zeiten sich verschlechternder Sozialbedingungen anhand der Beschreibung eines Pädagogen der »Krüppelfürsorge« der dreißiger und

vierziger Jahre, der von einem, angesichts heraufdämmernder verschärft eugenisch orientierter Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus und im vollen Bewußtsein dessen vom Mahner einer humanen Behindertenpolitik zum Unterstützer der NS-»Euthanasie«-Politik wurde. Damit wollen wir die »Wandlungsfähigkeit« (und die daraus resultierenden Gefahren) derjenigen aufzeigen, die sich dem politischen Druck aufgrund ihres politisch »prinzipienfesten Opportunismus«<sup>2</sup> nicht nur beugen, sondern zu dessen besten Exekutoren werden.

Wie in Kapitel II.7. »Politische und soziale Reorganisation der Gesellschaft der BRD« dargelegt, sind nicht zu hohe Sozialkosten ausschlaggebend für den neoliberalen Abbau sozialstaatlicher Grundlagen. Vielmehr sind u. a. anhaltende Massenarbeitslosigkeit und eine angebotsorientierte bzw. neoliberale Politik, die das Sozialbudget mit versicherungsfremden Leistungen belastet hat, Ursache der leeren Sozialkasse.

Ebenso haben wir nachgewiesen, daß die Staatsverschuldung in erster Linie auf die ungleiche Verteilung des Vermögens zugunsten von Unternehmen und Reichen und den neoliberalen Marktgesetzen entsprechenden Anlagemöglichkeiten dieses Vermögens zurückzuführen sind.<sup>3</sup>

Nichtsdestotrotz legt auch die neue Bundesregierung Sparpläne zur Sanierung des Staatshaushalts vor, die in erster Linie Kürzungen im Bereich des Systems der sozialen Sicherung vorsehen. Im folgenden gehen wir der Frage nach, inwieweit der Sozialstaat im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen zunehmend dem »Zugriff der Marktökonomie« ausgesetzt worden ist.

## **1. Vollzug der Kapitallogik an behinderten Menschen? – Die Nivellierung der §§93ff. BSHG**

### **1.1. NEUFORMULIERUNG DER §§93 FOLGENDE BSHG**

Am 23. Juli 1996 beschloß die konservativ-liberale Bundesregierung, die für die Finanzierung der Kosten von Einrichtungen und Diensten maß-

---

2 Siehe Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie ...

3 Siehe Kapitel II.7.

geblichen Vorschriften, die §§93 ff. Bundessozialhilfegesetz (BSHG), mit Wirkung zum 1. Januar 1999 zu ändern.<sup>4</sup>

Hintergrund dieser Änderungen war der Anstieg von Aufwendungen für die stationäre Hilfe in besonderen Lebenslagen (Eingliederungshilfe für Behinderte, Hilfe zur Pflege u. a.) in der BRD (West) in den Jahren 1980–1993 von 7,6 Milliarden DM auf 23,5 Milliarden DM.<sup>5</sup> Dabei galt für die Finanzierung von Einrichtungen bis 1993 das Selbstkostendeckungsprinzip, wonach die tatsächlich entstandenen Personal- und Sachkosten rückwirkend vom Sozialhilfeträger übernommen wurden. Durch die Entlohnung des größten Teils des Fachpersonals in den Einrichtungen nach dem Bundesangestelltentarif (BAT) oder auf Grundlage des Manteltarifvertrags für Arbeiter und Arbeiterinnen des Bundes und der Länder (MT Arb) wurden im Falle von Tariferhöhungen oder Höhergruppierungen immer auch die Pflegesätze angehoben.<sup>6</sup>

1994 wurde mit der Absicht, den Trägern der Sozialhilfe bessere Möglichkeiten zur Steuerung der Kostenentwicklung zu geben, das Selbstkostenerstattungsprinzip durch ein Entgeltsystem abgelöst, welches die Vereinbarung von Pflegesätzen in der bis zum 31. Dezember 1998 gültigen Fassung des §93, Abs. 3 BSHG »für einen zukünftigen Zeitraum« verlangte.<sup>7</sup>

Im Zuge des am 23. Juli 1996 beschlossenen Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts wurden die prospektiven Pflegesätze<sup>8</sup> gedeckelt. Sie sollten in den Kalenderjahren 1996 bis 1998 nicht stärker als die allgemeinen Löhne steigen und nicht höher als ein Prozent in den alten Bundesländern bzw. zwei Prozent in den neuen Bundesländern, bezogen auf die im Juli 1995 vereinbarten Pflegesätze, ausfallen.<sup>9</sup>

---

4 Siehe BGBl. I. S. 1088. – Ernst Oestreicher et al.: Bundessozialhilfegesetz. Ergänzungslieferung September 1996. München 1996 (im weiteren Ernst Oestreicher et al.: Bundessozialhilfegesetz ...). S. 7.

5 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung (§93a, Abs. 2 BSHG) – ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang. 1. Januar 1999. Stichtag für neue Finanzierungsstrukturen der Behindertenhilfe. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. Von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (im weiteren Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ...). S. 1 (Manuskript).

6 Siehe ebenda.

7 Siehe ebenda.

8 Dies sind die für einen zukünftigen Zeitraum vereinbarten Entgelte.

9 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 2. – Ernst Oestreicher et al.: Bundessozialhilfegesetz ... – Wolfgang Jantzen et al.

Ab dem 1. Januar 1999 wurde die Vergütung von Leistungen der Einrichtungen durch Pauschalzahlungen vorgesehen, die im wesentlichen im neugefaßten §93, Absatz 2 BSHG geregelt ist.<sup>10</sup>

Die zentralen Neuerungen der neuformulierten §§93ff. BSHG sind zum einen die Einführung des Wettbewerbs zwischen Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe, bei dem gewerbliche, also kapitalistisch betriebene Einrichtungsträger – d. h. auf Gewinnmaximierung orientierte Unternehmen – mit einzubeziehen sind,<sup>11</sup> der sich aus §93, Abs. 1, Satz 3 BSHG ergibt: »Sind Einrichtungen vorhanden, die in gleichem Maße geeignet sind, soll der Träger der Sozialhilfe Vereinbarungen vorrangig mit Trägern abschließen, deren Vergütung bei gleichem Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung nicht höher ist als die anderer Träger.«

Zum anderen soll der Sozialhilfeträger die Leistungsvergütung nur übernehmen, wenn Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen mit dem Träger der Einrichtung bestehen, die wirtschaftlich, sparsam und leistungsfähig zu sein haben.<sup>12</sup> Dies geht aus §93, Absatz 2 BSHG hervor: »Wird die Leistung von einer Einrichtung erbracht, ist der Träger der Sozialhilfe zur Übernahme der Vergütung für die Leistung nur verpflichtet, wenn mit dem Träger der Einrichtung oder seinem Verband eine Vereinbarung über *erstens*: Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung (Leistungsvereinbarung); *zweitens*: Die Vergütung, die sich aus Pauschalen und Beträgen für einzelne Leistungsbereiche zusammensetzt (Vergütungsvereinbarung); *drittens*: Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen (Prüfungsvereinbarung) besteht.

Die Vereinbarungen müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen.« Die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen sollen sich dabei an Hilfebedarfsgruppen und Leistungstypen orientieren,<sup>13</sup> wie aus §93a, Abs. 2, Satz 3 BSHG deutlich wird:

---

(Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999. S. 8 (Manuskript).

10 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 2f.

11 Siehe Ernst Oestreicher et al.: Bundessozialhilfegesetz ... S. 2.

12 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999. S. 8 (Manuskript).

13 Siehe Wolfgang Jantzen: Deinstitutionalisierung als Kern von Qualitätssicherung. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (im weiteren Wolfgang Jantzen: Deinstitutionalisierung als Kern von Qualitätssicherung ...). S. 194 (Manuskript).

»Die Maßnahmenpauschale<sup>14</sup> wird nach Gruppen für Hilfeempfänger mit vergleichbarem Hilfebedarf kalkuliert«, und aus den Bundesempfehlungen nach §93d, Absatz 3 BSHG ist zu entnehmen, daß gemäß §5, Absatz 1 Bundesempfehlung (BE) »Leistungstypen« »in Bezug auf die wesentlichen Leistungsmerkmale (Zielgruppe, Ziel, Art und Umfang der Leistung [...]) typisierte Leistungsangebote« darstellen und damit »zentrale Bedeutung für die Beschreibung des konkreten Leistungsangebots der Einrichtung; die Vergleichbarkeit von Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung« haben.<sup>15</sup>

Im Gegensatz zum bis Ende 1998 geltenden Recht müssen die Vereinbarungen zwischen Sozialhilfeträger und dem Träger der Einrichtung der Behindertenhilfe ab dem 1. Januar 1999 nicht mehr bedarfsgerecht<sup>16</sup> sein, statt dessen beziehen sie sich auf die Leistungsgerechtigkeit der Entgelte.<sup>17</sup> Klaus Lachwitz weist auf die Anknüpfung an den Bedarf im neuen §93a, Abs. 1, Satz 3 BSHG hin:

»Die Leistungen müssen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.«<sup>18</sup>

Da es zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neuregelung der §§93 ff. BSHG noch keinem Bundesland gelungen war, das Gesetz in den Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen<sup>19</sup> umzusetzen, schlossen die Verhandlungsführer der Einrichtungsträger auf Landesebene Übergangsvereinbarungen ab, die eine Fortschreibung der gedeckelten Pflegesätze, die den am 31. Dezember 1998 ausgezahlten Entgelten entsprechen, vorsehen.<sup>20</sup> Um formal den Anforderungen der neugefaßten §§93 ff. BSHG zu entsprechen, wird der Deckelungsbetrag in eine

14 »Vergütungen für die Leistungen nach Absatz 1 (zwischen Sozialhilfeträger und Einrichtung vereinbarte Leistungen – C. H. und B. M.) bestehen mindestens aus den Pauschalen für Unterkunft und Verpflegung (Grundpauschale) und für die Maßnahmen (Maßnahmenpauschale) sowie aus einem Betrag für betriebsnotwendige Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung (Investitionsbetrag).« (§93a, Abs. 2, Satz 1 BSHG).

15 Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1998)4. S. 160. – Ebenda (1999)3. S. 104f.

16 Siehe §93, Abs. 2, Satz 2 BSHG, in der bis zum 31. Dezember 1998 gültigen Fassung.

17 Siehe Johannes Münder: Lehr- und Praxiskommentar zu §§93 ff. BSHG. In: Bundessozialhilfegesetz. Lehr- und Praxiskommentar (LPK-BSHG). Baden-Baden 1998 (im weiteren Johannes Münder: Lehr- und Praxiskommentar zu §§93 ff. ...). S. 975.

18 Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 4.

19 Siehe §93, Abs. 2 BSHG.

20 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)1. S. 3.

Grundpauschale, eine Maßnahmenpauschale und einen Investitionsbetrag unterteilt.<sup>21</sup>

## 1.2. KONKRETE RECHTLICHE SITUATION BEHINDERTER MENSCHEN NACH DER NEUFORMULIERUNG DER §§93 FOLGENDE BSHG

Der in den §§93ff. BSHG verwendete Rechtsbegriff »Leistung« ist weitgehend unbestimmt, er ist insbesondere durch die Individualansprüche des betreuten Personenkreises bestimmt.<sup>22</sup> Mit dem §3, Abs. 1, Satz 1 BSHG: »Art, Form und Maß der Sozialhilfe richten sich nach der Besonderheit des Einzelfalles, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen« und der in §3 Absatz 1, Satz 2 BSHG<sup>23</sup> formulierten Auflage, wonach die »Vereinbarungen nach Abschnitt 7«<sup>24</sup> diesen in Satz 1 vorgegebenen Grundsätzen entsprechen müssen, ist der Leistungsbegriff im wesentlichen vom Anspruch der in der Einrichtung betreuten einzelnen behinderten Menschen bestimmt.<sup>25</sup>

Für eine Einrichtung, die sich an behinderte Menschen richtet, ist der Ausgangspunkt der in §93a, Abs. 1 BSHG zu vereinbarenden Leistungen der im Regelfall vorhandene individuelle Anspruch der betreuten behinderten Menschen auf Eingliederungshilfe nach den §§39f. BSHG.<sup>26</sup> »Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, [...] den Behinderten in die Gesellschaft einzugliedern«,<sup>27</sup> »Maßnahmen der Eingliederungshilfe sind vor allem [...] Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft.«<sup>28</sup>

Um den Ansprüchen, die dem einzelnen behinderten Menschen aus den §§39f. BSHG zustehen, zu gewährleisten, bedarf es, bei Berücksichtigung des Grundsatzes der individuellen Bedarfsdeckung, die sich

---

21 Siehe §93a, Abs. 2, Satz 1 BSHG. – Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)1. S. 3. – Ebenda (1998)4. S. 165.

22 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 7.

23 In der ab dem 1. Januar 1999 gültigen Fassung.

24 Hierunter fallen die §§93ff. BSHG.

25 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 5f.

26 Siehe ebenda. S. 5.

27 §39, Abs. 3, Satz 1 BSHG.

28 §40, Abs. 1 BSHG.

aus §3, Abs. 1, Satz 2 (in der ab dem 1. Januar 1999 gültigen Fassung) und aus der Begründung des Gesetzentwurfs zur Reform des Sozialhilferechts vom 27. September 1995 ergeben, wonach »der Sozialhilfeträger über die Leistungsvereinbarung die im Einzelfall bedarfsdeckende Hilfe sicherzustellen hat«, der Notwendigkeit, den *individuellen* Hilfebedarf einzelner Personen zu ermitteln,<sup>29</sup> die bestimmten Gruppen für Hilfeempfänger<sup>30</sup> zugeordnet werden sollen. Hieraus ergeben sich noch mögliche Spielräume für die Gewährleistung von Hilfen:

Die Maßnahmenpauschale soll laut §93a, Abs. 2, Satz 3 BSHG »nach Gruppen für Hilfeempfänger mit vergleichbarem Hilfebedarf« ermittelt werden. Um allerdings eine Vergleichbarkeit der Bedarfe zweier Personen zu ermöglichen, bedarf es zunächst der Feststellung des individuellen Hilfebedarfs.<sup>31</sup> Weder das BSHG noch die im Juli 1999 weitgehend abgeschlossenen Bundesempfehlungen<sup>32</sup> nach §93d, Absatz 3 BSHG geben Vorgaben, auf welche Weise bzw. mit welchen empirischen Mitteln individueller Hilfebedarf ermittelt werden soll.<sup>33</sup> In einer Fußnote zu §6, Abs. 3 BE ist sogar vorgesehen, daß zur Ermittlung des individuellen Hilfebedarfs der Hilfeempfänger, sein gesetzlicher Vertreter bzw. die betreuende Einrichtung hinzugezogen werden können.<sup>34</sup> Hier ergibt sich die Möglichkeit einer Bedarfsermittlung auf der Basis des in Kapitel I dieser Arbeit referierten Verständnisses von menschlicher Entwicklung und Behinderung.

In diesem Sinne ist es ebenfalls möglich und nötig, in die in §93a, Absatz 3 BSHG vorgesehene Vereinbarung über »Grundsätze und Maßstäbe« der Qualitätssicherung der Leistungen sowie in das Verfahren zur Qualitätsprüfung die Interessen der Leistungsempfängerseite einfließen zu lassen und die Regelungen inhaltlich gesichert in die Prüfungsvereinbarungen aufzunehmen.<sup>35</sup>

Ein weiteres Problem hinsichtlich der Umsetzung der §§93 ff. BSHG gibt es hinsichtlich der Regelung nach §93, Abs. 1, Satz 3 BSHG, wo-

---

29 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1998)4. S. 162.

30 Siehe §93a Abs. 2 Satz 3 BSHG.

31 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 14.

32 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)3. S. 104.

33 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 14. – Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1998)4. S. 162.

34 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1998)4. S. 162.

35 Siehe Johannes Münder: Lehr- und Praxiskommentar zu §§93 ff. ... S. 976.

nach bei gleicher Leistungserbringung mit dem Träger einer Einrichtung Vereinbarungen getroffen werden sollen, dessen Vergütung nicht höher ist als die anderer Träger. Konzeptionelle Unterschiede, unterschiedliche Strukturen der betreuten Personengruppen, regionale Besonderheiten, etc. erschweren dem Sozialhilfeträger in der Praxis voraussichtlich die Feststellung von wirklich *gleichen* Einrichtungen.<sup>36</sup>

Insgesamt ergibt sich der Eindruck, daß den §§93 ff. BSHG ein »viel zu kompliziertes System« zugrunde liegt, welches zum Nachdenken über einfachere Alternativmodelle im Interesse der behinderten Menschen anregen sollte.<sup>37</sup> Allerdings birgt das komplizierte System auch die Gefahr, daß Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen unterbleiben und sich die Kostenträgerseite auf Übergangsvereinbarungen zurückzieht, die den gedeckelten Pflegesätzen entsprechen und somit die Verletzung des Grundsatzes der individuellen Bedarfsdeckung bedeuten.<sup>38</sup>

### 1.3. GEFAHREN UND KONSEQUENZEN FÜR DIE LEBENSBEREICHE BEHINDERTER MENSCHEN, DIE SICH AUS DER NEUFORMULIERUNG DER §§93 FOLGENDE BSHG ERGEBEN

Mit der in §93, Abs. 1 BSHG formulierten Auflage, daß der Kostenträger der Sozialhilfe unter Berücksichtigung gleicher Leistungen vorrangig mit den Trägern von Einrichtungen Vereinbarungen abschließen soll, deren Vergütung »nicht höher ist als die anderer Träger«, führt der Gesetzgeber den Wettbewerb zwischen den Einrichtungen<sup>39</sup> bzw. die Vermarktung der Betreuung behinderter Menschen ein, die auf diese Weise zur Ware werden. Der Sektor der Behindertenhilfe soll umgebaut werden zu einem Bestandteil der Warenproduktion, d. h. ein neuer Geschäftszweig wird eröffnet. Legitim ist nur noch das, was mit Gewinn, also zur privaten Reichtumsvergrößerung, betrieben werden kann. Aus diesem Grund wird es auch wichtig, Mindeststandards festzulegen. Da behinderte Menschen zu einem Mittel für die Profitproduktion werden sollen, ist die adäquate Herstellung ihrer Lebenssituation keine Selbstverständlichkeit

---

36 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 9.

37 Siehe ebenda. S. 23f.

38 Siehe ebenda. S. 23.

39 Siehe ebenda. S. 8. – Ernst Oestreicher et al.: Bundessozialhilfegesetz ... S. 2.

mehr und muß deswegen zur Norm erhoben werden, an der dann die Konkurrenz um die billigste Versorgung gemessen werden kann. Zusätzlich sollen die Leistungen der Einrichtungen einer Qualitätssicherung und -prüfung unterzogen werden.<sup>40</sup> *Qualität* ist in diesem Gesetzeszusammenhang jedoch in erster Linie nicht als Instrument zur Herstellung *ad-äquater Lebensbedingungen* für behinderte Menschen zu verstehen, sondern als marktwirtschaftlicher Begriff mit dem »dazugehörigen Begriff des Wettbewerbs« zusammenzudenken.<sup>41</sup>

Es steht zu befürchten, daß die Preiskonkurrenz im Wettbewerb dazu führt, daß der Preis auf Kosten der Qualität der Leistungen gesenkt wird.<sup>42</sup> Renate Schernus vermutet eine »Qualitätsfassade« zur Verschleierung von Sozialabbau, wobei wiederum erhebliche zusätzliche Kosten auf den Bereich Qualitätsmanagement u. ä. fallen.<sup>43</sup> Da Wettbewerb mit der Absicht eingeführt wird, »Wirtschaftlichkeitsreserven zu mobilisieren«,<sup>44</sup> also letztlich um zu sparen, sei hier auf das wettbewerbsorientierte Gesundheitswesen der USA verwiesen, welches oft als Vorbild für die marktwirtschaftliche Umstrukturierung sozialer Bereiche genommen wird.<sup>45</sup> Das wettbewerbsorientierte Gesundheitswesen der USA hat 1994 mit 14,3% den höchsten Anteil am Sozialprodukt (BIP) und die höchsten Verwaltungskosten in der Krankenversicherung (17%).<sup>46</sup> In Großbritannien, wo das Gesundheitssystem ähnlich ausgerichtet ist, setzte der Kostenanstieg der Gesundheitsausgaben 1991 mit Einführung von »internen (Quasi-)Märkten« ein, die den Wettbewerb stimulieren sollten. »*Menschenrechte lassen sich nicht vermarkten, ohne daß sie daran zerbrechen*«, so Hans-Ulrich Deppe bezüglich der »Ökonomisierung von Dimensionen des menschlichen Zusammenlebens«. <sup>47</sup>

---

40 Siehe §93a, Abs. 3, Satz 1 BSHG.

41 Siehe Renate Schernus: Abschied von der Kunst des Indirekten. In: Soziale Psychiatrie. Bonn 21(1997)3 (im weiteren Renate Schernus: Abschied von der Kunst des Indirekten ...). S. 8.

42 Siehe Renate Schernus: Machbarkeitswahn in Psychiatrie und Psychotherapie. In: Michael Eink: Gewalttätige Psychiatrie. Ein Streitbuch. Bonn 1997 (im weiteren Renate Schernus: Machbarkeitswahn in Psychiatrie und Psychotherapie ...). S. 48.

43 Siehe ebenda.

44 Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 8.

45 Renate Schernus: Machbarkeitswahn in Psychiatrie und Psychotherapie ... S. 48.

46 Siehe Hans-Ulrich Deppe: Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist eine Erfindung der Politik. In: Frankfurter Rundschau vom 18. Juni 1996 (im weiteren Hans-Ulrich Deppe: Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ...).

47 Ebenda.

- Die Leistungsempfänger werden grundsätzlich nicht mit in die Vereinbarungen über die Festlegung von Leistungsstandards einbezogen: Die Vereinbarungen bezüglich Leistung, Vergütung und Prüfung nach §93, Abs. 2 und §93a BSHG erfolgen zwischen Einrichtungsträgern und dem Sozialhilfeträger. Einwirkungsmöglichkeiten für die Leistungsempfänger sind nicht vorgesehen.<sup>48</sup> Ebenso verhält es sich hinsichtlich der Erfassung der Ergebnisqualität, in die nur zu einem geringen Maße die Bewertung der Leistungsempfänger einbezogen wird.<sup>49</sup> So stellt Wolfgang Jantzen fest, daß in der gegenwärtigen bundesrepublikanischen Debatte bisher nur »wenig von demokratischer Mitgestaltung der Betroffenen selbst noch von einem pluralistischen Netz öffentlicher Kontrolle die Rede« ist.<sup>50</sup>
- Übergangsvereinbarungen über 1999 hinaus festgeschrieben werden und so den Grundsatz der Bedarfsdeckung immer mehr unterwandern.<sup>51</sup>
- Bei Untersuchung der konkreten rechtlichen Folgen, die die Neuformulierung des Gesetzes für behinderte Menschen haben, ergibt sich ein Bild, aus dem die Absicht einer schleichenden Aufkündigung des Grundsatzes der individuellen Bedarfsdeckung folgerbar ist. So verschwindet der Passus der »bedarfsgerechten Hilfe« aus der bis zum 31. Dezember 1998 gültigen Fassung des §93, Abs. 2 BSHG, um in verklausulierter Form unter §93a, Abs. 1, Satz 3 BSHG in der ab 1. Januar 1999 gültigen Neufassung wieder aufzutauchen. Die hier aufgeführte Regelung, wonach Leistungen »ausreichend« sein und sich am »Maß des Notwendigen« orientieren sollten, stärkt in der Interpretation von Klaus Lachwitz die Rolle des Bedarfs einer Person, da sich nur durch die Ermittlung des Bedarfs eines Personenkreises erschließen läßt, ob eine Leistung ausreicht.<sup>52</sup> Trotzdem ist die mit der Neuregelung intendierte Tendenz zur Aufkündigung des Bedarfsdeckungsgrundsatzes zugunsten einer Marktorientierung nicht zu übersehen, wenn die Bundesempfehlungen (BE) nach §93d, Absatz 3 BSHG betrachtet werden.

---

48 Siehe Johannes Münder: Lehr- und Praxiskommentar zu §§93ff. ... S. 974.

49 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript).

50 Siehe Wolfgang Jantzen: Deinstitutionalisierung als Kern von Qualitätssicherung ...

51 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)I. S. 4.

52 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 4.

- Entgegen dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Grundsatz der individuellen Bedarfsdeckung, demonstrieren die Kostenträger eine restriktive Haltung, indem sie die Regelung, wonach die Voraussetzung für die Zuordnung eines Hilfeempfängers zu einer Gruppe die Ermittlung seines individuellen Hilfebedarfs sei, in eine Fußnote der Bundesempfehlungen abdrängten und zur »Kann-Regelung« machten, also nicht verbindlich vorschreiben. Hier droht die Zuweisung von Hilfeempfängern zu Basisgruppen durch den Sozialhilfeträger »nach Aktenlage«, ohne daß der individuelle Hilfebedarf ermittelt wird.<sup>53</sup> So besteht die Gefahr, daß Wirtschaftlichkeitsaspekte gegenüber Aspekten der Qualitätssicherung faktisch den Vorrang haben,<sup>54</sup> wobei wir hier eine Qualitätssicherung von bedarfsdeckenden Leistungen meinen.
- Die Neufassung der §§93 ff. BSHG muß im Zusammenhang mit weiteren Entwicklungen gesehen werden, die die Behindertenhilfe unter Druck setzen: Zum einen der geplante Entwurf der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe zur Reform des Bundessozialhilfegesetzes, nach dem der Sozialhilfeträger wesentliche Teile der Eingliederungshilfe für Behinderte an andere Leistungsträger abgeben will und worin u. a. gefordert wird, daß behinderte Menschen und ihre Angehörigen verstärkt zu persönlichen Kostenbeteiligungen herangezogen werden sollen.<sup>55</sup> Zum anderen setzen Sozialhilfeträger Einrichtungen der Behindertenhilfe zunehmend unter Druck, sich in Pflegeheime umzuwandeln oder Pflegeabteilungen einzurichten [...] und behinderte Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf diesen Pflegeeinrichtungen zuzuordnen, sie also aus der Eingliederungshilfe, und damit aus dem Zuständigkeitsbereich des BSHG, herauszunehmen.<sup>56</sup> Beide Entwicklungen erfolgen, um die Sozialhilfeträger finanziell zu entlasten. Hinsichtlich der Abdrängung von Einrichtungen in den Bereich der Hilfe zur Pflege kann der Versuch der Sozial-

---

53 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1998)4. S. 162f.

54 Siehe Johannes Münder: Lehr- und Praxiskommentar zu §§93 ff. ... S. 976.

55 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)1. S. 3.

56 Siehe ebenda. S. 4ff.– Die Stadt Dortmund beabsichtigt, den Abschluß von Vereinbarungen nach §§93 ff. BSHG mit dem Projekt »Ambulant Betreutes Wohnen« (ABW) davon abhängig zu machen, daß dieses die Voraussetzungen für die Anerkennung als Pflegeeinrichtung nach §71 SGB XI erfüllt (siehe Eckhard Rohrmann: Behinderte sind keine Pflegefälle! In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)71 (im weiteren Eckhard Rohrmann: Behinderte sind keine Pflegefälle ...). S. 82.

hilfeträger vermutet werden, sich auf Kosten der Pflegekassen, die derzeit mit elf Milliarden DM Überschüssen ausgestattet sind,<sup>57</sup> im Bereich der Eingliederungshilfe ihrer Verantwortung zu entledigen.<sup>58</sup> Dabei droht die Wiederbelebung traditionell psychiatrischer Begriffsbestimmungen wie »Debilität«, »Imbezillität« und »Idiotie«, denn ein Absprechen von Eingliederungshilfe bei gleichzeitiger Abschiebung in die bloße Pflege käme, laut Wolfgang Jantzen, der Konstruktion von Bildungs- und Entwicklungsunfähigkeit gleich. Die Bestimmung von Qualität nach §93, Abs. 2 BSHG erfolgt dabei auf dieser veränderten Grundlage von Finanzierungen sozialer Dienstleistungen, die dem Primat der Kosteneinsparung unterliegen.<sup>59</sup>

So kann als Ziel der Neufassung der §§93 ff. BSHG angenommen werden, daß »von der (inhaltlich und zeitlich) ›offenen‹ Eingliederungshilfe zur begrenzten und kriteriengeleiteten Maßnahmenzuweisung sowie zur Abgrenzung von der Pflege«<sup>60</sup> gelangt werden soll.<sup>61</sup>

---

57 Siehe ebenda. S. 78.

58 Siehe Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)I. S. 4. – Hier ist vor allem bemerkenswert, daß nach dem Pflegeversicherungsgesetz gilt: »Die Leistungen der Eingliederungshilfe für Behinderte nach dem Bundessozialhilfegesetz, dem Bundesversorgungsgesetz und dem Achten Buch bleiben unberührt, sie sind im Verhältnis zur Pflegeversicherung nicht nachrangig; die notwendige Hilfe in den Einrichtungen nach §71, Abs. 4 ist einschließlich der Pflegeleistungen zu gewähren.« (§13, Abs. 3, Satz 3 SGB XI). – So sieht der Erziehungswissenschaftler Eckhard Rohmann in der Praxis der Sozialverwaltungen, soziale Problemlagen behinderter Menschen vom Zuständigkeitsbereich der Eingliederungshilfe nach §§39f. BSHG zur Pflegebedürftigkeit im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes umzuetikettieren, als einen Akt »verantwortungslose(r) Rechtsbeugung« an (siehe Eckhard Rohmann: Behinderte sind keine Pflegefälle ... S. 78).

59 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript). S. 8.

60 Fahlbusch weist darauf hin, daß der Gesetzgeber auf die Abgrenzbarkeit der Eingliederungshilfe gegenüber der Hilfe zur Pflege verzichtet hat: »Wenn ein Eingliederungshilfebedarf vorliegt, sind die notwendigen Pflegeleistungen in der Eingliederungshilfe eingeschlossen, selbst wenn man sie auf der Verrichtungsebene auch der sozialen Pflegeversicherung zuordnen könnte.« (zitiert nach Renate Schernus: Abschied von der Kunst des Indirekten ... S. 9). – Hiermit ist aber lediglich ein verbliebener gesetzlicher Spielraum beschrieben, der eher im Gegensatz zur vom Gesetzgeber intendierten Ökonomisierung des sozialen Bereichs zu sehen ist.

61 Siehe Iris Beck: Der »Kunde«, die »Qualität« und der »Wettbewerb« – Zum Begriffschaos in der Qualitätsdebatte. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999. S. 49.

Bei Betrachtung des politischen und ökonomischen Hintergrunds der Debatte um Qualitätssicherung<sup>62</sup> in der Behindertenhilfe, die im Zeichen der Kostenreduzierung erfolgt, wird deutlich, daß es hierbei um die *kapitalkonforme* und *kosteneinsparende* Zurichtung des Sozialstaats im Bereich der Behindertenhilfe geht, den die Qualitätsdebatte legitimatorisch stützen soll, anstatt ihn zu verhindern.

Dementsprechend geben einige Entwicklungen Grund zu der Vermutung, daß die Umstrukturierung der §§93 ff. BSHG, insbesondere die Aspekte »Qualitätssicherung« und »Qualitätsprüfung«,<sup>63</sup> zum Anlaß genommen werden sollen, die bisher gewährten bedarfsdeckenden Entgelte für behinderte Menschen, und damit vor allem die *Notwendigkeit* dieser Vergütungen *in Frage* zu stellen. Die geplanten Kosteneinsparungen im sozialen Bereich, speziell der Behindertenhilfe, werden bspw. im Haas-Gutachten nicht auf politische Entscheidungen, entsprechend eines neoliberalen Konzeptes zur Reorganisation der kapitalistischen Vergesellschaftung im Postfordismus, wie wir es in Kapitel II dieser Arbeit nachgewiesen haben, bezogen, sondern zum Anlaß genommen, den bisher unstrittigen Leistungsbedarf in Frage zu stellen.

So wird nicht die ungleiche Verteilung der Vermögen thematisiert, sondern der Bedarf behinderter Menschen in Frage gestellt. Auch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) argumentiert in dieser Weise, wenn sie die Jugendhilfe zu einer ressourcenverschwendenden Institution erklärt, die mit Hilfe neuer Steuerungsverfahren im Rahmen der Qualitätssicherung bei budgetierten Finanzen ohne Leistungsminderung weiterarbeiten könne. Daß das adaptierte Marktmodell der KGSt bedarfsdeckenden »qualitätssichernden« Ansprüchen nicht gerecht wird, hat Jürgen Blandow nachgewiesen.<sup>64</sup>

In die gleiche Richtung zielt das 1996 vom für die Sozialhilfe zuständigen Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegebene Gutachten zur Entwicklung eines Instrumentariums zur Bildung von Hilfebedarfsgruppen,<sup>65</sup> welches unter der Leitung des baden-württembergischen Landes-

---

62 Siehe Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten ... – Siehe auch Kapitel II in dieser Arbeit.

63 Siehe §93a Abs. 3 BSHG.

64 Siehe Jürgen Blandow/Ulrich Gintzel/Peter Hansbauer: Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung. Eine Diskussionsgrundlage. Münster 1999 (im weiteren Jürgen Blandow et al.: Partizipation als Qualitätsmerkmal ...).

65 Der Forschungsauftrag lautete: »Entwicklung eines hilfebedarforientierten Vergütungssystems bei stationären Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte«

arztes für Behinderte G. Haas entwickelt wurde – das sogenannte »Haas-Gutachten«. <sup>66</sup> Es reduziert geistige Behinderung auf Defekte und stellt damit die Notwendigkeit der Gewährung von Eingliederungshilfe in Frage. <sup>67</sup> Der Forschungsauftrag wurde 1997 auf Druck der Verbände und der Fachwelt abgebrochen, <sup>68</sup> doch es sei hier trotzdem diskutiert, da es demonstriert, in welche Richtung von Kostenträgerseite aus gedacht wird.

Hintergrund des Auftrages für das Gutachten war die neue Verordnung nach §93a, Absatz 2, Satz 3 BSHG, die eine Vergütung der Maßnahmenpauschale nach »Gruppen für Hilfeempfänger mit vergleichbarem Hilfebedarf« vorsieht und die Ermittlung von »objektivem« Hilfebedarf notwendig macht, sowie die Verordnungsermächtigung nach §93d, Absatz 1, Nummer 2 BSHG, die die Erlassung von Vorschriften zur »Ermittlung und Zusammensetzung der [...] Merkmale für die Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf nach §93a, Absatz 2 sowie die Zahl dieser zu bildenden Gruppen« vorsieht. Das erwähnte Haas-Gutachten versuchte, ein entsprechendes Ermittlungsinstrumentarium zu entwickeln. <sup>69</sup>

Nach dem Haas-Gutachten sind »Hilfeempfängergruppen [...] nach objektiven Kriterien wie z. B. Behinderungs- und Krankheitsbildern zu bilden«. Das Klassifikationsmodell ist schwerpunktmäßig an die *International Classification of Impairments, Disabilities and Handicaps* [ICIDH] der *World Health Organization* [WHO] angelehnt. Die Hilfebedarfsgruppen sind »nach qualitativen Aspekten definiert und [...] nach den Beeinträchtigungen, die in der ICIDH aufgeführt sind, gefaßt«.

---

und wurde in Auftrag gegeben bei der »Kirchliche Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft für soziale Einrichtungen mbH« (siehe Christian Reumschüssel-Wienert: Anmerkungen zum Forschungsauftrag. Entwicklung eines Hilfebedarforientierten Vergütungssystems bei stationären Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (im weiteren Christian Reumschüssel-Wienert: Anmerkungen zum Forschungsauftrag ...).

66 Siehe G. Haas et al.: Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells in der Phase II des Forschungsauftrags des Bundesministeriums für Gesundheit »Einführung eines neuen Finanzierungssystems bei der Hilfe in Einrichtungen nach dem Bundessozialhilfegesetz«. Nürnberg 1997 (im weiteren Haas-Bericht ...). S. 4.

67 Siehe Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ... S. 202.

68 Siehe Christian Reumschüssel-Wienert: Anmerkungen zum Forschungsauftrag ...

69 Siehe ebenda.

Dabei sind »die Gruppen der wesentlich geistig Behinderten« in drei Gruppen G1, G2 und G3 eingestuft, deren zugrundeliegende »Ausgangsdefinition« u. a. an »einer leichten bis mittelgradigen Minderung der Intelligenz« in der Gruppe G1 bis hin zu einer »schwersten Minderung der Intelligenz« in den Gruppen G2 und G3 bemessen wird.<sup>70</sup>

Kritisch einzuwenden ist grundsätzlich die Orientierung an der ICIDH bei der Klassifizierung von Menschen mit geistiger Behinderung, da diese Behinderung nach einem *medizinisch dominierten Verständnis* begreift, was an der hohen Gewichtung des Intelligenzquotienten bei der Beschreibung der Gruppenmodelle besonders deutlich wird. Die Merkmale der Gruppen bestehen dabei einseitig aus personenbezogenen *Defizitkategorien*, die den »fatale(n) Eindruck der Bildung von ›Schadensklassen‹ für Menschen mit Behinderung« entstehen lassen.<sup>71</sup>

Die Einordnung in die Gruppen G1 bis G3 geht von einem *statischen Zustand* der klassifizierten Menschen aus, da »jeglicher Hinweis auf die Entwicklungsdynamik von behinderten Menschen« im Haas-Gutachten fehlt. Durch die einseitige Einordnung der Menschen in die Hilfeempfängergruppen nach Behinderungs- und Krankheitsbildern wird eine »qualitative Sortierung« behinderter Menschen einer »quantitativen im Einzelfall bedarfsgerechten Erfassung und Zuordnung von Hilfebedarf« vorgezogen.<sup>72</sup> Vorzuziehen wäre hier eine quantitative Erfassung, die der Vergleichbarkeit des Hilfebedarfs nach Gesichtspunkten des Aufwands entspricht, der für einen Hilfeempfänger zur Gewährleistung von Eingliederung in die Gemeinschaft notwendig ist.<sup>73</sup>

Heidrun Metzler ordnet die Hilfeempfänger in ihrem Vorschlag in diesem Sinne Gruppen zu, die sich hinsichtlich des Grades an individuellem Hilfebedarf unterscheiden, wobei sie den Bedarf in Variablen wie beispielsweise individuelle Basisversorgung, alltägliche Lebensführung, Gestaltung sozialer Beziehungen, Freizeitgestaltung etc. einteilt, was zur Folge hat, daß gleicher Hilfebedarf bei zwei Menschen aus unterschiedlichen Gründen ohne besondere Betonung eventueller diagnostischer Zu-

---

70 Siehe Haas-Bericht ... S. 5.

71 Siehe Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.: Erste kritische Argumente zum Arbeitsergebnis »Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells« der KDSE vom 5. Februar 1997 (Schwerpunkt. Gruppen G1–G3). Marburg 1997 (im weiteren Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells ...). S. 3.

72 Siehe ebenda.

73 Siehe Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung ... S. 16.

schreibungen denkbar ist.<sup>74</sup> Demnach gibt es »keinen zwingenden linearen Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Hilfebedarf und Klassifikationsmerkmalen einer Behinderung«.<sup>75</sup>

Laut Haas-Gutachten sei die »Vorgabe von Soll-Leistungen [...] prinzipiell auf der Basis des vorgeschlagenen Hilfebedarfssystems möglich«, wobei ausschließlich der »objektiv notwendige Hilfebedarf bei der Bildung der Maßnahmegruppen entscheidet« und die »tatsächlich beobachteten Leistungen« aufgrund der hier einfließenden »unwirtschaftlichen Leistungen in den Maßnahmegruppen« unberücksichtigt bleiben sollen.<sup>76</sup> Hier zeigt sich deutlich das Primat der Kostenreduzierung gegenüber einer Bedarfsorientierung, die nur nachrangig behandelt wird, wobei zusätzlich noch unterstellt wird, daß die Leistungen der Einrichtungen das notwendige Maß an Hilfebedarf der Menschen noch übersteigen.<sup>77</sup>

Der endgültige Abschied von einer individuellen Bedarfserhebung unternimmt das Haas-Gutachten, wenn es erklärt, daß die »(nachträgliche) Eingruppierung [...] weitgehend mit den routinemäßig in den Einrichtungen erhobenen Daten möglich sein (dürfte)«,<sup>78</sup> wenn also »nach Aktenlage« über den Hilfebedarf entschieden wird.

Insgesamt entspricht die Logik des Gutachtens, die von einer Gesamteinordnung der Mitglieder einer Hilfebedarfsgruppe für alle Lebensbereiche ausgeht,<sup>79</sup> eher der einer »Komplexeinrichtung«, die aufgrund der Trennung wichtiger Lebensbereiche im Leben der Hilfeempfänger nicht praktikabel ist.<sup>80</sup> Sehr wohl läßt sich jedoch die hinter dieser Logik sich verbergende Auffassung vom Leben von Menschen mit Hilfebedarf erahnen, das scheinbar idealtypisch in einer Großeinrichtung abzulaufen hat.

Das von G. Haas vorgeschlagene Modell läuft, entsprechend den ICIDH-Kriterien, in seiner Defektorientiertheit darauf hinaus, daß die Gruppen, in denen »die schwer und sehr schwer geistig behinderten

---

74 Siehe Heidrun Metzler: Modellversuch zur »Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf« nach §93a BSHG in Rheinland-Pfalz. Ergebnisbericht. Tübingen 1999. S. 54ff.

75 Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells ... S. 3.

76 Siehe Haas-Bericht ... S. 53.

77 Siehe Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells ...

78 Haas-Bericht ... S. 51.

79 Siehe ebenda. S. 24ff.

80 Siehe Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells ... S. 7.

Menschen landen, [...] vorrangig biologisch bedingte Unbeeinflussbarkeit, Unveränderbarkeit, Nichteingliederungsfähigkeit (suggerieren)«. <sup>81</sup>

So beurteilt Reumschüssel-Wienert das Haas-Gutachten »aus wissenschaftlichen, fachlichen und rechtlichen Gründen als ebenso verfehlt wie fatal«. <sup>82</sup> Das theoretische Konzept, welches der Bildung der Hilfemaßnahmegruppen zugrunde liegt, orientiert sich an »Verwahrung« und »Institutionalisierung« und skizziert Züge eines Rückfalls in die »Verwahrpsychiatrie«, wobei die rehabilitative Ausrichtung der Hilfemaßnahmen <sup>83</sup> unterhöhlt wird. <sup>84</sup>

Im Rahmen der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Bedingungen, die in erster Linie durch die Subsumtion des Menschen unter die Kapitallogik charakterisiert sind, können die Versuche, Behinderung ideologisch durch defektorientierte Ansätze zu renaturalisieren, sowie die Relativierung und Ablehnung notwendiger Hilfemaßnahmen – gepaart mit Tendenzen einer Reinstitutionalisierung – praktisch auf eine Ghettoisierung von Menschen mit Behinderungen hinauslaufen. Folgerichtig kommt es zur Marginalisierung von »Arbeitskraft minderer Güte«, was als Teil eines »performativen Diskurses« (durchsetzenden Diskurses) im Bourdieuschen Sinn <sup>85</sup> aufgefaßt werden kann.

In einem an Foucault angelehnten Diskursverständnis, wonach Diskurse in einer Verschränkung von Wissen und Praxis Redesubjekte und -gegenstände ausgrenzen und Vernunft und Unvernunft definieren sowie eine Grenzziehung zwischen wahr und falsch vornehmen, <sup>86</sup> ist der »performative Diskurs« zu verstehen. <sup>87</sup> Dieser organisiert durch den Akt des Sagens selbst Subjekte und Objekte der sozialen Welt, indem er Wahrheiten ausgrenzt, abweichendes Verhalten negativ sanktioniert und Konformität erzwingt. <sup>88</sup>

In Vereinbarung mit der im Fordismus-Konzept dargelegten Auffassung von der Organisation des Konsens (als der die Kapitallogik integrierende Zusammenhang in unserer gegenwärtigen Gesellschaft) ist der vom »performativen Diskurs« ausgehende Interpretationsansatz in der

---

81 Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ... S. 202.

82 Christian Reumschüssel-Wienert: Anmerkungen zum Forschungsauftrag ... S. 108.

83 Siehe SGB I § 10. – Siehe auch §§ 39f. BSHG.

84 Christian Reumschüssel-Wienert: Anmerkungen zum Forschungsauftrag ... S. 109.

85 Siehe Jürgen Blandow et al.: Partizipation als Qualitätsmerkmal ... S. 82.

86 Siehe Hinrich Fink-Eitel: Foucault zur Einführung. Hamburg 1992. S. 65.

87 Siehe Jürgen Blandow et al.: Partizipation als Qualitätsmerkmal ... S. 82.

88 Siehe ebenda.

Lage, eine Entwicklung zu beschreiben, die von einer tiefgreifenden Bewußtseinsänderung gekennzeichnet ist, was die Einstellung und Erwartung gegenüber dem Sozialstaat betrifft.<sup>89</sup>

So sieht das Arbeitsmarktmodell von Tony Blair und Gerhard Schröder vor, daß »auch Menschen im arbeitsfähigen Alter, die Erwerbsunfähigkeitsleistungen beziehen, auf ihre Fähigkeit« überprüft werden sollen, »ihren Lebensunterhalt zu verdienen«.<sup>90</sup>

Hier ist eine drohende Gefahr gekennzeichnet, wozu die Qualitätssicherung gebraucht werden könnte: die Überprüfung, inwieweit die Einrichtungen die Klienten wieder in einer Form arbeitsfähig machen (als Kriterium für Leistungsansprüche vom Sozialhilfeträger) bzw. als Überprüfung, inwieweit sich eine Unterstützung und Förderung einzelner Klienten »überhaupt noch lohnt«, wenn keine Wiederherstellung von Arbeitsfähigkeit in Aussicht steht. Dahingehend sind die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmodelle zu untersuchen: ob sie sich an ökonomischer Verwertbarkeit der Arbeitskraft der Klienten orientieren oder an deren »tatsächlichen Bedarf«.

## 2. Der Sparkurs der Bundesregierung

Für die Betrachtung der aktuellen Leitlinien der BRD-Ökonomie heben wir das Schröder-Blair-Papier vom Frühjahr 1999 hervor. Hier benennen der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und der britische Premierminister Tony Blair (Labour) den von ihnen in Zukunft favorisierten Ökonomiekurs für ihre jeweiligen nationalen Volkswirtschaften und für ein Europa, welches am Ausgang des 20. Jahrhunderts überwiegend von sozialdemokratischen Parteien regiert wird.

Eine nähere Betrachtung der Aussagen von Tony Blair und Gerhard Schröder zum Verhältnis von Wirtschaft und Sozialstaat läßt den neoliberalen Grundgehalt dieses Papiers erkennen. Die im Schröder-Blair-Papier vermittelten und als *neoliberal* interpretierbaren<sup>91</sup> Vorstellungen bezüglich sozialer Grundsicherungen schlagen sich bereits praktisch nieder im

---

89 Siehe ebenda.

90 Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten ...

91 Siehe Harald Werner: Solidarität im Angebot. Anmerkungen zum Wertewandel in der neuen Sozialdemokratie. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Frankfurt am Main (Dezember 1999)40. S. 61–66.

von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) vorgeschlagenen Sparpaket der Bundesregierung für den Haushalt der Jahre 2000 bis 2003.

## 2.1. SPARPAKET UND SCHRÖDER-BLAIR-PAPIER

In ihrer Schrift geht es Tony Blair und Gerhard Schröder um eine, wie sie es programmatisch nennen, »neue angebotsorientierte Agenda für die Linke«. <sup>92</sup>

Politische »Feinsteuerung der Wirtschaft« wird gegenüber einer Marktsteuerung ökonomischer Prozesse abqualifiziert. Die »Kürzung der staatlichen Ausgaben« und »Unternehmergeist« soll »unterstützt« werden. Hierzu soll die »Steuerbelastung von [...] Unternehmertum [...] reduziert werden«, indem die »Kosten der Arbeit für die Arbeitgeber«, speziell die Lohnnebenkosten, gesenkt werden. Doch auch an Arbeitskostensenkung durch Lohneschränkungen wird gedacht: »Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung«, so die Autoren, die erklärend nachreichen: »Der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen, um Geringqualifizierten Arbeitsplätze verfügbar zu machen.«

Gleichzeitig regen sie an, die persönlichen Qualifizierungsmöglichkeiten, vom eigenen Geldbeutel abhängig zu machen: »Dem Staat kommt die besondere Aufgabe zu, Anreize zur Bildung von Sparkapital zu setzen, um die Kosten des lebenslangen Lernens bestreiten zu können.« Durch diese Maßnahmen erhoffen sich Blair und Schröder, daß die sich in Europa herausbildende »Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft« »die Gelegenheit« bietet, »zu den Vereinigten Staaten aufzuschließen«. »Sie (die Dienstleistungsgesellschaft – C. H. und B. M.) eröffnet Millionen Menschen die Chance, neue Arbeitsplätze zu finden [...]«. <sup>93</sup>

Im Zuge der vorgeschlagenen Wirtschaftspolitik sehen Tony Blair und Gerhard Schröder die Notwendigkeit, den Sozialstaat zu »modernisieren«. Dabei wollen sie »das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln«, »Selbsthilfe« und »Eigenverantwortung« sollen gefördert werden. Diese neoliberale Vor-

---

92 Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten ...

93 Ebenda.

stellung reduziert sich auf die Forderung, daß sich jeder selbst zum Unternehmer stylt und handelt.

»In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt.« Denn: »Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben. Qualitätsvolle soziale Dienstleistungen sind ein zentrales Anliegen der Sozialdemokraten.« Weiter heißt es, daß die öffentlichen Sozialausgaben daran gemessen werden sollen, »inwieweit sie die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen [...] Allzuoft wurden Rechte höher bewertet als Pflichten.«<sup>94</sup>

»Das System der Steuern und Sozialleistungen muß sicherstellen, daß es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten. Ein gestrafftes und modernisiertes Steuer- und Sozialleistungssystem ist eine wesentliche Komponente der [...] angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik der Linken.«

Grundsätzlich gehen Tony Blair und Gerhard Schröder in ihrem Wirtschafts- und Sozialstaatskonzept davon aus, daß Wettbewerb die Qualität verbessert. Bezogen auf eine angestrebte Verbesserung der Arbeit im öffentlich Dienst versprechen sie: »Wir werden daher nicht zögern, Effizienz-, Wettbewerbs- und Leistungsdenken einzuführen.«<sup>95</sup>

Konkreten Niederschlag erfährt die programmatische Erklärung von Tony Blair und Gerhard Schröder in der gegenwärtigen Finanzpolitik der deutschen Bundesregierung. In einem Spar-Brief an die übrigen Bundesminister vom Mai 1999 fordert Hans Eichel pauschale Kürzungen aller Einzeletats um jeweils 7,4% ein. Demnach würde sich die Etatkürzung für das Ressort »Arbeit und Soziales« auf 12,8 Milliarden DM – bei einer Gesamteinsparung von 30 Milliarden DM in allen Ressorts zusammen – für das Jahr 2000 ergeben sowie Einsparungen von 21,3 Milliarden DM im Ressort »Arbeit und Soziales« für das Jahr 2003 – bei Einsparungen von 50 Milliarden DM für den Gesamthaushalt.<sup>96</sup>

Das Ressort »Arbeit und Soziales« trägt also den mit Abstand größten Anteil bei den aktuellen Sparplänen. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen rechnete vor, daß bei den Erwerbslosen

---

94 Ebenda.

95 Ebenda.

96 Alle Daten siehe »Rasenmäher-Methode Eichels findet geteiltes Echo«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 19. Mai 1999.

Kürzungen in Höhe von sechs Milliarden DM vorgesehen seien, während die Unternehmen mit acht Milliarden DM entlastet würden.<sup>97</sup>

Bundeskanzler Schröder kündigt dann auch ein halbes Jahr später im Rahmen der Haushaltsdebatte im Bundestag am 24. November 1999 die »Stärkung der Wirtschaftskraft unter radikal veränderten Bedingungen« an und, daß »kein Weg« am »Umbau der sozialen Sicherungssysteme« vorbeiführe. Dabei schlägt er »einen vernünftigen Mix aus Angebots- und Nachfragepolitik« vor. Indem er im weiteren diesen Mix mit einer Senkung der privaten Eingangssteuersätze und einer Entlastung der Unternehmen um acht Milliarden DM charakterisiert, wird deutlich, daß hier kein »Mix« vorliegt, sondern vielmehr ein stringenter neoliberaler Wirtschafts- und Sozialkurs.<sup>98</sup> Gerhard Schröder bekennt sich auf diese Weise zu seinen zuvor im Schröder-Blair-Papier geäußerten politisch-ökonomischen Grundvorstellungen.

## 2.2. KRITIK

Insgesamt erscheint das Schröder-Blair-Papier als eine Variante des bereits vielfach geschilderten neoliberalen Versuchs, den Menschen unter die Prämisse der Wachstums- und Konkurrenzförderung des Privateigentums um jeden Preis zu subsumieren. Dies läßt sich in vielerlei Hinsicht nachweisen.

In unserer Darstellung der gegenwärtigen politischen und sozialen Reorganisation der Gesellschaft der BRD<sup>99</sup> haben wir hinreichend nachgewiesen, daß eine der Marktsteuerung ausgesetzte Wirtschaft, also eine neoliberale Wirtschaftspolitik, sowie ein von einem großen Teil der Arbeitskosten befreites Unternehmerlager weder hilfreiche Maßnahmen für eine Ausdehnung der Beschäftigungsquote noch für eine Verbesserung der Situation abhängig Beschäftigter, d. h. bezüglich sozialer Sicherung und höherer Löhne, sind.

Am Beispiel der umfangreichen Deregulierung des US-amerikanischen Arbeitsmarkts in den Bereichen, in denen die Wirkungen der Deregulierungen am größten waren, läßt sich zeigen, daß dies nicht zu

---

97 »Schröder beklaut die Schwächsten«. In: »junge welt«. Berlin vom 25. Juni 1999.

98 Zitiert nach »Schröder stellt sich positive Bilanz aus«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 25. November 1999.

99 Siehe Kapitel II.7.

einer Reduzierung der Arbeitslosenquote sondern vielmehr zu einer Ausdehnung des Anteils von Niedriglohnjobs führte.<sup>100</sup> Darüber hinaus wird am »Modell USA«, in dem 18% der vollbeschäftigten Arbeitnehmer unterhalb der Armutsgrenze leben, deutlich, daß Niedriglohnjobs zu »Arbeit in Armut«<sup>101</sup> und darum zur Annahme von Mehrarbeit führen.<sup>102</sup>

Im übrigen gelingt der von Tony Blair und Gerhard Schröder propagierte Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung durch geringfügige Beschäftigung beziehungsweise Niedriglohnjobs nur aufgrund einer, den Niedriglöhnen angepaßten, Absenkung der Sozialhilfeleistungen, die mit dem Lohnabstandsgebot gerechtfertigt werden.<sup>103</sup> Dies bezeichnet Stephan Lessenich in diesem Sinne auch als den Versuch, Arbeit und Sozialstaat gegeneinander auszuspielen.<sup>104</sup> Die Verlierer sind bei allen diesen Maßnahmen die abhängig Beschäftigten und Empfänger sozialer Hilfeleistungen.

Durch diese Politik wird das Sozialstaatsprinzip ausgehebelt, welches nach Lessenich im Zeichen eines einzelnen Paradigmas steht: den »Veränderungen in der Balancierung von Marktkräften und regulativer staatlicher Kompetenz«, die diese Marktkräfte beschränken sollen.<sup>105</sup>

»Sozialpolitik erzwingt die marktförmige Verausgabung von Arbeitskraft *und* gewährt zugleich selektiven Ablauf von den Zwängen des Marktes – jeweils in Formen und Ausmaßen, die den Wechselfällen politischer Zyklen und ökonomischen Konjunkturen geschuldet und insofern historisch variabel sind.« Dieser doppelten Logik des Sozialstaats werden Krisendiagnosen, die Arbeit und Sozialpolitik gegeneinander auszuspielen versuchen, nicht gerecht.<sup>106</sup>

So spricht Roland Sturm von der Auflösung dieses »gesellschaftliche(n) Kontext(es) von Marktwirtschaft«.<sup>107</sup> Der neoliberal geforderte

---

100 Siehe »Fest im Griff einer Ideologie der freien Märkte«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 16. Oktober 1999. – Siehe auch Kapitel II.7.1.

101 Siehe R. Sitte: Wer nicht genug verdient ...

102 Siehe Kapitel II.7.1.

103 Siehe Kapitel II.7.3.2.

104 Siehe Stephan Lessenich: Vorwärts – und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Berlin 29(1999)3 (Nr. 116) (im weiteren Stephan Lessenich: Vorwärts – und nichts vergessen ...). S. 416.

105 Siehe ebenda. S. 424.

106 Siehe ebenda. S. 426 (Hervorhebung im Original).

107 Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 200.

Rückzug des Staates aus der Wirtschaft<sup>108</sup> soll diesen von den sozialen Folgen einer freien und ungebundenen Marktwirtschaft befreien, wobei er sich mit dem Hinweis auf »Eigenverantwortlichkeit und Eigenvorsorge« als »einzige Antwort auf das Kostenargument« aus der Verantwortung herausnimmt.<sup>109</sup> So sollen selbst die Bildungschancen privatisiert werden, wenn Tony Blair und Gerhard Schröder zur »Bildung von Sparkapital«<sup>110</sup> für Bildungskosten aufrufen. Hier investiert der Staat nicht in die Ausbildung von Menschen, sondern bevorzugt diejenigen Privilegierten, die es vermögen, ihre eigene Bildung selbständig zu finanzieren.<sup>111</sup>

Das Postulat der »Selbsthilfe« und »Eigenverantwortung«,<sup>112</sup> d. h. eine privatistische Konkurrenzmobilisierung, abstrahiert im Zeitalter der monopolistischen Produktions- und Machtaufteilung zwischen gigantischen Konzernen von einem gesellschaftlichen Machtverhältnis, welches, getreu der Kapitallogik, »Arbeitskraft minderere Güte« a priori marginalisiert.<sup>113</sup> Auf diese Weise wird der Verweis auf die Eigenverantwortlichkeit zu verschärften gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozessen führen, was langfristig auf den Bereich der Behindertenhilfe und die Lebenssituation behinderter Menschen durchschlagen wird. Ein Beispiel hierfür wäre die Pflicht zur pränatalen Diagnostik unter Androhung der Streichung von Unterstützungsfinanzierungen, für den Fall, daß das Kind mit Behinderungen geboren wird, die durch die Tendenz eines »Automatismus, mit dem die Schwangerenvorsorge und die Aussonderung behinderter Ungeborener derzeit verknüpft werden«<sup>114</sup> in vorstellbare Nähe gerückt ist. Ein anderes Beispiel für die Konsequenzen eines Abbaus des Sozialstaats durch den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung ist der zunehmende Legitimationsdruck, dem behinderte Menschen, wollen sie bedarfsgerechte Leistungen erhalten, gegenüber dem Sozialhilfekostenträger ausgesetzt sind.<sup>115</sup>

---

108 Siehe Kapitel II dieser Arbeit.

109 Siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 200.

110 Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten ...

111 Siehe Harald Werner: Solidarität im Angebot. Anmerkungen zum Wertewandel in der neuen Sozialdemokratie. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Frankfurt am Main (1999)40. S. 64.

112 Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten ...

113 Siehe Erwin Reichmann: Arbeitskraft minderere Güte ...

114 Martin Spiewak/Achim Wüsthof: Die stille Selektion. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 29. Dezember 1999

115 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript).

Das Schröder-Blair-Papier erscheint insoweit als der Versuch einer Delegitimierung einer marktbegrenzenden Sozialpolitik. Die damit verbundene einseitige Überhöhung einer Politik der Beschäftigungsbefähigung und des Beschäftigungszwanges markiert womöglich einerseits das neue Credo neuer sozialdemokratischer Politik und andererseits ebenfalls einen neuen wohlfahrtsstaatlichen Konsens in der BRD.<sup>116</sup> Mit anderen Worten, die Arbeit an sich, unabhängig davon, wie schädlich, überflüssig oder nützlich sie ist, wird veredelt und damit zur Pflicht für jeden erhoben.

Der Schwerpunkt des Papiers liegt auf der geplanten Entlastung der Unternehmen, denen alle Möglichkeiten zur ökonomischen Entwicklung und Expansion gegeben werden sollen. Während die sozial Schwachen sich anpassen sollen an die von Unternehmerseite für notwendig befundenen Schritte. Hier werden von Hayeks Ideale zum Prinzip der Politik erhoben.<sup>117</sup> Dies wird mit der Methode des »Jeder ist seines Glückes Schmied« vertreten. In verschleiender Sprache wird mal schleichend (»Mix von Angebots- und Nachfragepolitik«), mal offen (»Deficit-spending« sei keine Lösung«) von alten sozialdemokratischen keynesianischen Grundpositionen Abstand genommen, hin zu einer deregulierten und nur noch auf Mindestsicherung der ganz hoffnungslosen Fälle bedachten, deshalb neoliberal zu nennenden Politik. Offen wird der Bildungszugang an private Geldvorsorge gekoppelt und in einem weiteren Schritt die Abschiebung von niedrigqualifizierten Jobs in einen Niedriglohnsektor gefordert. Dies entspricht einer neoliberalen Wegbereitung zum Durchsetzen einer neuen – oder alten – Elite gegenüber einer breiteren, untergeordneten Bevölkerungsschicht.<sup>118</sup>

Dementsprechend begründet Finanzminister Hans Eichel die Kürzungen im Sozialetat wie folgt: »Sie können den Haushalt nicht sanieren, wenn Sie den *größten Brocken* einfach außen vor lassen.«<sup>119</sup> Dies ist ein Beispiel, wie Tabubrüche durch Sprache vorbereitet werden. Der sensible Bereich der sozialen Sicherung ist eben bloß ein »Brocken«, ähnlich wie »Dreck« oder »Schmutz« in »Brockenhaftigkeit« vorkommen.

---

116 Siehe Stephan Lessenich: Vorwärts – und nichts vergessen ... S. 427.

117 Siehe Kapitel II.6.2.

118 Siehe in dieser Arbeit Kapitel II.6.2.

119 Zitiert nach »Ich bin als verantwortlicher Minister der Lobbyist einer soliden Finanzplanung«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 11. Mai 1999 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

Eichel verweist dann auch darauf, daß »man schauen (muß), ob auch alle (*Sozial-* – C. H. und B. M.) Leistungen diejenigen erreichen, die ihrer bedürfen«. <sup>120</sup> Hiermit wird schleichend die Frage nach der »Verwertbarkeit« eingeführt. Denn zu unterstellen ist – wenn eine solche Bemerkung nicht weiter erläutert wird –, daß bei Anwendung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik die Verteilung der Sozialleistungen nur innerhalb dieser neoliberaler Logik gedacht werden kann. Und das würde bedeuten, daß die Menschen je nach Verfügbarkeit ihrer Arbeitskraft unterstützt würden, mithin »Arbeitskraft minderer Güte« kaum oder keine Unterstützung mehr erhielt. Somit wären die Umstrukturierungen des §93 BSHG zu interpretieren als die Einführung eines Ökonomie-Briefings, in welchem die Pflege- oder Hilfseinrichtung hinsichtlich ihrer Kompetenz in der Tauglichkeitsmachung ihrer »Klienten« für den Arbeitsmarkt geprüft werden sollen. Wonach sich dann die solchermaßen qualitätssichernden Maßnahmen zu richten hätten.

In einem Mahnbrief der Aktion »Deine Stimme für Gerechtigkeit« fordern demgegenüber namhafte Persönlichkeiten, Gewerkschaften, Kirchen u. a., dem von der Bundesregierung vorgelegten Sparpaket nicht zuzustimmen, sondern vielmehr eine Haushaltskonsolidierung »durch die Heranziehung der Besserverdienenden und Vermögenden« einzuleiten. Beim vorliegenden Sparmodell, in dem ein Drittel des Saretats auf den Sozialetat fallen, sei die Gefahr geschürt, »daß der Ausgrenzung aus der Erwerbsarbeit noch der soziale Abstieg bis in die Armut folgt.« <sup>121</sup> Diese Warnung ist nur dahingehend zu kritisieren, daß der der Erwerbsarbeitslosigkeit folgende soziale Abstieg für viele Menschen *längst zur Realität geworden ist.* <sup>122</sup>

An dieser Stelle zitieren wir noch einmal Negt, der an den Begriff der Solidarität erinnert: »Solidarität ist etwas anderes als Nächstenliebe [...] Solidarität ist ein erfahrungsgesättigter Begriff der Balance zwischen individueller Beteiligung und Selbstbestimmung und kollektivem Aufgehobensein unter Existenzbedingungen, die dem bloß Individuellen die

---

120 Zitiert nach ebenda.

121 Zitiert nach »Sozialer Abstieg in die Armut«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 29. Oktober 1999.

122 Siehe Gerhard Bäcker: Arbeitslosigkeit und Armut – Defizite der Sozialen Sicherung. In: Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Hrsg. von Siegfried Müller et al. Neuwied, Kriftel, Berlin 1997. S. 95–112.

Freiheitssituation versagen. Solidarität beruht auf der Achtung und auf dem Respekt des Anderen [...].«<sup>123</sup>

Die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Monika Simmel-Joachim, warnt, bezogen auf die Sparvorschläge der Bundesregierung, vor einer Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter die Gesetze des Marktes und vor der »zunehmenden Orientierung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.« Die Wohlfahrtspflege dürfe sich nicht »allein am Machbaren – und das heißt heute am Bezahlbaren« orientieren. »Wer sich im Sozialen nicht der eigenen Ethik des Handelns vergewissert, wird zum austauschbaren Kostenfaktor im Markt.«<sup>124</sup>

Da Begriffe wie »eigene Ethik des Handelns« zwar im Sinne auf Hilfe angewiesener Menschen ausgesprochen werden, aber doch oft abstrakt und unbestimmt bleiben und somit schnell verwischt oder ganz unterschlagen werden können, haben wir im ersten Kapitel dieser Arbeit versucht, Rahmenbedingungen bzw. Maßstäbe zu skizzieren innerhalb derer sich eine Ethik, im Sinne einer Gewährleistung gleicher Entwicklungsmöglichkeiten für alle Menschen, zu entwickeln hat, welche sich jeglicher neoliberaler Forderung nach individueller Marktwertgängigkeit entzieht.

### **3. Von der Entwertung zur Verwertung – Von der Kosten-Nutzen-Logik der Sozialpolitik bis zu Selektion und Forschung am Menschen**

Die Auflösung des »gesellschaftliche(n) Kontext(es) von Marktwirtschaft«, <sup>125</sup> der Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die sozialen Folgen der Marktwirtschaft, die im Grundgesetz verankert ist <sup>126</sup> und

---

123 Oskar Negt: Ironie der Geschichte oder Der Kaiser ist nackt. In: »Frankfurter Rundschau« vom 4. Juli 1998.

124 Zitiert nach »Wettbewerb hat Grenzen«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 29. Oktober 1999. – Anlässlich des »Welttages der Behinderten« am 23. März 1999 beklagte Gisela Hermes, Leiterin des Bildungs- und Forschungsinstitutes zum selbstbestimmten Leben Behinderter (bifos), daß in der Regierungserklärung der rot-grünen Koalition das Vorhaben eines Gleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen nicht vorgekommen sei. Dies unterstreicht die geäußerten Befürchtungen von Simmel-Joachim.

125 Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ... S. 200.

126 Siehe Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat ... S. 181. – Siehe auch Kapitel II.2.

die seit der Nachkriegszeit das Verständnis des Wohlfahrtsstaats bestimmte,<sup>127</sup> bilden den Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik und somit den Rahmen, innerhalb dessen u. a. der Abschied vom Selbstkostenerstattungsprinzip und die Einführung des Wettbewerbs im Bereich der Behindertenhilfe stattfindet, welche mit der Reform der §§93ff. BSHG eingeleitet wurden.<sup>128</sup>

Die immer stärker um sich greifende Unterwerfung des Menschen unter die Kapitallogik bzw. unter den »Terror der Ökonomie«,<sup>129</sup> der neo-liberale Versuch der totalen Vernutzung der im Menschen ruhenden Ressourcen bei Auslese und Ausgrenzung derjenigen, deren kapitalistischer Vernutzungswert gegen Null geht, der in vielen Einrichtungen und Diensten vorerst als Tendenz wahrgenommen wird, ist in anderen Bereichen bereits weit fortgeschrittene empirische Realität.

Hintergrund dieser Tendenz zur Vernutzung des Menschen bildet in der bundesdeutschen Sozialpolitik die Grundauffassung der Rehabilitationspolitik, wonach der »soziale Wert einer Person« davon abhängt, »welcher gesellschaftliche Nutzen seiner Arbeit zugebilligt wird.«<sup>130</sup>

### 3.1. REHABILITATION VON ARBEITSKRAFT

»In einer warenproduzierenden Gesellschaft, in der die Arbeitskraft selber Ware ist, ist die Behinderung damit grundsätzlich ›Arbeitskraft minder der Güte‹.«<sup>131</sup>

Das 1961 vorgelegte Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ist in diesem gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Es ist aus dem Preußischen Krüppelfürsorgegesetz von 1920 hervorgegangen und ist als ein Bestandteil der Sozialpolitik zu betrachten, die Danckwert als »Instrument der Gestaltung zum Zwecke der Ordnung in Ausführung der Herrschaft« beschreibt.<sup>132</sup> Die Version des BSHG von 1961 sah die Gewährung von

---

127 Siehe Roland Sturm: Staat und Wirtschaft ....

128 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript).

129 Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie. Wien 1997.

130 Udo Sierck: Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik. Hamburg 1992. S. 7.

131 Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 30.

132 Zitiert nach Wolfgang Jantzen: Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens. München 1982. S. 166.

Eingliederungshilfe nur bei »Geisteskranken und -schwachen« vor, die einen erkennbar guten Willen zur Mitarbeit demonstrierten.<sup>133</sup> Es bestand für diese Gruppe der Leistungsempfänger kein Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe, und diejenigen, die »zumutbare« Arbeit verweigerten, besaßen nach dem BSHG keinen Anspruch auf Hilfeleistung über das Maß des zum Lebensunterhalt Unerläßlichen hinaus. Paragraph 26 des damaligen BSHG schrieb zusätzlich die Drohung einer Einweisung in eine anstaltsähnliche Arbeitsstätte vor, wenn Arbeitsaufnahme anhaltend verweigert wurde.<sup>134</sup>

Das BSHG steht damit in der Tradition des Krüppelfürsorgegesetzes, dessen Hauptanliegen die Rückführung behinderter Menschen in die Erwerbstätigkeit war. In einer Festschrift von 1920 anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Krüppelfürsorge wird der Kosten-Nutzen-Aspekt deutlich betont: »Je mehr Almosenempfänger wir zu Steuerzahlern machen, um so eher können wir ethisch und wirtschaftlich wieder gesunden.«<sup>135</sup> Dabei spielte die an diesem unmittelbaren Kosten-Nutzen-Denken orientierte Wahrnehmung von mehr als 620.000 verwundeten Soldaten, die bis 1918 als dienstuntauglich aus dem Heer entlassen wurden, als ernsthafte Belastung für Krankenkassen, Rentenversicherung und staatliche Wohlfahrt, eine entscheidende Rolle.<sup>136</sup>

In Verknüpfung von Fürsorge und Arbeit wurde Arbeitsbeschaffung als wohltätiges Angebot definiert, was in der Folge zu einer repressiven Sozialpolitik mit Zwangsarbeit von »Schwachsinnigen« und »Geisteskranken« und anderen Erwerbsbeschränkten in den Institutionen der öffentlichen Fürsorge führte.<sup>137</sup>

Gianna und Agostino Pirella machen als die »grundsätzliche Norm« der bürgerlichen Gesellschaft die »Verdinglichung« aus. Wenn der »Verkauf der Arbeitskraft« im Rahmen der »Gesetze der Ausbeutung« nicht

---

133 Siehe Udo Sierck: Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik. Hamburg 1992. S. 149.

134 Siehe ebenda.

135 Zitiert nach ebenda. S. 16.

136 Siehe ebenda. S. 23.

137 Siehe ebenda. S. 20ff. und 131. – Die Krüppelfürsorge griff dabei auf die Methoden der taylorisierten Arbeitsprozesse zurück, die in den Fabriken von Henry Ford angewandt wurden. Ford beschreibt, wie er behinderte Menschen in den Arbeitsprozeß integrierte, wobei sein Motiv war, daß »Kranke und Krüppel« der Gesellschaft nicht mehr »zur Last« fallen und durch öffentliche Wohlfahrt ernährt werden sollten.

möglich ist, weil das Individuum über »Arbeitskraft minderer Güte« verfügt,<sup>138</sup> erfolgt das »Außerhalb der Norm«-Stellen, was wiederum den sozialen Ausschluß zur Folge hat.<sup>139</sup> »Ideologien und Institutionen« haben hier die Aufgabe von »Stabilisierungs- und Bestätigungsmechanismen« dieser »Grundnorm«, deren Kern die »Beziehung der Verdinglichung« ist.<sup>140</sup>

Inwieweit sich der Zusammenhang der Verdinglichungsbeziehung von »Arbeitskraft minderer Güte« konkret durchsetzt, hängt von der Beschaffenheit des gesellschaftlichen »Kontextes« des Betroffenen ab.<sup>141</sup> Die Offenbarung dieses Zusammenhangs kann von der Integration in Form der Ausbeutung als »billige Arbeitskraft« in Strukturen »geschützter Arbeitsplätze«<sup>142</sup> bis zur direktesten Form seiner »kapitalistischen Rationalität«, der Vernichtung von behinderten Menschen im Nationalsozialismus führen.<sup>143</sup>

Dabei reagiert das System auf Veränderungen, die beispielsweise durch veränderte sozioökonomische Verhältnisse hervorgerufen werden, immer mit der Änderung »spezifischer Normen«, »aber stets zugunsten der Grundnorm, die nicht in Frage gestellt wird«.<sup>144</sup>

In diesem Sinne ist das BSHG einzuschätzen als ein Politikinstrument, das je nach gegebener sozioökonomischer und gesellschaftspolitischer Situation »Normen« änderte, wie beispielsweise die Ausweitung des Rechts auf Eingliederungshilfe im Zuge der ökonomischen Prosperitätsphase mit einhergehender politischer Liberalisierung ab Mitte der sechziger Jahre, ohne dabei die »Grundnorm« in Frage zu stellen, die die »Norm der Verdinglichung« ist. So stellt Wolfgang Jantzen auch fest, daß sich seit 1969/1970 zwar vieles im Bereich der Behindertenhilfe verändert habe, »die grundsätzlichen Änderungen sind jedoch weitaus geringer als man vermuten möchte«. Von »primärer Prävention« [Schädigungsvermeidung durch Intervention in ihrem sozialen Entstehungs-

138 Siehe Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung. Ideologie und institutionelle Praxis. In: Sozialisation der Ausgeschlossenen. Praxis einer neuen Psychiatrie. Hrsg. von Agostino Pirella. Reinbek 1975 (im weiteren Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ...). S. 105. – Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ...

139 Siehe Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ... S. 101f.

140 Siehe ebenda. S. 105 und 109.

141 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 30.

142 Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ... S. 110.

kontext] könne, laut Wolfgang Jantzen, zum damaligen Zeitpunkt entgegen vorhandener Forschungserkenntnisse »nicht die Rede sein«. <sup>145</sup>

Während in diesen Zusammenhängen weitgehend die Verwertung der Arbeitskraft behinderter Menschen die zentrale Rolle spielt, kommt mit aufkommender Neoliberalisierung verstärkt das Moment der Verwertung des Menschen selber hinzu. Die Umstrukturierung der §§93ff. BSHG mit der ihr innewohnenden Tendenz zur Neuformulierung längst überwunden geglaubter psychiatrischer Kategorien wie »Unbildbarkeit«, wie durch die Hilfebedarfsgruppeneinteilung nach dem Haas-Gutachten demonstriert wird, kann hier als Beitrag zum Projekt der Verwertung des Menschen gesehen werden, der die nahezu vollständige Unterwerfung der Menschen unter die kapitalistische Verwertungslogik – bis hin zu seiner physischen Vernichtung[!] – ideologisch mit auf den Weg bringt.

### 3.2. DIE VERWERTUNG DES MENSCHEN

Was in Teilen des Bereichs der Behindertenhilfe noch als Tendenz einer verschärften Subsumtion von Menschen unter die Kapitallogik wahrgenommen wird, existiert in anderen Bereichen in Form weitergehender Vorschläge zur Vernutzung von Menschen, die teilweise bereits empirische Realität sind. Hier erfolgt gemäß den Grundsätzen des Neoliberalismus als eine Modernisierung des Kapitalismus zur Erhöhung der Profite die totale Verwertung von Menschen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen.

In der »Konvention für Menschenrechte und Bio-Medizin« des Europarates, kurz Bioethik-Konvention genannt, beinhaltet Artikel 17-2 die Zulassung von fremdnütziger Forschung an einwilligungsunfähigen Menschen, »die nicht das Potential eines direkten Nutzens für die Gesundheit des Probanden hat«<sup>146</sup> – gemeint sind Minderjährige, Altersdemente, Menschen mit geistigen Behinderungen, psychischen Erkrankungen,

---

143 Siehe Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik ... S. 30.

144 Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ... S. 111.

145 Wolfgang Jantzen: Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens. München 1982. S. 186.

146 Council of Europe: Entwurf eines Übereinkommens zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin. Bioethik-Konvention. Strasbourg 1996 (im weiteren Bioethik-Konvention ...).

Menschen mit Schädel-Hirn-Verletzungen und Wachkoma-Patienten –, sofern ein nur »minimales Risiko« und eine »minimale Belastung« besteht und Nutzen für Gleichaltrige oder Menschen mit dem selben Zustand vorliegt.<sup>147</sup>

In Artikel 18 der Bioethik-Konvention wird Embryonenforschung in vitro ohne Zeitbeschränkung bei »angemessenem Schutz« des Embryos zugelassen. Entsprechende Zulassungen gentherapeutischer und gendiagnostischer Maßnahmen finden sich an gleicher Stelle in den Artikeln 13, 14 und 32-4.<sup>148</sup>

Die Bioethik-Konvention, die völkerrechtlich verbindlich ist, hat den Anspruch, verbindliche Mindeststandards für die Forschung und ausreichenden Schutz des einzelnen Menschen zu formulieren.<sup>149</sup>

Im Umfeld dieser Entwicklungen stellten Hanfried Helmchen und Hans Lauter die Frage »Dürfen Ärzte an Demenzkranken forschen?«,<sup>150</sup> um sie gleich positiv zu beantworten. Sie postulieren einen Bedarf an Demenzforschung, der durch Tierversuche und Forschung an einwilligungsfähigen Menschen nicht weiterführe beziehungsweise nicht adäquat gedeckt sei. Ausgangspunkt der Argumentation bei den Autoren ist dabei eine quantitative Beschreibung der Demenzerkrankungen, wonach fünf Prozent der über 65jährigen an Demenz erkrankt seien.<sup>151</sup> Mit ihrer Auffassung verstoßen Hanfried Helmchen und Hans Lauter gegen den Nürnberger Kodex,<sup>152</sup> der sinngemäß vorschreibt: Die freiwillige Zu-

147 Siehe Michael Wunder: Bio-Medizin und Bio-Ethik – Der Mensch als Optimierungsprojekt. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)71 (im weiteren Michael Wunder: Bio-Medizin und Bio-Ethik ...). S. 27.

148 Siehe Bioethik-Konvention ...

149 Siehe Michael Emmerich: Forschung an nichteinwilligungsfähigen Menschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn vom 5. Februar 1999 (im weiteren Michael Emmerich: Forschung an nichteinwilligungsfähigen ...). S. 13.

150 Hanfried Helmchen/Hans Lauter. Dürfen Ärzte an Demenzkranken forschen? Analyse des Problemfeldes, Forschungsbedarf und Einwilligungproblematik – vorgelegt vom Arbeitskreis »Forschungsbedarf und Einwilligungproblematik bei psychisch Kranken«. Stuttgart, New York 1995 (im weiteren Hanfried Helmchen/Hans Lauter: Dürfen Ärzte an Demenzkranken forschen ...).

151 Siehe Michael Emmerich: Forschung an nichteinwilligungsfähigen ... S. 13.

152 Der Nürnberger Kodex gilt als breit akzeptierte Leitlinie zur Forschung an Menschen. Er ging aus den Nürnberger Ärzteprozessen, der Aliiertenrechtsprechung über die Ärzte im Nationalsozialismus, hervor (siehe ebenda).

stimmung der Versuchsperson ist ohne Ausnahme unbedingt erforderlich.<sup>153</sup>

Hanfried Helmchen und Hans Lauter legitimieren ihr Anliegen mit einem »Generationenvertrag« der wechselseitigen Verantwortung. Durch die Solidarität, die jüngere Menschen in Form der Pflege alter und kranker Menschen aufbrächten, würde bei vielen Demenzkranken eine Bereitschaft zur Teilnahme an Forschungsvorhaben vorhanden sein; ein soziales Verantwortungsgefühl bezüglich der Gesundheit kommender Generationen sei auch bei einwilligungsunfähigen Demenzkranken voraussetzen.<sup>154</sup>

In die selbe Richtung argumentiert der Philosoph Ludger Honnefelder, Mitglied im Bioethik-Komitee des Europarates und Vorsitzender des »Instituts für Wissenschaft und Ethik«, welches 1994 vom Bundesgesundheitsministerium ins Leben gerufen wurde, der eine »Schlüsselfigur in der Debatte über die Forschung an Nichteinwilligungsfähigen« ist. Er verweist auf die Eingebundenheit des nichteinwilligungsfähigen Menschen »in die soziale Gemeinschaft«, deren Ressourcen er »in Anspruch nimmt« und dessen »Menschenwürde« aus dem Grund nicht durch Forschungen an ihm verletzt würden, weil er »in Solidarität« mit den »Mitmenschen« verbunden ist, die »an der gleichen Krankheit oder Störung leiden«.<sup>155</sup>

Auch die juristische Rede stärkt die bioethische Argumentation, wenn Albin Eser, Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Recht in Freiburg, nach den Zumutbarkeiten für Angehörige und zukünftige Generationen fragt<sup>156</sup> und an die Opferbereitschaft der zu beforschenden Patienten appelliert.<sup>157</sup>

Robert Antretter, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), bezieht die Embryonenforschung auf die Experimente an Nichteinwilligungsfähigen, da Embryonen ebenfalls nicht einwilligungs-

---

153 Siehe Volker van der Locht: Der Nürnberger Ärzteprozeß und die ärztliche Ethik. Zur Erinnerung an den Prozeßbeginn vor 50 Jahren. In: die randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik. Hamburg 11(1996)1. S. 37–39.

154 Siehe Hanfried Helmchen/Hans Lauter: Dürfen Ärzte an Demenzkranken forschen ... S. 71.

155 Zitiert nach Michael Emmerich: Forschung an nichteinwilligungsfähigen ... S. 14.

156 Siehe Erika Feyerabend: Entscheidung zum Töten. In: die randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik. Hamburg 11(1996)1 (im weiteren Erika Feyerabend: Entscheidung zum Töten ...). S. 32–34.

157 Siehe Michael Emmerich: Forschung an nichteinwilligungsfähigen ... S. 13.

fähig seien, und weist angesichts schwammiger Formulierungen in der Bioethik-Konvention auf die drohende massenhafte Verwertung von Embryonen und Föten hin.<sup>158</sup>

Konkrete Praxis haben die Forschungspläne an Nichteinwilligungsfähigen unter anderem im unterfränkischen Eisingen erlangt, wo seit den achtziger Jahren heimliche Blutentnahmen und humangenetische Forschungen an rund 160 geistig behinderten Bewohnern des St.-Josef-Stifts in Kooperation von wenigstens der leitenden Ärztin des Stiftes und drei Mitarbeitern des Humangenetischen Instituts der Universität Würzburg entnommen wurden.<sup>159</sup>

Der Hintergrund für die Forderung nach Forschung an Nichteinwilligungsfähigen, und damit auch an Embryonen, ist die beabsichtigte Belegung des Marktes mit dem Rohstoff Mensch. Die Gentechnologie und der Organhandel sind ein Multi-Millionen-Dollar-Markt,<sup>160</sup> wobei ein Beispiel die für die zukünftige Entwicklung der Bio-Medizin wichtige Embryonenforschung ist, die zur Entwicklung von Gentherapie und -diagnostik von entscheidender Bedeutung sind.<sup>161</sup> Hier wird also ein neues Geschäftsfeld zur Steigerung des Wachstums erschlossen.

Die Regulierungsversuche der Bioethik-Konvention sind somit auch in erster Linie als »globale Instrumente der Ermöglichung und Erleichterung der Forschung und Anwendung der Bio-Medizin« zu verstehen, die vor dem Hintergrund rasanter bio-medizinischer Entwicklungen notwendiger rechtlicher Änderungen bedarf.<sup>162</sup>

Die Bioethik-Konvention erlaubt weiterhin die Entnahme von regenerierbarem Gewebe bei nichteinwilligungsfähigen Menschen für kranke Verwandte, geregelt in Artikel 20.<sup>163</sup>

Gemäß einer – wie nachgewiesen – zunehmend neoliberal durchkapitalisierten Gesellschaft zeigen die Organtransplantationspraxis sowie die Pläne zu medizinischen Experimenten an Nichteinwilligungsfähigen, daß das menschliche Leben »in einen neuen und gefährlichen Bewertungszu-

158 Siehe ebenda. S. 20.

159 Siehe Tübinger Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention 2000. 14. Zirkular. Tübingen 1998. – Tübinger Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention 2000. 17. Zirkular. Tübingen 2000.

160 Siehe Wechselwirkung. Vijlen (1994)66.

161 Siehe Michael Wunder: Bio-Medizin und Bio-Ethik ... S. 26f.

162 Siehe ebenda. S. 26 und 23ff.

163 Siehe ebenda.

sammenhang«<sup>164</sup> gerät. Dies bedeutet auf der einen Seite die Ausbeutung des Menschen in bisher nicht gekannter drastischer Dimension, nämlich die Verwertung seiner Organe ohne seine Zustimmung. Während auf der anderen Seite angesichts vorherrschenden Organmangels ganze Patientengruppen selektiert und ausgegrenzt werden aus der Versorgung, wie beispielsweise psychisch Labile, Alkoholiker, HIV-Infizierte und Krebspatienten.<sup>165</sup>

In Zeiten »knapper Ressourcen« werden Kranke zum »sozialen Kostenfaktor«, dies »formiert sich zum Sachzwang«.<sup>166</sup> Dieser vermeintliche Sachzwang äußert sich u. a. in der, in Großbritannien längst üblichen Praxis der Vergabe von *Quality Adjusted Life Years Saved* (QALYs), die Bewertung von Lebensqualität, die durch eine medizinische Behandlung die gewonnenen Lebensjahre ermittelt und auf eine sogenannte »Rosser-Matrix« überträgt, welche den Sinn einer medizinischen Behandlung eines vermeintlichen Patienten gegenüber einem andern nach Kosten-Nutzen-Abwägungen berechnet.<sup>167</sup>

In Rückbezug auf den »performativen Diskurs« und die Organisation von Konsens zur Durchsetzung einer vorherrschenden Moral bzw. von anzustrebender »Normalität« in unserer Gesellschaft sei hier auf eine Äußerung von Frederick Osborne, Präsident der *American Eugenics Society*, verwiesen, der ganz in diesem Sinne argumentiert: »Das eugenische Ideal fordert eine Gesellschaft, die so organisiert ist, daß die eugenische Selektion als selbstverständlicher und weitgehend unbewußter Prozeß stattfindet.«<sup>168</sup>

Auf den Komplex der pränatalen Diagnostik, die einer Selektion und Optimierung menschlichen Lebens entspricht sowie der Bereich der Sterbehilfe bzw. des »Todes auf Verlangen«, der einer Exekution nach den Regeln des Marktwertes am eigenen Körper beziehungsweise am eigenen Dasein gleichkommt, indem das eigene Leben als »Belastung für

---

164 Michael Emmerich: Der verwertbare Mensch. In: »Frankfurter Rundschau« vom 27. Dezember 1999.

165 Siehe ebenda.

166 Erika Feyerabend: Entscheidung zum Töten ... S. 34.

167 Siehe Martin Spiewak: Teure Patienten unerwünscht. In: »Die Zeit«, Hamburg vom 11. November 1999. – Dirk Kurbjuweit: Tödliche Grenzen. In: »Die Zeit«, Hamburg vom 9. Oktober 1992.

168 Zitiert nach Sabine Schleiermacher: Gesellschaft und Biologie. Die Lösung der »sozialen Frage«. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)71. S. 18.

die Gesellschaft« aufgefaßt wird, sei hier aus Platzgründen nur am Rande verwiesen.

Die Gefahr einer Ausweitung einer »Ausschließung-Ausbeutung« der Menschen, sehen auch Gianna und Agostino Pirella. Sie weisen vor dem Hintergrund der für die »auf allen Ebenen« der kapitalistischen Gesellschaft geltenden »grundsätzlichen Norm der Verdinglichung«, die »sämtliche Beziehungen des Menschen zur Gesellschaft und zum Mitmenschen bestimmt«, auf die von »Ausschluß« bedrohten Kinder und Alten hin.<sup>169</sup> Hierbei ist das potentielle Ausschlußkriterium des Kindes seine noch nicht vorhandene Befähigung, Arbeitskraft zu sein, während das potentielle Ausschlußkriterium der alten Menschen die Tatsache ist, daß sie »nicht mehr produktiv« sind.<sup>170</sup> Angesichts neoliberaler politökonomischer Umwälzungen besteht nun die weitergehende Gefahr, daß die Gruppe von Menschen, die tendenziell über »Arbeitskraft minderer Güte« verfügt, zunehmend, zur erweiterten Ausbeutung ausgenutzt werden.

Das die durch die Ausgrenzung behinderter Menschen vermittelte sowie durch die Forderung nach ihrer Zurverfügungstellung für Forschungszwecke bestätigte *Entwertung* von Menschen mit Behinderungen immer auch ein Schritt in Richtung ihrer *Vernichtung* ist, zeigt nachhaltig die »Neue ›Euthanasie‹-Debatte«, deren Apologeten in verstärktem Maße seit Mitte der achtziger Jahre in utilitaristischer Manier den »Lebenswert« behinderter Menschen thematisierten, in den Zusammenhang mit *Kosten-Nutzen-Analysen* einbezogen und in Frage stellten.<sup>171</sup>

---

169 Siehe Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ... S. 105.

170 Siehe ebenda. S. 105f. (Hervorhebung im Original).

171 Siehe zur Einführung Anne-Dore Stein: Lebensqualität statt Qualitätskontrolle menschlichen Lebens. Berlin 1992. – Franz Christoph: Tödlicher Zeitgeist. Notwehr gegen Euthanasie. Köln 1990. – Nicht ohne Grund begann der »Boom« präferenz-utilitaristischer Überlegungen von Moralphilosophen wie Peter Singer oder Rainer Hegselmann, die das Lebensrecht behinderter Menschen zur Disposition stellten (und stellen), in den achtziger Jahren, als die ersten spürbaren Einschnitte der neoliberalen Umstrukturierung des Kapitals wahrgenommen wurden und verstärkt die Frage nach Möglichkeiten zur Kosteneinsparung gestellt wurde. Dies verlief, wie wir im Rahmen der Reorganisation der Gesellschaft der BRD (siehe Kapitel II.7.) nachgewiesen haben, entlang der neoliberalen Ideologielinie, wonach der Sozialstaat, also u. a. die vorgeblichen »Ausgaben für behinderten Menschen«, Ursache der Staatsverschuldung sei und in angebotstheoretischer Manier Reichtumsförderung der Reichen und Steuerentlastung der Unternehmen zum »Heilmittel« erklärt wurden, um aus der Krise zu gelangen. Vertreter der »Euthanasie«-Thesen erfüllten hier u. a. die Rolle von Ideologieproduzenten zur Legitimation der Exekution einer neuen, neoliberalen, den Menschen unterwerfenden Verwertungslogik des Kapitals.

Aus Platzgründen können wir auf diese Debatte hier nur am Rande verweisen. Es bleibt uns jedoch noch darauf hinzuweisen, daß die Vernichtung »behinderten Lebens«<sup>172</sup> bereits in Form der Präimplantationsdiagnostik und Pränataldiagnostik Gestalt annimmt. Beide haben nahezu ausschließlich Selektionsfunktion, um etwaige Behinderungen festzustellen, um daraufhin die Abtreibung des Kindes anzuraten.<sup>173</sup> Und ebenso kann die Billigversorgung von schwer geistig behinderten Menschen mit »sozialer Euthanasie«<sup>174</sup> umschrieben werden.<sup>175</sup>

Die Entwicklung von der Ausgrenzung zur Vernichtung »behinderten Lebens« nahm historisch in den Vernichtungsaktionen der Nationalsozialisten ihren bisher drastischsten Verlauf. Vor diesem historischen Hintergrund soll im folgenden Kapitel exemplarisch das Handeln eines Pädagogen der »Krüppelfürsorge« jener Zeit untersucht werden.

#### **4. Exkurs: Von der Notwendigkeit politischen Handelns – Der Fall Peter Joseph Briefs**

Der »gesellschaftliche Charakter der Gewalt«, wie er in Form der beschriebenen Entwertungs- und Verwertungsstrategien ausgedrückt ist, bedarf der »Intermediäre« bzw. »Agenten der Macht«, die zwischen die »Ausgebeuteten und die Macht«<sup>176</sup> geschoben sind und dort die Rolle von »Angestellten« und »Funktionären der Herrschaft« einnehmen, die die unterdrückten Gruppen disziplinieren und die herrschenden Verwertungsstrategien an ihnen exekutieren.<sup>177</sup>

---

172 Franz Christoph: Tödlicher Liberalismus – unverantwortliche Verdrängung. In: Lebensqualität statt Qualitätskontrolle menschlichen Lebens. Hrsg. von Anne-Dore Stein. Berlin 1992.

173 Siehe Sigrid Graumann: Selektion im Reagenzglas. Versuch einer ethischen Bewertung der Präimplantationsdiagnostik. In: Im Zeitalter der Bio-Macht. 25 Jahre Gentechnik – eine kritische Bilanz. Hrsg. von Michael Emmerich. Frankfurt am Main 1999.

174 Wolf Wolfensberger: Der neue Genozid an den Benachteiligten, Alten und Behinderten. Gütersloh 1991.

175 Siehe Wolfgang Jantzen: Qualitätssicherung in einer Großeinrichtung. In: Wolfgang Jantzen: Deinstitutionalisierung ... S. 137–157.

176 Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ... S. 106.

177 Siehe Franca Basaglia-Ongaro/Franco Basaglia: Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen. Frankfurt am Main 1980. S. 11–61.

Das historische Fallbeispiel des Pädagogen im Bereich der Behindertenhilfe, damals »Krüppelfürsorge«, Peter Joseph Briefs, der bei vollem Bewußtsein der Gefahren der nationalsozialistischen Sozialpolitik für behinderte Menschen, angesichts der Formulierung eines der Kapitallogik vollständig unterworfenen Menschenwert-Kriteriums, 1934 eindringlich vor »Euthanasie«-Maßnahmen an diesen Menschen warnte und schließlich 1940 die nationalsozialistische Sozialpolitik lobte, zeigt eindringlich die Wandlung eines Professionellen zum »Zustimmungsfunktionär«<sup>178</sup> und damit zum »Agenten der Macht«.

Gianna und Agostino Pirella weisen darauf hin, daß eine Grundlage für »die Erfüllung der allgemeinen Ziele des Systems« unter anderem die »Funktionalität der gegenseitigen Rollen«<sup>179</sup> von Professionellen und Patienten ist und plädieren daher für die politische Handlung der Überprüfung der Systembedingungen innerhalb und außerhalb der Institutionen: Diese Überprüfung ist »eine kollektive Überprüfungsarbeit, die für alle offen ist, die dem institutionellen Lager angehören, und bei der insbesondere der Gegensatz zwischen den Intellektuellen und der Masse zur gegenseitigen Überprüfung der sozioökonomischen Beziehungen, der institutionellen Machtbeziehungen, aber auch der partiellen und der Klassenwidersprüche, der Rolle der Intellektuellen [...] von Bedeutung ist. Es handelt sich also um eine Arbeit, die als »politisch« definiert werden kann.«<sup>180</sup>

Angesichts der gegenwärtigen menschenentwertenden Tendenzen der politökonomischen Umwälzungen scheinen uns diese Warnungen und Ermahnungen mehr als angebracht.

#### 4.1. ZU PETER JOSEPH BRIEFS

Peter Joseph Briefs schreibt 1934 in Heft 1 der Zeitschrift »Der Krüppelführer« einen Artikel »Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten«.<sup>181</sup> Diesem Artikel gingen zwei bedeutende historische Ereignisse in Deutschland voraus.

1920 veröffentlichten der Strafrechtsprofessor Karl Binding und der Neuropathologe Alfred E. Hoche die Schrift »Die Freigabe der Vernich-

---

178 Siehe ebenda.

179 Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ... S. 118.

180 Ebenda (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

«... nach deren Ausgangspunkt das menschliche Leben keinen absoluten Wert hat.<sup>182</sup> Die beiden Autoren schreiben u. a., daß geprüft werden müsse, ob es »Menschenleben (gibt), die so stark die Eigenschaft des Rechtsgutes eingebüßt haben, daß ihre Fortdauer für die Lebensträger wie für die Gesellschaft dauernd allen Wert verloren hat«. Zielgruppe ihrer Überlegungen waren unheilbar Kranke, Bewußtlose und »unheilbar Blödsinnige«.<sup>183</sup>

Am 14. Juli 1933, bereits unter nationalsozialistischer Regierung, wird das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GzVeN) im Reichstag verabschiedet, um am 1. Januar 1934 in Kraft zu treten. Paragraph 1, Abs. 2 GzVeN lautete: Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet:

1. angeborener Schwachsinn,
2. Schizophrenie,
3. zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein,
4. erbliche Fallsucht,
5. erblicher Veitstanz,
6. erblicher Blindheit,
7. erblicher Taubheit,
8. schwer erblicher körperlicher Mißbildung.<sup>184</sup>

Mit diesem Gesetz wurde das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit systematisch in Frage gestellt, indem nach rechtsstaatlichen Kriterien Menschen aufgrund ihrer biologischen Eigenarten im »Interesse des Ganzen« verstümmelt werden konnten.<sup>185</sup>

Peter Joseph Briefs mußte also zum Zeitpunkt der Abfassung seines Artikels von diesen beiden historischen Vorkommnissen Kenntnis gehabt

181 Siehe Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten. In: Der Krüppelführer. Zeitschrift für katholische Krüppelfürsorge. Gütersloh 7(1934)1 (im weiteren Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ...). S. 1–47.

182 Siehe Oliver Tolmein: Geschätztes Leben. Die neue »Euthanasie«-Debatte. Hamburg 1990 (im weiteren Oliver Tolmein: Geschätztes Leben ...). S. 182.

183 Siehe ebenda.

184 Siehe Wolfgang Jantzen: Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik. Lollar 1977. S. 127f.

185 Das verabschiedete GzVeN entsprach weitgehend einem Entwurf von 1932, der also noch vor Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 verfaßt wurde (siehe Oliver Tolmein: Geschätztes Leben ... S. 184 – Wolfgang Jantzen: Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik. Lollar 1977. S. 127).

haben. Dies ist hervorzuheben, da viele seiner Aussagen sich auf diese Ereignisse zu beziehen scheinen, ohne daß er dies an irgendeiner Stelle explizit ausspricht. Seine Schrift aus dem Jahre 1934 kann also durchaus als eine Warnung hinsichtlich sich politisch abzeichnender Prozesse, zuungunsten behinderter Menschen, speziell »Gelähmter«, verstanden werden.

In seinem Artikel von 1934 versucht Peter Joseph Briefs, wie der Titel bereits andeutet, eine »Pädagogik der Gelähmten« grundzulegen. Unter den »Gelähmten« versteht Peter Joseph Briefs alle Menschen, die »infolge ihres Leidens der körperlichen Beweglichkeit ganz oder zum großen Teil entraten müssen, ohne Rücksicht auf die aetiologische Frage, ob der Behinderung eine Lähmung im eigentlichen Sinne oder eine andersgeartete Erkrankung zu Grunde liegt«. <sup>186</sup> Die Frage, ob eine Lähmung erbt oder auf andere Weise erworben wurde, ist für Peter Joseph Briefs Überlegungen folglich ebenfalls unwichtig.

Anlaß dieser Grundlegung ist für ihn die aufkommende Debatte über »Euthanasie«: »Hier und da erklang in deutschen Gauen das Wort von der Euthanasie der Gebrechlichen, zumal der Siechen [...] Wie ein böser Spuk mutet es einen an.« <sup>187</sup> Hierbei dürfte Peter Joseph Briefs sich unter anderem auf die Schrift von Karl Binding und Alfred Hoche beziehen, namentlich richtet er seine Kritik jedoch nur gegen E. Mann und dessen Schrift »Moral und Kraft«. <sup>188</sup> Peter Joseph Briefs will mit der »Pädagogik der Gelähmten« die »für die Schwerbehinderten außerordentlich wichtige Frage« der »Euthanasie« »im negativen Sinne« entscheiden, indem er den »Gelähmten« allgemein Bildungsfähigkeit zuspricht: »[...] auch im Gelähmten (ist) die Möglichkeit einer seelisch-geistigen Führung mit den Mitteln der Pädagogik zu pädagogischen Zielen gegeben [...]«. <sup>189</sup> Dabei mag Peter Joseph Briefs die drohende Gefahr in den u. a. im Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vorgenommenen zunehmenden Entwertungen des Lebens behinderter Menschen und zunehmend das von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen <sup>190</sup> erkannt haben.

---

186 Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 1

187 Ebenda. S. 47.

188 Siehe ebenda. S. 6.

189 Ebenda. S. 1f.

190 Siehe §1, Abs. 2, Pkt. 8 GzVeN.

Seine pädagogische Grundlegung richtet sich kritisch gegen eine »sozialbiologische Auffassung des Krüppelproblems«, die er an anderer Stelle mit einem »Naturalismus aller Schattierungen« überschreibt.<sup>191</sup>

Grundauffassung dieser sozialbiologischen Theorie, so kritisiert Peter Joseph Briefs, ist ein »physio-psychischer Parallelismus«, nach dem eine körperliche Funktionsstörung eine »Beeinträchtigung des ganzen Menschen« besonders seines »seelischen Lebens« und seines »Charakters« bedeute. Diese Anschauung macht »die Motorik, die körperliche Bewegung zur notwendigen Voraussetzung einer [...] seelischen Bewegung, also auch eines pädagogischen Fortschrittes [...]«. <sup>192</sup> So wird der »körperliche Bewegungszuschuß« zur Voraussetzung einer »Heilpädagogik am Gebrechlichen«, der unheilbar »Gelähmte« wird aus der Krüppelfürsorge ausgeschlossen. Das Ziel »einer pädagogischen Arbeit am Organgeschädigten« ist »rein utilitaristisch-wirtschaftlich eingestellt: Es gibt kein anderes Ziel als die Wehrhaftmachung der Gebrechlichen für das Erwerbsleben.«<sup>193</sup>

Diese sozialbiologische Theorie läuft, so Peter Joseph Briefs, in letzter Konsequenz auf die »Euthanasie« der Körperbehinderten hinaus: Die »Forderung der Euthanasie dieser Organgeschädigten ist bislang nur erst von Unverantwortlichen [...] aufgestellt worden. Die verantwortlichen

---

191 Siehe Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 4 und 46. – In einer Reflexion über den Totalitarismus beschreibt Herbert Marcuse im gleichen Jahr wie Peter Joseph Briefs, 1934, den Naturalismus als »Mythos«, der die »Abdrängung des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens« verdecken soll, indem er eine »Entgeschichtlichung« betreibt, die die »besonderen Schicksale der Individuen, ihre Strebungen und Bedürfnisse, ihre Not und ihr Glück« für »nichtig, vergänglich« erklärt und nur das »Volk« als »bleibend« anerkennt (siehe Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus ... S. 36f.). – Damit geht Herbert Marcuse weit über die Beschreibung des Naturalismus bei Peter Joseph Briefs hinaus, indem er den Naturalismus offen dem Totalitarismus zurechnet. Hiermit ist ein Zusammenhang hergestellt, den Peter Joseph Briefs nicht ausformuliert, jedoch sehr wohl indirekt anspricht, wenn er von der drohenden »Euthanasie« für »Gelähmte« spricht nur aufgrund »utilitaristisch-wirtschaftlich(er)« Gründe wie beispielsweise mangelnde Möglichkeit zur »Wehrhaftmachung« (siehe Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 5). – Die Feststellung der Entwertung des einzelnen Menschen und dessen Unterordnung unter ein »völkisches Ganzes«, die laut Herbert Marcuse in naturalistischen Erklärungsmustern gerechtfertigt werden sollen, dürften somit auch als Erkenntnishintergrund bei Peter Joseph Briefs anzunehmen sein.

192 Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 4.

193 Ebenda. S. 4f. (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

Vertreter dieser Art der Krüppelfürsorge wünschen für die nichtentkrüppelungsfähigen, und deshalb nach ihrer Auffassung auch nicht erziehbaren Gebrechlichen vorerst die Asylierung [...] Es ist nur eine Frage der Zeit, wann (diese Forderung im Sinne des Naturalismus und des wirtschaftlichen Utilitarismus) [...] schließlich auch unverhüllt« zur »Forderung der Euthanasie dieser Körperbehinderten« wird.<sup>194</sup>

Der sozialbiologischen Auffassung hält Peter Joseph Briefs eine von ihm favorisierte »berufsethische Auffassung des Krüppelproblems« entgegen. Diese Auffassung verwirft die Ansichten, die körperliche Bewegung sei der einzige Ausdruck der Seele und die Voraussetzung zur »pädagogischen Beeinflussung« lägen in einer »vorhergehenden Enthemmung des Körpers« und geht von der Bildungsfähigkeit aller aus: »Immer und unter allen Umständen besteht also für die Gelähmten aller Grade nach der berufsethischen Auffassung die Möglichkeit einer pädagogischen Führung [...].«<sup>195</sup>

Auch wird die Endogenität von »seelischen Schäden« bei »Körperbehinderten« verworfen, die vielmehr als »Milieugeschädigte« zu betrachten wären, deren Selbstbild von »der Einstellung des Milieus abhängt«. Ebenso erteilt dieser Ansatz der Auffassung von der Wertbestimmung eines Menschen hinsichtlich seiner Zurichtbarkeit für den Arbeitsmarkt eine Absage: »Der ökonomische Wert, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist nicht der einzige und nicht einmal der wichtigste Personalwert des Menschen.«<sup>196</sup>

Diese vorherrschende hervorgehobene Wertigkeit von Erwerbsarbeit sieht Peter Joseph Briefs in »der Berufsgesinnung des ökonomischen Menschen im kapitalistischen Zeitalter« dokumentiert, »derzufolge die Erwerbsarbeit als Selbstzweck [...] als absoluter und einziger Zweck des ganzen menschlichen Daseins zu gelten habe«. Dies bedeute, so Peter Joseph Briefs, »die völlige Umkehrung des natürlichen Sachverhalts«, der seiner Meinung nach in der »christlichen Auffassung« repräsentiert sei.<sup>197</sup>

Auf der Grundlage dieser christlichen Anschauung, im »Übernatürlichen«,<sup>198</sup> versucht er »Wert und Würde des Menschen« und auch »Ver-

---

194 Siehe ebenda. S. 6.

195 Ebenda. S. 7.

196 Ebenda. S. 9.

197 Siehe ebenda. S. 25.

198 Ebenda. S. 18.

pflchtungen« von »Schwerbehinderten«, die zu keiner Erwerbsarbeit in der Lage sind, zu begründen, was als Versuch einer theoretischen Grundlegung Peter Joseph Briefs angesehen werden kann, den schwerbehinderten Menschen in der Gemeinschaft aller Menschen zu belassen, wenn er schreibt: »Es gibt nach dieser christlichen Anschauung keinen Menschen, der nicht seinen irgendwie gearteten Gemeinschaftswert besäße, oder der nicht verpflichtet wäre, diesen seinen Gemeinschaftswert irgendwie zu praktizieren. Diese Verpflichtung besteht in voller Schärfe auch für diejenigen, die einer *wirtschaftlichen* Gemeinschaftsleistung etwa in Form der Arbeit gar nicht fähig sind [...] An diesem Punkte zeigt es sich, daß es unberechtigt ist, die Schwerbehinderten als Tiefwertige zu bezeichnen, deren Eingliederung in die Gemeinschaft als ebenbürtige, leistungsfähige Gemeinschaftsglieder nicht möglich sei.«<sup>199</sup>

Zum Wert der »Leistungen« von schwerbehinderten Menschen schreibt er, daß »eine Leistung [...] auch da vorhanden sein (kann), wo eine Möglichkeit äußeren Erwerbsschaffens nicht gegeben ist [...] die höchsten Berufe sind solche, die eine Erwerbsarbeit sogar ausschließen.«<sup>200</sup> Hiermit meint Peter Joseph Briefs den »Beruf mit passiven Berufsleistungen«, den Beruf der »vita contemplativa«, der für die »Schwerbehinderten von der größten Bedeutung ist«. »Inhaltlich besteht die *berufliche Leistung der Schwerverkrüppelten* darin, daß sie sich in entschlossenem Verzicht und in starkem, oft heroischem seelischem Kampfe zur *Anerkennung und Bejahung ihrer eigenartigen Lage* durchringen, daß sie in ihr die ihnen von Gott gestellte Lebensaufgabe sehen und diese zu erfüllen.«<sup>201</sup>

Peter Joseph Briefs Überlegungen für eine »Pädagogik der Gelähmten« ist von einer stark zu kritisierenden besondernden Beschreibung von Behinderung durchsetzt, wie u. a. seine häufigen Feststellungen der »Eigenartigkeit« von Behinderung belegen. Ebenso kritisch hervorzuheben, wäre der stark mystifizierende und somit reale gesellschaftliche Machtverhältnisse negierende religiöse Bezug in seiner Auffassung.

Bemerkenswert erscheint uns jedoch seine Sichtweise, eine »*Gefahr, im Ausfall der wirtschaftlichen Leistung die volle Entwertung des ganzen Individuums zu sehen*«,<sup>202</sup> die ihn, angesichts einer drohenden Gefahr

---

199 Ebenda. S. 18 und 21 (Hervorhebung im Original).

200 Ebenda. S. 27.

201 Ebenda. S. 28.

202 Ebenda. S. 8.

von »Euthanasie«-Maßnahmen, zu dem, wenn auch höchst problematisch begründeten, Versuch veranlaßt, »Gelähmten« einen Wert nachzuweisen.<sup>203</sup>

Die Gelähmtenpädagogik »soll und will mit aller Kraft und mit allen Mitteln aus den Siechen, den Schwergehemmten schaffen ein Heer von Betern und Leidenden, die Legionen des Schmerzes, die immer siegreich waren, die unüberwindliche Phalanx der Geduld und Seelenstärke. *Dieses Heer ist noch wichtiger (!) als selbst die Front der Schaffenden.* Denn es ist das Unterpfand des Segens von oben, der da kommen muß, soll das Werk den Meister loben.«<sup>204</sup>

Sechs Jahre später veröffentlichte Peter Joseph Briefs den Artikel »Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz« in Heft 2 der Zeitschrift »Der Krüppelführer«.<sup>205</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die offizielle nationalsozialistische »Euthanasie«-Politik sehr weitgehend ausgearbeitet und ansatzweise in Vollzug, die Sozialpolitik nahm in bezug auf Menschen mit Behinderungen brutale Formen an.

Infolge des GzVeN wurden 1934–1936 (über den weiteren Zeitraum liegen keine Daten vor) offiziell 198.869 Sterilisationsanträge genehmigt, insgesamt kam es zu bis zu 350.000 Fällen von Sterilisation.<sup>206</sup> Die Pfl-

---

203 Auf grundsätzliche Vorbehalte gegenüber Peter Joseph Briefs Argumentationsweise gegen »Euthanasie« kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Verweisen wollen wir in diesem Zusammenhang u. a. auf Franz Christoph, der sich im Zusammenhang mit der neuen »Euthanasie«-Debatte massiv gegen eine Beteiligung am »Todesdiskurs« der »Euthanasie«-Befürworter ausspricht (siehe Franz Christoph: Tödlicher Zeitgeist. Notwehr gegen Euthanasie. Köln 1990. – Siehe auch Anne-Dore Stein: Lebensqualität statt Qualitätskontrolle menschlichen Lebens. Berlin 1992). – Im Verhalten Peter Joseph Briefs, der der »Entwertung« von behinderten Menschen seitens der Befürworter von »Euthanasie« die »Werte« von behinderten Menschen entgegenhält, kann eine Beteiligung am Diskurs erkannt werden, ohne daß intensiv, wie Franz Christoph es für wichtig hält, gesellschaftliche Macht- und Definitionsstrukturen thematisiert werden würden. Macht- und Definitionsstrukturen thematisiert Peter Joseph Briefs jedoch am Rande, wenn er vom »homo oeconomicus« und von »Körperbehinderten« als »Milieugeschädigte« spricht (siehe Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 9 und 24).

204 Peter Joseph Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 47 (Hervorhebung und Ausrufungszeichen von uns – C. H. und B. M.).

205 Siehe Peter Josef Briefs: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz. In: Der Krüppelführer. Gütersloh 13(1940)2 (im weiteren Peter Josef Briefs: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz ...). S. 37–49.

206 Siehe Wolfgang Jantzen: Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik. Lollar 1977. S. 129.

gesetze für Kliniken und Heime wurden so drastisch gesenkt, daß Pflege und Ernährung für die Menschen in den Anstalten mangelhaft wurden.<sup>207</sup>

Am 11. März 1937 propagierte das SS-Kampfblatt »Das Schwarze Korps« den »Gnadentod« für einen »geisteskranken« Mann. Ab 1936/1937 mußten maßgebliche Ärzte und Politiker zur Durchführung von »Euthanasie«-Aktionen bereit gewesen sein, wie die zahlreichen Verlegungen von behinderten Menschen 1937 aus allen hessischen Anstalten in spätere Vernichtungsanstalten wie Hadamar belegen.<sup>208</sup> Am 18. August 1939 veranlaßt das Reichsinnenministerium einen Erlaß zur Erfassung behinderter Kinder. Im September/Oktober 1939 erteilt Hitler in einem Ermächtigungsschreiben die Erlaubnis des »Gnadentodes« bei »nach menschlichem Ermessen unheilbaren Kranken«.<sup>209</sup>

Anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens des Preußischen Krüppelfürsorgegesetzes nimmt Peter Joseph Briefs 1940 eine »besinnliche Rückschau über die zwei verflossenen Jahrzehnte öffentlicher Krüppelfürsorge« vor.<sup>210</sup> Ohne auf die beschriebene politische Entwicklung einzugehen, lobt Peter Joseph Briefs die Auswirkungen, die der »umfassende kulturpolitische Umbruch des Jahres 1933« auf die öffentliche Krüppelfürsorge hatte.

Eine der hiermit angesprochenen Veränderungen nach der Inthronisierung der Nationalsozialisten 1933 war die Verabschiedung des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GzVeN). Dieses Gesetz verursachte, so Peter Joseph Briefs, keine »stärkere Beeinflussung der öffentlichen Krüppelfürsorge«, da es sich »bei den Krüppelkinder in 80% der Fälle um nichterbliche Leiden [...] handelt«.<sup>211</sup>

Gelobt wird die im genannten Zeitraum vorgenommene »berufspädagogische Arbeit in der *beruflichen Ertüchtigung* der Gebrechlichen« sowie die Übernahme von »*Arbeitsvermittlung* [...] der Gebrechlichen« durch die öffentliche Krüppelfürsorge.<sup>212</sup>

Entgegen seiner Äußerungen von 1934, in denen Peter Joseph Briefs eine Pädagogik und damit eine Ablehnung von »Euthanasie«-Maßnah-

---

207 Siehe Oliver Tolmein: Geschätztes Leben ... S. 186.

208 Siehe ebenda. S. 186f.

209 Siehe ebenda. S. 188f. – Siehe ausführlich Ernst Klee: »Euthanasie« im NS-Staat. Frankfurt am Main 1983.

210 Peter Josef Briefs: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz ... S. 38.

211 Ebenda. S. 41.

212 Siehe ebenda. S. 46 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

men für alle »Gelähmten« ohne Rücksicht auf die Ursache der körperlichen Beeinträchtigung fordert,<sup>213</sup> akzeptiert er jetzt, daß zwanzig Prozent der Menschen mit körperlichen Behinderungen vom GzVeN betroffen sind. Er rechtfertigt sogar die Fürsorge für die »Siechen« damit, daß es sich bei ihnen »meist um Volksgenossen handelt, die *erbgesund* sind und ohne eigenes Verschulden ihr Siechtum übernehmen mußten«.<sup>214</sup>

Peter Joseph Briefs sieht im Preußischen Krüppelfürsorgegesetz eine »leistungsfähige« gesetzliche Grundlage für eine »erfolgreiche Behinderntenfürsorge«, was am hierfür »ausschlaggebenden Geist« des Gesetzes läge.<sup>215</sup> Dieser sei, so Peter Joseph Briefs, der »Leitgedanke(n) des späteren *Arbeitseinsatzes* der Körperbehinderten« bzw. »die *Erwerbsbefähigung* als das eigentliche Ziel der gesamten Fürsorge am Gebrechlichen«. Gemäß dem »Leitgedanke(n) vom späteren Arbeitseinsatz« verstand sich die öffentliche Krüppelfürsorge »schon immer mit Vorliebe als »*Entkrüppelungsfürsorge*«, warum der Staat berechtigterweise »Aufwendungen an Geld und Arbeit nur denjenigen Körperbehinderten zukommen lassen (will), die noch als Arbeitskräfte gelten oder [...] noch arbeitsfähig werden können«.<sup>216</sup>

In diesem Sinne sei es die Aufgabe von Heimleitungen, in »ihren gebrechlichen Lehrlingen [...] ein gesundes und kräftiges Arbeitsethos [...] zu begründen«.<sup>217</sup> Dabei macht Peter Joseph Briefs auch vom Argument der scheinbar hohen Kosten Gebrauch: Es sei zu akzeptieren, wenn die »Siechen«, die Menschen, die »nicht erwerbsfähig werden können«, »aus der kostspieligen Körperbehindertenfürsorge«<sup>218</sup> ausgeschlossen (!) würden, wie es ebenfalls angebracht sei, »mit Rücksicht auf die einzusparenden Fürsorgekosten, [...] die vorzeitige Prüfung (*in der Lehrzeit* – C. H. und B. M.) zu veranlassen«.<sup>219</sup>

Peter Joseph Briefs resümiert am Ende seiner Lobrede, daß die öffentliche Krüppelfürsorge, »Leib, Seele und Geist« zu sehen habe, um den »Kern aller Bemühungen«, die »gefestigte sittliche Persönlichkeit des

213 Siehe Peter Josef Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 1.

214 Peter Josef Briefs: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz ... S. 48 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

215 Siehe ebenda. S. 46.

216 Ebenda. S. 48 (Hervorhebung von uns – C. H. und B. M.).

217 Ebenda. S. 44.

218 Ebenda. S. 46 und 48.

219 Ebenda. S. 45.

jugendlichen Körperbehinderten« herauszubilden.<sup>220</sup> Diese Persönlichkeitsförderung durch die Krüppelfürsorge sei »die notwendige Voraussetzung für den entschlossenen und damit erfolgreichen Arbeitseinsatz des Gebrechlichen in der Volkswirtschaft zur *Erhaltung und Vermehrung der materiellen Güter seines Volkes*«. <sup>221</sup>

In nahezu diametralem Gegensatz zu seinen Äußerungen von 1934, in denen er in Verurteilung einer »utilitaristisch-wirtschaftlich« eingestellten sozialbiologischen Auffassung<sup>222</sup> den »Wert« und die »Würde« der »Gelähmten« anhand der ihnen gestellten Aufgabe, »Bejahung ihrer eigenartigen Lage«<sup>223</sup> grundlegte und diesen »Beruf« des »Gelähmten« noch über den der »Front der Schaffenden« stellte, lobt Peter Joseph Briefs 1940 eine öffentliche Krüppelfürsorge, die sich als »*Entkrüppelungs(!)fürsorge*«<sup>224</sup> versteht und die nach Kosten-Nutzen-Kalkülen den »Siechen«, die nicht zur Erwerbsarbeit fähig sind, die Fürsorge weitgehend entzieht und somit die Erwerbsfähigkeit zum eigentlichen Ziel hat und die eine »Euthanasie«-Praxis duldete und mit vorbereitete, als »menschfreundlich«. <sup>225</sup>

Noch 1934 bezeichnete Peter Joseph Briefs die »Euthanasie« als »bösen Spuk«. Sie wurde Realität, mit seiner Duldung und darum letztendlich auch mit seiner Unterstützung, denn das System benötigt »Agenten«, die »die Gewalt in die Häuser und in die Gehirne [*der Ausgebeuteten* – C. H. und B. M.] tragen«, <sup>226</sup> wie Frantz Fanon feststellte.

Dieses Beispiel soll die Wichtigkeit verdeutlichen, die einer kritischen Aufmerksamkeit und ständigen Überprüfung der sozioökonomischen Bedingungen, der institutionellen Machtbeziehungen, den Klassenwidersprüchen und der Rolle der »Intellektuellen«<sup>227</sup> bzw. Professionellen zukommt, um den Menschen *entwertende* und damit letztendlich *gefährdende* Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen und nicht auf Grund irgendeines Opportunismus oder etwa zugunsten der eigenen beruflichen Karriere zum »Zustimmungsfunktionär« zu werden.

---

220 Siehe ebenda. S. 48f.

221 Ebenda. S. 49 (Hervorhebung von uns– C. H. und B. M.).

222 Siehe Peter Josef Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten ... S. 5.

223 Ebenda. S. 18 und 28.

224 Peter Josef Briefs: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz ... S. 47f. (Hervorhebung von uns– C. H. und B. M.).

225 Ebenda. S. 49.

226 Zitiert nach Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung ... S. 106.

227 Siehe ebenda.



## Schlußwort

Bei genauerer Betrachtung wurde unter Rückgriff auf die Fordismus-Theorie und der sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik von uns gezeigt,<sup>1</sup> daß das Sozialsystem nicht auf dem Prüfstand, sondern auf der Anklagebank steht. Den verschiedenen Sparpaketen, die den Arbeitnehmern aufgezwungenen wurden sowie den Wellen der Sozialstaatsdemontage, folgen keine finanziellen Belastungen der Unternehmen, die statt dessen ihren Profit weiter maximieren. Das Sozialsystem wird dabei als angeblich zu teuer gebrandmarkt, obwohl die Sozialleistungsquote 1997 mit 31,7% in der BRD/West unter dem Wert von 1975 mit 33,4% in der BRD/West liegt.<sup>2</sup>

Die Schere zwischen Armut und Reichtum klapft immer stärker auseinander. 1997 waren in der BRD 2,7 Millionen Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, 800.000 Menschen in Notunterkünften untergebracht, 150.000 Menschen ganz ohne Obdach und 500.000 Kinder in Obdachlosenheimen zu Hause.<sup>3</sup> Diesem Zustand wird nicht mit der Bekämpfung der Armut begegnet, sondern mit der Ausgrenzung der Armen. Beispielsweise indem mit dem Argument des Lohnabstandsgebots bei sinkenden Realeinkommen die Sozialleistungen weiter gekürzt werden oder Menschen ohne Obdach ganz aus den Innenstädten vertrieben werden.

Dementsprechend verläuft die aktuelle *wirtschaftspolitische Strategie* in der BRD, die vor dem Hintergrund globalisierter Konkurrenz »Sachzwänge« vorgibt und aus diesen die scheinbar notwendige Unterordnung aller ökonomischen und gesellschaftlichen (!) Bereiche unter das »Primat der Wettbewerbsökonomie«<sup>4</sup> ableitet und mit Hilfe neoliberaler Argumentationsmuster rechtfertigt. Einige der zentralen und populären Behauptungen neoliberaler Wirtschaftspolitik haben wir unterdessen in Kapitel II.7. dieser Arbeit mit wirtschaftswissenschaftlichen Argumen-

---

1 Siehe Kapitel II.2 bis II.8.

2 Siehe Joachim Weeber: Der deutsche Sozialstaat ... S. 767.

3 Siehe Heribert Prantl: Sind wir noch zu retten? München, Wien 1998. S. 55.

4 Siehe Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst ...

ten kritisiert. Ebenfalls haben wir in Kapitel II.5. nachgewiesen, daß die Grundposition des Liberalismus, auf den sich neoliberale Politik positiv bezieht, *Eigentumssicherung* und *-vermehrung* sind, während alle übrigen Grundrechte verhandelbar und wandelbar sind.

Dieser aufgezeigten Logik von »Ausgrenzung statt Bekämpfung der Ursachen«, wie sie am Beispiel der Armut-Reichtum-Schere zu beobachten ist, folgt, da *alle* gesellschaftlichen Bereiche der Wettbewerbsökonomie untergeordnet werden sollen, auch die Praxis der Sozialhilfeträger, die im Interesse der Entlastung der kommunalen Haushalte daran interessiert sind, behinderte Menschen von der Eingliederungshilfe nach §§39f. BSHG in die Pflegeversicherung abzuschieben, die nach dem Pflegeversicherungsgesetz im 11. Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XI) geregelt ist. Dies ist aus behindertenpädagogischer Sicht fachlich strikt abzulehnen, da jedem behinderten<sup>5</sup> Menschen Eingliederungshilfe zu gewährleisten ist, wie wir im ersten Kapitel anhand der entwicklungslogischen Herleitung menschlichen Werdens, begriffen als bio-psycho-soziale Einheit, nachgewiesen haben. Die Verwehrung von Eingliederungshilfe zugunsten von Hilfe zur Pflege würde eine fundamentale Bedrohung der Lebenssituation behinderter Menschen, ihrer Autonomie und gesellschaftlichen Teilhabe bedeuten, die sich zuallererst im Verlust ihrer Eigenständigkeit und Selbstbestimmung, wie sie im Rahmen der Eingliederungshilfe bei entsprechendem Leistungsangebot gewährleistet sind, niederschlagen.<sup>6</sup> Nichtsdestotrotz wird die Bedrohung der Abschiebung behinderter Menschen in die Pflegeversicherung mit der Nivellierung der §§93ff. BSHG seit dem 1. Januar 1999 noch stärker. Einmal wurde mit dem neugefaßten Gesetz die Einführung des Wettbewerbs zwischen Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe und die damit verbundene Einbeziehung gewerblicher Träger vorgenommen. Zum anderen ist, wie wir gezeigt haben, das neue Gesetz durchaus als schleichende Aufkündigung des Grundsatzes der individuellen Bedarfsdeckung zu verstehen,

---

5 Wolfgang Jantzen betont das Recht und die Notwendigkeit von Eingliederungshilfe insbesondere von »schwer und sehr schwer geistig behinderten Menschen«, die üblicherweise als erste Gruppe von der Eingliederungshilfe ausgeschlossen wird (siehe Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ... S. 201).

6 Unserer Ansicht nach muß sich das Leistungsangebot an einem wie in Kapitel I dieser Arbeit von uns skizzierten Grundverständnis menschlicher Entwicklung orientieren, um den Bedürfnissen und Entwicklungsmöglichkeiten jedes Menschen grundsätzlich gerecht werden zu können.

die durch eine aufs »Notwendige« beschränkte Mindestversorgung ersetzt werden soll.

Hinter diesen Tendenzen können wir in erster Linie ökonomische Interessen der Kosteneinsparung annehmen, wenn wir die sozioökonomischen Bedingungen betrachten, die die neugefaßten §§93 ff. BSHG umrahmen. Aus diesen neoliberalen sozioökonomischen Bedingungen, wie wir sie in dieser Arbeit herausgearbeitet haben, ergibt sich eine besondere Praxis der diagnostischen Zurichtung behinderter Menschen wie es G. Haas et al. im »Haas-Bericht« vorgenommen haben, der besonderes Augenmerk zuteil kommen muß. Denn solche *diagnostischen Maßnahmen*, die Behinderung auf einen Defekt reduzieren, erfüllen den Zweck, Einsparungsmaßnahmen durch die *Vorenthaltung* von adäquaten, mitunter kostspieligen Hilfeleistungen, wie beispielsweise Maßnahmen zur Wiedereingliederung in die Gemeinschaft, zu *legitimieren*, indem den Diagnostizierten die Bildungs- und Entwicklungsfähigkeit abgesprochen wird.

Indessen ergibt sich das Bild vom Sektor der Behindertenhilfe, der zu einem *profitorientierten* Geschäftszweig umgebaut werden soll. In einer – wie nachgewiesen – postmodernen bzw. *neoliberal* strukturierten kapitalistischen Gesellschaft, die in ihrem Bestreben, die Individuen zu atomisieren und zu entsolidarisieren, und die den Menschen zwecks Rückgewinnung eines hohen Wirtschaftswachstums nahezu vollständig unter das Kapitalverhältnis zu unterwerfen sucht, bleibt auch der Bereich der Behindertenhilfe nicht verschont. So ist in diesem Bereich vor allem das legitim, was Gewinn verspricht.

Hier liegt der Grund für die unbedingte Notwendigkeit der Festlegung von *Mindeststandards* in Maßnahmen der Behindertenhilfe. Denn die behinderten Menschen werden unter neoliberalen Bedingungen zu einem *Mittel der Profitproduktion*. Hierdurch sind auch vormals für selbstverständlich befundene Herstellungsmöglichkeiten für eine adäquate Lebenssituation zur Diskussion gestellt. Darum müssen Lebensbedingungen, die für jede Person individuell angemessen und befriedigend sein müssen, zur universellen Norm erhoben werden, die dann die *nichtunterschreitbare* Basisgröße in der Konkurrenz für die Anbieter um die billigste Versorgung sein muß.

Die Notwendigkeit der Aufstellung dieser Norm, welche ja mit einer schleichenden Reduzierung auf eine Mindestversorgung einhergeht, zeigt schon auf, daß es für die Anbieter keine Selbstverständlichkeit ist, bestimmte Mindeststandards einzuhalten. Denn in ihrem Bestreben, einen

Konkurrenzvorteil und damit einen Extraprofit zu erzielen, ist schon die Handlungspräferenz enthalten, sich über die *Bedürfnisse* und *Entfaltungsmöglichkeiten* der behinderten Menschen hinwegzusetzen. Letzteres ist und kann dafür gar nicht Ziel und Zweck der privatgewerblichen Anbieter sein. Verwunderlich dürfte es dann auch nicht sein, wenn eine Kontrollbehörde über die privaten Anbieter installiert werden muß, um die Einhaltung von Mindestqualitätsstandards zu überwachen.

Demgegenüber sind bei der Ermittlung des adäquaten Hilfebedarfs die Leistungsbezieher in den Mittelpunkt zu stellen und zu befragen. Dabei wird deutlich, daß Menschen, die als »geistig behindert« bezeichnet werden, nicht in erster Linie medizinische bzw. pflegerische sondern vor allem *behindertenpädagogischer* Hilfe bzw. Unterstützung bedürfen, die sich an der biographischen Situation des Leistungsbeziehers unter Berücksichtigung der Auffassung vom Menschen als bio-psycho-soziale Einheit zu orientieren hat.<sup>7</sup> An einem entsprechenden *Profil des Personals*, welches mit dieser Unterstützungsarbeit betraut ist, hat sich *Qualitätssicherung* zu orientieren.

Hierbei dürfen wir nicht auf die Gesetzeslage vertrauen bzw. auf eine im von uns skizzierten behindertenpädagogischen Sinne günstige Auslegung beispielsweise der §§93ff. BSHG durch den Gesetzgeber und die Sozialhilfeträger hoffen. So weist der Kommentator der »Süddeutschen Zeitung« und ehemalige Staatsanwalt Heribert Prantl darauf hin:

»Das Bundessozialhilfegesetz wird mittlerweile in derselben Frequenz und Hektik geändert wie die Verfahrensordnungen der Gerichte. Und jedesmal geht es um weniger Rechtsschutz beziehungsweise um weniger soziale Hilfe; was gestern noch als Minimum galt, wird heute ohne Bedenken unterschritten.«<sup>8</sup>

Vielmehr müssen wir in einer Zeit, in der bestimmte Grundrechte immer mehr als Luxus betrachtet werden, aktiv für Mindeststandards in

7 Wobei Qualitätsentwicklung beispielsweise bei sogenannten schwerst geistig behinderten Menschen in erster Linie beim Aufbau von Kommunikation und der schrittweisen Erschließung des sozialen und kulturellen Umfeldes anzusetzen hat, anstatt sich auf den Kampf gegen »primäre Kompensationen« wie motorische Stereotypen zu beschränken (siehe Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ...).

8 Heribert Prantl weist das Scheitern des BSHG am Beispiel des am 1. Januar 1992 in Kraft getretenen neuen Betreuungsrechts nach, das unter dem Motto »Betreuen statt entmündigen« eingeführt wurde, indem er von der »Entrechtung des Rechts« spricht. Heute, so Heribert Prantl, finde »Entmündigung [...] immer noch statt – nur auf subtilere Art und Weise als früher« (Heribert Prantl: Sind wir noch zu retten? München, Wien 1998. S. 54).

der Qualitätssicherung im Sektor der Behindertenhilfe streiten, der sonst die warenförmige Unterordnung und Durchstrukturierung unter die neoliberale Kapitallogik droht. Die von uns untersuchten neoliberalen politökonomischen Umwälzungen sind jedenfalls ein Indiz für die These, daß die geänderte Finanzierung sozialer Dienstleistungen allein dem Zweck einer gesamtgesellschaftlichen bzw. makroökonomischen Kostenreduzierung und der Eröffnung eines neuen Geschäftszweigs für private Anbieter dienen.

Um eine Zielvorstellung zu haben, ist ein Menschenbild als Leitbild notwendig,<sup>9</sup> welches es nicht nötig hat, auf Begriffe wie »normal«, »pathologisch« oder »behindert« zurückzugreifen. Es müssen alle Entwicklungen des Menschen unter dem Gesichtspunkt eines entwicklungslogischen Produkts gesehen werden, die für das Individuum Sinn haben. Dementsprechend müssen die Verhaltensweisen, die von der Außenperspektive als »deviant« oder »andersartig« erscheinen, von der Binnenperspektive als gelungener Versuch der Stabilisierung unter isolierenden Bedingungen betrachtet werden. Dabei muß der Mensch als sich selbst organisierende Einheit verstanden werden, der sich aber nicht allein aus sich heraus entwickeln kann, sondern immer nur im Austausch mit der Umwelt, die im Sinne des Ebenenproblems als die führende betrachtet werden muß. Das Sein kann in diesem Sinne nur als »Werden« betrachtet werden, bei dem die Strukturbildung und Veränderung im Sinne einer immer möglichen Höherentwicklung des Menschen nur durch den Austausch mit seiner Umwelt entstehen kann. Dabei bedarf der Mensch Interaktionspartner und einer Umwelt, die Entwicklungsanreize geben und Attraktoren darstellen, die den Menschen zu einer Entwicklung höherer Abbildniveaus und damit neuer Tätigkeitsniveaus anreizen. Homogene Welten, wie wir sie in Anstalten oder anderen Sondereinrichtungen finden, sind nicht in der Lage derartige Attraktoren zu sein und lassen Entwicklung im Sinne des Erreichens einer höheren Struktur nur selten zu und reproduzieren somit wieder Behinderung. Es geht also darum, im Menschen das zu sehen, was er potentiell sein könnte, was wir aber grundsätzlich nicht voraussagen können und auch nicht dazu führen darf, ihn in seinem jetzigen Sein nicht anzunehmen.

---

9 Der Präsident der Ärztekammer Berlin, Ellis Huber, hat dies am Beispiel der Medizin aufgezeigt (siehe Ellis Huber: Aufbruch zu neuen Ufern. In: Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen. Hrsg. von Jürgen Blume et al. Neumünster 1997. S. 201–217).

Wir können dementsprechend nicht versuchen wollen, den Menschen zu ändern, was in der Regel in irgendeine Form von Gewalt mündet, und wir können ihn auch nicht auf den einen oder anderen Bedarf – z. B. Pflegebedarf – reduzieren, sondern müssen versuchen, ihm eine Umwelt anzubieten, in der wir sogenannten Gesunden mit aller Selbstverständlichkeit leben, sie aber anderen Menschen vorenthalten, was sie in eine Situation der kulturellen und bildungsmäßigen Isolation und Verelendung bringt, die geradezu alle möglichen Verhaltensauffälligkeiten zur Folge hat und den Menschen, die unter diesen Bedingungen leben, jede Lebensperspektive zerstört und auf sich selbst zurückwirft. In diesem Sinne, geht es also um die Veränderung der »Verhältnisse zwischen den Verhaltensweisen«, mit dem Ziel eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung aller Menschen zu erreichen. Dies bezieht sich ebenso auf den konkreten Austausch zweier Menschen untereinander, wie auf die politische Ebene, die dementsprechend die maximale Teilhabe aller am gesellschaftlichen Erbe zum Ziel haben muß.

Dieses Menschenbild steht in diametralem Gegensatz zum Menschenbild des Neoliberalismus, dessen unter Kapitel II.5. und II.6.2. hergeleiteter ideologischer Hintergrund deutlich auf die Kosten-Nutzen-Abwägung in der Wertbemessung des Menschen verweist.

Vor diesem gebrochenen Hintergrund sind wir Behindertenpädagogen in der Pflicht, Lebensqualität zu gewährleisten. Es ist notwendig, daß wir unser behindertenpädagogisches Handeln in einen sozioökonomischen Kontext stellen, um Entwicklungen in Richtung verstärkter Ausbeutung und somit auch Bedrohung gerade behinderter Menschen rechtzeitig wahrzunehmen und erklären zu können, ohne daß in Ohnmachtsgefühle verfallen wird, die am Ende nur noch Mitleid und Selbstmitleid bzw. Zynismus<sup>10</sup> als letzte Handlungsoptionen übriglassen.

---

10 Hiermit soll nicht das Personal in der Behindertenhilfe diskreditiert werden, das unter einer als unerträglich wahrgenommenen Belastung in einem neoliberalen sozioökonomischen Kontext, der Verzweiflung nahe, unter diesen Umständen in der täglichen Arbeit mit behinderten Menschen durchaus verständliche (Gefühls-)Äußerungen wie Mitleid, Haß oder Zynismus bekommen. – Zur Situation des Personals in Einrichtungen der Behindertenhilfe siehe Wolfgang Jantzen: Deinstitutionalisierung ... – Christa Fengler/Thomas Fengler: Alltag in der Anstalt. Wenn Sozialpsychiatrie praktisch wird. Eine ethnomethodologische Untersuchung. Rehburg-Loccum 1984. – Wir denken jedoch, daß mit einer erweiterten Bewußtwerdung der sozioökonomischen Situation, die die eigene Arbeit umrahmt, eine neue Qualität der Handlungsfähigkeit bzw. deren Wiederherstellung erreicht werden kann, z. B., in-

Dies sei noch einmal besonders am Beispiel des Pädagogen Peter Joseph Briefs nachdrücklich erwähnt, der schließlich einen »dritten Weg«, also nicht (Selbst-) Mitleid oder Zynismus sondern die Zustimmung zu Selektionsmaßnahmen wählte und so zum »Zustimmungsfunktionär« und »Befriedigungsverbrecher« wurde.

Wird behindertenpädagogisches Handeln nicht politisch in diesem Sinne aufgefaßt, droht eine Entwicklung unter unseren Augen ihren aktuellen Lauf zu nehmen, die ihrem kapitalistischen Selbstverständnis nach Menschen mit »Arbeitskraft minderer Güte« vom Kostenfaktor zum Produktionsfaktor umwandelt, indem sie die Ausbeutung dieser Menschen betreibt, in Form von Forschung an ihnen oder als nichteinwilligungsfähige »Organspender«, er also als menschliche Ressource in den Produktionsprozeß einbezogen wird, was heute als empirische Realität zu beobachten ist, wie wir in Kapitel III.2.4. am Beispiel der Diskussion über die *Forschung* an und *Organentnahme* bei *nichteinwilligungsfähigen* Patienten skizziert haben. Im Zeitalter der Bioethik-Konvention des Europarats werden die Menschen in zwei Kategorien eingeteilt: den schutzwürdigen Gesunden, und den behinderten Menschen, der als Forschungsobjekt(!) der Medizin und Wissenschaft zu dienen hat.<sup>11</sup>

Hier ist die in Kauf genommene bzw. beabsichtigte Tötung von behinderten Menschen bereits mitgedacht. So stellte ein US-Gesundheitsökonom fest: »Zu sterben, um öffentliche Mittel zu sparen, kann die moralische Pflicht eines Staatsbürgers sein.«<sup>12</sup> Hier droht die Verschiebung der Beweislast zu Lasten behinderter Menschen, die künftig ihre Bildungs- und Entwicklungsfähigkeit nachzuweisen hätten,<sup>13</sup> wenn sich Diskurse in der Behindertenpädagogik ausbreiten, die die »soziale Unfähigkeit eines Gemeinwesens zu differenzierten und angemessenen Formen von Dialog, Kommunikation und sozialem Verkehr auf die so-

---

dem supervisorische Prozesse in einer Einrichtung der Behindertenhilfe stärker den gesellschaftlichen Kontext und damit die Ursachen für Probleme in der täglichen Arbeit einbeziehen, anstatt daß sich an den »Symptomen« einer neoliberal strukturierten »Umwelt« abgearbeitet wird, die sich in einer Wahrnehmung eines gestreßten Mitarbeiters als »faul« oder eines aufgrund des schlechten Personalschlüssels gestreßten Bewohners als »nicht entwicklungsfähig« abbilden.

11 Siehe Heribert Prantl: Sind wir noch zu retten? München, Wien 1998. S. 116.

12 Zitiert nach ebenda. S. 63.

13 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript).

genannte Natur der KlientInnen« reduzieren und Strukturen »gesellschaftliche(r) Ungerechtigkeit« auf »Schicksal« reduzieren.<sup>14</sup>

Dies entspricht der Logik des postfordistischen Kapitalismus, nach dessen Verwertungslogik der Mensch zu dem Zeitpunkt »zurückgewiesen, ausgeschlossen, als nicht existent betrachtet« wird, wenn seine »Fähigkeiten im Verwertungsprozeß des Geldkapitals nicht gefragt sind«. <sup>15</sup> Wir haben diese Zusammenhänge anhand der *politökonomischen Umwälzungsdynamik* in der BRD<sup>16</sup> sowie bezüglich der diesen *neoliberalen* Umstrukturierungsprozeß des Kapitals begleitende ideologischen *Legitimationsstrategien*<sup>17</sup> nachgewiesen. Mit der Widerlegung populärer neoliberaler Argumente in Kapitel II.7. haben wir aufgezeigt, daß ein »Sachzwang« zum Sparen im sozialen Bereich nicht existiert. Dies soll zu couragiertem Einmischen in die ökonomische Diskussion von pädagogischer Seite ermutigen, damit das Feld der ökonomischen Entscheidungen, die dann einen »Sachzwang« konstruieren, nicht denen überlassen wird, die andernfalls ungehindert und weit entfernt von ausgegrenzten Menschen über diese, ausschließlich (!) innerhalb der neoliberalen Kapitallogik, Entscheidungen über deren Leben treffen.

Wird der komplexe Zusammenhang sozialer, ökonomischer und politischer Prozesse, der sich unter Bedingungen einer *neoliberalen Restrukturierung* gesellschaftlicher Verhältnisse konstruiert, nicht in Beziehung (!) zum Bereich der *sozialen Dienstleistungen* gesetzt, können neoliberale Umstrukturierungsprozesse im Sozialen *nicht* als solche erkannt werden, wird es schwer ihnen seitens der Behindertenpädagogik bzw. des mit sozialen Aufgaben betrauten Personals entgegenzutreten.

Es muß einer unübersehbaren aktuellen Tendenz in unserer Gesellschaft zur *Ausgrenzung* und damit zur immer auch vorbereiteten bzw. drohenden Vernichtung (!) von Menschen, die nicht der herrschenden Verwertungsnorm von Arbeitskraft und Leistungsvermögen entsprechen bzw. nicht entsprechen wollen, entschieden entgegengetreten werden. Die Festlegung von den Bedürfnissen eines jeden Einzelnen entsprechenden *Mindeststandards* in der Qualitätssicherung bzw. in den ihr untergliederten Sektoren Qualitätsentwicklung, Qualitätskontrolle und Eingliederungshilfe kann hier ein Ansatzpunkt sein.

---

14 Siehe Wolfgang Jantzen: *Deinstitutionalisierung ...* S. 196.

15 André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main 2000. S. 15.

16 Siehe Kapitel II.2. bis II.4. sowie Kapitel II.7.

17 Siehe Kapitel II.6.2.

Der Forderung von Wolfgang Jantzen et al.,<sup>18</sup> *nicht* »defensiv rechtfertigend« die Qualität der Lebensbedingungen behinderter Menschen unter dem Primat der Ökonomie festzulegen, ist zuzustimmen, denn wie wir zeigen konnten ist *weder* im ökonomischen *noch* im ideologischen Prämissenmodell der neoliberalen Logik<sup>19</sup> für Menschen, die über »Arbeitskraft minderer Güte« verfügen, ein Platz *innerhalb* dieser neoliberalen Gesellschaft vorgesehen.

Wie erwähnt sehen wir die vorliegende Arbeit als einen Ausdruck unseres Anliegens, den Blick für den gesamtgesellschaftlichen Kontext für die Behindertenpädagogik zu schärfen, nicht zuletzt, um die Analyse von Gestaltungsspielräumen der Behindertenpädagogik präzisieren zu können und damit einen Teil dazu beizutragen, die eigene pädagogische Handlungsfähigkeit im Rahmen einer Sozialpolitik in Zeiten verschärfter Marktkonkurrenz wieder herzustellen.

---

18 Siehe Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript).

19 Siehe Kapitel II.6.



# Anhang

## 1. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Werner Abelshäuser: Wirtschaftliche Wechsellagen, Wirtschaftsordnung und Staat. In: D. Grimm: Staatsaufgaben. Frankfurt am Main 1996. S. 199–232.
- Wolfgang Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Frankfurt am Main, Köln 1975.
- Wolfgang Abendroth: Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates. In: Wolfgang Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Frankfurt am Main, Köln 1975.
- Mark Achbar: Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens. Hrsg. von Noam Chomsky. München 1996.
- Elma Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996.
- Günter Anders: Die Antiquiertheit des Konformismus. In: Günter Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 2: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution. 4. unveränd. Aufl. München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1992. S. 193–207.
- Günter Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 2: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution. 4. unveränd. Aufl. München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1992.
- Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main 1955.
- Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben. 8. Aufl. München, Zürich 1994.
- Gerhard Bäcker: Arbeitslosigkeit und Armut – Defizite der Sozialen Sicherung. In: Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Hrsg. von Siegfried Müller et al. Neuwied, Kriftel, Berlin 1997.
- Franca Basaglia-Ongaro/Franco Basaglia: Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen. Frankfurt am Main 1980.
- Iris Beck: Der »Kunde«, die »Qualität« und der »Wettbewerb« – Zum Begriffschaos in der Qualitätsdebatte. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (Manuskript).
- N. Birnbaum: Wo die Menschen sich anstrengen, ihren Lebensstandard zu halten. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. Mai 1999.
- Tony Blair und Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. In: <http://www.spd.de/politik/perspektiven>. Bonn. Juni 1999.
- Jürgen Blandow/Ulrich Gintzel/Peter Hansbauer: Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung. Eine Diskussionsgrundlage. Münster: Votum-Verlag 1999.
- Jürgen Blume et al. (Hrsg.): Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen. Neumünster: Paranus-Verlag 1997.

- Heinz J. Bontrup: Zur Diskussion zu hoher Lohnnebenkosten. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Köln (1998)12.
- Sharon A. Borthwick: Maladaptive Behavior Among the Mentally Retarded. The Need for Reliable Data. In: Mental Retardation and Mental Health. Hrsg. von J. A. Stark. New York: Springer 1988.
- Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997.
- Pierre Bourdieu: Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik und Kultur. Bd. 2. Hamburg 1997.
- Pierre Bourdieu: Eine Gefahr für die Grundlagen unserer Kultur. In: »die tageszeitung«. Berlin vom 4./5. Dezember 1999.
- Pierre Bourdieu: Warnung vor dem Modell Tietmeyer. In: Pierre Bourdieu: Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik und Kultur. Bd. 2. Hamburg 1997.
- Christian Bradl: Geistige Behinderung und Psychiatrie. In: Psychisch krank und geistig behindert – Regionale Angebote für psychisch kranke Menschen mit geistiger Behinderung. Hrsg. von Christian Gaedt et al. Dortmund 1993.
- Anneliese Braun: Jobless Growth versus Vollbeschäftigung – (k)ein Ausweg ohne Paradigmenwechsel? In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)2 (Heft 72).
- Fritz Bremer: Verrückte Ethik. In: Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen. Hrsg. von Jürgen Blume et al. Neumünster: Paranus-Verlag 1997.
- Peter Josef Briefs: Grundzüge einer Pädagogik der Gelähmten. In: Der Krüppelführer. Zeitschrift für katholische Krüppelfürsorge. Gütersloh 7(1934)1.
- Peter Josef Briefs: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz. In: Der Krüppelführer. Zeitschrift für katholische Krüppelfürsorge. Gütersloh 13(1940)2.
- Robert H. Bruininks et al.: Prevalence and Implications of Maladaptive Behaviors and Dual Diagnosis in Residential and Other Service Programs. In: Mental Retardation and Mental Health. Hrsg. von J. A. Stark et al. New York: Springer 1988.
- Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Stand 1. August 1999. 10., überarbeitete Auflage. München 1999.
- Bundessozialhilfegesetz. Lehr und Praxiskommentar (LPK-BSHG). 5. Aufl. (Gesetzesstand: Juli 1998). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998.
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.: Erste kritische Argumente zum Arbeitsergebnis »Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells« der KDSE vom 5. Februar 1997 (Schwerpunkt: Gruppen G1–G3). Marburg 1997.
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.: Stellungnahme zum »Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells in der Phase II des Forschungsauftrags »Einführung eines neuen Finanzierungssystems bei der Hilfe in Einrichtungen nach dem BSHG«. Auftraggeber: BMG«. Bearbeitet durch G. Haas et al. Marburg 1997.
- Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat am Ende? Stationen einer ideologischen Neuvermessung des Sozialen. In: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Hrsg. von Christoph Butterwegge, Rudolf Hickel et al. Berlin: Elefant Press 1998.
- Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen 1999.

- Christoph Butterwegge/Rudolf Hickel et al. (Hrsg.): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Berlin: Elefanten Press 1998.
- Alex Carey: Taking the risk out of democracy. Propaganda in the U.S. and Australia. Sydney 1995.
- Alex Carey: The Human Relations Approach. In: Alex Carey: Taking the risk out of democracy. Propaganda in the U.S. and Australia. Sydney 1995.
- Noam Chomsky: Demokratie und Märkte in der Neuen Weltordnung. In: Noam Chomsky/Heinz Dieterich: Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung. Bad Honnef 1996.
- Noam Chomsky/Heinz Dieterich: Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung. Bad Honnef 1996.
- Noam Chomsky: Haben und Nichthaben. Bodenheim 1998.
- Stephan L. Chorover: Die Zurichtung des Menschen – Von der Verhaltenssteuerung durch die Wissenschaft. Frankfurt am Main 1985.
- Franz Christoph: Tödlicher Liberalismus – unverantwortliche Verdrängung. In: Lebensqualität statt Qualitätskontrolle menschlichen Lebens. Hrsg. von Anne-Dore Stein. Berlin: Edition Marhold 1992.
- Franz Christoph: Tödlicher Zeitgeist. Notwehr gegen Euthanasie. Köln 1990.
- Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Münster 1998.
- Council of Europe: Entwurf eines Übereinkommens zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin. Bioethik-Konvention. Strasbourg 1996.
- Alex Demirovic et al. (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster 1992.
- Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation. In: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Hrsg. von Alex Demirovic et al. Münster 1992.
- Hans-Ulrich Deppe: Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist eine Erfindung der Politik. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. Juni 1996.
- Erwin Dichtl/Otmar Issing (Hrsg.): Vahlens Großes Wirtschaftslexikon. 2. überarbeitete und erweiterte Aufl. München 1993.
- Ulrich Duchrow/Martin Gück: Wirtschaften für das Leben im Wahljahr 1994. Nach 50 Jahren tödlicher Verarmung wie grenzenloser Bereicherung im »Bretton-Woods-System«. In: Junge Kirche – Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen. Bremen (1994)3 (Beilage).
- Thomas Ebermann/Rainer Trampert: Die Offenbarung der Propheten. Hamburg 1995.
- Michael Eink (Hrsg.): Gewalttätige Psychiatrie. Ein Streitbuch. Bonn: Psychiatrie-Verlag 1997.
- Stephan Elkins: Rent-Seeking. Zur politischen Theorie des neoklassischen Fundamentalismus. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Berlin 24(1994)3 (Nr. 96).

- Thomas Ellwein et al. (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. PVS-Sonderheft 30. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999.
- Jürgen Elsässer: Die Deutschmark als sichere Bank. In: »Jungle World«. Berlin vom 18. September 1997.
- Michael Emmerich: Der verwertbare Mensch. In: »Frankfurter Rundschau« vom 27. Dezember 1999.
- Michael Emmerich: Forschung an nichteinwilligungsfähigen Menschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn vom 5. Februar 1999.
- Michael Emmerich (Hrsg.): Im Zeitalter der Bio-Macht. 25 Jahre Gentechnik – eine kritische Bilanz. Frankfurt am Main 1999.
- Encyclopedia of World Biography. Second Edition. Detroit, New York, Toronto, London 1998.
- Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Jena 1940.
- Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1952.
- Christa Fengler/Thomas Fengler: Alltag in der Anstalt. Wenn Sozialpsychiatrie praktisch wird. Eine ethnomethodologische Untersuchung. Rehburg-Loccum 1984.
- »Fest im Griff einer Ideologie der freien Märkte«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 16. Oktober 1999.
- Georg Feuser: Allgemeine integrative Pädagogik und entwicklungslogische Didaktik. In: Behindertenpädagogik. 28(1989)1.
- Georg Feuser: Behinderte Kinder und Jugendliche. Zwischen Integration und Aussonderung. Darmstadt 1995.
- Georg Feuser: Vortrag vor den Abgeordneten zum Nationalrat im Parlament am 29. Oktober 1996. Wien 1996.
- Georg Feuser/Gerhard Bohl: Geistige Behinderung. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebengewissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984.
- Georg Feuser/Wolfgang Jantzen (Hrsg.): Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1985.
- Georg Feuser/Wolfgang Jantzen (Hrsg.): Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie VII. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1987.
- Erika Feyerabend: Entscheidung zum Töten. In: die randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik. Hamburg 11(1996)1.
- Hinrich Fink-Eitel: Foucault zur Einführung. 2. unveränd. Auflage. Hamburg 1992.
- Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie. Wien 1997.
- Milton Friedman: Die optimale Geldmenge und andere Essays. München 1976.
- Milton Friedman: Geld regiert die Welt. Düsseldorf 1992.
- Gabler-Wirtschafts-Lexikon. 14. Auflage. Wiesbaden 1997.
- Jayne Gackenbach (Hrsg.): Psychology and the Internet. Intrapersonal, interpersonal and transpersonal implications. San Diego, London: Academic Press 1998.
- Christian Gaedt et al. (Hrsg.): Psychisch krank und geistig behindert – Regionale Angebote für psychisch kranke Menschen mit geistiger Behinderung. Dortmund 1993.

- Susan Geideck: Die Arbeit bleibt sich gleich? Elektronische Märkte und die Debatte über die Krise der Erwerbsarbeit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)2 (Heft 72).
- Detlef Gellert: Phylogenese und Ontogenese menschlicher Aggressivität. Köln 1983.
- André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt am Main 2000.
- Sigrid Graumann: Selektion im Reagenzglas. Versuch einer ethischen Bewertung der Präimplantationsdiagnostik. In: Im Zeitalter der Bio-Macht. 25 Jahre Gentechnik – eine kritische Bilanz. Hrsg. von Michael Emmerich. Frankfurt am Main 1999.
- Mark Griffiths: Internet Addiction. Does it really exist? In: Psychology and the Internet. Intrapersonal, interpersonal and transpersonal implications. Hrsg. von Jayne Gackenbach. San Diego, London: Academic Press 1998.
- D. Grimm: Staatsaufgaben. Frankfurt am Main 1996.
- Siegfried Grubitzsch/Günter Rexilius (Hrsg.): Psychologische Grundbegriffe, Mensch und Gesellschaft in der Psychologie. Ein Handbuch. Reinbeck: Rowohlt Taschenbuchverlag 1990.
- Anton-Andreas Guha: Pax americana. In: »Frankfurter Rundschau« vom 31. Mai 1999.
- G. Haas et al.: Bericht zur Überprüfung des Gruppenmodells in der Phase II des Forschungsauftrags des Bundesministeriums für Gesundheit »Einführung eines neuen Finanzierungssystems bei der Hilfe in Einrichtungen nach dem Bundessozialhilfegesetz«. Nürnberg 1997.
- E. Hansen: Nationale Qualitätskulturen in der Wohlfahrtspflege. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (Manuskript).
- Wolfgang Fritz Haug: Aussichten der Zivilgesellschaft unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungspolitik. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Bd. 217. Berlin 1996.
- Friedrich August von Hayek: Der Weg zur Knechtschaft. München 1976.
- Friedrich August von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Friedrich August von Hayek: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. 2. Auflage. Tübingen 1994.
- Friedrich August von Hayek: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. 2. Auflage. Tübingen 1994.
- Friedrich August von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. In: Friedrich August von Hayek: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. 2. Auflage. Tübingen 1994.
- Angelika von Hebel/Wolfgang Jantzen (Hrsg.): Studien zur Tätigkeitstheorie II. Bremen: Studiengang Behindertenpädagogik der Universität 1986.
- Wolfgang Hecker et al. (Hrsg.): Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg Bd. 1: Zur Geschichte des Instituts. Münster, Hamburg 2001.
- Michael Heine/Hansjörg Herr: Die beschäftigungspolitischen Konsequenzen von »Rot-Grün«. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Berlin 29(1999)3 (Nr. 116).
- Hanfried Helmchen/Hans Lauter: Dürfen Ärzte an Demenzzkranken forschen? Analyse des Problemfeldes, Forschungsbedarf und Einwilligungsproblematik – vorgelegt vom Arbeitskreis »Forschungsbedarf und Einwilligungsproblematik bei psychisch Kranken«. Stuttgart, New York 1995.

- R. Hethy: Denkfabriken der Reichen – Wo imperialistische Politik legitimiert wird. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn: Distel Verlag 1996.
- Rudolf Hickel: Ein neuer Typ der Akkumulation. Anatomie des ökonomischen Strukturwandels. Kritik der Marktorthodoxie. Hamburg 1987.
- Rudolf Hickel: Standort-Wahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik. Hamburg 1998.
- Joachim Hirsch: Regulation, Staat und Hegemonie. In: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Hrsg. von Alex Demirovic et al. Münster 1992.
- Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg 1986.
- Thomas Hobbes: Leviathan. Hamburg 1996.
- Uwe Hochmuth et al.: Der Armutsdiskurs aus ökonomischer Perspektive. Beitrag und Grenzen der neoklassisch-neoliberalen Konzeption. In: Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Hrsg. von Siegfried Müller et al. Neuwied, Kriftel, Berlin 1997.
- Manfred Holodynski/Georg Rückriem/Dorothee Seeger: Menschliche Subjektivität und Individualität als Problem der materialistischen Wissenschaft. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. Weinheim (1986)1.
- Ute Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung. Bd. 1. Frankfurt am Main 1975.
- Ellis Huber: Aufbruch zu neuen Ufern. In: Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen. Hrsg. von Jürgen Blume et al. Neumünster: Paranus-Verlag 1997.
- Ernst-Ulrich Huster: Soziale Polarisierung – Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich verträgt die Gesellschaft? In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn: Distel Verlag 1996.
- »Ich bin als verantwortlicher Minister der Lobbyist einer soliden Finanzplanung«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 11. Mai 1999.
- Eval'd Vasil'evič Il'enkov: Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze. Münster, Hamburg: Lit-Verlag 1994.
- Eval'd Vasil'evič Il'enkov: Die Herausbildung der Psyche und der Persönlichkeit. Ergebnisse eines Experiments. In: Demokratische Erziehung. Köln: Pahl-Rugenstein 3(1977)4. S. 410ff.
- Jahreswirtschaftsbericht. Keine akuten Preisrisiken. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. Januar 2000.
- Wolfgang Jantzen: Abbild und Tätigkeit. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1986.
- Wolfgang Jantzen: Allgemeine Behindertenpädagogik. Bd. 1: Sozialwissenschaftliche und psychologische Grundlagen. Weinheim, Basel: Beltz (Edition sozial) 1987.
- Wolfgang Jantzen: Behinderung. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 1. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1990. S. 369–371.

- Wolfgang Jantzen: Bemerkungen zur Kategorie des (biologischen und persönlichen) Sinns bei A. N. Leontjew. In: Studien zur Tätigkeitstheorie I. Hrsg. von Otto Kruse et al. Berlin: Hochschule der Künste 1985. S. 13–15.
- Wolfgang Jantzen: Deinstitutionalisierung. Materialien zur Soziologie der Veränderungsprozesse in einer Großeinrichtung der Behindertenhilfe. Bremen: Studiengang Behindertenpädagogik der Universität 1999.
- Wolfgang Jantzen: Deinstitutionalisierung als Kern von Qualitätssicherung. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999. S. 194–199 (Manuskript).
- Wolfgang Jantzen: Die Evolution des persönlichen Sinns in der Ontogenese. In: Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie VII. Hrsg. von Georg Feuser und Wolfgang Jantzen. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1987. S. 63–72.
- Wolfgang Jantzen: Die Zeit ist aus den Fugen. Marburg: BdWi-Verlag 1998.
- Wolfgang Jantzen: Diskussionsbeitrag im Forschungskolloquium »Grundlagen allgemeiner und spezieller Behindertenpädagogik« der Universität Bremen 1989. In: Peter Strüver. Lernen von sogenannten Geistig Behinderten Menschen über Motorik. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1992. S. 46f.
- Wolfgang Jantzen: Entwicklung. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebengewissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984. S. 173–176.
- Wolfgang Jantzen: Geistig behinderte Menschen und gesellschaftliche Integration. Bern, Stuttgart, Wien: Huber 1980.
- Wolfgang Jantzen: Geistige Behinderung ist ein sozialer Tatbestand. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999. S. 200–218 (Manuskript).
- Wolfgang Jantzen: Isolation. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 2. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1990. S. 714–716.
- Wolfgang Jantzen: Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik. Lollar: Achenbach 1977.
- Wolfgang Jantzen: Mensch. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 3. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1990. S. 336–358.
- Wolfgang Jantzen: Menschliche Entwicklung, Allgemeine Therapie und Allgemeine Pädagogik – Studien zur Entwicklung einer allgemeinen materialistischen Pädagogik. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1980.
- Wolfgang Jantzen: Psychologischer Materialismus, Tätigkeitstheorie, Marxistische Anthropologie. Berlin: Argument 1991.
- Wolfgang Jantzen: Qualitätssicherung in einer Großeinrichtung. In: Wolfgang Jantzen. Deinstitutionalisierung. Materialien zur Soziologie der Veränderungsprozesse in einer Großeinrichtung der Behindertenhilfe. Bremen: Studiengang Behindertenpädagogik der Universität 1999. S. 137–157.
- Wolfgang Jantzen et al. (Hrsg.): Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Bremen 1999 (Manuskript).
- Wolfgang Jantzen: Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens. München: DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut 1982.

- Wolfgang Jantzen: Tätigkeit. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 4. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1990. S. 509–516.
- Wolfgang Jantzen: Tier-Mensch-Übergangsfeld. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 4. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1990. S. 594–597.
- Wolfgang Jantzen: Zur logischen Struktur der Theorie der kulturhistorischen Schule. In: Studien zur Tätigkeitstheorie II. Hrsg. von Angelika von Hebel und Wolfgang Jantzen. Bremen: Studiengang Behindertenpädagogik der Universität 1986. S. 32–58.
- Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg: VSA-Verlag 1991.
- Storm A. King/Danielle Moreggi: Internet Therapy and Self-Help Groups – The Pros and Cons. In: Psychology and the Internet. Intrapersonal, interpersonal and transpersonal implications. Hrsg. von Jayne Gackenbach. San Diego, London: Academic Press 1998. S. 77–109.
- Ernst Klee: »Euthanasie« im NS-Staat. Frankfurt am Main 1983.
- Dieter Kleiber: Lernen. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984. S. 417–433.
- Reimer Kornmann: Kazimierz Obuchowski »Orientierung und Emotion« – Ein Symposium mit dem Autor anlässlich des Erscheinens der deutschen Ausgabe seines Werkes. In: Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Hrsg. von Georg Feuser und Wolfgang Jantzen. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1985. S. 157–178.
- Krise – Welche Krise? Hrsg. von IG-Rote Fabrik/Zürich. Berlin: Edition ID-Archiv. 1995.
- Otto Kruse: Motivhierarchie und Motivkonflikt – Zur Bedeutung Leontjews Motivtheorie für die klinische Psychologie. In: Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Hrsg. von Georg Feuser und Wolfgang Jantzen. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1985. S. 67–75.
- Otto Kruse et al. (Hrsg.): Studien zur Tätigkeitstheorie I. Berlin: Hochschule der Künste 1985.
- Helmut Kuhn: Menschenbild. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 3. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler et al. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1990. S. 358–364.
- Helmut Kuhn: Menschenbild. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984. S. 427–433.
- Dirk Kurbjuweit: Tödliche Grenzen. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 9. Oktober 1992.
- Robert Kurz: Die globale Zockerei. In: »Jungle World«. Berlin vom 18. September 1997.
- Robert Kurz: Mit Volldampf in den Kollaps. In: Krise – Welche Krise? Hrsg. von IG-Rote Fabrik/Zürich. Berlin: Edition ID-Archiv. 1995.
- Klaus Lachwitz: Vom Pflegesatz zur leistungsgerechten Vergütung (§93a Abs. 2 BSHG) – ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang. 1. Januar 1999. Stichtag für neue Finanzierungsstrukturen der Behindertenhilfe. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (Manuskript).

- Hans Laufenberg/Marianne Rzezik/Friedrich Steinfeld: Sèves Theorie der Persönlichkeit. Zur Kritik von »Marxismus und Theorie der Persönlichkeit«. Westberlin: Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung 1975.
- Lutz Leisering: Der deutsche Sozialstaat. In: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. PVS-Sonderheft 30. Hrsg. von Thomas Ellwein et al. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999. S. 181–192.
- Aleksej N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Frankfurt am Main: Fischer-Athenäum. 1973.
- Aleksej N. Leont'ev: Probleme der Entwicklung des Psychischen. 2. Aufl. Kronberg/TS: Athenäum 1977.
- Aleksej N. Leont'ev: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit. 3. Aufl. Berlin: Volk und Wissen Volkseigener Verlag 1979.
- Margarete Liebrand/Georg Rückriem: Zum Verhältnis von Biologischem und Sozialem in der Tätigkeitstheorie Leont'evs. In: Studien zur Tätigkeitstheorie II. Hrsg. von Angelika von Hebel und Wolfgang Jantzen. Bremen: Studiengang Behindertenpädagogik der Universität 1986. S. 145–156.
- Aleksandr R. Lurija: Das Gehirn in Aktion. Einführung in die Neuropsychologie. Reinbeck: Rowohlt Taschenbuchverlag 1992.
- Stephan Lessenich: Vorwärts – und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Berlin 29(1999)3 (Nr. 116). S. 411–430.
- Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt, New York 1984.
- Crawford B. MacPherson: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1973.
- Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In: Herbert Marcuse. Kultur und Gesellschaft Bd. 1. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1967.
- Herbert Marcuse. Kultur und Gesellschaft Bd. 1. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1967.
- Karl Marx: [Thesen über Feuerbach]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 3. S. 5–7.
- Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Hamburg: Rowohlt Taschenbuchverlag 1998.
- Memorandum 1998. Kurswechsel für Beschäftigung. Memorandum 1998 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Auszug). In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn (1998)5. S. 629–635.
- Jürgen Meier: »Sozial sein müssen wir schon selbst!« In: Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen. Hrsg. von Jürgen Blume et al. Neumünster: Paranus-Verlag 1997. S. 218–233.
- Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Psychologie und individuelles Subjekt? Das Humanismusproblem im Entwicklungsprozeß der Kritischen Psychologie (1). In: Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Hrsg. von Georg Feuser und Wolfgang Jantzen. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1985. S. 102–126.

- Alfred Meßmann/Georg Rückriem: Zum Verständnis der menschlichen Natur in der Auffassung des Psychischen bei A. N. Leontjew. In: Historischer Materialismus und menschliche Natur. Hrsg. von Georg Rückriem et al. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1978. S. 80–133.
- W. H. Meyer: Arbeit. In: Psychologische Grundbegriffe, Mensch und Gesellschaft in der Psychologie. Ein Handbuch. Hrsg. von Siegfried Grubitzsch und Günter Rexilius. Reinbeck: Rowohlt Taschenbuchverlag 1990. S. 81–91.
- Heidrun Metzler: Modellversuch zur »Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf« nach §93a BSHG in Rheinland-Pfalz. Ergebnisbericht. Tübingen 1999.
- Mit Arbeitszwang zum »Wohlfahrtsstaat«. Tony Blairs New-Labour-Regierung verspricht die »Abschaffung der Armut«. In: »analyse und kritik (ak). Zeitung für linke Debatte und Praxis«. Hamburg vom 7. Mai 1998.
- Siegfried Müller et al (Hrsg.): Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Neuwied, Kriftel, Berlin 1997.
- Johannes Münder: Lehr- und Praxiskommentar zu §§93ff. BSHG. In: Bundessozialhilfegesetz. Lehr und Praxiskommentar (LPK-BSHG). 5. Aufl. (Gesetzesstand: Juli 1998). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998.
- Oskar Negt: Ironie der Geschichte oder: Der Kaiser ist nackt. In: »Frankfurter Rundschau« vom 4. Juli 1998.
- Johannes Neumann: »Behinderung«. Von der Vielfalt eines Begriffs und dem Umgang damit. Tübingen: Attempo 1995.
- Ernst Oestreicher et al.: Bundessozialhilfegesetz. Ergänzungslieferung September 1996. München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1996.
- Reinhard Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933. Köln 1973.
- Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder. Der Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft. Köln: PapyRossa-Verlag 1997.
- Agostino Pirella (Hrsg.): Sozialisation der Ausgeschlossenen. Praxis einer neuen Psychiatrie. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1975.
- Gianna Pirella/Agostino Pirella: Ausschluß und Ausbeutung. Ideologie und institutionelle Praxis. In: Sozialisation der Ausgeschlossenen. Praxis einer neuen Psychiatrie. Hrsg. von Agostino Pirella. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1975. S. 99–123.
- Heribert Prantl: Sind wir noch zu retten? München, Wien: Hansa Verlag 1998.
- Jan Prieue/Thomas Sauer: Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Berlin 29(1999)3 (Nr. 116). S. 395–410.
- Ralf Ptak: Verordnet – geduldet – erledigt? Zur historischen Entwicklung des deutschen Sozialstaates im historischen Kontext. In: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Hrsg. von Christoph Butterwege, Rudolf Hickel et al. Berlin: Elefanten Press 1998. S. 9–60.
- »Rasenmäher-Methode Eichels findet geteiltes Echo«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 19. Mai 1999.
- Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1998)4.
- Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)1.
- Rechtsdienst der Lebenshilfe. Marburg (1999)3.

- Erwin Reichmann: Arbeitskraft minderer Güte. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984. S. 58–61.
- Erwin Reichmann: Behinderung. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984. S. 109–114.
- Erwin Reichmann (Hrsg.): Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984.
- Erwin Reichmann: Isolation. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984. S. 310–317.
- Christian Reumschüssel-Wienert: Anmerkungen zum Forschungsauftrag. Entwicklung eines Hilfebedarfsorientierten Vergütungssystems bei stationären Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte. In: Qualitätssicherung und Deinstitutionalisierung. Hrsg. von Wolfgang Jantzen et al. Bremen 1999 (Manuskript).
- Joachim Ritter (Hrsg.) et al.: Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd. 7. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1989.
- Peter Römer: Recht und Demokratie bei dem Marxisten Wolfgang Abendroth. In: Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg Bd. 1: Zur Geschichte des Instituts. Hrsg. von Wolfgang Hecker et al. Münster, Hamburg 2001.
- Eckhard Rohrmann: Behinderte sind keine Pflegefälle! In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)1 (Heft 71). S. 71–85.
- Klaus Ronneberger: Kontrollierte Autonomie und rigide Norm. Zur neoliberalen Restrukturierung des Sozialen. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 18(1998)69. S. 41–50.
- Rainer Roth: Wie der Staat die Reichen immer reicher macht. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn: Distel Verlag 1996. S. 40–49.
- Sergej L. Rubinstein: Grundlagen der allgemeinen Psychologie. Berlin: Volk und Wissen 1977.
- Georg Rückriem et al. (Hrsg.): Historischer Materialismus und menschliche Natur. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1978.
- Christoph H. Rühl: Geldkreislauf, Einkommenskreislauf und effektive Nachfrage. Die Rolle des Geldes im »Wohlstand der Nationen«. Adam Smiths Beitrag zur Gesellschaftswissenschaft, Ökonomie und Gesellschaft. Bd. 9. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1991.
- Hans Jörg Sandkühler et al. (Hrsg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. 4 Bde. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1990.
- Renate Schernus: Abschied von der Kunst des Indirekten. In: Soziale Psychiatrie. Bonn 21(1997)3. S. 4–10.
- Renate Schernus: Machbarkeitswahn in Psychiatrie und Psychotherapie. In: Michael Eink. Gewalttätige Psychiatrie. Ein Streitbuch. Bonn: Psychiatrie-Verlag 1997. S. 39–55.

- Sabine Schleiermacher: Gesellschaft und Biologie. Die Lösung der ›sozialen Frage‹. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)1 (Heft 71). S. 9–20.
- »Schröder beklaut die Schwächsten«. In: »junge welt«. Berlin vom 25. Juni 1999.
- »Schröder stellt sich positive Bilanz aus«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 25. November 1999.
- Paul M. Schröder: Arbeitsuchende, Arbeitslose, Erwerbslose, verdeckte Arbeitslosigkeit, Stille Reserve, Arbeitsplatzlücke. Erläuterungen zur Statistik der Arbeitslosigkeit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)2 (Heft 72). S. 31–39.
- Herbert Schui: Neoliberalismus – Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn: Distel Verlag 1996. S. 103–123.
- Herbert Schui/Ralf Ptak et al.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München 1997.
- Herbert Schui/Eckhart Spoo (Hrsg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Heilbronn: Distel Verlag 1996.
- Hans See: Wie wirtschaftskriminelle Bereicherung Staats- und Sozialkassen leert. In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn: Distel Verlag 1996. S. 60–69.
- Dorothee Seeger/Manfred Holodynski: Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit – Eine Einführung in die Ansätze von Sève und Leontjew. Berlin: Argument 1984.
- Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter 1983.
- Udo Sierck: Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1992.
- Pavel V. Simonov: Höhere Nerventätigkeit des Menschen. Berlin: Volk und Gesundheit 1982.
- R. Sitte: Wer nicht genug verdient, dem soll gegeben werden. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Köln (1998)1. S. 36–47.
- Adam Smith: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursache des Reichtums der Nationen. Bd. 1. Berlin: Akademie-Verlag 1976.
- »Sozialer Abstieg in die Armut«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 29. Oktober 1999.
- Sozialgesetzbuch (SGB) 1999. In: Bundessozialhilfegesetz 1999. Stand 1. August 1999. 10., überarb. Auflage. München 1999.
- Martin Spiewak: Teure Patienten unerwünscht. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 11. November 1999.
- Martin Spiewak/Achim Wüsthof: Die stille Selektion. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 29. Dezember 1999.
- René A. Spitz: Vom Säugling zum Kleinkind. Stuttgart: Klett-Cotta 1974.
- Eckhart Spoo: Wofür wir das Geld brauchen In: Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn: Distel Verlag 1996. S. 213–230.
- J. A. Stark et al. (Hrsg.): Mental Retardation and Mental Health. New York: Springer 1988.

- Anne-Dore Stein (Hrsg.): *Lebensqualität statt Qualitätskontrolle menschlichen Lebens*. Berlin: Edition Marhold 1992.
- Sternstunde in Stuttgart. In: »junge welt«. Berlin vom 18. Mai 1999.
- Johann Strasser: Fortschrittsglaube und Solidarität. In: *Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen*. Hrsg. von Jürgen Blume et al. Neumünster: Paranus-Verlag 1997. S. 15–29.
- Peter Strüver: Lernen von sogenannten Geistig Behinderten Menschen über Motorik. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1992.
- Roland Sturm: Staat und Wirtschaft. In: *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*. PVS-Sonderheft 30. Hrsg. von Thomas Ellwein et al. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999. S. 193–207.
- Subcommandante Marcos: Der Vierte Weltkrieg hat schon begonnen. In: »Le monde diplomatique«. Paris vom 15. August 1997.
- Oliver Tolmein: *Geschätztes Leben. Die neue »Euthanasie«-Debatte*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1990.
- Tübinger Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention 2000. 14. Zirkular. Tübingen 1998.
- Tübinger Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention 2000. 17. Zirkular. Tübingen 2000.
- H. Rutherford Turnbull III.: *Fifteen Questions. Ethical Inquiries in Mental Retardation*. In: *Mental Retardation and Mental Health*. Hrsg. von J. A. Stark et al. New York: Springer 1988.
- Volker van der Locht: Der Nürnberger Ärzteprozeß und die ärztliche Ethik. Zur Erinnerung an den Prozeßbeginn vor 50 Jahren. In: *die randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik*. Hamburg 11(1996)1.
- Lew S. Vygotskij: *Geschichte der höheren psychischen Funktionen. Fortschritte der Psychologie*. Bd. 5. Münster, Hamburg 1992.
- Wechselwirkung. *Vijlen* (1994)66.
- Joachim Weeber: Der deutsche Sozialstaat. Besser als sein Ruf. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*. Köln (1998)12.
- Stefan Welzk: Von stolzen Reichen und fleißigen Armen. In: »die tageszeitung«. Berlin vom 12. September 1998.
- Stefan Welzk: Wie in Deutschland umverteilt und der Wohlstand ruiniert wird. In: *Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland*. Hrsg. von Herbert Schui und Eckhart Spoo. Heilbronn: Distel Verlag 1996.
- Jürgen Wendeler: *Geistige Behinderung. Pädagogische und psychologische Aufgaben*. Weinheim, Basel: Beltz 1993.
- Harald Werner: Solidarität im Angebot. Anmerkungen zum Wertewandel in der neuen Sozialdemokratie. In: *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*. Frankfurt am Main (Dezember 1999)40.
- »Wettbewerb hat Grenzen«. In: »Frankfurter Rundschau« vom 29. Oktober 1999.
- Wolf Wolfensberger: *Der neue Genozid an den Benachteiligten, Alten und Behinderten*. Gütersloh 1991.

- »Wo sind sie geblieben, die Reichen, die reicher wurden?« In: »Frankfurter Rundschau« vom 24. September 1998.
- WSI. Verteilungsspielraum seit 1992 kaum ausgenutzt. In: »Frankfurter Rundschau« vom 18. Januar 2000.
- Michael Wunder: Bio-Medizin und Bio-Ethik – Der Mensch als Optimierungsprojekt. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld 19(1999)1 (Heft 71). S. 21–31.
- K. Zinn/M. Pischke: Schwerstbehinderung. In: Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Hrsg. von Erwin Reichmann et al. Solms-Oberbiel: Jarick Oberbiel 1984.

## 2. Abkürzungsverzeichnis

AAM	Angeborende Auslösemechanismen
ABW	Ambulant Betreutes Wohnen
AG	Aktiengesellschaft
BAT	Bundesangestelltentarif
BE	Bundesempfehlungen
bifos	Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
DASA	Daimler-Benz Aerospace
DAX	Deutscher Aktienindex
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DM	Deutsche Mark
EU	Europäische Union
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional [Zapatistische Nationale Befreiungsarmee]
GzVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
ICIDH	International Classification of Impairments, Disabilities and Handicaps
IG	Interessengemeinschaft
IQ	Intelligenzquotient
IW	Institut der Deutschen Wirtschaft
KDSE	Kirchliche Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung
KZ	Konzentrationslager
LPK-BSHG	Lehr- und Praxiskommentar zum Bundessozialhilfegesetz

LStK	Lohnstückkosten
MT Arb	Manteltarif für Arbeiter und Arbeiterinnen des Bundes und der Länder
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OAS	Operatives Abbildungssystem
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development [Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung]
PVS	Politische Vierteljahresschrift
QALYs	Quality Adjusted Life Years Saved [Qualitätskorrigierte Lebensjahre]
SGB	Sozialgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
US	United States [Vereinigte Staaten]
USA	United States of America [Vereinigte Staaten von Amerika]
WHO	World Health Organization [Weltgesundheitsorganisation]
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes
ZdK	Zentralkomitee der deutschen Katholiken

### 3. Personenregister

- Abelshauer, Werner 110, 129  
Abendroth, Wolfgang 109  
Achbar, Mark 155  
Altvater, Elma 10  
Agnew, Gordon 102  
Anders, Günther 102f., 144  
Antretter, Robert 215  
Arendt, Hannah 86, 124–127, 129, 148  
Aristoteles 25
- Bäcker, Gerhard 208  
Bartelheimer, Peter 174  
Basaglia, Franco 219  
Basaglia-Ongaro, Franca 219  
Beck, Iris 195  
Binding, Karl 220–222  
Birnbaum, Norman 156  
Blair, Tony 13, 122, 152, 184, 196, 201–207  
Blandow, Jürgen 196, 200  
Blume, Jürgen 10, 87, 235  
Bohl, Gerhard 72f.  
Böhm, Franz 129  
Bontrup, Heinz J. 163, 165f.  
Bourdieu, Pierre 10, 89, 200  
Bradl, Christian 81  
Braun, Anneliese 116f., 119, 123, 156  
Briefs, Peter-Joseph 219–229, 237  
Butterwegge, Christoph 107f., 110, 115, 177
- Carey, Alex 90  
Chomsky, Noam 87, 99, 155  
Chorover, Stephan L. 73

Christoph, Franz 218f., 226

Conert, Hansgeorg 91f., 97, 124–126, 132f., 136f., 140–143, 146–149

Danckwert 210

Darwin, Charles Robert 80

Demirovic, Alex 91–94, 97, 101

Deppe, Hans-Ulrich 192

Dieterich, Heinz 87, 99

Duchrow, Ulrich 87, 99

Ebermann, Thomas 85

Eichel, Hans 178, 203, 207f.

Eink, Michael 192

Ellwein, Thomas 107, 109

Elsässer, Jürgen 87

Emmerich, Michael 214f., 217, 219

Engels, Friedrich 17

Eser, Albin 215

Eucken, Walter 110f., 129

Fahlbusch, Michael 195

Fanon, Frantz 229

Fengler, Christa 236

Fengler, Thomas 236

Feuerbach, Ludwig Andreas 20, 26

Feuser, Georg 14, 27, 55, 66f., 72f., 75–77, 79, 81f.

Feyerabend, Erika 215, 217

Fink-Eitel, Hinrich 200

Ford, Henry 92, 211

Forrester, Viviane 210

Foucault, Michel 200

Friedman, Milton 114, 138f.

Gabler, Th. 134–139

Gackenbach, Jayne 117, 119

Gaedt, Christian 81

Galbraith, John Kenneth 10

Geideck, Susan 117–120, 123, 158

- Gellert, Detlef 64, 70  
 Gintzel, Ulrich 196  
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 10  
 Gorz, André 238  
 Gramsci, Antonio 93f., 104, 121, 144  
 Graumann, Sigrid 219  
 Grimm, D. 110  
 Griffiths, Mark 119  
 Großmann-Doerth, Hans 129  
 Grubitzsch, Siegfried 40  
 Gück, Martin 87, 99  
 Guha, Anton-Andreas 89
- Haas, G. 196–200, 213, 233  
 Hansbauer, Peter 196  
 Haug, Wolfgang Fritz 86, 88  
 Hecker, Wolfgang 109  
 Hegselmann, Rainer 218  
 Heine, Michael 152, 154, 176  
 Helmchen, Hanfried 214f.  
 Hermes, Gisela 209  
 Herr, Hansjörg 152, 154, 176  
 Herzog, Carsten 13  
 Hethey, R. 90  
 Hickel, Rudolf 90, 93, 99, 108–115, 135f., 138f., 150, 152–155, 157–165, 167, 171–173, 175, 177, 179f., 231  
 Hirsch, Joachim 92–95, 97, 99–101, 103f., 111f., 115–123, 185  
 Hobbes, Thomas 125–129  
 Hoche, Alfred E. 220–222  
 Hochmuth, Uwe 152–156, 160, 167, 171, 175f.  
 Holodynski, Manfred 17f., 22–24, 26, 32, 47, 54f., 60f., 70, 74  
 Holzkamp-Osterkamp, Ute 42  
 Honnefelder, Ludger 215  
 Huber, Ellis 235  
 Huster, Ernst-Ulrich 173f.
- Iljenkow, Ewald Wassiljewitsch 20f., 26, 58, 68

Jantzen, Wolfgang 11, 14–16, 25, 27, 30–40, 42f., 47–56, 60, 62–73,  
75–79, 81f., 124, 186f., 193, 195, 197, 200, 206, 210, 212f., 219,  
221, 226, 232, 234, 236–239

Kebir, Sabine 94, 104, 121  
Keynes, John Maynard 134f., 137, 139  
King, Storm A. 117, 119  
Klee, Ernst 227  
Kleiber, Dieter 42, 45, 66  
Kohl, Helmut 114–116, 150  
Kornmann, Reimer 66  
Kruse, Otto 33, 55–57  
Kuhn, Helmut 17f., 80  
Kurbjuweit, Dirk 217  
Kurz, Robert 87

Lachwitz, Klaus 186–193, 198  
Laufenberg, Hans 23  
Lauter, Hans 214f.  
Leisering, Lutz 109–115, 122, 124, 209  
Leontjew, Alexej Nikolajewitsch 18, 27–51, 53–63, 67–70, 75, 82  
Lessenich, Stephan 205, 207  
Liebrand, Margarete 35, 41, 74  
Lorenz, Konrad 80  
Lurija, Alexander Romanowitsch 38  
Lutz, Burkart 111f.

MacPherson, Crawford B. 126  
Mahnkopf, Birgit 10  
Mann, E. 222  
Marcuse, Herbert 86, 124, 129–131, 223  
Martin, Hans-Peter 10, 88, 139  
Marx, Karl Heinrich 17, 22, 26f., 39f., 43, 79, 87, 91, 93, 96, 105  
Meier, Jürgen 10  
Meßmann, Alfred E. 27, 29–35, 52  
Metzler, Heidrun 198f.  
Meyer, W. H. 40  
Moreggi, Danielle 117, 119  
Müller, Bernd 14

- Müller, Siegfried 208  
 Müller-Armack, Alfred 107, 129  
 Münder, Johannes 188, 190, 193f.
- Negt, Oskar 183, 208f.  
 Neumann, Johannes 78  
 Noé, Claus 88
- Obuchowski, Kazimierz 66  
 Oestreicher, Ernst 186f., 191  
 Opitz, Reinhard 130  
 Osborne, Frederick 217
- Petrowski, Artur W. 64  
 Pfeiffer, Hermannus 156f., 159, 161, 163, 172, 175  
 Pirella, Agostino 211–213, 218–220, 229  
 Pirella, Gianna 211–213, 218–220, 229  
 Pischke, M. 76  
 Politzer, Georges 21  
 Prantl, Heribert 231, 234, 237  
 Prieue, Jan 151, 159f., 166f.  
 Ptak, Ralf 110, 114f., 133–135, 140–142, 145, 148f.  
 Puschkin, Alexander Sergejewitsch 62
- Reichmann, Erwin 17, 31, 42, 65, 67, 72f., 76, 78f., 148, 206  
 Reumschüssel-Wienert, Christian 197, 200  
 Rexilius, Günter 40  
 Ricardo, David 133  
 Rifkin, Jeremy 10  
 Ritter, Joachim 143  
 Rohrman, Eckhard 194f.  
 Römer, Peter 109  
 Ronneberger, Klaus 118, 123  
 Röpke, Wilhelm 111  
 Rosser 217  
 Roth, Rainer 169, 171, 176  
 Roth, Roland 92–95, 97, 99–101, 103f., 111f., 115–123  
 Rubinstein, Sergej Leonidowitsch 39f.  
 Rückriem, Georg 24, 27, 29–35, 41, 47, 52, 74

Rüstow, Alexander 111, 129

Rzezik, Marianne 23

Sandkühler, Hans Jörg 16, 31, 40, 65, 69, 77

Sauer, Thomas 151, 159f., 166f.

Schäfer 174

Schernus, Renate 192, 195

Schleiermacher, Sabine 217

Schmidt, Helmut 113

Schröder, Gerhard 13, 152, 184, 196, 201–207

Schröder, Paul M. 172

Schui, Herbert 90, 133–135, 140–142, 144f., 147–150, 167, 169–171,  
173

Schumann, Harald 10, 88, 139

See, Hans 171

Seeger, Dorothee 17f., 22–24, 26, 32, 47, 54f., 60f., 70, 74

Sevè, Lucien 17–28, 79, 83

Sierck, Udo 210f.

Simmel-Joachim, Monika 209

Simonow, Pawel W. 54

Singer, Peter 218

Sitte, R. 156, 176, 205

Smith, Adam 133

Spiewak, Martin 206, 217

Spitz, René A. 49

Spoo, Eckhard 90, 167, 169–171, 179

Stein, Anne-Dore 218f., 226

Steinfeld, Friedrich 23

Strasser, Johann 87

Strüver, Peter 38, 50f., 62, 74

Sturm, Roland 107–109, 111–115, 120, 123, 205f., 209f.

Subcommandante Marcos 88

Thatcher, Margaret 140

Tietmeyer, Hans 89

Tolmein, Oliver 221, 227

Trampert, Rainer 85

- Vahlen, Franz 133  
 van der Locht, Volker 215  
 von Freyberg, Thomas 174  
 von Hayek, Friedrich August 86, 90, 132f., 140–150, 207  
 von Hebel, Angelika 35  
  
 Walras, Marie E. L. 133, 138  
 Weeber, Joachim 166, 171, 177, 231  
 Welzk, Stefan 167, 170  
 Werner, Harald 201, 206  
 Winslow, Frederick 92  
 Wolfensberger, Wolf 219  
 Wunder, Michael 214, 216  
 Wüsthof, Achim 206  
 Wygotskij, Lew Semjonowitsch 38, 43, 57f.  
  
 Zinn, K. 76



#### 4. Register geographischer Bezeichnungen

- Ahlen 109  
Australien 90  
Bamberg 117  
Berlin 235  
Bretton Woods 87, 99, 106, 112  
Chiapas 88  
Chicago 114  
Dortmund 194  
Deutschland 13, 90, 97, 100, 106–110, 112–124, 150f., 155,  
159–161, 163–175, 177, 179f., 185f., 201, 204, 207, 218, 220, 231,  
238  
Eisingen 216  
England 143  
Europa 13, 99, 124, 152, 196, 201f., 206, 213  
Frankfurt am Main 90  
Frankreich 161  
Freiburg i. Br. 110, 215  
Großbritannien 88, 114f., 163, 192, 217  
Hadamar 227  
Japan 99, 161, 163  
Kiel 90  
Kronenberg 90  
Mexiko 88  
Mont Pelerin 90  
Nürnberg 214f.  
Rheinland-Pfalz 199  
San Francisco 10  
Stuttgart 168  
Tübingen 216  
USA 88–90, 97, 99, 105f., 114f., 152, 156, 161, 163f., 180, 192,  
202, 205  
Weimar 130  
Westdeutschland 112, 162f., 174

266 Register geographischer Bezeichnungen

Würzburg 216

Zürich 87